

**perspektiven des demokratischen  
sozialismus**

Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse  
und Reformpolitik  
28. Jahrgang 2011 Heft 1  
ISBN 978-3-89472-585-3  
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes  
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,  
Helga Grebing, Leo Kiffler und Karl Theodor  
Schuon

**Redaktion:** Bernhard Claußen, Walter  
Euchner, Klaus Faber, Thomas Goger, Horst  
Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder, Jens  
Kreibaum, Thomas Meyer, Thomas Noetzel,  
Roland Popp, Walter Reese-Schäfer, Hans-  
Joachim Schabedoth, Klaus-Jürgen Scherer,  
Joachim Spangenberg,

**Redaktionsleitung:**

Roland Popp  
eMail: [rpopp-perspektiven@email.de](mailto:rpopp-perspektiven@email.de)

**HDS-Geschäftsstelle:**

c/o Kulturforum  
WBH, Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin

**Weitere Informationen unter:**

[www.hds-perspektiven.de](http://www.hds-perspektiven.de)  
[www.perspektiven-ds.de](http://www.perspektiven-ds.de)

**Verlag und Abo-Vertrieb:**

Schüren Verlag GmbH,  
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg  
Informationen zu *perspektiven ds* und zum  
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden  
Sie im Internet: [www.schueren-verlag.de](http://www.schueren-verlag.de)  
Die *perspektiven ds* erscheinen zweimal im  
Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €  
incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-  
Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
© Schüren Verlag GmbH  
Alle Rechte vorbehalten.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte wird keine Haftung übernommen.  
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag  
Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns  
die Vision einer freien, gerechten und solidari-  
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für  
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip  
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

*Hamburger Grundsatzprogramm der SPD*

# Transformation und Integration

# **perspektivends**

## **1/11**

# Inhalt

Editorial	4	<i>Richard Meng</i> Politik als Angstspiel. Auch in der Integrationsdebatte zeigt sich: Die Spirale der Aufgeregtheiten ist kein guter Maßstab	67
<b>Aktuelle Beiträge</b>			
<i>Christian Demuth</i> Der Winter von Schwarz-Gelb. Analyse der Wahlergebnisse der vier Landtagswahlen in Hamburg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg	6	<i>Thomas Meyer</i> Neue Ungleichheitsdiskurse. Von der Lebensstil- zur Klassengesellschaft	75
<i>Ralf Ludwig</i> CCS-Technologie steht einer effizienten Energiepolitik im Weg	21	<i>Henning Scherf</i> Integration von Ausgrenzung bedrohter Menschen – Wie kann das gehen?	91
<b>Schwerpunkt: Transformation und Integration – Aspekte des Gesellschaftswandels</b>		<i>Horst Heimann</i> Deutschland – Insel stabiler Demokratie ohne rechts- extremistische Partei ? Zur Studie der FES „Rechts- extreme Einstellungen in Deutschland 2010“	93
<i>Michael Vester</i> Auf dem Weg zu einem „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“? Vom informationstechnologisch- liberalen zu einem ökotechno- logisch-sozialen Entwicklungspfad	27	<i>Klaus Faber</i> Wahlen, Menschenrechte und Demokratieverteidigung. Demokratieverständnis in Weimar und nach 1945, die Muslimbruder- schaft, das türkische „Modell“ und die Umwälzungen in der islamischen Welt, westlich-europäische Interventionspolitik und Integration in Deutschland	103
<i>Rolf Reißig</i> Die Zweite Große Transformation: Voraussetzungen, Entwick- lungspfade, Perspektiven	50		

**Beiträge und Diskussionen**

*Helwig Schmidt-Glintzer*  
Arbeits- und Lebensbedingungen  
chinesischer Arbeiter und die  
Legitimität des kommunistischen  
Kapitalismus 116

*Jan Krüger*  
Studiengebühren – Ein Nachruf? 138

*Denis Newiak*  
Für soziale demokratische  
Hochschulen. Positionen,  
Agitationsfelder und Perspektiven  
der Hochschul-Jusos am Beispiel  
der Juso-Hochschulgruppe  
Potsdam 147

**Berichte und Rezensionen**

*Klaus-Jürgen Scherer*  
Oskar Negt: Demokratie  
als Lebensform 106

*Helga Grebing*  
Rezension zu: Thomas Etzemüller,  
Die Romantik der Rationalität.  
Alva und Gunnar Myrdal. Social  
Engineering in Schweden. 163

Autorinnen und Autoren 167

## Editorial

Eines seiner Ziele hat Thilo Sarrazin nun erreicht: Sein SPD-Parteibuch wird er wohl mit ins Grab nehmen. Denn dass alle drei bis vier Jahre ein neues Parteiausschlussverfahren in Gang gesetzt wird, wäre dann doch ziemlich lächerlich und albern. Und genauso sicher scheint es – so wie man Sarrazin kennt –, dass er in regelmäßigen Abständen immer wieder mit neuen Thesen provoziert.

Die Berliner Schiedskommission war in diesen Parteiausschlussverfahren nicht zu beneiden. Denn wenn auch das Verfahren mit einem Ausschluss beendet worden wäre – die SPD konnte in diesem Verfahren nur der Verlierer sein. Die SPD wird das Thema Integration aber nur dann gewinnen, wenn sie es mit glaubwürdigen politischen Perspektiven besetzt, die sowohl Gegner als auch Unterstützer Sarrazins davon überzeugen können, dass Integration nicht nur ein untergründiges Thema sein kann, sondern als neue Gestaltungsaufgabe für diese Gesellschaft entwickelt werden muss. Streits um Details, wie z. B. die nach meiner Ansicht nach unsinnige und Konflikterzeugende „Migrantquote“, müssen ausgefochten werden.

Wie das Thema Integration in der medialen Debatte gespielt wurde, zeichnet *Richard Meng* in seinem Beitrag „Politik als Angstspiel“ nach. Meng plädiert dafür, dass es nicht um wechselseitige Verängstigungen gehen kann, sondern darum, dass die Gesellschaft das Spiel mit dem Faktor Angst durchschaut. Von dieser Warte aus müssen die dringenden Fragen gestellt und po-

litisch beantwortet werden. Das Thema Integration wird uns aber auch noch im nächsten Heft beschäftigen.

Integration ist eine politische Entwicklung, die sich innerhalb großer gesellschaftlicher Umbrüche vollzieht. *Rolf Reißig* analysiert die großen gesellschaftlichen Transformationsschübe. Eine menschengerechte Transformation kann für ihn nur in der Verbindung von sozialökologischer und solidarischer Linien bestehen. Diese müssen Abschied nehmen vom traditionellen fordistischen Wachstumsmodell. Nur ein neuer gesellschaftlicher Pfad sichert die ökologischen Grundlagen und dämmt die soziale Zerklüftung der Gesellschaft.

*Michael Vester*, der in den letzten Jahren die überzeugendsten Analysen zum Wandel der sozialen Milieus entwickelt hat, greift die neuen politischen Milieus auf. Sein Plädoyer geht dahin, einen neuen Wohlfahrtsstaat mit neuen partizipativen Elementen zu verbinden. Anschaulich illustriert er dies u.a (aber nicht nur) an den jüngsten Aufständen und Demokratieinfordernungen in der arabischen Welt.

*Thomas Meyer* (Siegen) begibt sich auf die theoretische Diskurs-Fläche der sozialwissenschaftlichen Ungleichheitsforschung. Er zeigt die neuen Semantiken des Herrschaftsdiskurses in Wissenschaft und Politik und legt dar, dass Ungleichheit nicht nur objektiv festzustellen sei, sondern dass im Diskurs und in der Kommunikation die Akteure über einen subjektiven Sinn und ein verschiebbares Niveau von Ungleichheit streiten.

Mit *Herwig Schmidt-Glintzer* konnten wir einen der besten Kenner der his-

torischen und politikwissenschaftlichen Chinaforschung gewinnen. Für ihn ist es notwendig, dass die KPCh ihre Dominanz in den nächsten Jahren verändern muss, wenn sie überleben möchte. Und gleichzeitig entwickelt er den Gedanken, dass auch die Einführung westlich orientierter Demokratieprinzipien mit Vorsicht zu bewerten ist.

In den aktuellen Beiträgen beleuchtet *Christian Demuth* die Position der SPD nach den bisherigen Landtagswahlen (mit Ausnahme von Bremen) in 2011. Und mit *Ralf Ludwig* konnten wir

einen kompetenten Naturwissenschaftler gewinnen, der uns naturwissenschaftliche Laien die politische Bedeutung der CCS-Diskussion nahebringt.

Für unsere Leserschaft haben wir noch zwei Beiträge von jungen Sozialdemokraten (Jan Krüger und Denis Niewiak) in das Heft genommen. Wo sonst liest man aus „betroffener Feder“ die Debatten um Studienförderung und politischen Aktivitäten im Juso-Feld?

Viel Spaß beim Lesen wünscht  
Roland Popp

Christian Demuth

## Der Winter von Schwarz-Gelb

### Analyse der Wahlergebnisse der vier Landtagswahlen in Hamburg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg

#### Einleitung

Der Ausgang der ersten vier Landtagswahlen des Superwahljahres 2011 ist durchaus ambivalent: In Hamburg erreichte die SPD die absolute Mehrheit mit 48,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die CDU stürzte mit einem Minus von 20,6 Prozentpunkten ab und erreichte dort ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949. Ihr schlechtestes Ergebnis fuhren auch SPD und CDU in Baden-Württemberg ein, wobei die Union nach 58 Regierungsjahren nicht mehr den Regierungschef in Stuttgart stellt. In Rheinland-Pfalz verlor die SPD zwar 9,9 Prozentpunkte, gleichwohl ist sie in Mainz wie in den drei anderen Landeshauptstädten an der Regierung beteiligt, wenngleich in Sachsen-Anhalt als Junior-Partner der CDU und in Baden-Württemberg der Grünen. Klare Verlierer der Wahl sind Linkspartei und FDP, die in zwei Wahlen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Die Grünen gewannen zwar überall dazu, aber durchaus unterschiedlich: Während sie

in Hamburg mit 11,2 Prozent nur 1,6 Punkte über ihrem Ergebnis von 2008 lagen, verdreifachte die Partei ihre Stimmenanteile in Rheinland-Pfalz und verdoppelte diese in Baden-Württemberg. Auch in Sachsen-Anhalt kamen die Grünen wieder ins Parlament, allerdings nur mit einem Zuwachs von 3,8 Prozentpunkten.

#### Im Vorfeld des Superwahljahrs 2011

Die politische Konstellation vor dem Superwahljahr stellte sich für den politischen Betrachter sehr unterschiedlich dar. Bedrohlich schien das Wahljahr vor allem für CDU/CSU und FDP. Nach „Möwenpick“-Steuer, dem Bruch des Steuersenkungsversprechens sowie angesichts der täglichen Streitereien fand sich die schwarz-gelbe Koalition auf dem Tiefpunkt. Im August und September 2010 lag auf Bundesebene die CDU gleichauf mit der SPD, die FDP lag knapp über der Fünf-Prozent-Hürde. In Baden-Württemberg drohte der Verlust des konservativen Stammlandes

angesichts rasanter Stimmengewinne der Grünen in Folge der Proteste gegen das Bahnfahrprojekt „Stuttgart 21“. In den Medien wurden bereits offen über einen möglichen Nachfolger Karl-Theodor zu Guttenberg als Kanzler oder in Analogie zu Gerhard Schröders Situation nach den Wahlen in NRW über Neuwahlen spekuliert.

Die Bundeskanzlerin sah sich derart zu einer taktischen Neupositionierung v.a. wegen der Wahlen in Baden-Württemberg gezwungen. Um einesteils ihre konservativen Kritiker zu beschwichtigen und die Stammwähler im Südwesten zu bedienen, andernteils Handlungs- oder besser überhaupt eine Politikfähigkeit der schwarz-gelben Bundesregierung zu beweisen, inszenierte sie einen „Herbst der Entscheidungen“, in dessen Rahmen in rasanter Folge ohne Rücksicht auf Folgewirkungen die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken, die Neuregelung der Hartz IV-Regelsätze, die Abkehr von der Wehrpflicht sowie die faktische Teileinführung der Kopfpauschale brachial durchgesetzt wurden. Zum Hauptgegner wurden dabei die Grünen stilisiert, die als „Dagegen-Partei“ aggressiv angegangen wurden.

Um den Jahreswechsel zeigte der „Herbst der Entscheidungen“ Wirkung. Große Sozialproteste blieben aus, auch weil die Neuregelung der Hartz IV-Regelsätze mit einer cleveren Kampagne für ein Bildungspaket verbunden wurde. Gleichzeitig sekundierten die konservativen und wirtschaftsliberalen Medien in der Hoffnung, endlich einen Aufbruch der schwarz-gelben Bundesregierung zu erleben. In Baden-Würt-

temberg stieg die CDU wieder über 40 Prozent, auf Bundesebene stabilisierte sich die Union auf 35 Prozent. Ein Kollateralschaden war jedoch nicht nur die Desavouierung möglicher Koalitionen der CDU mit den Grünen, die Merkel als „Hirngespinnste“ bezeichnete. Die Aufkündigung des rot-grünen Atomkonsenses hatte zudem eine neue heftige Mobilisierung der Atomkraftgegner zur Folge.

Paradoxe Weise stand derart die SPD stärker unter Druck als die CDU: Ihr war es zum einen bis dato nicht gelungen, von der desaströsen Bilanz von CDU, FDP und CSU seit deren Regierungsantritt zu profitieren, auch weil sie sich nach der katastrophalen Niederlage bei den Bundestagswahlen 2009 in ein- einhalb Jahren neu aufstellen musste. Zum anderen schien die SPD aber ferner angesichts der konkreten Wahltermine nur verlieren zu können, weil sie in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Rheinland-Pfalz schon den Regierungschef, in letzterem Bundesland sogar mit absoluter Mehrheit stellte. Derart hegte die CDU die Hoffnung, eigentlicher Gewinner des Wahljahres zu werden, gerade auch weil schwarz-grüne Bündnisse durchaus im Bereich des Möglichen lagen. Weder in Baden-Württemberg noch in Rheinland-Pfalz hatten CDU und auch die Grünen zu diesem Zeitpunkt Koalitionen abgeschlossen. In Baden-Württemberg drohte die SPD durch die Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern des Bahnfahrprojekts „Stuttgart 21“ zermalmen zu werden.

Doch die politische Lage wandte sich gegen Schwarz-Gelb: In Hamburg

scheiterte zunächst im November 2010 nach nicht einmal drei Jahren die bundesweit erste schwarz-grüne Landesregierung. Im Vorfeld der auf 20. Februar angesetzten Neuwahlen begann dann die Doktorarbeit-Affäre um Verteidigungsminister Guttenberg,<sup>1</sup> die mit seinem erzwungenen Rücktritt aufgrund bewiesener Plagiatsvorwürfe am 1. März, wenige Wochen vor den Landtagswahlen im Südwesten, endete. Nicht nur kam der Union ein Wählermagnet abhanden, auch die CDU-Vorsitzende wurde beschädigt: Während die Konservativen argwöhnten, sie selbst habe Guttenbergs Sturz wie schon bei ihren anderen Konkurrenten befördert, waren viele kulturelle Eliten entsetzt über ihre fragwürdige Argumentation, sie habe ja einen Verteidigungsminister und keinen wissenschaftlichen Assistenten eingestellt. Schließlich ereignete sich kurz vor den Wahlen im Südwesten und Sachsen-Anhalt die Naturkatastrophe in Japan mit den folgenden Störfällen in den Atom-Reaktoren. Dieses Thema entwickelte sich angesichts der Politik im „Herbst der Entscheidungen“ schnell zur Kernschmelze der schwarz-gelben Landesregierung in Stuttgart, war doch der dortige Ministerpräsident Stefan Mappus einer der klarsten Befürworter der Laufzeitverlängerung gewesen. Die abrupte Kehrtwende von CDU, CSU und FDP besaß nur wenig Glaub-

würdigkeit, die vollends verschwand, nachdem Wirtschaftsminister Rainer Brüderle vor dem BDI das Atom-Moratorium als reinen „Wahlkampf“ titulierte hatte.

### **Erklärung der Wahlergebnisse**

Ohne Frage beeinflusste besonders die Atom-Katastrophe in Japan die Wahlen, weniger in Sachsen-Anhalt, besonders in Baden-Württemberg. Dort war erstmals Umwelt- und Energiepolitik mit 45 Prozent (plus 28 Prozentpunkte!) das insgesamt entscheidende Thema, bei SPD-Wählern mit 55 Prozent, bei den Grünen-Wählern sogar mit 86 Prozent.<sup>2</sup> Hatten Wahlumfragen vor dem Erdbeben in Japan am 11. März die CDU noch bei 40, die SPD bei 26, die Grünen bei 20, die FDP bei 5 und die PDL bei 4 Prozent gesehen,<sup>3</sup> zogen die Grünen durch die Atomdebatte wieder an der SPD vorbei, nachdem sie nach der Schlichtung von „Stuttgart 21“ durch Heiner Geißler wieder hinter die SPD zurückgefallen waren. Hingegen blieben die Zahlen für CDU, FDP und Linkspartei relativ konstant. Wie die Wählerströme zeigen, verlor die SPD eben sehr viel stärker an die Grünen als die CDU, nicht nur in Baden-Württemberg (SPD -140.000; CDU: -87.000), sondern auch in Rheinland-Pfalz (SPD: -87.000; CDU: -13.000), was insgesamt ungefähr fünf Prozentpunkten entspricht.<sup>4</sup> In der

---

1 Am 16. Februar berichtete die *Süddeutsche Zeitung* über Plagiatsstellen in Guttenbergs Dissertation. Hatte Guttenberg zunächst Vorwürfe, abgeschrieben zu haben, als „abstrus“ bezeichnet, musste er sich zwei Tage später, am 18. Februar, bereits für „eventuelle Fehler“ in der Arbeit entschuldigen.

---

2 Infratest dimap, Wahlanalyse Landtagswahl Baden-Württemberg 2011. Zusammenfassender Bericht. Berlin/Stuttgart 2011: 15.

3 Siehe [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de).

4 Infratest dimap, Wahlanalyse Landtagswahl Baden-Württemberg 2011. Zusammenfassender Bericht. Berlin/Stuttgart 2011: 15.



Zeit vor Fukushima erreichten die Grünen als ehemalige Regierungspartei in Hamburg mit 11,2 Prozent hingegen ein für Großstädte eher bescheidenes Ergebnis.

Das Hamburger Ergebnis gibt einen Hinweis, dass die Grünen nur eine relative Stärke besitzen. Michael Spreng betonte etwa, dass die Grünen nur dann hohe Prozentzahlen erzielen würden, wenn in ihren Hauptkompetenzfeldern Kernenergie, Umwelt und Klima gesellschaftliche Konflikte existieren. Er nannte sie derart nur eine „temporäre Volkspartei“,<sup>5</sup> die bei den meisten Wahlen zudem erheblich von ihrem Oppositionsstatus profitiert.<sup>6</sup> Eine aktuelle Studie des DIW zeigt, dass die Grünen noch immer über eine vergleichsweise homogene Anhängerschaft verfügen, blickt man auf deren Sozialstruktur.<sup>7</sup> Am ehesten ist es den Grünen in Baden-Württemberg gelungen, auch durch ihre kommunale Arbeit in andere, konservative Schichten einzudringen bzw. sind die vormals jungen Anhänger in diese Schichten hineingewachsen. Zwar konnten selbst in Baden-Württemberg die Grünen bei Arbeitern, Arbeitslosen, Rentnern zweistellige Gewinne verbuchen, gleichwohl dominieren bei den Grünen-Wählern mit Abstand Selb-

ständige, Beamte und Angestellte. Nur 13 Prozent aller Wähler mit Hauptschulabschluss haben im „Ländle“ die Grünen gewählt.<sup>8</sup> In Hamburg wählten hingegen nur drei Prozent der Hauptschüler und sieben Prozent der Arbeiter die Umweltpartei. Die Grünen-Anhängerschaft bestand dort aus 51 Prozent aus Angestellten und zu 47 Prozent aus Wählern mit Hochschulabschluss.<sup>9</sup>

Gleichwohl zeigen die Ergebnisse im Zeitverlauf, dass sich die Grünen zwischen zwölf und 18 Prozent nachhaltig stabilisiert zu haben, insbesondere, weil es ihnen gelang, seit den 1980er Jahren bis heute eine ungebrochen überproportionale Unterstützung bei jungen Menschen zu erreichen und diese Anhänger auch im späteren Lebenslauf dauerhaft und fest zu binden.<sup>10</sup> Dies zeigt sich auch in Hamburg, wo der Wahlgewinner SPD nur in geringem Maße (+7.000 Stimmen) von den Grünen gewinnen konnte. Die Grünen erzielten auch hier umso höhere Stimmenanteile, je jünger die Wähler waren.

Bei der SPD blieb es hingegen beim Trend, dass sie mit steigendem Alter höhere Stimmenanteile erhält. So konnte sie etwa in Hamburg bei allen Altersgruppen dazugewinnen. Doch wäh-

---

der Bericht. Berlin/Stuttgart 2011: 9.

5 Siehe [www.sprengsatz.de/?p=3634](http://www.sprengsatz.de/?p=3634) (eingesehen am 13..04.2011).

6 Auch im Saarland kamen die Grünen bei den letzten Umfragen nie über 10 Prozent.

7 Martin Kroh/Jürgen Schupp: Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei?, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht des DIW 12/2011, Berlin: 9.

8 Siehe Wahlanalysen Landtagswahl Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Rheinland-Pfalz 2011, jeweils die zusammenfassenden Berichte. Berlin/Stuttgart 2011.

9 Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 20. Februar 2011. Mannheim 2011.

10 Martin Kroh/Jürgen Schupp: Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei?, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht des DIW 12/2011, Berlin: 9.

rend sie bei den Wählern über 60 Jahre 51 Prozent der Stimmen (plus 21 Prozentpunkte) erhielt, erreichte sie bei den unter 30-Jährigen nur 43 Prozent (nur plus 3 Prozentpunkte). In Baden-Württemberg hingegen verlor die SPD insbesondere in den Altersgruppen der 18- bis 24-Jährigen, und hier besonders bei den jungen Frauen, sowie der 35- bis 44-Jährigen, vermutlich insbesondere an die Grünen. Außer bei der Generation 60-Plus lagen die Grünen dort überall vor der SPD. Anders sah es in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt aus: Hier erhielten die Grünen zwar auch in den jüngeren beiden Altersgruppen ihre besten Ergebnisse, sie lagen aber weit hinter der SPD. In Sachsen-Anhalt wählten zudem viele Jungwähler bis 25 Jahren die rechtsextreme NPD.

Vergleicht man zudem die Ergebnisse der Landtagswahlen mit den Wahlergebnissen von 2009, so wird deutlich, dass die SPD keinesfalls weiter eingebrochen ist, sondern sie sich gerade in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg – wenngleich auf niedrigem Niveau – stabilisiert hat. Gerade in diesen beiden Bundesländern waren die Sozialdemokraten bei den Europa- und Bundestagswahlen unter 20 Prozent gefallen. Bei den Landtagswahlen konnte viele Wähler zurückgewonnen werden, nicht zuletzt bei den Nichtwählern: In Baden-Württemberg erhielt sie 162.000 zusätzliche Stimmen von ehemaligen Nichtwählern sowie geringere Zugewinne von CDU (+39.000) und FDP (+26.000), verlor aber gleichzeitig, wie beschrieben, stark an die Grünen. Trotzdem lag das Ergebnis mit 23,1 Prozent fast vier Prozentpunkte über dem

Bundestagswahlergebnis,<sup>11</sup> in Hamburg sogar 23 und in Rheinland-Pfalz zwölf Prozentpunkte. Ähnliches zeigte sich bei den hessischen Kommunalwahlen am 27. März 2011: Hier erreichte die SPD 30,9 Prozent und damit sieben Prozentpunkte mehr als bei den Landtagswahlen 2009 (23,7 Prozent). Doch auch hier verlor die SPD stark an die Grünen, die ihr Ergebnis von 9,2 auf 20 Prozent steigern konnte. Trotz dieser Stabilisierung bleibt das Ergebnis der SPD insgesamt schlecht, auch weil ihre Hauptkompetenzfelder Bildung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit in den Wahlen nur eine geringe Rolle spielten.

Überraschend ist das Bild der CDU, die sich bislang von der historischen Niederlage in Baden-Württemberg unbeeindruckt zu geben scheint. Immerhin gelang es der Union nach ihrer Lesart trotz des bundespolitischen Gegenwinds in Rheinland-Pfalz 2,5 Prozentpunkte und in Baden-Württemberg trotz des Rückgangs um 5,5 Prozentpunkte 221.000 ehemalige Nichtwähler hinzuzugewinnen. Doch auf den zweiten Blick erscheint das Wahlergebnis wenig rosig für die Union: Ein erhoffter Machtwechsel in Mainz scheiterte in dem eigentlich konservativen Bundesland trotz einiger Skandale der SPD und einer jungen, von alten CDU-Skandalen als unbelastet empfundenen Herausforderin. In Baden-Württemberg schöpfte die CDU fast ausschließlich aus jenem Wählerreservoir konservativer Nichtwähler, die bislang immer aufgrund der

11 Infratest dimap, Wahlanalyse Landtagswahl Baden-Württemberg 2011. Zusammenfassender Bericht. Berlin/Stuttgart 2011: 9.

klaren (konservativen) Verhältnisse in „Ländle“ nicht zum Wählen gegangen waren und nun einen Regierungswechsel verhindern wollten, und trotzdem erzielte sie dort das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte. In Hamburg musste die CDU zudem registrieren, wie die SPD 50.000 Stimmen in der direkten Auseinandersetzung gewinnen konnte. Bedenklich muss dies vor allem

für Merkel sein, ist das Desaster der Hamburger CDU doch auch mit dem Scheitern eines schwarz-grünen Kurses einhergegangen. Ferner bestätigte sich der Trend der Rentner-Partei CDU. In Hamburg waren 40 Prozent ihrer Wähler älter als 60 Jahre, in Rheinland-Pfalz 41 Prozent und in Baden-Württemberg sogar 47 Prozent.

*Wahlergebnisse im Vergleich*

		CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Rechte
<b>Rheinland-Pfalz</b>	LTW 06	32,8	45,6	4,6	8,0	2,6	2,9
	EW 09	39,9	25,7	9,5	11,1	3,5	
	BTW 09	35,0	23,8	9,7	16,6	9,4	
	LTW 11	35,2	35,7	15,4	4,2	3,0	1,9
<b>Baden-Württemberg</b>	LTW 06	44,2	25,2	11,7	10,7	3,1	3,2
	EW 09	38,7	18,1	15,0	14,1	3,0	
	BTW 09	34,4	19,3	13,9	18,8	7,2	
	LTW 11	39,0	23,1	24,2	5,3	2,8	2,1
<b>Sachsen-Anhalt</b>	LTW 06	36,2	21,4	3,6	6,7	24,1	3,5
	EW 09	29,1	18,1	5,4	8,6	23,6	
	BTW 09	30,1	16,9	5,1	10,3	32,4	
	LTW 11	32,5	21,5	7,1	3,8	23,7	4,6
<b>Hamburg</b>	LTW 04	47,2	30,5	12,3	2,84,8	-	-
	LTW 08	42,6	34,1	9,6	4,8	6,4	0,8
	EW 09	29,7	25,4	11,1	20,5	6,7	
	BTW 09	27,9	27,4	15,6	13,2	11,2	
	LTW 11	21,9	48,4	11,2	6,7	6,4	0,9

Auch dass die Grünen in konservativen Milieus der CDU wildern und sich der Spitzenkandidat der Grünen ohne Widerspruch zu ernten, als wahren Konservativen – bezogen auf den Umgang mit der Guttenberg-Affäre oder der Atomwende – inszenieren konnte, muss die CDU-Strategen umtreiben. Die Grünen holten von der CDU in

Baden-Württemberg fast 90.000 Stimmen, in Rheinland-Pfalz 13.000 Stimmen.<sup>12</sup> Letztlich hat auch die Kampagne gegen die „Dagegen-Partei“ nur einge-

<sup>12</sup> Siehe Wahlanalysen Landtagswahl Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz 2011, jeweils die zusammenfassenden Berichte. Berlin/Stuttgart 2011.

schränkt funktioniert. Nur 38 Prozent der Wähler im „Ländle“ stimmten eher oder voll der Aussage zu, eine Regierung aus SPD und Grünen gefährde die wirtschaftliche Stärke. 57 Prozent teilten eher oder überhaupt nicht diese Aussage.<sup>13</sup>

Nicht minder droht der CDU auch die Skandalisierung rot-roter Bündnisse abhanden zu kommen. Die PDL scheiterte sowohl in Baden-Württemberg mit 2,8 Prozent als auch in Rheinland-Pfalz mit 3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. In beiden Bundesländern kam sie nicht über den Stand des Wahlergebnisses der WASG von 2006 hinaus. Hatten bei der Bundestagswahl 2009 in Rheinland-Pfalz noch 205.000 Menschen PDL gewählt, waren es 2011 nur noch 60.000 Stimmen und damit 29 Prozent des Stimmenanteils zwei Jahre zuvor. In Baden-Württemberg erhielt sie nur 36 Prozent der Stimmen der Bundestagswahl.<sup>14</sup> Selbst das Ergebnis der PDL in Hamburg von 6,4 Prozent war letztlich enttäuschend, hatte man sich doch in der Großstadt und angesichts einer auch außerhalb der Partei als erfolgreich wahrgenommenen Oppositionspolitik mehr erwartet. Bei der Bundestagswahl hatte sie noch 11,2 Pro-

zent erhalten. Das Hamburger Ergebnis ist ein Indiz mehr, dass die Wahlergebnisse der PDL sicher nicht allein mit Fukushima zu erklären sind, wie dies von der Parteiführung behauptet und von der Parteibasis scharf kritisiert wurde.<sup>15</sup> Die Westausdehnung ist mit den Wahlniederlagen damit nicht gescheitert, wie manche schon interpretieren. Doch die Fünf-Prozent-Hürde wird angesichts der desolaten Lage im Westen in Zukunft eine echte Hürde darstellen. Selbst in Sachsen-Anhalt war das Ergebnis durchwachsen, und zwar gleich zweifach: Mit 23,7 Prozent landete sie zwar knapp vor den Sozialdemokraten. Doch sie verfehlte nicht nur ihr – allerdings auch sehr ambitioniertes – Ziel, stärkste Partei in Sachsen-Anhalt zu werden, deutlich.<sup>16</sup> Es zerschlugen sich auch die bis zuletzt gewagten Hoffnungen, dass die SPD vielleicht doch noch Wulff Gallert zum Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt wählen würden.

Noch schlechter erging es der FDP. Prophetisch hatte im Januar der stellv. Landesvorsitzende der baden-württembergischen FDP, Michael Theurer, festgestellt, „es geht um unsere Existenz“.<sup>17</sup>

---

13 Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 27. März 2011. Mannheim 2011: 23.

14 Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs, Die Ergebnisse der Wahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 – Wahlbericht und erste Analyse, siehe [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Themen/Parteien\\_Soz\\_Bew/Hoff-Kahrs\\_Wahlbericht\\_BaWue.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Parteien_Soz_Bew/Hoff-Kahrs_Wahlbericht_BaWue.pdf); (eingesehen am 14.04.2011).

15 In einem Brief an die Parteiführung hatten 50 der rund 350 Kreisvorsitzenden kritisiert, dass die Erklärungsversuche für die jüngsten Wahlniederlagen „kaum den Kern der Probleme treffen“ würden. Zugleich wehrten sich die Kreisvorsitzenden gegen den Versuch der Parteiführung, eine Diskussion über die Gründe der Niederlagen zu verhindern; vgl. Leipziger Volkszeitung, 11.04.2011.

16 Im September 2010 war die PDL bei der Sonntagsfrage einmal gleichauf mit der CDU gewesen, vgl. [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de).

17 Süddeutsche Zeitung, 07.01.2011.

Auch der Versuch, sich durch eine Distanzierung von ihrem unbeliebten Parteichef Westerwelle bessere Ausgangspositionen zu verschaffen, half nichts.<sup>18</sup> In ihrem Stammland Baden-Württemberg kam sie mit knapper Mühe über die Fünf-Prozent-Hürde, in Rheinland-Pfalz flog sie genauso aus dem Landtag wie in Sachsen-Anhalt. Hatten bei der Bundestagswahl 2009 in Rheinland-Pfalz noch 364.000 Menschen (16,6 Prozent) die Liberalen gewählt, waren es zwei Jahre später bei der Landtagswahl nur noch 79.000 Stimmen (4,2 Prozent). Nur ein Fünftel der Stimmen der Bundestagswahlen konnten derart gehalten werden. In Baden-Württemberg waren es nur ein Viertel. Bei den hessischen Kommunalwahlen erreichte sie nur noch 3,5 Prozent, nach 16,2 Prozent bei den Landtagswahlen 2009. Dass die FDP auch dank einer jungen Kandidatin Katja Sudig mit 6,7 Prozent wieder in die Hamburger Bürgerschaft eingezogen war, war letztlich eben keine „Trendwende“, wie Westerwelle dies damals bewertete: Denn dieses knappe Ergebnis über der Fünf-Prozent-Hürde erzielte die FDP, obwohl sie die einzige Partei gewesen war, die konsequent

---

18 So hatte der rheinland-pfälzische Spitzenkandidat der FDP, Herbert Mertin, im Wahlkampf Westerwelle als „Klotz am Bein“ bezeichnet, in Baden-Württemberg forderten mehrere prominente Mitglieder der Südwest-FDP den Parteichef zum Rücktritt auf, um den Wahlkämpfern „die Chance [zu erhalten], das Negativ-Image abzustreifen, das leider mit Ihrer Person medial verbunden ist und das sich bedauerlicherweise nicht mehr ändern lässt“. Vgl. Hans Monath, „Westerwelle ist wie ein Klotz am Bein“, in: Tagesspiegel, 16.12.2010.

gegen die schwarz-grüne Bildungsreform in Hamburg Flagge gezeigt hatte. Bedrohlich ist insbesondere das Bild in Baden-Württemberg. Dort haben sich 60.000 ehemalige FDP-Wähler diesmal für die Grünen entschieden. Vor allem Selbständige, die klassische FDP-Klientel, fühlen sich zunehmend eher bei den Grünen aufgehoben als bei den Liberalen.<sup>19</sup> Angesichts von dauerhaften Umfragen für die FDP von unter fünf Prozent scheinen die Ergebnisse der vier Landtagswahlen nur Spiegelbilder der Bundes-FDP zu sein. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg stimmten um die 80 Prozent der Wähler der Aussage zu, die „FDP kümmere sich zu stark um die Interessen bestimmter Wählergruppen“; 74 bzw. 79 Prozent der Wähler stellten fest, die FDP fordere Steuererleichterungen, die nicht zu finanzieren sind.

### **Welche Folgen haben die Landtagswahlen für die Parteien?**

Interessant ist nun, was die Wahlergebnisse für die anderen Landtagswahlen des Superwahljahres in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin oder vielleicht sogar darüber hinaus für die Bundestagswahlen 2013 zu bedeuten haben. Erstens ist festzuhalten, dass politische Forschung und veröffentlichte Meinung etwas vorschnell die Existenz eines Fünf- oder gar Sechs-Parteiensystems in Ostdeutschland als Normalität prophezeit haben. In Rheinland-Pfalz sitzen weiter bloß drei, in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt vier Par-

---

19 Vgl. Markus Wehner, Es grünt so grün, in: FAZ, 10.04.2011.

teien im Landtag. Es wurde oft vernachlässigt, dass im Fünf-Parteiensystem alle Parteien weiter darauf angewiesen sind, ihre Wähler auch zu mobilisieren – gelingt ihnen das nicht, drohen sie bei Wahlen unter die fünf Prozent-Hürde zu fallen. So hat auch die NPD nur knapp ihren Einzug ins sachsen-anhaltinische Parlament verfehlt, auch aufgrund des derzeitig desolaten Zustands der NPD. Neben dem Zustand der Parteien hängt die Stärke der Parteien gerade bei den kleineren Parteien zudem von der politischen Großwetterlage ab – dies müssen FDP und Linkspartei gerade erleiden, die Grünen hingegen bedenken.

Bestätigt wurde zweitens der Trend der steigenden Volatilität, insbesondere in Westdeutschland (während sich die Wähler in Sachsen-Anhalt als erstaunlich stabil erwiesen). Besonders deutlich wird dies in Hamburg: 2001 gewann die CDU mit 26,2 Prozent zusammen mit der rechtspopulistischen Schill-Partei (19,4 Prozent) die Regierungsmehrheit. Drei Jahre später 2004 schaffte die CDU mit 47,2 Prozent die absolute Mehrheit, worauf 2008 die schwarz-grüne Koalition folgte (CDU: 42,6 Prozent). Nicht einmal drei Jahre später erreichte die SPD die absolute Mehrheit mit 48,3 Prozent (CDU 2011: 21,9 Prozent). In Baden-Württemberg gingen mit fünf Millionen Wählern eine Million mehr zur Wahl als 2006, von denen 266.000 die Grünen wählten, womit die Umweltpartei insgesamt 740.000 Stimmen mehr erhielt als 2006. Letztlich gibt es auch kaum noch parteipolitische Hochburgen mehr: Weder hielt die in Baden-Württemberg 58 Jahre lange Herrschaft der CDU, noch konnte ihr „Stamm-

land“ die Liberalen vor einem Desaster bewahren. Allerdings hat die Volatilität auch ihren Preis: „Weil Emotionalität als Wahlentscheid schnell durch Ratio, also persönliche Vorteile, abgelöst wird und der Reiz vordergründiger Attraktivität schnell wieder verfliegt, wenn erst der Verstand einsetzt, bekommen die Grünen bald ein Problem mit den Wählern. Sie waren nie volatiler, nie emotionaler, nie egozentrischer. Wie zuletzt die FDP.“<sup>20</sup> Gleichwohl gewinnt das Emotionale für die Ansprache eine immer größere Bedeutung bei den Wahlen.

Drittens scheint allein die *wirtschaftliche Prosperität* eines Landes wenig über den Ausgang der Wahlen auszusagen. Allein der Wahlslogan „Vorne bleiben“ reichte im „Ländle“ nicht zur Verteidigung der Mehrheit. In Sachsen-Anhalt hat jedoch der *wirtschaftliche Fortschritt* des Landes eine deutliche Auswirkung auf das Wahlergebnis: 62 Prozent der Wähler befürworteten die Fortsetzung einer schwarz-roten Koalition, weil die wirtschaftliche Lage zu Zeiten der rot-roten Minderheitsregierung als viel negativer eingeschätzt wurde.<sup>21</sup> Die SPD scheint sogar deswegen letztlich hinter die Linkspartei gefallen zu sein, weil manche befürchteten, es würde doch für Rot-Rot reichen, weil die SPD in der letzten Umfrage vor der Wahl den Rückstand zur PDL aufgeholt hatte.

---

20 Klaus-Peter Schöppner, Mit Angst kann man Politik nicht gestalten, in: Hamburger Abendblatt, 04.04.2011.

21 Infratest dimap, Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl 2011. Analyseband, Berlin 2011: 23.

Auch Kompetenzzuschreibungen allein nutzen den Parteien nur wenig: Die SPD lag etwa in Baden-Württemberg bei quasi allen Kompetenzwerten – außer bei Atom- und Umweltpolitik – weit vor den Grünen, in Sachsen-Anhalt weit vor der Linkspartei – und trotzdem landete sie jeweils hinter den beiden Parteien. Zentral hingegen war – viertens – die Geradlinigkeit und Glaubwürdigkeit bei jenen Themen zentral, die gerade die politische Agenda der Menschen bestimmen. „Das Schlüsselwort des Wahlabends heißt Glaubwürdigkeit. Verloren haben die Unglaubwürdigen, gewonnen die Glaubwürdigen. Die Kehrtwende von Schwarz-Gelb in der Energiepolitik war unglaubwürdig. (...) Dafür wurde die CDU in Baden-Württemberg abgestraft, allen voran ihr Atomwolf Stefan Mappus. Seine Kehrtwende war noch unglaubwürdiger als die Angela Merckels.“<sup>22</sup> Olaf Scholz und Winfried Kretschmann wurden als deutlich glaubwürdiger empfunden als Christoph Ahlhaus und Stefan Mappus. Hingegen wies die SPD zum einen immer noch Glaubwürdigkeitsprobleme beim Kompetenzfeld soziale Gerechtigkeit auf (Hartz IV). Zum anderen kann die SPD mit ihrem kraftvollen „sowohl-als-auch“ bei den Wählern nicht punkten, etwa bei einem in hohem Maße öffentlich diskutierten, wenngleich nicht wahlentscheidenden Mobilisierungsthema wie „Stuttgart 21“.<sup>23</sup>

Fünftens hat auch die Sympathie der Kandidaten eine wichtige Rolle gespielt, hauptsächlich die Politiker unterscheiden sich vom negativen Parteipolitiker-Klischee: Entweder die nüchternen, pragmatischen Rollenbilder eines Olaf Scholz und Winfried Kretschmann, die als Personen für eine Linie und nicht für eine Partei stehen. Oder der sehr ähnlich der präsidiale Landesvater, wie dies Kurt Beck verkörperte: 72 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Rheinland-Pfalz und sogar 50 Prozent der CDU-Anhänger waren der Ansicht, Beck habe seine Sache eher gut gemacht. Oder aber die als „frech“, „anders“ und „jung“ inszenierten Herausfordererinnen, wie Julia Klöckner oder Katja Sudig in Hamburg, die sich auch nicht als Teil des Parteiestablishments inszenieren. Eine indirekte Rolle der Beliebtheit spielte der populistische Anti-Politiker-Typus, der mit Guttenberg allerdings zunächst von der Bildfläche verschwunden ist.

Im Parteiensystem zeichnet sich ab, dass bis auf weiteres die Grünen die Scharnierfunktion von der FDP übernehmen – auch weil politische Berührungspunkte und Barrieren für eine Wahlentscheidung zugunsten der Grünen abnehmen, während die Wahlentscheidung für die FDP mittlerweile mit einem Makel behaftet ist.<sup>24</sup> Das bedeutet für die CDU, dass mit ihrem bisherigen „Wunschpartner“ FDP Regierungskoalitionen immer unrealistischer werden. Waren schwarz-grüne Gedankenspiele

---

22 Michael Spreng, siehe [www.sprengsatz.de/?p=3634](http://www.sprengsatz.de/?p=3634) (eingesehen am 13.04.2011).

23 Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Bürger-

---

schaftswahl vom 27. März 2011. Mannheim 2011: 36.

24 Vgl. Markus Wehner, Es grünt so grün, in: FAZ: 10.04.2011.

le für die Mehrheit der Union bislang nur eine strategische Option im Fünf-Parteiensystem und nur für eine Minderheit in der Partei eine inhaltliche Wunschkoalition, so wird angesichts des aktuellen Niedergangs der Liberalen eine Koalition mit den Grünen die einzige Chance neben der ungeliebten Großen Koalition, an der Regierung zu bleiben. Für die FDP sind dies keine rosiggen Aussichten in der schwarz-gelben Koalition.<sup>25</sup>

Merkel ist dabei letztlich die Farbe ihres Koalitionspartners egal. Ziel von Merkel ist es wie schon 2009, allein die CDU zur stärksten Partei zu machen, mit welcher Prozentzahl und mit welchem Partner sie dann regiert, ist Merkel letztlich egal. Zum einen wird sie einen neuen schwarz-grünen Kurs unter der Parole führen, die Energiewende kommt nur mit Schwarz-Grün: Während die Grünen ihre Kompetenz und Glaubwürdigkeit beim Umweltthema einbringen würde, stehe die CDU dafür, dass der ökologische Umbau nicht der Wirtschaft schade. Nebenbei kann hierdurch der Kurswandel bei der Atom-Kraft für die Union glaubhafter inszeniert werden. Dieser neue Kurs ist möglich, weil durch das Abräumen der Atomfrage der zentrale Vetopunkt für eine Zusammenarbeit mit den Grünen auf Bundesebene beseitigt ist. Zum anderen wird sie gegenüber der SPD Polarisierung wieder eher vermeiden und versuchen, Kritik abperlen zu lassen. Der konservative „Herbst der Entscheidungen“ war nur

---

25 Siehe hierzu auch visionär: Markus Schwennicke, Die Schwarze Witwe, in: Spiegel-Online, 20.10.2009.

eine Inszenierung, die sie vor der Wahl in Baden-Württemberg bediente, auch um ihre politischen Widersacher auszubremsten. Merkel hat keine Vision, Merkel ist der wandelnde Pragmatismus. Kommt sie in Not, weicht sie – teils radikal – von ihren Dogmen ab. Die Rückkehr der Pragmatikerin und präsidialen Kanzlerin ist hier zu erwarten, die unbequeme Wahrheiten – wie teurere Strompreise – ausspricht. Hier scheint sie auch von Guttenberg gelernt zu haben und kann eine Tugend in der Not machen: Denn Schwarz-Gelb hat mit den Wahlen ihre Mehrheit bis auf weiteres an Rot-Grün eingebüßt.<sup>26</sup> Wird die CDU durch eine solche Strategie wieder stärkste Partei und sinken die Grünen (durch den Wegfall des Mobilisierungsthemas Atom), dann – so das Kalkül – würde es logischer Weise auf Schwarz-Grün hinauslaufen, weil die Grünen Rot-Rot-Grün eher ausschließen würden. Im Notfall würde Merkel – viele Konservative unterstellen ihr, sie präferiere dies sogar – wieder die Kanzlerin in der Großen Koalition stellen wollen.

Gefahr aus der Union droht Merkel auch nach der Niederlage in der als „Schicksalswahl“ hochstilisierten Wahl in Baden-Württemberg nicht: alle ihre Konkurrenten sind derzeit geschwächt oder zurückgetreten. Gleichwohl ist Merckels Teflon durch die Guttenberg-

---

26 Seit dem Verlust von Nordrhein-Westfalen 2010 war etwa die „Jamaika-Koalition“ im Saarland noch ein unsicherer Kantonist für die Opposition. Siehe etwa die Andeutungen des Vorsitzenden der saarländischen Grünen, Hubert Ulrich, mit den schwarz-gelben Länderregierungen dem Hartz IV-Paket der Bundesregierung zuzustimmen.



Affäre, das drohende Scheitern der Projekte des „Herbsts der Fehlentscheidungen“ sowie durch die Unglaubwürdigkeit ihrer Atomwende angekratzt. Nicht minder hat Merkel das Problem, dass sie nur noch wenige konservative Themen bedienen kann: Atomkraft war für die Konservativen nicht einfach ein Thema, sondern eine Metapher für einen Denk- und Lebensansatz, bei der man sich als Konservativer klar abgrenzen konnte. Durch den Abgang von Mappus ist ferner die Position des konservativen Vertreters in der Union erneut vakant. Die Landtagswahlen zeigten auch ein Dilemma: Droht die CDU bei rot-grünen Umfragemehrheiten ins Hintertreffen zu geraten, muss sie ihre (rechts-)konservative Klientel bedienen, was wiederum Schwarz-Grün zu vereiteln droht. Die teils heftige Kampagne der CDU gegen die „Dagegen-Partei“ oder auch die Bedienung rechter Ressentiments in den Wahlkämpfen, wie in Baden-Württemberg, als Gerüchte über den grünen Spitzenkandidaten Kretschmann verbreitet wurden, dieser sei unheilbar krank und nun drohe nach der Wahl ein Ministerpräsident Cem Özdemir,<sup>27</sup> führten dazu, dass die Grünen eine Koalition mit der CDU ausschlossen. In Hamburg verschwand nach dem Rücktritt von Ole von Beust der Garant für Schwarz-Grün, zurück blieben zwei Partner, die

sich kulturell nicht mehr verstanden. Letztlich sind schwarz-grüne Bündnisse also (noch) ein Personenprojekt innerhalb der CDU.

Klare Verlierer der vier Landtagswahlen sind hingegen FDP und die PDL. Beide Parteien bieten derzeit ein ähnliches Bild: Beide haben sich in der Vergangenheit auf ein Thema verengt – die einen auf Steuersenkungen, die anderen auf Hartz IV –, beide haben in der Vergangenheit versucht, mit einer populistischen Kommunikation Stimmenzuwächse zu erhalten: Die einen gegen „spätromische Dekadenz“ der Unterschichten und linker Politikeliten, die anderen gegen das „neoliberale Parteienkartell“. Beiden wurden unrealistische Forderungen unterstellt – bei den einen Steuersenkungen, bei den anderen fast die gesamte Programmpalette. Während die FDP ihr Führungsproblem durch den Abgang von Westwelle gelöst zu haben scheint, leidet die Linkspartei noch an den Folgen ihres Vorsitzendenwechsels. Es ist dabei abzusehen, dass allein der Austausch des Parteivorsitzenden weg von Westerwelle und hin zu Philipp Rösler an den Wahlchancen der FDP nicht viel ändern wird. Einziger Hoffnungsfunkle ist, dass es sich Angela Merkel bis 2012 noch nicht leisten kann, die FDP völlig vor die Wand fahren zu lassen – zu sehr würden ihre eigenen Werte darunter leiden.

Für die Linkspartei sind die Ergebnisse auch deshalb besorgniserregend, weil bislang ihr oftmals desaströses Auftreten in den Landesverbänden sowie die Dauerstreitigkeiten der Flügel sich nicht auf die Wahlen ausgewirkt hatten. Dies ist vorbei. Der Berliner Lan-

---

27 Cem Özdemir kommentierte: „Nach dem Motto: Da steht ein Türke zur Wahl. Ihr wählt zwar den Kretschmann, bekommt aber den Deutsch-Türken Özdemir. Das ist schon perfide, was Mappus da macht.“ (ARD-Hörfunk in: dpa, 08.02.2011). Wahlberater von Mappus ist der ehemalige Roland Koch Wahlkampfmanager Dirk Metz.

desvorsitzende Klaus Lederer machte dies deutlich, in dem er schon vor den vier Landtagswahlen die Lage kritisch zusammenfasste: „Ich halte die Lage für ernst (...) Der Schwung der Neugründung ist dahin. Wir haben im vergangenen Jahr Entwicklungen verschlafen.“<sup>28</sup> Die neuen Bundesvorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst können die beiden ehemaligen charismatischen Anführer Lafontaine und Gysi nicht ersetzen. Sie zeigen sich als unfähig, die Partei hinter sich zu sammeln, wobei die Diskussionen um die dilettantische „Kommunismusrede“ von Löttsch und den Lebensstil von Ernst ihnen zuletzt jede Autorität genommen haben. Sie blieben bis auf weiteres nur Vorsitzende, weil bislang beide Flügel keine in der Partei durchsetzbaren personellen Alternativen anbieten konnten, der rechte Flügel zudem Angst vor einer Rückkehr Lafontaines hat.

Doch die PDL hat auch ein strategisches Dilemma: Die Linkspartei wird nicht mehr als alleinige Opposition wahrgenommen. Konnte die PDL früher Wahlkampf gegen das „neoliberale Kartell“ der anderen Parteien führen, nimmt die sozialere Positionierung von SPD in der Opposition ihnen den Wind aus den Segeln, weil sich die Linkspartei durch die Korrekturen bei SPD (und Grünen) bei „Hartz IV“ und Rente mit 67 „immer weniger auf die Kritik an der falschen SPD-Politik in der Vergangenheit stützen“ kann.<sup>29</sup>

Die Grünen stehen hingegen nun für dem Praxistest: Sie müssen nun all jene emotionalen Hoffnungen und realen Versprechen erfüllen, die sie vorher in der Opposition gefordert haben. Die Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt warnte derart schon vor übertriebenen Erwartungen: „Auch eine grüne Regierungspartei kann nicht über Wasser gehen“. Doch genau dies erwarten viele Wähler etwa bezüglich der Zukunft von „Stuttgart 21“.<sup>30</sup> Es ist offen, ob es den Grünen in der Regierung gelingt, ihre teils radikale Grünen-Basis und Anhängerschaft einerseits und die Ängste der „neuen“ konservativen Unterstützer der Grünen zu verbinden. „Der Anspruch, in allen sozialen Milieus anerkannt zu werden, wird spätestens dann zur Nagelprobe einer Volkspartei, wenn es gelingt, in der Regierungsverantwortung getroffene unpopuläre Entscheidungen auch breiteren Wählerkreisen zu vermitteln – ohne dauerhaft an Zustimmung zu verlieren.“<sup>31</sup> Zudem wird spätestens ab

---

Pätzolt (2010): Strategische Optionen der LINKEN – Thesen zur Vorbereitung der Septemberklausur der Bundestagsfraktion.

30 Das Dilemma wird etwa deutlich, dass die Grünen einestils zwar im Wahlkampf – auch aus wahltaktischen Gründen – eine Volksabstimmung gefordert haben, nun aber in der Realität eher Abstand davon nehmen wollen, um sich nicht mit den Gegnern des Projekts zu verprellen; siehe Roman Deininger, Vorsicht, Sackbahnhof, in: Süddeutsche Zeitung, 13.04.2011.

31 Martin Kroh/Jürgen Schupp: Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei?, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht des DIW 12/2011, Berlin: 9.

---

28 Interview mit Klaus Lederer, siehe ZEIT, 27.01.2011.

29 Matthias Hinze/Florian Havemann/Horst Kahrs/Helge Meves/Olaf Miemiec/Harald

Juni durch den Atomschwenk der CDU den Grünen ein hoch emotionalisierbares und symbolisch darstellbares Mobilisierungsthema fehlen.

Für die SPD schließlich stellen die Landtagswahlen ein realistisches Wahlergebnis dar. Angesichts ihrer organisatorischen und inhaltlichen Neuausrichtung war nicht mehr zu erwarten, wenngleich besseres erhofft wurde angesichts der Dauerkrise von Schwarz-Gelb. Zu viele Aufräumarbeiten waren und sind innerhalb der Partei notwendig. Zudem hatte schon Sigmar Gabriel auf seiner Rede in Dresden 2009 festgestellt, dass die Zurückgewinnung der Glaubwürdigkeit nicht von einem Tag auf den anderen gelingen würde. Dass die SPD einige Entscheidungen der Vergangenheit revidiert hat, kam zwar bei vielen Menschen an. Sie wissen aber zum einen noch nicht, ob sie der SPD auch glauben können, zum anderen, für welche zukünftige Politik sie überhaupt steht. Ob die Neuaufstellung gelingt ist zwar offen, Hoffnungen der Konservativen und schwarz-grünen Befürworter über einen „Niedergang der SPD“<sup>32</sup> sind hingegen doch sehr verfrüht.

Was kann die SPD aus den Wahlen lernen? Zunächst ist festzuhalten, dass in allen Landtagswahlen eine hohe Zustimmung für eine Regierungsbildung von SPD und Grünen bestand. Diese rot-grüne Partnerschaft muss weiter gepflegt werden, auch wenn man nicht mehr von einem Projekt sprechen soll-

te. Dies dient nicht nur der Abwehr schwarz-grüner Bündnisse,<sup>33</sup> sondern bildet letztlich auch die Basis für eine Zurückgewinnung des kulturell-politischen Raums für Ideen Links der Mitte. Die Bereitschaft der SPD, auch einen grünen Ministerpräsidenten zu akzeptieren und trotz der Konkurrenz gemeinsame Wahlkampfauftritte zu organisieren, haben sich bei Anti-CDU-Wahlen als sehr positiv erwiesen. Die Option rot-rot-grüner Bündnisse hat sich damit zwar nicht erledigt; doch angesichts von „Kommunismusreden“ sowie absurden und völlig unberechenbaren Programmdebatten können selbst gesonnene Linksparteiler den Sozialdemokraten wohl nicht glaubhaft machen, warum man derzeit diese Option positiv kommentieren sollte.

Gleichzeitig müssen auch die Unterschiede zwischen SPD und Grünen einerseits und CDU andererseits herausgearbeitet werden. Beim Thema „Arbeit“ hat Olaf Scholz im Wahlkampf in Hamburg vorgemacht, wie glaubwürdig sozialdemokratische Politik sich an der konkreten Lebenswirklichkeit der Gering- und Normalverdiener orientieren kann. Die Betonung der klaren Haltung zum Hafenausbau war nicht einfach nur die Besetzung des Themas „Wirtschaft“, wie manche nach der Wahl interpretierten. Die SPD zeigt hingegen an einem Beispiel deutlich auf, dass industrielle Großprojekte notwendig sind, um sowohl Arbeit für die absolute Mehrheit

---

32 Siehe etwa Thomas Hanke, Zurück zum System der drei Parteien, in: Handelsblatt 30.3.2011.

33 Siehe hier auch Joachim Raschke, Wer mit wem wohin? Programmatische und bündnispolitische Perspektiven der SPD, in: Frankfurter Hefte 1/2 (2011): 63-66.

der Arbeitnehmer zu erhalten als auch um das Gemeinwohl zu stärken. Den Grünen wurden derart zu Vertretern einer besserverdienenden und gut gebildeten Angestelltenschicht – die sie ja auch in Wirklichkeit sind, die zwar wichtige Anliegen in der Umweltpolitik haben, letztlich eben aber das Gemeinwohl ausklammern. Damit verbunden war die klare Formulierung von mehr sozialer Gerechtigkeit. 62 Prozent der Hamburger meinten, dass die SPD dort die Sorgen „der kleinen Leute“ ernst nehmen. Ganz anders lag dies beim Projekt „Stuttgart 21“: Nicht nur war die (typische) Mittelposition der SPD problematisch, die SPD konnte den Menschen auch nicht klar machen, welchen Mehrwert ein solches Projekt für die „kleinen Leute“ hat – wahrscheinlich weil dies auch nur im begrenzten Maß der Fall war. Diese Betonung des Themas „Arbeit“ ist deshalb zentral, weil etwa das Thema Mindestlohn gerade in Regionen mit geringer Arbeitslosigkeit wie Baden-Württemberg auf weniger Resonanz stoßen kann.

Zudem geht es um eine glaubhafte Forcierung des Themas „Soziale Gerechtigkeit“. Die Linkspartei kann auch deshalb nicht mehr gegen die SPD mobilisieren, weil die SPD wieder deutlich die Stimme des kleinen Mannes und sich für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzt. Im Mittelpunkt muss dabei die Mehrheit der Arbeitnehmer – insbesondere die Gering- und Normalverdiener stehen, gegen die einseitige Bedienung von Klientelinteressen. Beim Thema Energie muss es derart um eine verlässliche Stromversorgung auch für Großbetriebe gehen, es dürfen aber nicht die kurz-

fristigen Gewinninteressen der Wirtschaft im Vordergrund stehen.

Drittes Thema muss eine offensive und kritische Auseinandersetzung mit dem Zustand unserer Demokratie sein, weil es eine der wenigen Möglichkeiten für die SPD ist, dem Anti-Parteien-Ressentiments etwas entgegenzusetzen. Während Merkel wieder versuchen wird, als „präsidiale (schwarz-grüne) Kanzlerin“ eine pragmatische Anti-Politiker-Rolle zu besetzen, die Linkspartei im Zweifel und in der Not auch wieder Anti-Parteien-Ressentiments bedient, wird sich die grüne Partei weiter als außerparlamentarische Kraft inszenieren. „Sie sind aus der Opposition gegen das etablierte Parteiensystem entstanden (...). Die prinzipielle Opposition (...) hat sich in eine skeptische Haltung verwandelt, die sich bestens mit der Unzufriedenheit verträgt, die das deutsche Bürgertum in letzter Zeit befällt“.<sup>34</sup> Auch dies zeigten die Ergebnisse der letzten Wahlen.

Nachbemerkung: Die Bundestagswahlen in Bremen konnten nicht mehr in die Analyse aufgenommen werden, sie bestätigen jedoch die hier vorliegende Analyse fast vollständig.

---

34 Matthias Geis, Parteienlandschaft, neu gemalt, in: ZEIT, 14.04.2011.

## CSS-Technologie steht einer effizienten Energiepolitik im Weg

### Prolog

In der jüngsten energiepolitischen Diskussion wird der Fokus verstärkt auf die Nutzung der sogenannten CCS-Technologie gelegt. Abscheidung, Transport und dauerhafte Speicherung des bei der Kohleverbrennung frei werdenden Kohlendioxids ( $\text{CO}_2$ ) sollen den Ausstoß von Kohlendioxid in die Atmosphäre vermindern und damit zum Klimaschutz sowie zur Versorgungssicherheit mit Energie beitragen. International zugesagte Klimaziele sollen so erreicht werden, ohne die Verstromung von Braun- und Steinkohle in bisherigem Umfang nennenswert reduzieren zu müssen. Scheinbare Unterstützung gewinnt die Entwicklung der CCS-Technologie durch die Atomkatastrophe in Fukushima. Denn wer aus der Atomenergie aussteigen möchte, kann nicht gleichzeitig auf die Nutzung der fossilen Energieträger wie Kohle, Öl und Ergase verzichten. Deshalb dürfe man sich einer „sauberen“ oder „grünen“ Kohleverbrennung durch die CCS-Technologie nicht entgegenstellen. Mit einer solchen Formel könnten die Energieriesen e.on, Vattenfall und RWE gut leben. Wenn schon alte Meiler sofort abgeschaltet und die Laufzeiten für Kernkraftwerke nicht verlängert werden, so verbliebe wenigstens das lukrative Geschäft der Stromerzeugung durch die Verbrennung von Braun- und Steinkohle. Auch die SPD

und ihre Bundestagsfraktion sehen in CCS eine „Brückentechnologie“, auf die wir mit geklärten Sicherheitsproblemen, Wahrung der Bürgerbeteiligung und geordnetem Haftungsrisiken nicht verzichten können. CCS soll „on top“ zur Minderung der Kohlendioxidemissionen beitragen. Deshalb möchte die SPD-Bundestagsfraktion die CCS-Technologie in Deutschland zum Durchbruch bringen und drei von der EU geförderte Demonstrationsprojekte hier ansiedeln (SPD-Bundestagfraktion, 06.05.2009). In einem Papier des „Seeheimer Kreises“ heißt es sogar, dass die SPD mit der Zustimmung zur CCS-Technologie ihre positive Haltung zum technologischen Fortschritt beweisen solle. Hier bewegen wir uns schon fast auf der „Diskussionsebene“ der schwarz-gelben Bundesregierung der „Dagegenrepublik“ und der „Alternativlosigkeit“. Natürlich rührt sich auch Kritik an der CCS-Technologie, nicht nur aus den Umweltverbänden. Bundesländer wehren sich dagegen, dass verpresstes Kohlendioxid in unterirdischen Speichern auf ihrem Territorium gelagert werden soll. Hintergrund ist die versuchte gesetzliche Regelung der Abscheidung, des Transports und der dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid, für die es nach EU-Vorgaben spätestens bis zum Juni 2011 einen neuen Anlauf geben wird. Das Pferd wird – wie fast immer – von hin-

ten aufgezäumt. Wir streiten über die „letzte Station“ der CCS-Technologie. Eine genauere Betrachtung zeigt aber, dass der gesamte CCS-Prozess voller Probleme und Widersprüche steckt und CCS damit auch als „Brückentechnologie“ nicht taugt. Es handelt sich um eine bisher unausgereifte „End-of-the-pipe“-Technologie, die Energie verschwendet, enorme Infrastrukturkosten verschlingt und Konkurrenztechnologien verdrängt. Die CCS-Technologie steht dem Ausbau erneuerbarer Energien und effizienter Energienutzung im Wege und verhindert das Erreichen der Klimaziele. Auch die Weichen in der Forschung und Entwicklung werden in Richtung „End-of-the-pipe“ anstatt in innovative Ansätze der Energieerzeugung und Energiespeicherung gestellt.

### **Worum geht es?**

Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist ein wirksames Treibhausgas und gilt als Hauptverursacher der globalen Erwärmung. Zur Erreichung der Klimaziele soll mit Hilfe der CCS-Technologie das Kohlendioxid aus Rauchgas-, Brenngas- und Industrie-gasströmen abgeschieden, transportiert und dauerhaft in unterirdischen Lagerstätten gespeichert werden. Die Abkürzung CCS steht im Englischen für Carbon dioxide Capture and Storage. Dabei geht es um die Abscheidung (Capture) und Speicherung (Storage) von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) aus Verbrennungsgasen. Die Speicherung soll in tiefe Gesteinsschichten injiziert werden und auf unbegrenzte Zeit gelagert werden.

### **„Technologie“ im Entwicklungsstadium**

Von ausgewachsenen Technologien sollten wir im Zusammenhang mit CCS nicht sprechen. CCS befindet sich im absoluten Entwicklungsstadium. Daran ändern auch Pilotprojekte nichts. Selbst Optimisten gehen davon aus, dass CCS frühestens in 10 bis 20 Jahren zum Einsatz kommen könnte. Bis Ende 2010 wurden von weltweit geplanten CCS-Projekten nur acht Politprojekte mit einer Gesamtleistung von 40 MW verwirklicht. Von drei möglichen Verfahren scheidet das Post-Combustion-Capture eigentlich aus. In einem sehr energieintensiven Verfahren soll das ausscheidende CO<sub>2</sub> durch ein Lösemittel gebunden und so vom Rauchgas getrennt werden („Aminwäsche“). Sind Amine das geeignete Absorbat? Vermutlich kann eine geeignete große Anlage für den CO<sub>2</sub>- Ausstoß eines Großkraftwerks gar nicht gebaut werden. Beim Pre-Combustion-Capture-Verfahren wird die Kohle zunächst zu Wasserstoff und Kohlenstoff vergast. Da der Wasserstoff aber in herkömmlichen Kohlekraftwerken nicht verbrannt werden kann, entfällt dieses Verfahren als Exportschlager für laufende und im Bau befindliche Großkraftwerke. Beim dritten Verfahren erfolgt die Verbrennung der Kohle in einer reinen Sauerstoffatmosphäre, daher der Name „Oxyfuel“. Bei dieser Verbrennung entsteht ausschließlich Wasserdampf und CO<sub>2</sub>. Seit 2008 betreibt Vattenfall eine Pilotanlage am Standort Schwarze Pumpe in der Lausitz (100 Mio €, 30 MW). In Jämschwalde bei Cottbus soll 2015 für 1,5 Mrd. € ein von der EU gefördertes Demonstrationskraftwerk gebaut wer-

den, was aber nur mit einem gültigen CCS-Gesetz möglich sein wird. Die CCS Verfahren sind also entweder nicht praktikabel oder werfen bereits in der Entwicklungsphase gravierende Probleme auf. Der Transport und die Speicherung von CO<sub>2</sub> sind dabei noch nicht berücksichtigt.

### **Abscheidung:**

#### **„End-of-pipe“-Technologie**

Obwohl unterschiedliche Abscheidungstechniken diskutiert werden, steht die sogenannte CO<sub>2</sub>-Wäsche von Rauchgasen aus konventionellen Kohlkraftwerken im Fokus. Dabei werden die beim Verbrennungsprozess entstandenen Rauchgase zunächst in so genannten Rauchgasentschwefelungsanlagen von Schwefeldioxid befreit. Die so „entschwefelten“ Rauchgase enthalten 15% Kohlendioxid, das normalerweise in die Atmosphäre entweicht und als Klimagas wirksam wird. Mit der CCS-Technologie soll das CO<sub>2</sub> aus den Rauchgasen abgeschieden und über Pipelines zu den Endlagerstätten gebracht werden. Dort soll das Gas verpresst und unterirdisch gelagert werden. Auf diese Weise soll der Betrieb und der Neubau von Kohlekraftwerken gesellschaftsfähig gemacht werden. Die Euphorie reicht sogar soweit, dass die Energieriesen e.on, RWE und Vattenfall mit „sauberer“, „CO<sub>2</sub>-armer“ oder „grüner“ Stromerzeugung aus Kohle werben. Eine kritische Diskussion über CO<sub>2</sub>-Endlagerstätten ist wichtig, aber die zentralen Probleme dieser End-of-the-pipe-Technologie liegen bereits am Anfang des CCS-Prozesses.

### **Der Wirkungsgrad geht in die Knie! Energieverschwendung**

Konventionelle Kohlkraftwerke besitzen einen Wirkungsgrad von etwa 38%. Nur dieser Anteil der eingesetzten Primärenergie wird in elektrische Energie also in Strom verwandelt. Für die Abscheidung von CO<sub>2</sub> aus den Rauchgasen wird soviel Energie benötigt, dass sich der Wirkungsgrad je nach Abscheidetechnik deutlich auf zwischen 23% und 28% verringert. Oder anders formuliert: Für die gleiche Menge erzeugten Stroms muss bis zu 65% mehr Kohle verfeuert werden. Statt weniger fossiler Energieträger zum Schutz des Klimas müssen wir zukünftig *mindestens* ein Drittel mehr Kohle verfeuern, um die gleiche Menge Strom zu erzeugen. Damit beuten wir unsere (heimischen) Energiequellen deutlich schneller aus. Verbunden damit sind ein erhöhter Landschaftsverbrauch sowie die Absenkung und Versauerung des Grundwassers. Zusätzlich berücksichtigen müssen wir dabei, dass es sich nicht um eine CO<sub>2</sub>-freie sondern um eine CO<sub>2</sub>-arme Stromerzeugung handeln würde. Die angegebenen Zahlen für die Abscheidung des Klimagases schwanken zwischen 70 und 90%.

### **Transport: Neues Pipelinenetz?**

Das CO<sub>2</sub> muss nach der Abscheidung verdichtet werden, um in Schiffen und Pipelines zu den Endlagerstätten transportiert werden zu können. Die Verdichtung des Gases kostet ebenfalls beträchtlich Energie. Auch wenn sich der Transport von CO<sub>2</sub> in Pipelines nicht grundsätzlich vom Pipelinetransport von Erdöl, Erdgas und flüssigen Gefahr-

stoffen unterscheiden mag, so stellen sich doch einige Fragen: Können vorhandene Pipelines genutzt werden? Halten sie dem Druck und dem Korrosionsverhalten von CO<sub>2</sub> überhaupt stand? Muss eine neue Pipelineinfrastruktur geschaffen werden, die einen problemlosen Transport erlaubt? Wie groß sind die Verluste bei Pipelängen von mehr als 500 km? Angesichts des Energieaufwandes für die CCS-Technologie und die dafür notwendige Infrastruktur stellt sich generell die Frage nach der Energiebilanz von CCS-Kraftwerken.

### **Lagerung: Wohin und wie sicher?**

Die Abscheidung und Lagerung von CO<sub>2</sub> kann überhaupt nur einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn genügend Lagerungskapazität zur Verfügung stünde. Mögliche CO<sub>2</sub>-Lagerstätten gelten Erdöl- und Erdgaslagerstätten, Salzwasser getränkte Sandsteinschichten („saline Aquifere“), aber auch die Tiefsee. Probleme stellen die nicht nachgewiesene Dichtigkeit eines CO<sub>2</sub>-Endlagers und eine Versalzung des Grundwassers durch die Verdrängung des Salzwassers aus den Gesteinsporen der „salinen Aquifere“ dar. Für die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutscher Kohlekraftwerke von ca. 350 Tonnen pro Jahr reicht die Speicherkapazität für höchstens 27 Jahre. Einbezogen sind dabei bereits Gebiete unter der Nordsee. Optimistischere Schätzungen gehen von einem theoretischen Potenzial für 40 bis 130 Jahren aus. Unabhängig von der fragwürdigen wirtschaftlichen Erschließbarkeit tritt die CO<sub>2</sub>-Englagerung in Konkurrenz zur Erzgewinnung, Erdgas- und Druckluftspeicherung so-

wie der Entwicklung der Geothermie. (siehe Gutachten BUND, 18.11.2010) Die Langzeitsicherheit eines dauerhaften Einschlusses von CO<sub>2</sub> ist ebenfalls umstritten. Eine Freisetzung von CO<sub>2</sub> ist sicher weniger dramatisch. Aber die Frage ist doch: Lohnt der ganze logistische und finanzielle Aufwand für eine Technologie, die uns den Klimazielen nicht wirklich näher bringt, aber mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Einführung effizienter Energietechniken in Konkurrenz steht.

### **Strategie der Energieriesen**

Für die Energieriesen e.on, RWE und Vattenfall ist der Fall klar. Solange die Gewinne aus der Energieerzeugung deutlich höher sind als die Emissionsabgaben, kann weiter fleißig Kohle verfeuert werden. Dabei bleibt es auch, wenn die CO<sub>2</sub>-Zertifikatesysteme revidiert werden und die Entwicklung der CCS-Technologie die Emissionsabgaben verteuern sollte. Das Geld holen sich die Energieriesen sowieso wieder zurück. Milliarden fließen bereits in Forschungs- und Demonstrationsprojekte, die unter maßgeblicher Beteiligung der Energieunternehmen die CCS-Strategien weiter vorantreiben. Bis 2015 ist allein die unglaubliche Summe von 9 Mrd. € aus der Einnahme von Emissionszertifikaten speziell für CCS reserviert. Diese Subventionierung einer End-of-the-pipe-Technologie mag finanziell attraktiv für so manche Forschungseinrichtung sein, gut angelegt ist dieses Geld nicht. Die finanziellen und intellektuellen Forschungskapazitäten fehlen für die Entwicklung einer ökologisch- und sozialverträglichen Energieversorgung.



CCS behindert bereits jetzt den Ausbau vorhandener erneuerbarer Energien in vielfacher Hinsicht: CCS konkurriert um die gleichen geologischen Formationen wie Geothermie und Energiespeicher. Welches Interesse sollen die Energieriesen überhaupt am Ausbau eines dezentralen Versorgungsnetzes für den Ausbau der Wind- und Solarenergie haben, wenn die Kapazitäten durch CCS gebunden werden und die rentable Kohleverbrennung unverändert fortgesetzt werden kann? Damit korrespondiert in schöner Weise die Strategie der schwarz-gelben Bundesregierung, die in allen Bereichen der erneuerbaren Energien einspart und zurückfährt, wie Sigmar Gabriel in der Erwiderung zur Regierungserklärung am 17. März 2011 im Deutschen Bundestag ausführte.<sup>1</sup>

### **Verstärkt auf Kraft-Wärme-Kopplung setzen**

Mit einem veränderten Kraftwerkspark, der verstärkt auf Kraft-Wärmekopplung (KWK) setzt, könnte der Wirkungsgrad von 38% für Kondensationskraftwerke auf bis zu 80% erhöht und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen mehr als 50% gesenkt werden. Zugegeben, auch der Ausbau

der KWK und eines dezentralen Netzes benötigt Zeit. Ebenso wie der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Nutzung effizienter Energietechniken. Aber am Ende stehen wir mit einer nachhaltigen Energieversorgung da und nicht mit einer, die auf fossile Energietechnik setzt, die mehr Energie verbraucht, überflüssige Infrastruktur und unsichere Lagerung benötigt. Die CCS-Technologie sollte in einer modernen, sparsamen und effizienten Energiepolitik keine Rolle spielen.

### **Abgesang**

Häufig wird die Abscheidung von CO<sub>2</sub> mit der Auswaschung von SO<sub>2</sub>-Emissionen in Rauchgasentschwefelungsanlagen verglichen. Zu unrecht! Warum soll heute nicht möglich sein, was seit etwa 30 Jahren gute Praxis ist, heißt es. Seitdem entfernen wir konsequent die SO<sub>2</sub>-Emissionen aus den Rauchgasen der Kohleverbrennung. Das war vernünftig. Hintergrund war das fortschreitende Waldsterben durch „sauren Regen“. Ein überschaubares Gasvolumen wurde ausgewaschen und in Gips gebunden. Das wertvolle Produkt konnte sogar in der Baustoffindustrie eingesetzt werden. Hätte damals jemand prognostiziert, dass wir uns eines Tages daran machen werden, CO<sub>2</sub> abzuscheiden, zu transportieren und zu lagern, beide, Kritiker wie Befürworter hätten uns für verrückt erklärt. Zu recht!

### **Technikfolgenabschätzung? Umsteuern?**

In den 80er Jahren wurden Konzepte der Technikfolgenabschätzung diskutiert und im Ergebnis als „Bremsen“ für die wissenschaftliche und technologische Entwicklung angesehen.

---

1 „Jetzt sage ich Ihnen einmal, was in den Eckpunkten steht: Gegenüber 2010 werden die Mittel zur Förderung erneuerbarer Energien um 700 Millionen Euro runtergefahren, werden die Mittel für das 100 000-Dächer-Solarstrom-Programm um ein Drittel und für das Gebäudesanierungsprogramm gegen zu hohen Energieverbrauch, durch das die Menschen richtig Geld sparen könnten, von 2,2 Milliarden Euro in 2009 auf unter 1 Milliarde Euro gekürzt. Das ist die Wahrheit über das, was Sie da machen.“

gische Entwicklung verworfen. Heute hingegen soll nach der Katastrophe von Fukushima eine von der schwarz-gelben Bundesregierung berufene „Ethikkommission“ die Zeit des Moratoriums überbrücken und die Machbarkeit eines Ausstiegs aus der Atomenergie prüfen. Früher hätten sich Wissenschaftler und Techniker dagegen gewehrt, dass in erster Linie Politiker, Gewerkschafter, Umweltaktivisten und Kirchenvertreter über die Zukunft einer technologischen Entwicklung entscheiden sollen. Auch CCS zeigt, dass wir parallel zur Technikentwicklung eine Diskussion über die Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Technologien unbedingt brauchen. Wir werden zukünftig keine Technologie mehr durchsetzen können, die nicht nachvollziehbar verantwortungsvoll zum Nutzen der Gesellschaft beiträgt. Dies wird auch für den Ausbau erneuerbarer Energien und die dafür benötigten Infrastruktur gelten.

Wissenschaftler und Techniker müssen sich und ihr Tun stärker hinterfragen. Es wird beforscht, wofür es Geld gibt. Viel Geld gibt es in BMBF- und EU-Projekten, die strategisch politischen Vorgaben folgen. Und dieses Geld gibt es auch dann noch, wenn sich eine Technologie längst auf dem Weg in eine Sackgasse befindet. Um nicht missver-

standen zu werden: Es darf keine Denkverbote geben. Grundlagenforschung ist essentiell. Ideen müssen entwickelt werden, Innovatives ist nicht planbar. Wenn sich aber herausstellt, dass eine Technologie zwar „funktioniert“, aber deutlich mehr Primärenergie benötigt, Wirkungsgrade von Kraftwerken auf Vorkriegswerte absinken lässt, Transport und Lagerung des abgeschiedenen Kohlendioxids nicht annähernd geklärt sind, sollte rechtzeitig die Reißleine gezogen werden. Wissen und Mittel können dann in zukunftsreichere Ideen und Entwicklungen investiert werden, auch und besonders in solche, die den Energieriesen zunächst nicht geheuer und profitabel scheinen.

#### Literatur

Rede von Marco Bülow MdB, Deutscher Bundestag, 6. Mai 2009

„Mut zur Sozialdemokratie“, Garrelt Duin, November 2010

„Speicher auf dem Abstellgleis“, Wieland Kramer, Energiebeilage der Süddeutschen Zeitung, 2. Februar 2011

„Gutachten: Abscheidung und Endlagerung von CO<sub>2</sub> aus Kohlekraftwerken birgt enorme Risiken“, BUND, 18. November 2010

# Themenschwerpunkt: Transformation und Integration – Aspekte des Gesellschaftswandels

---

Michael Vester

## Auf dem Weg zu einem „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“?

### Vom informationstechnologisch-liberalen zu einem ökotechnologisch-sozialen Entwicklungspfad<sup>1</sup>

Die politische Großwetterlage hat sich verändert. Seit Fukushima können selbst konservative Akteure nicht mehr verleugnen, dass die Risiken der Großtechnologie „nicht mehr beherrschbar“ sind. Seit den arabischen Demokratiebewegungen und dem grün-roten Machtwechsel in Stuttgart ist offenbar, dass auch die politischen und sozialen Folgen einer autoritären Politik „nicht mehr beherrschbar“ sind. Der Siegeszug des neoliberalen Wachstumsmodells, das auf die Informationstechnologien und eine globale Deregulierung gestützt

war, ist an seine Grenzen gekommen. Es könnten sich neue Allianzen von Interessengruppen und sozialen Bewegungen bilden, die eine Umstellung auf einen neuen dynamischen Entwicklungspfad einleiten könnten.

Der neue Entwicklungspfad könnte sich wirtschaftlich auf eine neue internationale Regulierung und auf ein neues, durch Ökologietechnik mobilisiertes langfristiges Wirtschaftswachstum stützen. Politisch könnte er zwei Prinzipien miteinander verbinden: einen neuen Wohlfahrtsstaat, der soziale Ungleichheiten ausgleicht und Umstellungen auf neue Entwicklungsdynamiken fördert, und eine neue demokratische Partizipation, die sich auf mehr direkte politische Bürgerbeteiligung und wirtschaftliche Mitbestimmung stützt. Ein Ausbau der Ökologietechnik, des Bildungssystems, des Gesundheitssystems, der Sozial-

---

1 Überarbeitete Fassung des Vortrags *„Und sie bewegen sich doch“ – die Kräfte des sozialen Wandels* auf dem Kongress „Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft“ am 22.1.2011 in Hannover, erscheint u. a. im Kongressbericht, hg. v. Ursula Birsl, Arno Brandt und Cornelius Schley bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen in Hannover.

dienstleistungen und der kommunalen Infrastrukturen würde die Lebensqualität erhöhen und mit neuen Arbeitsplätzen zugleich eine stärkere Inlandsnachfrage schaffen und damit die Abhängigkeit vom Export besser ausbalancieren.

In diesem Aufsatz wird entwickelt, wie sich die Kräfte für einen solchen „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“ im gesellschaftlichen Strukturwandel langfristig vorbereitet haben, wie sie unter dem neoliberalen Entwicklungsmodell blockiert wurden und wie sie heute wieder wirksam werden können.

### **1. Wer sind die neuen Demokratiebewegungen?**

Die neue Weltwirtschaftskrise, die 2008 durch die Finanzmarktpekulation ausgelöst worden ist, hat nicht einen raschen Wandel, wohl aber eine Kettenreaktion von Veränderungen nach sich gezogen, die schließlich in vielen Ländern große Protestbewegungen hat entstehen lassen. Für diese Bewegungen ist dreierlei bezeichnend. Sie sind nicht unmittelbar ökonomisch, sondern moralisch motiviert worden. Sie haben sich primär nicht gegen die ökonomischen, sondern gegen die politischen Machteliten gerichtet. Und sie sind kein blindes oder destruktives Aufbegehren der elendesten Schichten, sondern Bewegungen einer inzwischen gut gebildeten und moralisch stabilen Mitte, der es um Respekt vor den Menschen und um mehr demokratische Partizipation geht.

Es handelt es sich keineswegs um rein moralische Bewegungen, sondern um Bewegungen gegen eine Arroganz der Macht, die mit einem bestimmten ökonomischen und politischen Modell

der Regulierung verbunden war, mit dem „neoliberalen“ Modell einer gigantischen Akkumulation von finanzwirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Macht, die keine Grenzen kannte. Als diese Politik mit ihren Großprojekten, für die in Deutschland derzeit Fukushima und Stuttgart 21 stehen, dennoch an ihre Grenzen kam, zeigte es sich, dass sich in der Bevölkerung offenbar über lange Zeit ein riesiges Potential des Unmuts aufgestaut hatte.

Ein vergleichbares Muster zeigte sich in den Demokratiebewegungen der arabischen Welt. Deren Protestpotential ist sicherlich vor allem durch die enorme Erhöhung der Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise, die zu den Kettenreaktionen der Krise gehört, an seinen Siedepunkt gelangt. Aber der Protest kam nicht aus den ärmsten Schichten, sondern aus den angewachsenen modernen Mittelschichten, die trotz ihrer hohen Berufsqualifikation von Machteliten, die sich maßlos bereichert haben, prekariert wurden. Da reichte die Selbstverbrennung eines von Mohamed Bouazizi den Behörden schikanierten Angehörigen dieser prekarierten Bildungsschicht in Tunesien aus, um in der ganzen arabischen Welt eine weitere Kettenreaktion auszulösen: eine Revolte der Selbstachtung und Ehre und eine Götterdämmerung der Mächtigen. Im Mai 2011 hat diese Revolte auch Spanien erreicht.

Diesen neuen partizipatorischen Bewegungen pauschal den Stempel der „Wutbürger“ oder überhaupt des Bürgerlichen aufzudrücken, geht an den Realitäten vorbei, denn es handelt sich eher um eine historische Neubildung.

Auch in der deutschen Gesellschaft gibt es, trotz ihrer international privilegierten Lage, eine ähnliche Grundkonstellation. Besonders in der Mitte sind, im Konflikt mit den älteren, konservativ-autoritären Milieufractionen, seit den 1960er Jahren die moderneren, besser ausgebildeten Milieufractionen stark angewachsen. Dadurch haben sich die Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit immer mehr mit Forderungen nach mehr demokratischer Partizipation verbunden. Die Kompetenzen und Autonomiestrebungen vor allem der jüngeren Milieuteile nehmen zu. Dem steht, als Folge des neoliberalen „Pfadwechsels“ der Politik, eine von oben kommende Verschärfung der gesellschaftlichen Kontrollmechanismen und der Unsicherheit sozialer Lagen gegenüber.

Durch diese Erfahrung hat sich seit den frühen 1990er Jahren eine hohe „politische Verdrossenheit“ aufgestaut. Ihr Ausmaß und ihr Potential an verändernder Energie sind erst in der jetzigen Krise der Wirtschaft und der regulierenden Institutionen sichtbar geworden. Die erhöhten Chancen der Opposition scheinen nicht zuletzt damit zusammenzuhängen, dass nicht allein die Beherrschten nicht mehr so weitermachen wollen, sondern auch die Herrschenden nicht mehr so weitermachen können.

In diesem Aufsatz sollen zunächst diese beiden gegenläufigen Veränderungen auf empirischer Grundlage näher umrissen werden. Sodann soll dargestellt werden, welche Interessengruppen und internationalen ökonomischen Bedingungen den Wechsel zur neoliberalen Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik herbeigeführt

haben. Weiterhin wird entwickelt, wie sich die wachsende Unzufriedenheit mit den Volksparteien, die den Abbau des Wohlfahrtsstaates zu verantworten haben, mit einer neuen internationalen Konstellation trifft, in der es schwieriger wird, die neoliberale Politik wie bisher fortzusetzen, und in der Mehrheiten für neue Entwicklungsalternativen entstehen könnten.

### **2. Soziale Milieus und das Schema von „Elite“ und „Masse“**

Die sozialen Milieus, die Alltagszusammenhänge der Menschen, sind in dem Maße interessant geworden, in dem Politik auf Mitwirkung und Akzeptanz großer Bevölkerungsgruppen angewiesen ist. Seit den jugendlichen Protestbewegungen der sechziger und siebziger Jahre sind sie als wichtige Akteursgruppen sozialen und auch politischen Wandels wieder ins Bewusstsein gerückt. Aber wie sind sie einzuschätzen? Das Feld der Milieus ist immer noch ein weitgehend unbekanntes Terrain, weil die wechselseitige Einschätzung durch viele verzerrende Wahrnehmungsschemata verzerrt ist.

Unter Milieus werden üblicherweise Menschengruppen verstanden, die ähnliche Lebensweisen teilen. Die Lebensstile der Menschen sind, wenn wir näher hinsehen, aber keineswegs ein bloß äußerliches Attribut, sondern Ausdruck einer sehr spezifischen Lebensführung, die auf eine bestimmte soziale Lage und eine bestimmte Stellung im Gefüge der Gesellschaft abgestimmt ist. Soziale Milieus bezeichnen damit etwas Ähnliches wie soziale Klassen oder Schichten, die von der ökonomischen Berufsstellung,

der Einkommenshöhe und dem Bildungsgrad ausgehen. Aber sie sind realitätsnäher und umfassender definiert. Sie umfassen mit der gesamten Lebensweise auch die Alltagskultur, den Geschmack, die beruflichen Lebensziele und die Abgrenzung von anderen Milieus. Und sie sind auch feiner in sich unterteilbar.

Dies ist das Konzept der klassischen Soziologie, die die Milieus als grundlegende soziale Akteursgruppen auffasst. So hat Emile Durkheim (1961 [1895]: 194-211; 1988 [1893/1902]: 44, 53-56, 259f) das „soziale Milieu“ als zentrales soziologisches Konzept verstanden, weil es als (beruflicher bzw. auch verwandtschaftlicher und territorialer) Beziehungszusammenhang die Grundeinheit gesellschaftlicher Gliederungen bildet. Es entspricht weitgehend der „sozialen Klasse“, die Max Weber (1972 [1921]: 177-180, 531-540) – im Unterschied zur rein ökonomisch definierten „Erwerbsklasse“ – ganzheitlich, also auch als Grundeinheit der alltäglichen Lebenswelt, definiert. Nach dieser klassischen Auffassung, die wir auch bei Bourdieu (1982) und in unseren eigenen Milieuforschungen (Vester, von Oertzen, Geiling u. a. 2001) empirisch bestätigt finden, sind die Verhaltensmuster der Milieus nicht beliebig änderbar. Sie sind tief in der Lebensweise, in den Gewohnheiten und im Habitus der Menschen verankert. Sie werden ebenso von den Eltern an die Kinder weitergegeben wie die äußeren Lebensgüter.

Wenn die gesellschaftlichen Milieus (locker abgegrenzte) Handlungszusammenhänge des Lebensalltags sind, dann sind sie damit noch nicht – wie die Verbände, Parteien, Institutionen und sozi-

alen Bewegungen – Einheiten des *politischen* Lebens. Die Milieus enthalten jedoch eindeutige Erwartungen daran, wie die Politik die Voraussetzungen ihrer Lebensweise sichern soll, wie die soziale Ordnung gegliedert sein soll und wie soziale Gerechtigkeit gewährleistet sein soll. In dieser Hinsicht haben die Menschen seit etwa den 1980er Jahren zunehmend widersprüchliche Erfahrungen gemacht. Sie haben die allenthalben steigenden Kompetenz- und Leistungsanforderungen erfüllt. Doch anstelle einer Honorierung sind ihnen zunehmende soziale Unsicherheiten und Bevormundungen zugemutet worden.

Dieser Politik zunehmender Disziplinierung wurde seit den 1990er Jahren immer unverhohlener eine öffentliche Rechtfertigung zugrunde gelegt, die auf das vordemokratische Schema von „Elite“ und „Masse“ zurückgreift. Unterstützt wurde diese Sichtweise nicht zuletzt von Strömungen der heutigen Soziologie, die – in neuen Gewändern – Annahmen über die Handlungsmotivationen der Menschen wieder aufnahmen, die an die kapitalistischen Mythen der frühen industriellen Revolution anknüpfen. So unterscheidet sich die einflussreiche Rational-Choice-Schule kaum von der liberalistischen These der utilitaristischen Schule um 1800, nach der alle Menschen von Natur aus träge und genussüchtig seien und nach dem Kalkül einer individuellen, am besten materiell zu messenden Nutzenmaximierung handeln. Aus diesem Grunde müsse man die Arbeiter durch niedrige Löhne zu größerem Arbeitsfleiß motivieren. Sehr ähnlich begründete die von dem Soziologen Anthony Giddens

(1999) inspirierte Politik des neoliberalen Flügels der Sozialdemokratie, von Blair bis Schröder, ihre Argumentation für niedrige Löhne und niedrige Arbeitslosenunterstützung. Giddens empfahl der Sozialdemokratie, sich von der heute verschwindenden traditionellen Arbeiterklasse, die nur durch materielle Not zum Arbeitsfleiß zu motivieren sei, zu lösen und den wachsenden neuen Dienstleistungsklassen zuzuwenden, mit ihrem „postmateriellen“ Interesse an mehr Bürgerrechten, Geschlechteremanzipation, Ausländergleichstellung, Ökologie, Pazifismus usw.

Wir wissen heute, dass dieser Rat zu einem Fiasko geführt hat. Die SPD Schröders hat aufgrund ihres autoritären Politikstils gerade die von ihr ins Auge gefassten neuen Dienstleistungsschichten verprellt und durch die Verschärfung sozialer Polarisierungen auch die mittleren und unteren Arbeitnehmerschichten zurückgestoßen. Nicht zuletzt deswegen ist sie bis 2009 auf Bundesebene auf etwa 23% der abgegebenen Stimmen abgestürzt und hat sie die Mehrheit ihrer Anhänger vor allem an die „Grünen“, die Linkspartei und die Nichtwähler verloren.

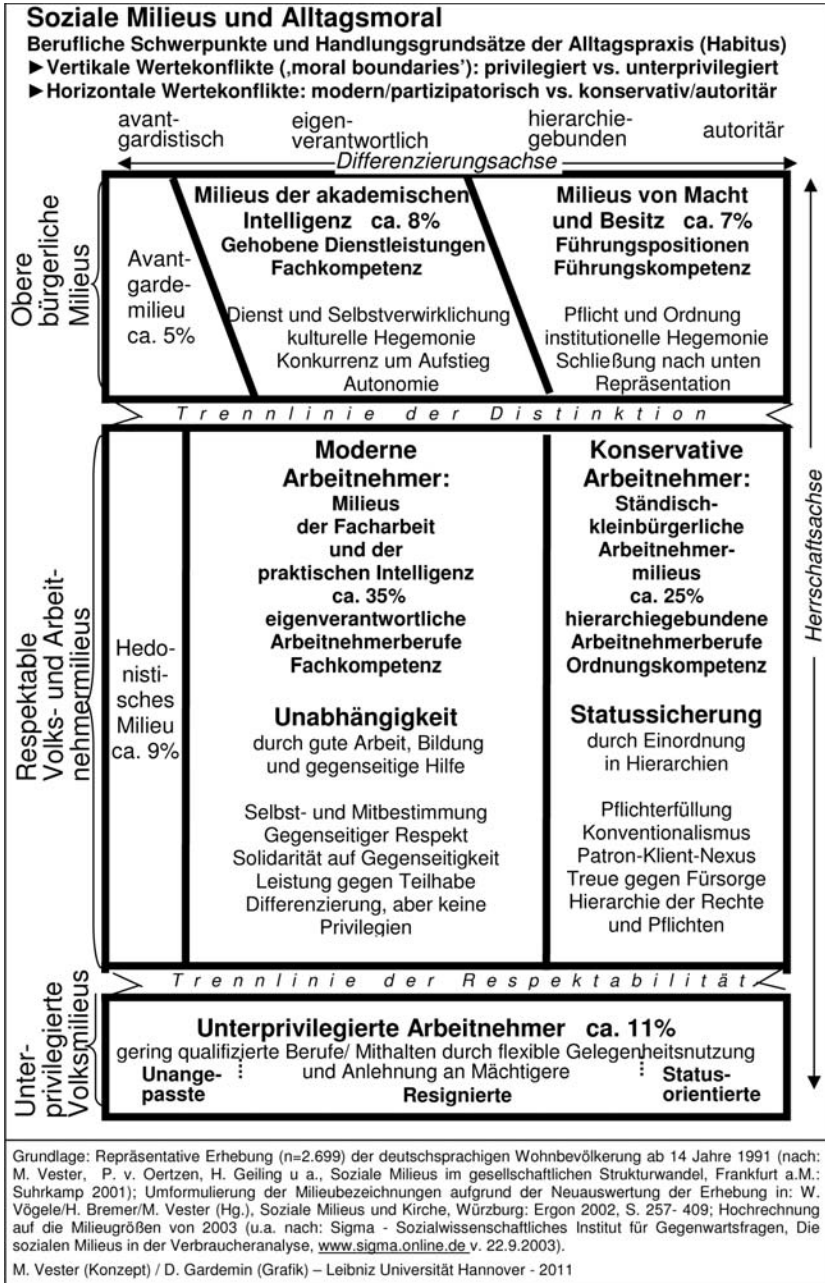
### **3. Die Differenzierung der Klassengliederung**

Das Masse-Elite-Schema von Giddens entspricht der Perspektive von Bildungsoberschichten und verwandten Gruppen, die dazu neigen, ihren eigenen asketisch-triebaufschiebenden Lebenswandel zu idealisieren und den anderen sozialen Schichten das Gegenteil zu unterstellen. Die empirische Milieuforschung kommt dagegen zu dem

Ergebnis, dass die Annahme, die Menschen handelten, ähnlich wie Aktien spekulanten, aus kurzfristigem materiellem Eigeninteresse, nur auf sehr kleine Teilgruppen zutrifft. Die meisten Menschen handeln weder als passiv Reagierende noch als gierig Kalkulierende, sondern nach nachhaltigen *biographischen Handlungsstrategien*, bei denen es darum geht, die gesamte gewohnte Stellung und Lebensweise gesichert und anerkannt zu bekommen. Und diese Strategien sind nach Milieus verschieden.

Auch eine zweite Annahme trifft nach den Ergebnissen der Milieuforschung nicht zu. In den oberen Milieus ist die Konkurrenz um gesellschaftlichen Aufstieg eine allgegenwärtige Erfahrung. Aber die Annahme, dass es den Menschen auch aller anderen Milieus nur um „Aufstieg“ gehe, ist empirisch falsch. Die große Mehrheit der Bevölkerung erwartet realistischerweise weder universelle Gleichheit noch universelle Aufstiegsmobilität. Sie erwartet Sicherheit. Die meisten erhoffen, dass eine verlässliche sozialpolitische Ordnung besteht, in der die Menschen, die sich anstrengen, auch die Früchte ihrer Mühen ernten können. Das heißt, dass zwar *verschiedene*, aber wenigstens *sichere* soziale Stellungen und Lebensweisen erreicht werden sollen. Eine solche soziale Ordnung wird nicht als ideal, aber doch als einigermaßen gerecht empfunden.

Die Erforschung der Milieus, Klassenkulturen und Lebensstile hat eine große Vielfalt von Mustern zu Tage gefördert, nach denen die Menschen mit ihrer sozialen Lage umgehen. Aber diese Vielfalt der äußeren Erscheinungs-





formen lässt sich einer begrenzten Zahl von Grundprinzipien der sozialen Praxis, Lebensführung und Ordnungsvorstellungen zuordnen. Insgesamt können fünf große, weiter in sich unterteilbare Gruppen von Milieus unterschieden werden. (Deren Bezeichnungen sind auf der abgebildeten „Landkarte“ der Milieus fett hervorgehoben.) Die Abbildung fasst in die detaillierten Ergebnisse breiter Forschungen begrifflich und verallgemeinernd zusammen. Die ausführlichen Beschreibungen der Milieus, die auf der Grundlage umfassender qualitativer Untersuchungen und einer großen repräsentativen Befragung ermittelt worden sind, können an anderer Stelle nachgelesen werden (Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2001: 503–541).<sup>2</sup> Erarbeitet worden sind diese Untersuchungen seit den achtziger Jahren nach dem Ansatz von Bourdieu, in Verbindung mit dem Milieukonzept von Durkheim, den frühen englischen Cultural Studies und der ‚Sinus‘-Milieuforschung.

Die Untersuchungen haben durchgehend die These widerlegt, dass die inneren Haltungen der Menschen sich von ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten äußeren ökonomisch-sozialen Lagen „entkoppeln“. Sie bestätigen vielmehr, dass die Berufsfelder, die den Hauptschwerpunkt der jeweiligen Milieufrak-

tion bilden, und die Verhaltensmaximen des Habitus, mit denen die Milieus ihre Lage gestalten, immer noch in einem hohen Grade zusammenhängen. Dieser Zusammenhang von Berufsfeldern und Lebensstrategien konnte mit den repräsentativ erhobenen Daten für jedes einzelne Milieu nachgewiesen werden (Vögele/Bremer/Vester. 2002: 257–409).

Die Handlungsstrategien bilden also nicht das nach dem Elite-Masse-Schema vermutete Kontinuum unendlicher individueller Verhaltensvariationen, das von aktiver Initiative am oberen Pol bis zu hoher Passivität am unteren Pol des sozialen Raumes reicht. Es handelt sich vielmehr um qualitative Unterschiede zwischen größeren Gruppen, die deren spezifischen Funktionen in der gesellschaftlichen Gliederung entsprechen. Darüber hinaus bestätigen Generationen übergreifende Daten, dass die fünf Großgruppen der Milieus identisch sind mit historischen Traditionslinien, in denen der Habitus und die Handlungsmuster an die nächsten Generationen weitergeben und von diesen aber auch weiterentwickelt und variiert werden (Vögele/Bremer/Vester, ebd.; vgl. Lange-Vester 2007).

Auf der Landkarte sind die Milieus, ihren unterschiedlichen Lebensstrategien entsprechend, nach zwei Dimensionen gegliedert: in drei vertikale Schichtungsstufen und in deren horizontale Auffächerung. Diese Gliederung und die ihr zugrunde liegenden moralischen Abgrenzungen erinnern an ständische Gesellschaftsordnungen. Offensichtlich werden die kapitalistischen Marktstrukturierungen durch ständische Strukturierungen überformt, die

---

2 Außer in diesen Untersuchungen zu Westdeutschland wurde die Konfiguration der Klassenmilieus auch für Ostdeutschland (Vester, von Oertzen, Geiling u. a. 2001: 526-541; Vester/Hofmann/Zierke 1995) und für die türkischen Jugendlichen in Westdeutschland (Wiebke 2006) untersucht.

von der Abgrenzungspraxis der Milieus hervorgebracht werden.

- Nach oben hebt sich immer noch eine privilegierte, besonders gesicherte soziale Schicht ab, die oberen bürgerlichen Milieus mit distinktiven Stil- und Führungsansprüchen (ca. 20%). Sie grenzen sich nach unten durch Praktiken der Distinktion und durch die politische Sicherung privilegierter Chancen ab. Horizontal sind zwei „Fraktionen“ zu unterscheiden, die Milieus der akademischen Intelligenz und die Milieus von Macht und Besitz.
- Die große arbeitnehmerische Mittelschicht darunter findet ihre Identität in einem gesicherten, „respektablen“ sozialen Status (ca. 69%). Die mittleren Milieus grenzen sich ab nach oben, indem sie auf Arbeitsleistung statt auf Privilegierung setzen, und nach unten, indem sie ihre ‚respektable‘ Lebensführung und stetige Arbeitsorientierung betonen. Horizontal sind auch hier zwei „Fraktionen“ zu unterscheiden, die Milieus der Facharbeit und der praktischen Intelligenz und die ständisch-kleinbürgerlichen Volks- und Arbeitnehmersmilieus.
- Die unterprivilegierte „Unterschicht“ mit ihren niedrigen Bildungs- und Sicherheitsstandards ist stärker auf Strategien der Gelegenheitsnutzung und der Anlehnung an Stärkere verwiesen (ca. 11%). Die untersten Milieus unterliegen der „negativen Privilegierung“ (Weber) und Stigmatisierung als einer unterhalb der ständischen Ehre liegenden

Schicht, einem Schicksal, dem sie mit ihren ‚Strategien der Ohnmächtigen‘ zu entkommen suchen. Auch hier ist eine horizontale „Fraktionierung“ zu erkennen.

Mit dieser Gliederung bestätigen die Untersuchungen, dass die schon von Weber (1972 [1921: 531-540]) und von Bourdieu (1982[1979]) angenommene ständische Überformung der kapitalistischen Klassenstrukturen auch für die deutsche Gegenwart zutrifft. Historische Längsschnittuntersuchungen weisen außerdem darauf hin, dass die Größenordnungen der sozialen Teilungen sich über viele Generationen hinweg wenig verändert haben; in fast allen Milieus hatten schon die Eltern und Großeltern eine ähnliche Stellung im sozialen Raum (Vester, von Oertzen, Geiling u. a. 2001: 34f); Vögele/Bremer/Vester 2002: 275–409; vgl. Lange-Vester 2007). Die heutigen Milieus können damit als Nachfahren der historischen Klassen und Stände angesehen werden.

Die Einteilung in drei vertikale Klassenstufen und in größere horizontale „Fraktionen“ ist zwar ausgesprochen hartnäckig. Doch vor allem *innerhalb* jeder der fünf großen genealogischen Linien haben sich die Milieus dynamisch differenziert und weiterentwickelt. In der Gesamtbevölkerung sind die modernisierten jüngeren Milieufaktionen auf mindestens 28% angewachsen (Vester 2010b: 47-57). Diese horizontale Auffächerung lässt sich besonders an der großen Arbeitnehmermitte beobachten:

- In den autoritären *kleinbürgerlich-konservativen Volksmilieus*, die ihre Sicherheit in der Einordnung in vorgegebene Hierarchien und Konventionen finden, hat sich eine modernere Untergruppe von etwa 12% herausdifferenziert, die etwas weniger streng hierarchisch und autoritär denkt als der traditionelle Teil dieser Milieus (ca. 13%).
- In den *modernen Arbeitnehmermilieus*, die mehr auf Selbstbestimmung und gegenseitige Solidarität setzen (ca. 35%), ist die modernste und jüngste Untergruppe auf etwa 11% angewachsen. Ihre Angehörigen finden sich in den gut qualifizierten Arbeiter- und Angestelltenberufen. Ihnen geht es darum, in Lebensführung und Beruf ein möglichst großes Stück Unabhängigkeit von äußeren Zwängen und Autoritäten zu erlangen, und zwar nicht als Geschenk oder Gnade, sondern durch eigene, methodische Anstrengung, also ein asketisches Ethos.

Diese Zunahme der Potentiale verändernder Praxis kann, der Praxistheorie von Bourdieu entsprechend, an zwei „horizontalen Dynamiken“ festgemacht werden – an der Zunahme der Kompetenzen (des „kulturellen Kapitals“) und an der Zunahme partizipatorischer Handlungsdispositionen (Wandel des „Habitus“).

#### **4. Zwei horizontale Dynamiken: „Kompetenzrevolution“ und „partizipatorische Revolution“**

Die seit den 1970er Jahren beobachteten neuen Differenzierungen, die manche als Anzeichen einer Auflösung der Klassenmilieus durch „Individualisierung“ deuten, ist tatsächlich nur eine „horizontale“ Differenzierung oder Pluralisierung der Klassengesellschaft. Der Auffächerung in Teilgruppen, die jünger, besser beruflich spezialisiert und ausgebildet sind und mehr Selbst- und Mitbestimmung brauchen, liegen zwei parallele Prozesse zugrunde, der Strukturwandel der Arbeit und der Strukturwandel der Alltagskultur:

(1) *Der Strukturwandel der Arbeit* lässt sich aus der Gesamtdynamik der beruflichen Arbeitsteilung erklären. Die Entwicklung der menschlichen und technischen Produktivkräfte ist in der neuen technologischen Revolution noch einmal ungeahnt gesteigert worden. Die deregulierte internationale Exportkonkurrenz hat diesen Prozess allerdings auf widersprüchliche Weise vorangetrieben.<sup>3</sup> Dies verstärkte nicht nur das enor-

---

3 Zum einen senkten neoliberale Politiken die Stückkosten durch Dämpfung der Arbeitseinkommen und deren (für die Finanzierung sozialer Ausgaben wichtigen) Nebenkosten so, dass seit den 1980er Jahren die Einkommen in der sozialen Mitte stagnierten und später unsicherer wurden und dass im untersten Fünftel der Gesellschaft zunehmend unterprivilegierte Einkommens- und Soziallagen entstanden. Zum anderen nahm die horizontale Differenzierung der Erwerbsstruktur durch produktivere, bessere Fachqualifikationen und Technologien zu.

me Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums, sondern auch drei große Verschiebungen in der Berufsstruktur.

- *Zunahme des Bildungskapitals*, der höheren Berufsqualifikationen und Bildungsabschlüsse – Stichwort „Kompetenzrevolution“. Allein von 1990 bis 2007 stieg in der BRD der Anteil der Hochschul- und Fachschulabsolventen an den Erwerbstätigen von 37% auf 47% (Vester 2010a).<sup>4</sup>
- *Expansion der Dienstleistungsberufe* auf Kosten der Industriebetriebe – Stichwort „Tertiärisierung“. Durch steigende Effizienz sank von 1990 bis 2007 die Beschäftigung in den technisch-industriellen Berufen von 43% auf 32%. Die Beschäftigung in den Verwaltungsdienstleistungen (einschließlich der Finanz-, Rechts-, Vermarktungs- und Büroberufe) stieg von 25% auf 28%. Die Humandienstleistungen (einschließlich der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Kultur- und Ordnungsberufe) stiegen von 24% auf 28%. (Vester 2010a)

---

4 Der Anteil der Facharbeiter und Fachangestellten sank von 38% auf 31%. Der Anteil der gering qualifizierten Erwerbstätigen blieb hoch, sank aber von 27% auf 22%. Viele gering Qualifizierte wurden in die Dauerarbeitslosigkeit (mindestens die Hälfte der gut 9% Arbeitslosen) abgedrängt. (Vester 2010) – Im Erwerbssystem wurde im Zuge des schon länger anhaltenden „re-skilling“ bis in die industrielle Fertigung hinein eine Wiederbelebung der Facharbeit und ihres Berufsethos beobachtet (u. a. Blauner, Mallet, Piore/Sabel, Kern/Schumann, Grusky/Sörensen, Vester/Teiwes-Kügler/Lange-Vester 2007).

- *Wachstum der Erwerbstätigkeit von Frauen* – Stichwort „Feminisierung“. Die wachsenden Berufsgruppen der Höherqualifizierten und der Dienstleistenden waren auch die Gruppen, in denen der Frauenanteil eher hoch war. Von 1970 bis 2001 ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen von 36% auf 44% gestiegen.

(2) *Der Strukturwandel der Alltagskultur* war ein paralleler, durch den Strukturwandel der Arbeit mitbedingter, aber doch relativ autonomer Prozess der Veränderung der Werte, der Lebensstile und des Habitus. Hier nahm die Untertanenhaltung gegenüber Autoritäten ab und die Bereitschaft zu Selbst- und Mitbestimmung und zur Reflexion zu. Das Gefüge der Klassenmilieus, ihrer Alltagskultur und -praxis veränderte sich insbesondere über drei Dynamiken:

- „*Partizipatorische Revolution*“. Bereits seit den fünfziger Jahren wurde mit der gewerkschaftlich erkämpften Teilhabe und den höheren Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer in Betrieb und Gesellschaft der alte Macht-Ohnmacht-Gegensatz zurückgedrängt. Durch die jungen sozialen Bewegungen der 1960er Jahre erhielt diese Dynamik einen neuen Schub. Soziologen sprachen von einer „*partizipatorischen Demokratie*“ (Kaufman 1960) oder einer „*partizipatorischen Revolution*“ (Kaase). Arbeitsweltliche und lebensweltliche Machthierarchien verlieren ihre sachliche Legitimation. (vgl. Vester, von Oertzen, Geiling u. a. 2001, Sünker 1999: 338–345)

- „*Bildungsexpansion*“. Dank des steigenden ökonomischen Bedarfs an höheren Qualifikationen hat auch die Bildungsbeteiligung der Kinder von Landwirten, Arbeitern und einfachen Angestellten, den früheren „bildungsfernen Schichten“, seit 1950 erheblich, wenn auch gebremst zugenommen; von ihnen gelangte etwa die Hälfte über die Hauptschule hinaus, und zwar ein Drittel auf die Realschule und ein Sechstel auf das Gymnasium und ein kleinerer Prozentsatz in ein Hochschulstudium. (Vester 2006a) Die Hauptschule, auf die früher vier Fünftel der Kinder gingen, wurde mit nur einem Fünftel der Kinder zur Restschule.
- „*Emanzipation der Lebensstile*“. Die steigenden Wohlstandsstandards und Kommunikationsmöglichkeiten ermöglichten Bewegungen der Emanzipation der Lebensstile. Besonders in der Lebenswelt sind Selbstverwirklichung und eigene Gestaltung der Lebensentwürfe wichtiger geworden. An die Stelle von Konformität und Unterordnung ist oft, wenn auch durch das neoliberale ‚roll-back‘ wieder zurückgedrängt, ein stärkeres Aushandeln und mehr Respekt vor den Einzelnen getreten.

Diese Dynamiken beschleunigten und veränderten sich seit dem Ausgang der 1970er Jahre unter den Bedingungen der informationstechnologischen Revolution und neuer politischer Kämpfe um die Pfadalternativen der Entwicklung. Der Kapitalismus stellt mit den Informationstechnologien *eine tief am-*

*bivalente Produktivkraft* zur Verfügung. Einerseits ermöglicht sie den herrschenden Mächten, mehr Kontrolle von oben auszuüben. Andererseits stellt sie den Menschen, im Sinne von Marx und Luxemburg, neue Mittel für ihre Emanzipation zur Verfügung. Mit der Entwicklung der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien entfällt ein weiterer technologischer Grund dafür, Produktionsstätten, Dienstleistungen, Verwaltungen und Kommunikationsmedien in den Händen weniger kapitalkräftiger Mächtiger zu konzentrieren. Die neuen Technologien können als Medien der Dezentralisierung der Informationen und der Macht und des Empowerments der Individuen angeeignet werden.

### **5. Veränderte Rahmenbedingungen: Drei konkurrierende Modelle des Wohlfahrtsstaates**

Am Anfang der 1970er Jahre wies vieles darauf hin, dass diese emanzipatorischen Potentiale von den Menschen immer mehr genutzt werden würden, um den bisher eher technokratisch organisierten Wohlfahrtsstaat in Richtung eines partizipatorischen Wohlfahrtsstaates weiterzuentwickeln. Es gab aber auch Anzeichen, dass die Rahmenbedingungen einer solchen Weiterentwicklung immer schwieriger aufrecht zu erhalten waren, nämlich die Fortsetzung der „goldenen Jahre“ des raschen Wirtschaftswachstums und auch des ausgleichenden deutschen Wohlfahrtsstaatsmodells. In den 1970er Jahre begann eine neue Periode der kapitalistischen Entwicklung.

- Einerseits änderte sich das wirtschaftliche Akkumulationsregime. Das Wirtschaftswachstum, das nach der 1929er Weltwirtschaftskrise besonders auf die Expansion des Massenkonsums, die Dienstleistungen des Wohlfahrtsstaats – und die Rüstung gestützt hatte, suchte seine größten Expansionsmöglichkeiten nun im Siegeszug der neuen Informationstechnologien und der Deregulierung der internationalen Exportkonkurrenz.
- Gleichzeitig begann eine zunehmende internationale Konkurrenz zwischen den verschiedenen Modellen der politischen Regulierung der ökonomischen Entwicklungen. Hier standen sich die nach 1929 in den hoch entwickelten Ländern entstandenen Modelle des Wohlfahrtsstaates gegenüber.

Gösta Esping-Andersen (1993, 1998) unterscheidet grundsätzlich drei solcher „*Entwicklungspfade*“ des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Nach seiner „institutionellen Schichtungstheorie“ (1993: 2) hängen die Klassenverhältnisse nicht nur von den „nackten“ ökonomischen Marktinteressen ab, sondern auch von den historischen Kämpfen und Kompromissen der großen gesellschaftlichen Gruppen. Diese historischen „Pfade“ sind auf vier Handlungsebenen institutionell verfestigt: [a] in den Institutionen des Staates, [b] im tarifpolitischen Konflikt- und Aushandlungssystem, [c] im Modell der Familie und der geschlechtlichen Arbeitsteilung und [d] in den Teilhabe- und Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger (Marshall).

Der liberalistische, der sozialdemokratische und der konservative Pfad unterscheiden sich danach, ob ihre Politiken eine polarisierte, eine in der Mitte integrierte oder eine hierarchisch gestufte Gesellschaftsordnung begünstigen.

(1) Der *sozialdemokratische Pfad*, der aus den vergleichsweise egalitären Traditionen Skandinaviens entstanden ist, erstrebt insbesondere die Anhebung der unteren Schichten auf die individuellen Lebenschancen der modernen Mittelschichten und die Gleichstellung der Frauen. Es bietet eine steuerfinanzierte staatliche Vorsorge und, als Alternative zu Prekarität oder Erwerbslosigkeit, mehr Arbeitsplätze, auch für Frauen, insbesondere auf den mittleren Rangstufen der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdienstleistungen.

(2) Der *konservative Pfad* geht auf die korporativen Traditionen des kontinentalen Westeuropa zurück, die sich vom Laissez-faire-Kapitalismus abgrenzen. In Deutschland wurden die Grundzüge des Modells vor allem im Klassenkompromiss des Bismarckschen ‚Sozialversicherungsstaates‘ institutionalisiert. Er beruht auf einem Arrangement zwischen ständischen Interessen (Besitzstands- und Statussicherung), marktwirtschaftlichen Interessen (Leistungsdifferenzierung) und sozialintegrativen Interessen (sozialer Ausgleich). Die soziale Ungleichheit wird abgefedert durch die Sicherung des bisherigen Platzes (der Gesellschafts-, Geschlechts- und Altersklassen) in einer Hierarchie gestufter Rechte und Pflichten. Die Weiterentwicklung des Modells in den

1950er Jahren förderte wirtschaftspolitisch die Sicherung einer großen Mitte von Arbeitnehmern und Kleinrentnern, familienpolitisch das patriarchalische Alleinverdienermodell und sozialpolitisch die Vorsorge nicht durch Privatversicherungen oder Steuermittel, sondern nach dem Sozialversicherungsprinzip, d.h. auf Gegenseitigkeit mit einer Komponente des sozialen Ausgleichs. Entgegen wirtschaftsliberalen Vorhaltungen handelt es sich also nicht um ein protektionistisches Modell.

Dass im deutschen Wohlfahrtsstaat die Sicherung einer großen arbeitnehmerischen Mitte erfolgreich wurde, ist nicht zuletzt durch das „industrielle Produktionsmodell“ ermöglicht worden, das die internationale Vorrangstellung der deutschen Exportwirtschaft begründet hat. Sie beruhte auf einer hochwertigen Produktionsleistung, allerdings mit Fachkräften, deren hohe Arbeitsleistung vor allem auf der mittleren Ebene der Berufs- und Allgemeinbildung eingestuft und bezahlt wurde. Bis in die 1990er Jahre konnte dieser begrenzte Aufstieg vielen durch gute und sichere Arbeitsplätze schmackhaft gemacht werden.

(3) Der *liberale Pfad* der angelsächsischen Länder knüpft an die radikale liberale Laissez-faire Politik an, die die starken sozialen Polarisierungen und Konfrontationen während der industriellen Revolution herbeigeführt hatte. Deren neoliberale Neuauflage verstärkte, durch Deregulierung und staatliche Sparpolitik, vertikale Polarisierungen. Im Interesse der bürgerlichen Mittel- und Oberschichten setzt sie auf indivi-

duelle Konkurrenz um sozialen Aufstieg und Abstieg. Dessen Risiken sollen nicht von der Gesellschaft, sondern durch private Selbstvorsorge abgesichert werden sollen. Diejenigen, die nicht mithalten können, werden auf staatliche Minimalsicherungen bzw. Beschäftigungen im expandierenden Niedriglohnsektor verwiesen.

In der beschriebenen idealtypischen Form sind diese drei „klassischen“ Modelle des Wohlfahrtsstaates bis heute in vieler Hinsicht unter neoliberalen Vorzeichen sehr stark verändert worden, auch wenn die Grundzüge der jeweiligen nationalen „Pfadabhängigkeiten“ immer noch fortwirken. Die 2008 ausgelöste neue Weltwirtschaftskrise hat aber auch die Auffassung gestärkt, dass das neoliberale Modell erschöpft und diskreditiert und eine Wende zum sozialdemokratisch-keynesianischen Pfad Skandinaviens wieder möglich sei. Manche haben erwartet, dass die Zuspitzung sozialer Schieflagen in der Krise auch die für eine solche Politik notwendigen linken Wahlergebnisse nach sich ziehen würde.

Die reale Entwicklung hat jede Auffassung, dass es bei den Pfadmodellen um theoretische Konzepte gehe, für die nur hinreichende Argumente und Wahlmehrheiten gefunden werden müssten, als eine akademische Illusion entlarvt. Die bisherige wie die künftig mögliche Entwicklung sind besser zu verstehen, wenn wir dem Hinweis von Esping-Andersen (1998) folgen, dass alle nationalen Pfade aus Kämpfen und Arrangements der großen gesellschaftlichen Interessengruppen entstanden sind, und dabei den Hinweis von Geiger

(1949) nicht vergessen, dass kein Pfad ohne für ihn günstige internationale Bedingungen möglich ist. – Die Logiken, nach denen solche Interessenallianzen sich verändern und entwickeln, lassen sich wie in einem Lehrstück am Aufstieg des neoliberalen Pfadmodells aufzeigen.

## **6. Das Lehrstück: Die neoliberale Restauration von Unsicherheit und Entmündigung**

Wie gelang es den konservativ-neoliberalen Kräften seit den 1970er Jahren, die zunehmenden emanzipatorischen Potentiale weitgehend, wenn auch nicht ganz, zurückzudrängen und die sozialen Unsicherheiten und autoritären Bevormundungen wiederherzustellen?

Nachträglich wurde der Aufstieg neoliberaler Herrschaftsformen auf eine Art ‚objektive Tendenz‘ des Kapitalismus zurückgeführt, zu der es, nach den Sprachregelungen von Gerhard Schröder wie von Angela Merkel, „keine Alternativen“ gegeben habe. Ein historischer Rückblick verdeutlicht demgegenüber, dass die neoliberale Hegemonie in Wirklichkeit politisch von oben durchgesetzt worden ist. Sie war nicht die „alternativlose“ Konsequenz der vermeintlichen „Sachgesetze“ der „Globalisierung“, sondern eine politische Restauration, die zuerst um 1970 als Gegenbewegung zu der Reformregierung Willy Brandts entstanden war.

In Ländern wie Chile ist die neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sogar durch einen expliziten Masterplan durchgesetzt worden, den die Ökonomen der Chicago-Schule dem 1973 durch einen blutigen Putsch an

die Macht gekommenen General Pinochet zur Verfügung stellten. In den Ländern, in denen die demokratischen Bewegungen stärker waren, war dies nicht möglich. Hier mussten demokratische Mehrheiten für die Restauration autoritärer Ungleichheitsverhältnisse gewonnen werden.

Dies war keineswegs einfach. Der deutsche konservative Wohlfahrtsstaat, den Willy Brandt skandinavisch weiterentwickeln wollte, war tief in den korporativen Interessenarrangements zwischen den großen Industrieunternehmen und Gewerkschaften, in den wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und in den verbesserten Lebensstandards verankert. Die große, arbeitnehmerische Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, deren soziale Lage dadurch auf die Standards einer gesicherten Mitte angehoben worden war, hatte sich inzwischen stark mit dem Wohlfahrtsstaat und den demokratischen Prinzipien identifiziert. Sie hätte einen Frontalangriff auf diese nicht hingenommen. Die Partner des Machtkartells – des „korporativen Dreiecks von Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und Staat – waren von den Vorteilen des deutschen Wohlfahrtsstaates für ihre jeweiligen Interessen im wesentlichen überzeugt.

Der Angriff auf dieses Modell konnte daher nur durch das erfolgreich werden, was die Werbepsychologen „side attack“ nennen – über einen indirekten und langen Prozess und Konkurrenzkampf zwischen den großen „Pfadern“ des Wohlfahrtsstaates. Diese Machtverschiebungen haben sich erst nach und nach, zunächst im nationalen und schließlich im internationalen Maß-



stab, in einem Umbau der Institutionen *verfestigt und verselbstständigt*, so dass dann nachträglich von unausweichlichen ‚Sachzwängen‘ der ‚Globalisierung‘ gesprochen werden konnte.

Die *internationale Hegemonie* der Institutionen des *wirtschaftsliberalen Pfades* ist aus einer Kette *politischer Mobilisierungen bestimmter Fraktionen der oberen bürgerlichen Milieus* entstanden. Sie hat sich als Mobilisierung bestimmter bürgerlicher Milieufaktionen durchgesetzt, die sich von Beginn an politisch gegen die Bewegungen der sechziger Jahre, die für mehr soziale Gleichstellungen und mehr Partizipation eintraten, richtete. Seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Ordnungen um 1990 hat die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen „Entwicklungspfaden“ innerhalb des Kapitalismus, die auf verschiedenen Klassenkompromissen beruhten, sich stärker zugespitzt.

Die Einfallstore der „side attack“ für die Mobilisierung anderer Mehrheiten waren, wie bei jeder erfolgreichen Ideologie, die mehrheitsfähigen Werte der gesellschaftlichen Milieus. Die breiten Volksmilieus wurden angesprochen über die alten Werte der sozialen Sicherheit, d.h. über die Alltagsängste vor Schulden, Vergeudung und Inkompetenz. Die neuen progressiven Milieus wurden angesprochen über die neuen avantgardistischen Werte der individuellen Autonomie, Flexibilität und Eigenverantwortung.

In der BRD ist die Rückwendung zu wirtschaftsliberalen Politiken bereits unter der Kanzlerschaft Willy Brandts (1969-1974) als eine regelrechte „*Gegenreformkampagne*“ (Vester 1972) einge-

leitet worden. Die gemeinsame Opposition gegen die autoritären Institutionen der Ära Adenauer hatte verschiedene Arbeitnehmer-, Bildungs- und Protestmilieus zusammengeführt und Willy Brandt 1969 mit einem liberalen Koalitionspartner an die Macht gebracht. Er versuchte, den konservativen Wohlfahrtsstaat durch den Kompromiss zwischen Arbeitnehmerinteressen, neuen sozialen Bewegungen und reformbereiten Bildungsschichten zu erweitern und dies auch durch die Normalisierung der Beziehungen mit dem Osten außenpolitisch absichern. In der Regierungserklärung nach dem großen Wahlsieg von 1972 verkündete Brandt diese Erweiterung als „*Arbeitnehmergesellschaft*“, die die Macht des „großen Geldes“ zurückdränge, im Sinne des skandinavisch-sozialdemokratischen Modells des Wohlfahrtsstaates.

Brandts Regierung nahm damit auch verschiedene Impulse der neuen jungen Protestbewegungen auf, die eine umfassende Mitbestimmung in Politik, Wirtschaft und Alltagsgesellschaft forderten und dafür die von dem amerikanischen Philosophen Arnold Kaufman (1960) geprägte Formel der „partizipatorischen Demokratie“ benutzten. Diese Bewegungen waren seit der Präsidentschaft von John F. Kennedy in den USA (1961-1963) international immer gewichtiger geworden und bildeten nun ein neues politisches Lager. Dieser „antiautoritäre“ Impetus war nicht allein moralisch, sondern auch in den neuen sozialen und beruflichen Strukturverschiebungen begründet, die oben (in Abschnitt 4) beschrieben worden sind. Hier standen sich die traditionellen und

die wachsenden modernen Berufsgruppen in der Industrie und den wachsenden Bildungs-, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen gegenüber, die mehr Selbstbestimmung und weniger hierarchische Kontrolle forderten.

Diesen Interessengegensätzen entsprechend entzündeten sich die Konflikte seit 1970 besonders an zwei Feldern der staatlichen Politik: an der Finanzpolitik und an der Bildungspolitik. Deren Ausweitung unter der Regierung Brandt tangierte die Vorrechte von zwei „Fraktionen“ der oberen Milieus.

- Die *konservative Fraktion des Bildungsbürgertums* sah die alte ständisch hierarchische Ordnung vor allem durch Bildungsreformen (Gesamtschulen, Mitbestimmung an den Hochschulen usw.) gefährdet und mobilisierte ihre Bevölkerungsbasis in anhaltenden breiten Meinungskampagnen gegen die Gefahr einer Herrschaft der Inkompetenz.
- Angehörige der *wirtschaftsliberalen Fraktion* der vermögenden und gut verdienenden Oberschicht sahen durch die steigende Arbeits-einkommen und Wohlfahrtsausgaben – insbesondere den Ausbau des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens und der kommunalen Infrastrukturen – die ökonomischen Verteilungsrelationen gefährdet und mobilisierten ihre Bevölkerungsbasis mit anhaltenden Kampagnen zur Senkung der Steuern und der „Lohnnebenkosten“ gegen die Gefahren des Schuldenmachens.

Beide Fraktionen gewannen Jahr um Jahr an Boden. Die wirtschaftsliberale Fraktion mobilisierte erfolgreich Kräfte, um 1982 den sozialdemokratischen Kanzler Schmidt zu stürzen und 1983 eine schwarzgelbe Mehrheit in den Bundestag zu wählen. Die Mobilisierung liberalistischer und konservativer Milieufractionen erlangte gleichzeitig auch internationale Dimensionen. Sie führte 1979 in England zur Ablösung Callaghans durch Thatcher und 1980 zur Ablösung Carters durch Reagan. Besonders diese beiden neuen Regierungen beschleunigten entscheidend die wirtschaftsliberale Deregulierung der Weltwirtschaft im Interesse des spekulativen Finanzmarktkapitals. Diese Entwicklung ist ein klassisches Beispiel dafür, wie politischer Druck in ‚objektive Sachzwänge‘ verwandelt werden kann. Vor allem von den 1990er Jahren an wurden dadurch auch die Länder des konservativen und des sozialdemokratischen Pfadmodells zunehmend zum neoliberalen Umbau ihrer Haushaltspolitiken und gesellschaftspolitischen Institutionen genötigt.

### **7. Die Erfahrung sozialer Ungerechtigkeit: Privilegierung und Unterprivilegierung**

Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur ein Problem der Menschen am sozialen *Rand*, die direkt von Armut bzw. Arbeitslosigkeit betroffen sind, sondern ein Problem würdiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse für alle, auch für die große *Mitte* der Gesellschaft. Sie umfasst ein ganzes Bündel von Lebensbedingungen, die ein „anständiges“ bzw. „standesgemäßes“ Leben ausmachen.

Schon die Arbeiterbewegungen der ersten industriellen Revolution kämpften nicht um materielle Standards allein, sondern dagegen, dass ihre „ganze Lebensweise“ und ihre Würde von den Unternehmern und Politikern des neuen industriellen Kapitalismus in Frage gestellt wurden, wie E.P. Thompson (1987 [1963]: 203-378, 432-459) nachgewiesen hat. Diese Diagnose Thompsons wurde jüngst von K. A. Appiah (2011) aufgegriffen, um die Gründe auch der heutigen moralischen Rebellionen zu erklären. Bei sozialer Gerechtigkeit geht es darum, die *gewohnte gesellschaftliche Stellung und Lebensweise* im umfassendsten Sinne nicht nur materiell, sondern, wie Appiah betont, auch moralisch durch eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der Selbst- und Mitbestimmung anerkannt zu bekommen. Das Ziel ist Stuserhalt und Respekt.

Die neoliberalen Eingriffe in die gesamten Lebensverhältnisse haben die Gerechtigkeitsvorstellungen in drei Dimensionen herausgefordert (Vester 2006b: 259).

- *Quantität der Lebensstandards*: Die Politik des „Sparens“ stellt die gewohnten materiellen Einkommens- und Kostenstandards in Frage und hat damit verstärkt Lebenslagen der „Prekarität“ und der „Exklusion“ (Castel 2000 [1995]) entstehen lassen. Sie begünstigt privilegierte soziale Gruppen und untergräbt die Standards der öffentlichen Infrastrukturen sowie der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdienstleistungen. So entsteht das Paradox von

„*privatem Luxus und öffentlicher Verwahrlosung*“ („private opulence and public squalor“ – J.K. Galbraith).

- *Qualität der Lebensweise und der Arbeitsweise*: Die Politiken der Flexibilisierung, Deregulierung und Unsicherheit greifen zunehmend in die *Umgangsformen und Organisationsweisen des Alltagslebens*, der Arbeits- und Lebensverhältnisse, ein und *reglementieren die Gestaltungsfreiheit*. Deregulierte Technikentwicklungen gefährden dramatisch die ökologischen Lebensbedingungen. Davon werden zunehmend auch die Menschen in den gesicherten Lagen, in der Zone der „Integration“ (Castel 2000 [1995]), betroffen.
- *Parität zwischen den sozialen Gruppen*: Das Prinzip einer gleichen oder mindestens fairen Verteilung der Vorteile, Lasten, Chancen und Risiken wird durch Politiken einer zunehmenden *sozialen Asymmetrie zwischen privilegierten und minder privilegierten Gruppen* in Frage gestellt. Nicht zuletzt entstand ein hohes Protestpotential durch die enormen Steuerbegünstigungen für Unternehmen und hohe Einkommensgruppen und, ab 2008, durch die Absicherung der Spekulationsrisiken großer Banken zu Lasten der Steuerzahler.

Die neuen sozialen und moralischen Schief lagen bringen das bisherige Verhältnis zwischen den oberen, mittleren und unteren Milieus ins Rutschen. Dies wird durch die Indikatoren der zunehmenden Ungleichheit der Ein-

kommensverteilung und der Bremsung der Bildungschancen. besonders veranschaulicht.

(1) In der *Einkommensverteilung* hatte sich schon 2005 eine Teilung in drei soziale Großlagen herausgebildet (Grohsamberg 2007: 179):

- 28% waren von den allgemeinen Standards des Wohlstands und der sozialen Sicherheit ausgeschlossen. Unter diesen lebten 8,4 % in verfestigter Armut (43,1% d. m. Eink.).
- 26,1 % lebten in instabilem Wohlstand (89,0% des mittleren Einkommens). Die Gruppe hat kontinuierlich und etwa in dem Maße abgenommen, wie die verfestigte Armut zunahm.
- Nur noch 45,9 % lebten in eher dauerhaft gesichertem Wohlstand, mit 131,8% des mittleren Einkommens.

Die Arbeitnehmer der Mitte sind weniger vom Abstieg in die Armut als von relativem Abstieg in weniger sichere („prekäre“) Lagen der Knappheit bedroht, darunter auch Menschen mit guter Fachausbildung, die in die (nach den Angaben des Sachverständigenrats von 2008) auf 38% der Beschäftigten gewachsenen Sektoren „atypischer Arbeitsverhältnisse“, also Niedriglohn, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit usw., abgedrängt sind. Inzwischen diagnostiziert das DIW auch eine „schrumpfende Mittelschicht“: „Die Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen ... ging von 62 % im Jahr 2000 auf 54% im Jahr 2006 zurück. Entsprechend gestiegen ist der Bevölkerungsanteil an den Rändern

der Einkommensverteilung, wobei ... die Abwärtsmobilität stärker ausgeprägt war“ (Grabka/Frick 2008, S. 101).

(2) *Bremsung der Bildungschancen*. Das Schulsystem konserviert eine ständische Chancenordnung, die die Kinder nach ihrer Herkunft in das dreistufige System der Schulen und der fachlichen Berufswege „einsortiert“ (Vester 2006a). Die Herkunftsfamilie bedingt bereits bei der Formierung des individuellen Habitus Bildungsvorsprünge, die vom Bildungssystem kaum ausgeglichen werden. In den *gering qualifizierten* Arbeitnehmermilieus verfestigt sich die „Bildungsarmut“ (Allmendinger). Von den einstigen „bildungsfernen“ Volksmilieus ist immer noch die eine Hälfte „bildungsfern“ und schließt allenfalls die Hauptschule ab. Nach den PISA-Studien beherrschen 22% bis 23% der Jugendlichen die Schlüsselkompetenz des Lesens nicht richtig und bleiben damit auf ungelernete Berufe oder Erwerbslosigkeit festgelegt. Schon ihrer Zahl nach reicht diese Gruppe der Bildungsarmen erheblich in die Arbeitnehmermitte hinein. Die *fachqualifizierten* Arbeitnehmermilieus, die andere Hälfte der einstigen „bildungsfernen“, sind „ausgebremst“ (Klemm) bzw. weitgehend auf die mittlere Qualifikationsebene „umgelenkt“ (Müller) worden. Obwohl ausgesprochen bildungsaktiv, haben sie nur zu einem Drittel das Gymnasium erreicht; die Mehrheit wird auf die Realschule gelenkt. (Vester 2006a).

Insgesamt sorgt, neben der Exklusion der untersten Schichten, die Prekariisierung der gut qualifizierten Mitte, für

wachsende Unzufriedenheit. Den Angehörigen der respektablen Mitte werden Unsicherheiten und Abhängigkeiten zugemutet, die den Abstieg in die unterprivilegierten Milieus symbolisieren. Nicht nur die materiellen und moralischen Schieflagen, sondern auch die Wiederherstellung kleinlicher autoritärer Strukturen treffen mehrheitlich nicht mehr auf gering qualifizierte, sondern auf gut gebildete, autonomiefähige Bürgerinnen und Bürger. Aus dieser Mitte, die ihre Anliegen aktiver vertreten kann, kam auch die zunehmend aktive Gegenwehr von Gewerkschaften und von Bürgerbewegungen, wachsende Bewegungen zur Ersetzung des dreigliedrigen Schulsystems durch Gesamtschulen und auch Protestbewegungen gegen haushaltspolitische Asymmetrien, das Sparen bei Sozialausgaben und die Verschwendung von Steuergeldern für große Banken, Energiekonzerne und Verkehrsprojekte. Die politische Verdrossenheit richtet sich nicht einfach auf materielle Verteilungsfragen, sondern auf die moralisch-symbolische Ebene der „Arroganz der Macht“, die in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durch das Stichwort „Basta-Politik“ symbolisiert worden ist.

### **8. Die neue politische Großwetterlage: Kurswechsel zu einem „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“?**

Wie beschrieben, stellt sich die Frage der sozialen Gerechtigkeit gleichsam auf zwei Achsen dar. Es geht nicht nur um die Verteilung sozialer Chancen zwischen den verschiedenen vertikalen Schichtungsstufen. Es geht auch um die Ansprüche der Selbst- und Mitbestim-

mung. Hier stehen sich auf allen Schichtungsstufen konservative Milieus, die ihre Sicherheit eher in Autoritätshierarchien suchen, und modernere Milieus, die mehr soziale und politische Partizipation wünschen, horizontal gegenüber. Die „vertikalen Klassenkonflikte“ stehen immer im Hintergrund, aber in der letzten Zeit sind die „horizontalen Klassenkonflikte“ stärker in den Vordergrund getreten. In ihnen geht es darum, ob die Probleme eher mit demokratischen oder eher mit autoritären oder sogar rechtspopulistischen Mitteln gelöst werden sollen.

In der Bundesrepublik sind diese Rechts-Links-Konflikte bisher nicht so zugespitzt verlaufen wie in den USA und in manchen europäischen Nachbarländern. In der deutschen Bevölkerung befürwortet eine große Mehrheit von etwa 80% einen ausgleichenden Wohlfahrtsstaat (nach dem konservativen oder dem sozialdemokratischen Pfadmodell) und eine kleine Minderheit von weniger als 10% einen neoliberalen Pfad. Ein demokratischer Weg wird von einer ähnlichen Mehrheit befürwortet, darunter die inzwischen mindestens 28% Befürworter einer direkteren Bürgerbeteiligung und partizipatorischen Demokratie (Vester u. a. 2001; Vester 2010b). Vor dem Hintergrund dieser Grundeinstellungen hat sich seit den frühen neunziger Jahren viel Verdrossenheit aufgestaut und in kleinen Konflikten geäußert.

Die neue Wirtschaftskrise führte nicht sofort zu einer Änderung der politischen „Großwetterlage“. Erst von 2010 auf 2011 verwandelte sich die schleichende Unzufriedenheit, in einem qualitativen Sprung, vielerorts in

eine allgemeine politische Autoritäts- und Legitimitätskrise. Stellvertretend steht dafür nach Fukushima der Satz, die Risiken der Kernkrafttechnologie seien „nicht mehr beherrschbar“. Dieser Satz ist in aller Munde. Auch viele andere große Probleme gelten als unter dem bisherigen politischen Kurs „nicht mehr beherrschbar“.

Wie in einer Art Kettenreaktion erreicht die Vertrauenskrise immer mehr Problembereiche. Die 2008 ausgelöste Krise, die als die schwerste seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre angesehen wird, hat erst allmählich ihre Dimensionen entwickelt. Während nach 1929 in vielen Ländern große Arbeiter- und Volksproteste einen politischen Wechsel eingeleitet hatten (in Schweden zur Sozialdemokratie, in anderen Ländern nach rechts), blieb diese Art von Bewegungen nach 2008 in Deutschland aus. Die Besorgnis der Arbeitnehmer war angesichts der drastischen Exporteinbrüche durchaus vorhanden. Aber die Industriegewerkschaft Metall konnte im Frühjahr 2009 die Unternehmer und die Bundesregierung in einem „historischen“ Abkommen zur Subvention der Kurzarbeit bewegen. Diese verhinderte, zusammen mit der Abwrackprämie für Alttaxis, eine drastische Zunahme der Arbeitslosigkeit und Schwächung der Inlandsnachfrage und pufferte damit den Übergang zu der im Sommer 2009 wieder zunehmenden Nachfrage aus dem Ausland ab. Denn die Erwartung, dass die Auslandsnachfrage dauerhaft einbrechen würde, erfüllte sich nicht. Der Rückgang der Nachfrage aus den USA und anderen verschuldeten Ländern wurde bald kompensiert durch die

Nachfrage aus den großen neuen Industrieländern in Asien und Südamerika, die die Krise dank einer regulierenden staatlichen Wirtschaftspolitik rasch überwinden konnten. Bei uns wie dort wurde die Nachfrage also durch eine Art „praktischen Keynesianismus“ stabilisiert.

Für die Arbeitnehmer der deutschen Metall-, Elektro- und Automobilindustrie war das Jahr 2009 also keine manifester Krisenerfahrung, ganz im Gegensatz zum Krisenjahr 1993/94. Damals hatte die IG Metall das gleiche Angebot gemacht, aber keine Gegenliebe gefunden bei der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung und bei den Unternehmern, die die Krise lieber für Verkleinerungen ihrer Belegschaften nutzen wollten. Dass diese nun 2009 zu einer Art unfreiwilligem Keynesianismus bereit waren, war der schwarz-roten Koalition und auch der Tatsache geschuldet, dass die Unternehmer sich seit spätestens 2008 in einer wesentlich veränderten Situation befinden.

Zu diesen Veränderungen gehören große Verschiebungen im internationalen Kräftefeld. Die Wachstumseffekte des neoliberal-informationstechnologische Modells haben sich spätestens seit der dot.com-Krise von 2001 abgeschwächt. Das Kraftzentrum des Weltmarktes verlagerte sich von der atlantischen Achse (mit der Konkurrenz mit neoliberal deregulierten Ökonomien) zu der Achse mit den neuen Industrieländern (mit ihren regulierten und stark wachsenden Ökonomien). Die Bundesrepublik kann mit ihrer Exportkraft zwar davon profitieren, aber sie bleibt durch zunehmende innergesellschaftliche wie internationale Ungleichgewichte in der Defensive.

Die Disparität zwischen exportstarken Ländern und Schuldnerländern hat sich zu einem inneren Konflikt der Eurozone ausgewachsen. Die schwarzgelbe Regierung bremst die Entwicklung eines finanz- und wirtschaftspolitischen Regulierungsrahmens. Dieser könnte den krisenverschärfenden Einfluss des nach wie vor mächtigen Spekulationskapitals zurückdrängen und den peripheren Ländern statt einer Austeritätspolitik eine Art Marshallplan zur Entwicklung ihrer Wirtschaftskraft und Bekämpfung ihrer enormen Massenarbeitslosigkeit anbieten. Statt dessen hält die Zitterpartie an. Wenn nach Griechenland, Irland und Portugal ein weiteres Land seine Finanzlage nicht mehr „beherrschen“ kann, sind schwerere Rückwirkungen auch auf die Bundesrepublik zu befürchten.

Die von der Wirtschaftskrise angetriebene Erhöhung der Importpreise für Rohstoffe und Lebensmittel schmälert die Lebenshaltung der sozialen Mitte selbst bei uns. In den peripheren Ländern destabilisiert sie die ohnehin schon prekarierte Lage auch der Mitte dramatisch. Die davon ausgelöste Bewegungen gegen sich bereichernde politische Oligarchien werden nicht auf die arabischen Länder beschränkt bleiben. Sie greifen auf Europa über und selbst die Oligarchien des Gewinnerlandes China fürchten die zunehmende Unzufriedenheit mit den neuen Privilegierten und verschärfen die Einschüchterung von Demokratiebewegungen. Gleichzeitig kommt aus den neuen Industrieländern ein inzwischen koordinierter Protest gegen die Finanzpolitik der alten reichen Industrieländer, die weiter-

hin die Risiken der Verarmung in den Peripherieländern und von Krisen der Staatsfinanzen erhöhe.

Gleichwohl motivieren die zunehmenden sozialen und internationalen Spannungen und ökologische Katastrophen wie die von Fukushima und des Klimawandels eine – langsame und nach Ländern ungleichmäßige – Entstehung neuer Interessenkoalitionen und Konzepte. In Deutschland hat dieser Prozess durch Fukushima und Stuttgart 21 einen ungeheuren neuen Schub bekommen, der in Baden-Württemberg mit dem lange Zeit unvorstellbaren Mehrheitsverlust der bürgerlichen Koalition und dem Aufstieg der Grünen zur führenden Regierungspartei verbunden war. Es geht um die Ablösung des an seine Grenzen gekommenen finanzmarktgetriebenen neoliberalen Wachstumsmodells durch ein ökologietechnisches Modell, das den entsprechenden Fraktionen des Kapitals expandierende Verdienstmöglichkeiten bietet und damit eine neue jahrzehntelange Welle des Wirtschaftswachstums einleiten könnte.

Nachdem mit dem Fukushima-Effekt auch das bürgerliche Lager in diese Richtung umgeschwenkt ist, stehen allerdings neue Konflikte über das Wie an. Die konservative Seite möchte das neue Wachstumsmodell mit dem alten neoliberalen Sozialmodell verbinden, dessen Kern die Senkung der Steuern für die Großen und eine Austeritäts- und Sparpolitik zu Lasten der mittleren und unteren Bevölkerungsgruppen ist. Damit wäre kein finanzieller Spielraum für eine Wiederherstellung der wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen,

d.h. Bildung, Gesundheit, Soziales und kommunale Infrastrukturen. Diese sind aber kein Luxus, sondern wichtige Zukunftsinvestitionen für die ganze Gesellschaft, die überdies – wie seinerzeit im skandinavischen Pfadmodell – zu einer erhöhten Beschäftigung und damit Konsumnachfrage beisteuern würden.

Hier sind neue Konflikte zu erwarten. Seitdem Milliarden von Steuergeldern zur Absicherung der Spekulationsverluste der großen Banken bereitgestellt wurden, verliert die heilige Kuh der Sparpolitik ihre Legitimation. Es ist durchaus genug Geld da – wenn man eine Bank ist. Eine neue ökologietechnische Wachstumswelle dient schon von sich aus der Lebensqualität und der Kompetenzentwicklung der Menschen. Sie ließe sich gut mit einer Politik verbinden, die die verschärften Einkommensungleichheiten und Demontagen des Wohlfahrtsstaates wieder rückgängig macht. Wenn das Interesse an einer aktiven Bürgerbeteiligung am politischen Leben weiter mobilisiert bleibt, könnte das ökologietechnische Wachstumsmodell mit der Entwicklung eines „partizipatorischen Wohlfahrtsstaates“ verbunden werden.

#### Literatur

- Appiah, Kwame Anthony (2011): Eine Frage der Ehre oder Wie es zu moralischen Revolutionen kommt, München: Beck.
- Bourdieu, Pierre (1982 [1979]): Die feinen Unterschiede, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Castel, Robert (2000 [1995]): Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: UVK
- Durkheim, Emile (1961 [1894]): Die Regeln der soziologischen Methode, Neuwied.
- Durkheim, Émile 1988 [1893/1902]: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Esping-Andersen (Hg.) (1993): Changing Classes, London: Sage
- Esping-Andersen, Gösta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Stephan Lessenich/Ilona Ostner (Hg.), Welten des Wohlfahrtskapitalismus, Frankfurt a. M./New York: Campus, S. 19–56.
- Geiger, Theodor (1949): Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln/Hagen: Kiepenheuer.
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg – die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 10/2008, S. 101–108.
- Groh-Samberg, Olaf (2007): Armut in Deutschland verfestigt sich, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 12/2007, S. 177–182.
- Kaufman, Arnold (1960): Participatory Democracy and Human Nature, in: Nomos, H. 3 (Responsibility).
- Rudzio, Wolfgang (2003): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 6. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Sünker, Heinz (1999): Kritische Bildungstheorie und Gesellschaftsanalyse: Bildung, Arbeit und Emanzipation, in: Heinz Sünker/Heinz-Hermann Krüger (Hg.): Kritische Erziehungswissenschaft



- am Neubeginn?!, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 327-348.
- Thompson, Edward Palmer (1987 [1963]): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2 Bde., Frankfurt a. M.; Suhrkamp.
- Vester, Michael (2006a): Die ständische Kanalisierung der Bildungschancen, in: Werner Georg (Hg.), Soziale Ungleichheit im Bildungssystem, Konstanz: UVK, S. 13-54.
- Vester, Michael (2006b): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewältigungsstrategien in der Krise des deutschen Sozialmodells, in: Heinz Bude/Andreas Willisch (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg: Hamburger Edition/Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 243-293.
- Vester, Michael (2010a): „Orange“, „Pyramide“ oder „Eieruhr“? Der Gestaltwandel der Berufsgliederung seit 1990, in: Nicole Burzan/ Peter A. Berger (Hg.) 2010: Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden: VS 2010, S. 55-78.
- Vester, Michael (2010b): Alternativbewegungen und neue soziale Milieus, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hg.): Das Alternative Milieu, Göttingen: Wallstein, S. 27-60.
- Vester, Michael/ Hofmann, Michael/Zierke, Irene (Hg.) (1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln: Bund.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko u.a. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M.: Suhrkamp [Vollst. überarbeitete Fassung der 1993 im Bund-Verlag erschienenen 1. Ausgabe]
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg: VSA.
- Vögele, Wolfgang/Bremer, Helmut/Vester, Michael (2002): Soziale Milieus und Kirche, Würzburg: Ergon.
- Weber, Max (1972 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1988): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: ders., Ges. Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen: Mohr, S. 17-206.
- Wiebke, Gisela (2006): Ähnlichkeit oder Differenz – Was bestimmt heute das Zusammenleben von türkischen und deutschen Jugendlichen? in: Helmut Bremer/Andrea Lange-Vester (Hg.), Soziale Milieus und Sozialstruktur, Wiesbaden: VS, S. 360-384.

## Die Zweite Große Transformation

### Voraussetzungen, Entwicklungspfade, Perspektiven

#### 1. Eine neue historische Übergangs- und gesellschaftliche Umbruchsituation

„Gesellschaft im Wandel“ – davon gehen die meisten aktuellen Diskurse aus. Kein Wunder, denn sozialer Wandel ist ein typisches Merkmal der Moderne. „Gesellschaft im Umbruch“ – eher die Ausnahme sozialen Wandels – ist hingegen Gegenstand vielfältiger Fragen und Kontroversen.

Der gegenwärtige historische und gesellschaftliche Prozess kann m. E. als „Übergang“, als „Umbruch“, in denen sich Wirtschafts- und Lebensweisen grundlegend ändern, verstanden und gedeutet werden. Die Signatur, d. h. die Form, Struktur und Gestalt dieses gesellschaftlichen Übergangs und Umbruchs heißt für mich „Transformation“; Transformation als ein spezifischer Typ sozialen Wandels.

Lange freilich wurde „Historischer Prozess als Übergang“, „Gesellschaft im Umbruch“ allein mit den 1989/90 einsetzenden Umbrüchen in den ehemals staatssozialistischen Ländern identifiziert. Im Mainstream-Diskurs wurde dies als „Modell-Implementation und nachholende Modernisierung“ (Zapf 1991), als „Sieg der liberalen Demokratie“ (Dahrendorf 1989), als „Ende der großen Gesellschaftsalternativen“ (Bell 1989), ja als „Ende der Geschich-

te“ (Fukuyama 1993) interpretiert. Es dominierte die Hoffnung, die Welt würde bald „ein einzig großer Westen sein“ (Leggewie/Welzer 2009: 151).

Transformation – das war allein „postsozialistische Transformation“. Die modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften des Westens sahen sich als Sieger und galten als Vorbild und als Bezugsfolie der Transformation. Transformation als Übernahme des einst durchaus erfolgreichen, inzwischen aber blockierten Wachstums- und Entwicklungsmodells. Die These von der notwendigen „doppelten Transformation“ (Ost-West) und der gemeinsamen Suche nach einem neuen, zukunftsfähigen Entwicklungsmodell, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht, blieb (aus naheliegenden Gründen) marginal.

Doch nur 20 Jahre später tritt nun deutlicher zutage:

*Zum einen:* Die postsozialistische Transformation ist nicht das Ende der tiefgreifenden Wandlungsprozesse in Europa und der globalen Welt, sondern nur deren markanter Auftakt.

So haben die lateinamerikanischen Staaten in den letzten Jahrzehnten die Last der Militärdiktaturen abgeschüttelt und eine Reihe von ihnen suchen nach neuen Wegen gesellschaftlichen

Fortschritts. In Asien sind vielfältige neue Bewegungen für Demokratie entstanden. In der arabischen Welt vollziehen sich grundlegende gesellschaftliche Umbrüche. Von einem „Ende der Geschichte“ und einem „Ende gesellschaftlicher Entwicklungsalternativen“ kann also keine Rede sein. Auch nicht von der bloßen „Implementation der westlichen Modelle“. Vielmehr ist es ein Suchprozess nach Wegen, die Errungenschaften der Moderne mit den eigenen Traditionen, Kulturen, Kämpfen zu verbinden.

Und inzwischen sind nun auch die westlichen kapitalistischen Gesellschaften selbst zum Bestandteil der globalen Übergangs- und Umbruchsituation geworden.

*Zum anderen:* Die eigentliche Zäsur dieses Übergangs beginnt früher, und ihre Ursachen liegen tiefer.

Denn sowohl die Umbrüche 1989/90 als auch die 2008/2009 aufbrechende tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt sind nur eine Folgewirkung der bereits Anfang/Mitte der 1970er Jahre „einsetzenden systemübergreifenden Krise europäischer Industriegesellschaften“ (Steiner 2006: 1), die die kapitalistischen des Westens ebenso traf wie die realsozialistischen des Ostens. Konrad Jarausch kommt im Ergebnis seiner zeitgeschichtlichen Forschungen zu dem Schluss, dass es sich dabei um den Beginn eines „fundamentalen gesellschaftlichen Strukturwandels“ und einer „strukturellen Transformation“ handelt (Jarausch 2006: 4).

Ihr Kern besteht in der Krise eines spezifischen sozioökonomischen und soziokulturellen Gesellschafts- und Entwicklungsmodells, des Fordistischen

Produktions- und Sozialmodells. Im Osten führte das – angesichts struktureller und politischer Reformunfähigkeit – zu einer schleichenden und immer weiter fortschreitenden Erosion, die schließlich die Implosion seines Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells bewirkte. Im Westen verlor das bislang so gut funktionierende Entwicklungsmodell als Kombination von fordistischer Massenproduktion, beständigem Wirtschaftswachstum, produktivitätsorientierter Lohnentwicklung und Ausbau staatlicher Sozialleistungen, von Sozialpartnerschaft und gewerkschaftlicher Mitbestimmung allmählich seine Wirkungskraft. Das zuerst in den USA als „New Deal“ entstandene, nach dem 2. Weltkrieg sich in West- und Nordeuropa, in Japan und den meisten kapitalistischen Industrieländern durchsetzende technisch-ökonomische und sozial-ökonomische Modell stieß an seine immanenten Grenzen und wurde zugleich mit neuen ökonomischen, sozialen, kulturellen Herausforderungen konfrontiert.

Der steigende Verbrauch nicht erneuerbarer Energie und Rohstoffe und die Zunahme der Emissionen bilden die Grenze dieses Typs wirtschaftlicher Entwicklung – und die Grenzen wurden in den 70er Jahren global spürbar (Land 2009): Ölkrise, Ölpreisschock, steigende Energie- und Rohstoffpreise, Ende des internationalen Währungssystems von Bretton Woods, fallende Wachstumsraten des BIP, Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung, Verfestigung einer Sockelarbeitslosigkeit, partielle Aufhebung des Teilhabemodus.

Diese neuen, ungewohnten Blockaden und Konflikte führten bei den

dominierenden Akteuren zu Verunsicherungen und zu unterschiedlichen Suchstrategien. Notwendig wurde ein neuer Typ wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Teilhabe und demokratischer Bürgerbeteiligung. Eine zukunftsfähige wirtschaftliche, soziale, ökologische und demokratische Alternative konnte sich jedoch trotz verschiedener Ansätze in einigen Ländern nicht durchsetzen. Durchgesetzt hat sich schließlich die „Neoliberale Antwort“ auf die Erosion des fordistischen Entwicklungsmodells und -pfades: Zurückdrängung des Staates und „Entbettung“ des Marktes, Aufstieg und Dominanz des Finanzkapitals, Deregulierung, Privatisierung der Öffentlichen Güter und Enteignung der Gesellschaft, Individualisierung und Konkurrenz als „Selbstentfaltung“ des Menschen. Dies alles zuerst in den USA (Reagan), dann in Großbritannien (Thatcher), und alsbald auch in den anderen kapitalistischen Industrieländern, darunter in Westdeutschland. Allmählich bildete sich im Ergebnis dieser restaurativen Transformation ein neues, markt-liberales/-radikales Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell heraus (Reißig 2009a: 124–141). Damit verbunden war die Freisetzung von neuen Anpassungskapazitäten, Stabilitäts- und Innovationspotenzialen. Doch das Problem der Grenzen des fordistischen Typs wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung konnte nicht gelöst werden. Im Gegenteil. Das neoliberale Projekt, das 30 Jahre lang weltweit die Vorherrschaft inne hatte, erodierte. Die Stärken des Neoliberalismus erwiesen sich zunehmend als seine Schwächen. Der Traum, Kapitalverwertung könne auf

Kosten von Lohnarbeit, Sozialstaat, anderer Konkurrenten und gegen Gemeinwohl und Öffentlichkeit auf Dauer gewährleistet werden, zerplatzte (vgl. auch Land 2009, Reißig 2009a: 136–139).

Inzwischen stehen auch die westlichen Länder vor einem tiefgreifenden Gesellschaftswandel, dem Umbau ihres Produktions-, Sozial- und Kulturmodells. Die akute Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 war auch die Folge nicht bewältigter Umbauprozesse seit den 70er Jahren und hat so die Herausforderungen gesellschaftlicher Veränderungen noch deutlicher werden lassen.

Der „Westen“ also nicht mehr als die Bezugsfolie und das Vorbild von Transformation, sondern nun selbst Objekt und Subjekt dieser neuen Transformation. Der Ausgang dieser Transformation aber ist offen.

## **2. „Übergang“, „Umbruch“ – Nur wohin, in welche Richtung?**

Diese Situation des Übergangs, des Umbruchs hat die Debatte um den Zustand der westlichen Gesellschaften, um ihre Stabilität und Brüchigkeit, um ihre Zukunftsfähigkeit neu belebt. Es gibt unterschiedliche strategische Vorstellungen, konzeptionelle Überlegungen, vielfältige Hoffnungen und Wünsche, aber kaum geltende Gewissheiten. Stellen sich doch grundlegende Fragen gesellschaftlicher Entwicklung und Gestaltung neu. Herrschende Kreise in Politik und Wirtschaft sind aus Angst vor Veränderungen bestrebt, einen gesellschaftlichen Transformationsdiskurs zu unterbinden. Doch anders noch als 1989/90 ist inzwischen gerade auch im intellektuellen Bereich ein Diskurs- und

Suchprozess – unterschiedlich geprägt und ausgerichtet – nicht zu übersehen:

- Übergang – noch immer interpretiert – als Implementation des westlichen Wachstumsmodells im „Rest“ der Welt (Bertelsmann Stiftung [Hrsg.] 2005: 41 ff.).
- Übergang als fortschreitende und dabei sich selbst korrigierende und weiter entfaltende Modernisierung (Zapf 1994).
- Übergang als reflexive Modernisierung, als „Weltrisikogesellschaft“, als Notwendigkeit einer „Zweiten Moderne“ (Beck/Giddens/Lash 1994, Beck 2007), oder Übergang zu einem neuen „Moderneprojekt“ (Hall et. al. 1996, Lutz 1994).
- Übergang als neue, langwierige, widerspruchsvolle Evolution des Kapitalismus (u. a. in Anlehnung an Schumpeters theoretischem Evolutionsmodell) und mögliche Entwicklung eines „Öko-Kapitalismus“, eines „Green New Deal“ (vgl. auch Land 2009).
- Übergang als beginnendes Ende der Formation und des Weltsystems Kapitalismus, der seine inneren Konflikte und Krisen nicht mehr länger kanalisieren und beherrschen kann, und Herausbildung eines neuen Weltsystems in den nächsten 50 Jahren (Wallerstein 2002).
- Übergang als Scheidewegssituation, als Entscheidungssituation, als ein Prozess der Evolution und Transformation, des Suchens nach einem neuen, zukunftsfähigen sozioökonomischen und kulturellen Gesellschafts- und Entwicklungsmodell (u. a. Reißig 2009a).

Idealtypisch verallgemeinert lassen sich in diesem Diskurs – bezogen auf die modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften – also drei grundlegende Positionen unterscheiden: Wandel (1.), auch tiefgreifender, innerhalb der systemischen Strukturen und des dominierenden Gesellschafts- und Entwicklungsmodells. Wandel (2.) als radikaler Systembruch, als Ende des Kapitalismus und der Etablierung eines ganz neuen, ganz anderen Systems. Und Wandel (3.) als Transformation und Evolution der Moderne, als Suche nach einem zukunftsfähigen Gesellschafts- und Entwicklungsmodell, das den neuen sozioökonomischen und soziokulturellen Herausforderungen am ehesten entspricht und von einer gesellschaftlichen Mehrheit getragen wird.

Transformation wird so zu einem neuen Such- und Leitbegriff unserer Zeit. Er ist daher genauer zu bestimmen. Schon deshalb, weil er in keinem Fachwörterbuch enthalten ist und mehrdeutig und oft diffus verwendet wird (u.a. als Globalisierung, demografischer Wandel, Wandel der Sozialstrukturen).

Der Begriff „Transformation“ erfüllt nur dann seinen Sinn, wenn er als Synonym für Übergänge, Umformungen, Wechsel, Umgestaltungen und als Destruktion und Neukonstitution von dominierenden gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen gedacht und verstanden wird.

Der Begriff „Transformation“ drückt damit eine ganz spezifische Seite *sozialen Wandels* (zentraler Begriff der Soziologie) aus. Denn: Transformation ist ein besonderer Typ sozialen Wandels. Er ist vor allem ein intendierter, eingreifender

Prozess der gesellschaftlichen Veränderung mit stark eigendynamischen, evolutionären und nicht vorhersehbaren Komponenten. Das Gewicht beider Seiten ist in den verschiedenen Transformationstypen jedoch sehr unterschiedlich.

Damit unterscheidet sich der Begriff Transformation auch vom Begriff der *Evolution*, der gesellschaftlichen Wandel nicht so sehr mit einem Gestaltungswillen verbindet und stärker die Selbsttransformation des betrachteten Systems reflektiert (Wagener 1996: 2).

Und im Unterschied zum Begriff der *Revolution*, der eher einen abrupten, gewaltsamen, vorbestimmten Durch- und Umbruch zu einer neuen höheren Ordnung kennzeichnet, reflektiert der Begriff „Transformation“ mehr die Ereignisgeschichte, die Entstehung des Neuen im Alten, die Kontingenz, die Offenheit des Prozesses, unterschiedliche Übergangsformen und den Verzicht auf Mystifizierung und Heilserwartungen.

Dabei können im historischen Prozess verschiedene Transformationstypen bzw. -gestalten unterschieden werden: Transformation als Wandel und Übergang von *Zivilisationstypen*, von *Formationstypen*, von *Gesellschaftstypen* im Sinne von Gesellschafts- und Entwicklungsmodellen sowie von politisch-institutionellen *Regimetypen*. Schon hier sei angemerkt, dass ich den Transformationstyp „Gesellschafts-Transformation“ als Wandel von „Gesellschafts- und Entwicklungsmodellen“ für den heute und künftig dominierenden Typ von strukturellen Übergängen in modernen Gesellschaften ansehe.

Auf der Makroebene sind sie durch spezifische Produktions-, Sozial- und Kulturmodelle, einschließlich typischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse gekennzeichnet. Auf der Mikroebene, d.h. der individuellen Ebene, durch die individuellen Verfügungs-, Teilhabe- und Emanzipationsmöglichkeiten. Diese Gesellschafts- und Entwicklungsmodelle bestimmen die jeweilige typische wirtschaftliche, soziale, kulturelle Entwicklung über lange Zeiträume (s. z. B. New Deal, fordistischen Entwicklungspfad, marktliberale/-radikale Entwicklung). Die Geschichte der Moderne ist durch Aufstieg, Innovation, Wandel, Konflikte, Stagnation, Erosion, Verfall und /oder Konstitution neuer sozioökonomischer und kultureller Ordnungs- und Entwicklungsmodelle charakterisiert. Transformation in diesem Sinne ist vor allem auch ein Wandel gesellschaftlicher Entwicklungsmodelle und ihrer sozioökonomischen, soziopolitischen und kulturellen Koordinatensysteme.

Wird Transformation als ein zentraler Such- und Leitbegriff inhaltlich genau bestimmt, ist er auch operationalisierbar und für Analyse, Erklärung und Deutung des sozialen und politischen Wandels in unserer Zeit unverzichtbar.

### **3. Die Zweite Große Transformation**

Die erste große Transformation, von Karl Polanyi klassisch untersucht und beschrieben (Polanyi 1944), reichte vom 16. bis in das 20. Jahrhundert. Es war eine Transformation, die über gewaltige und vielfältige Umbrüche zur Herausbildung und konflikthafter Entfaltung der Moderne und der kapitalistischen Marktwirtschaften führte. Polanyi un-

tersuchte vor allem das Spannungsverhältnis von Markt-Gesellschaft-Natur, die dabei besonders mit der „Entbettung“ des Marktes aus seinen institutionellen Zusammenhängen verbundenen Gefahren für Mensch, Gesellschaft und Natur. Diese selbstregulierende wie selbstzerstörende Dynamik des freien Marktes müsse und könne durch einen neuen institutionellen Rahmen und demokratische Gegenbewegungen wieder eingehegt und eingebettet werden. Polanyi sprach in diesem Zusammenhang vom „Doppelcharakter“ der Transformation und er begründete die Notwendigkeit einer „Neuen Demokratie“, in der erst das soziale und ökologische Gleichgewicht der Gesellschaft wiederhergestellt werden kann. Ein theoretisch-analytisches Konzept, an das auch die neue Transformationsforschung anknüpfen kann (Reißig 2009b: 33-36).

Offensichtlich reift seit Mitte der 70er Jahre eine neue, eine, wie ich es nennen möchte, *Zweite Große Transformation* heran. Sie signalisiert den notwendigen Übergang zu einem anderen, zu einem neuen Pfad wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung.

Diese Transformation kritisch zu beobachten, zu analysieren und zu erklären ist eine neue Herausforderung auch an die Sozialwissenschaften. Zumal für diese Transformation zwar geistig-kulturelle Voraussetzungen und verschiedene strategisch-konzeptionelle Überlegungen existieren, aber kein fertiger Masterplan vorliegt, vorliegen kann. Es handelt sich vielmehr um einen Such-, Lern-, Experimentier- und Gestaltungsprozess jenseits des blinden Vertrauens in die Selbstheilungskräfte der Moder-

ne und der Märkte bzw. der totalitären Durchsetzungskraft vorgedachter, fertiger Gesellschaftsmodelle.

Zweite Große Transformation – weil der gesamte bisherige Pfad wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung an seine Grenzen gestoßen ist und er nur um den Preis irreversibler Schäden für Mensch und Natur, für Wirtschaft und Gesellschaft fortgeführt werden könnte. Die einzig sinnvolle und tragfähige Alternative ist der Übergang zu einem neuen, d.h. vor allem energie- und ressourceneffizienten sowie umweltkonsistenten Typ wirtschaftlicher (vgl. Baethge/Bartelheimer 2005: 11 ff.) und solidarisch-sozialer Entwicklung.

Zweite Große Transformation im 21. Jahrhundert – weil erstmalig in der Geschichte die Menschheit nur noch zivilisiert überleben kann, wenn sie sich grundlegend ändert. Weil sich mit der Ressourcen-, Energie-, Klima-, Ernährungs-, Finanz- und Sicherheitsfrage weltweit Herausforderungen stellen, die nach neuen Lösungen drängen und die Umwandlungen der bestehenden Prozess- und Ordnungsstrukturen, also Gesellschafts-Transformation, dringend erfordern.

In dieser Zweiten Großen Transformation geht es – im Unterschied zur ersten großen Transformation – um eine strukturelle Umwandlung der einst innovativen und lange Zeit auch immer wieder Fortschritt hervorbringenden Entwicklungs- und Funktionslogiken, um *den* grundlegenden gesellschaftlichen Wandel und Umbauprozess in der Geschichte der Moderne und der Zivilisation überhaupt. Denn das Modernisierungs-Modell des Westens, das gesell-

schaftlichen Fortschritt bewirkte, wird nun mit seinen weltweiten Folgen zum „Weltuntergangsmodell“ (Beck) – vom ungebremsten Ressourcenverbrauch über den Klimawandel bis zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit und der sozialen Spaltungen. Es geht hierbei nicht um Aufhebung der Basisinstitutionen der Moderne, sondern um deren Neujustierung und Weiterentwicklung zu einer sozialen, ökologischen und solidarischen Moderne.

Damit ist der Zusammenhang von Transformation und Entwicklung neu gestellt. Transformation nicht mehr als Übernahme eines inzwischen überholten Pfades, sondern nun als Weg zu einer zukunftsfähigen gesellschaftlichen Entwicklung. Transformation als Pfadwechsel. Es geht um eine nachhaltige, spezifisch ressourceneffiziente, umweltverträgliche Entwicklungsweise, die zugleich eine neue sozio-kulturelle und humane Lebensqualität generiert und am Gemeinwohl orientiert ist. *Sozialökologische* und *solidarische* Entwicklung – das sind deshalb die beiden Säulen, sind der Kern dieser Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Sozialökologisch und solidarisch – das ist die konstruktive Antwort auf die beiden zentralen Konfliktlinien: die Zerstörung der ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens und die soziale Zerklüftung der Gesellschaft, der Weltgesellschaft (vgl. auch Schelkshorn 2011: 28).

Das erfordert *zum einen*: Übergang zu einem alternativen, einem neuen Wachstums- und Entwicklungspfad, der nachhaltig und zugleich auf neue Art auch innovativ sein müsste. Die Alternative heißt nicht Wachstum oder kein

Wachstum, sondern nachhaltige Entwicklung; heißt also vor allem „menschliche Entwicklung“ (UN-Bericht 2010). Denn kapitalistisches Wachstum an sich schlägt immer öfter um in „soziale Regression“ (Dörre 2010: 57); geht einher mit zerstörerischen Folgen für Mensch, Natur und Gesellschaft.

*Zum anderen*: Übergang zu einem alternativen, neuen Modell sozialer und kultureller Teilhabe aller an Arbeit, Bildung, Gesundheit, Daseinsvorsorge, Kultur und öffentlichen Leben statt zunehmenden und weltweiten Ausschlusses großer sozialer Gruppen und Regionen.

*Schließlich*: Übergang zu einem alternativen, neuen globalen Finanz-, Weltwirtschafts- und Sicherheitssystem; zu friedlichem, kooperativem Zusammenwirken und -leben der Menschen statt Konfrontation, marktradikaler Konkurrenz und globaler Ausbeutung.

Diese Zweite Große Transformation ist daher im wahrsten Sinne des Wortes eine *Gesellschafts-Transformation* und eine *Globale Transformation*. Sie wird nicht nach einem Muster, nicht in eine Richtung verlaufen, sondern ist nur als vielfältiger, unterschiedlicher, widersprüchlicher Transformationsprozess denkbar. Doch die Funktions- und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaften im 21. Jahrhundert hängt ganz offensichtlich vor allem von Entwicklungen ab, die sich stärker durch „Nachhaltigkeit“, „Teilhabe“, „Gleichheit“ und „Demokratische Solidarität“ auf der Grundlage individueller Freiheit auszeichnen. Darin widerspiegeln sich wichtige Universalien einer zukunftsfähigen Entwicklung im 21. Jahrhundert.



#### 4. Solidarische Teilhabegesellschaft

Moderne Gestalten, die eine solche sozialökologische und solidarische Entwicklung ermöglichen können, sind: Demokratische politische Verhältnisse, gesellschaftliche Einbettung und Regulation der Märkte, soziale und wirtschaftliche Demokratie, entwickelte Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Alles hängt letztlich davon ab, ob anstelle des Finanzmarktkapitalismus eine demokratische Gesellschaft wieder die Macht und den Primat erlangt, um die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklungsrichtung zu bestimmen.

Zielorientierung einer solchen Transformation wäre die gleichberechtigte Teilhabe aller am Sagen und Haben ihres jeweiligen Gemeinwesens sowie selbstbestimmte Entwicklungsmöglichkeiten eines jeden. Normativ könnte man ein solches Gesellschafts- und Entwicklungsmodell „Solidargesellschaft“ bzw. „Solidarische Teilhabegesellschaft“ nennen. Im anderen Kontext wird dies – in guter Theorie- und Politiktradition – als „Demokratischer Sozialismus“ (Heimann 2010: 111 ff.) diskutiert.

Mit einer „Solidarischen Teilhabegesellschaft“ entstünde keine Neuauflage der grundlegend gescheiterten staatssozialistischen „Einheitsgesellschaft“ (zentrale Planwirtschaft, Einparteienherrschaft, Ausschaltung der Zivilgesellschaft), sondern eine neue plurale differenzierte Gesellschaftsform modernen Typs; mit einer spezifisch ressourceneffizienten, umweltverträglichen sowie am Gemeinwohl und einer neuen humanen Lebensqualität orientierten Entwicklungsweise. In ihr verbinden sich klassi-

sche Evolutions- und Modernepotenziale – Demokratie, Arbeit, Märkte – mit neuen wie pluralen Eigentums-, gleichberechtigten Teilhabe-, partizipativen Demokratie- und humanen Lebensweisenformen. Die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft und ihre Reproduktionsfähigkeit können nur gesichert werden, wenn es gelingt, System- und Lebenswelt, sozioökonomisches Entwicklungs- und soziokulturelles Teilhabemodell organisch miteinander zu verbinden. Das gilt selbstverständlich gerade auch für eine Solidargesellschaft.

Als normatives Leitbild ist „Solidarische Teilhabegesellschaft“ die Alternative zum (fordistischen) Teilhabekapitalismus, besonders jedoch zur marktliberalen/-radikalen Konkurrenzgesellschaft. Solidargesellschaft ist in diesem Sinne auch nicht als Neuauflage eines klassischen „Dritten Weges“ zu verstehen, sondern als eine grundlegende Transformation und Neukonstituierung der Moderne hin zu einem Pfad sozialökologischer und solidarischer Entwicklung. Solidargesellschaft kann zugleich nur als „Solidarische Weltgesellschaft“ verstanden und verwirklicht werden (vgl. auch Bahr [Hrsg.] 2008).

Eine solche künftige Gesellschaft würde anders aussehen, als die, die wir heute kennen, aber auch anders als die, die wir heute in groben Umrissen beschreiben mögen. Im Kern geht es jedoch um das Erfordernis eines Wandels des heute dominierenden Entwicklungs- und Lebensweisenmodells. Statt Individualisierung als Konkurrenz aller gegen alle ein Ordnungs- bzw. Sozialmodell, in dem Leistung, Eigenverantwortung und Teilhabe, soziale Absiche-

rung sowie Solidarität sich organisch verbinden. Eine solche Gesellschaftsform muss, da es in modernen pluralen Gesellschaften immer unterschiedliche Präferenzen gibt, ausgehandelt und ausgekämpft werden (Vester 2005: 56 ff.). Sie kann nur auf demokratische Art und Weise und nur im demokratischen Konsens breiter gesellschaftlicher und politischer Akteurskoalitionen entstehen und sich entwickeln. Diese Gesellschaftsform würde weder Systembruch im klassischen Sinne bedeuten, noch Anpassung und Fortschreibung der traditionell-fordistischen oder gar der marktliberalen Entwicklungslogiken.

Entwicklung versteht dieses Konzept der Gesellschafts-Transformation nicht als Fortsetzung des bisherigen „Steigerungsspiels“ (Schulze 2004: 81 ff.), also des bisherigen klassischen Wachstumsmodells, sondern Entwicklung als menschliche Entwicklung und als Kombination und Re-Kombination vorhandener und sich entwickelnder Elemente *in* der Gesellschaft, als Prozess, in dem das Neue, das sich Verändernde bereits im Heutigen entsteht und darüber hinaus reicht. Neues, nicht mehr länger primär verstanden als das nach einem Bruch Entstehende. Entwicklung ist damit aber immer auch an das kreative Handeln von Akteuren und Institutionen gebunden. Eine Sicht also der Pluralität statt der Totalität, in der Abweichung als kreatives Prinzip gesellschaftlicher Entwicklung gilt. Ein solches Transformationsverständnis rückt deshalb weder die lineare Entwicklungsdynamik noch eine einseitige Krisenperspektive ins Zentrum der Analyse und Erklärung von Transformation.

Dieses neue Transformationsverständnis verabschiedet sich damit auch vom alten Fortschrittsdenken und -glauben sowie dem ihm zugrunde liegenden kausalen Entwicklungsmodell; zumindest in zweifacher Hinsicht. Zum einen: Statt Determinismus und Gesetzesfetischismus Entscheidungssituation, statt Logik der Fortschreibung Logik der Alternative (ebd.: 193). Alternative und Zukunft gibt es wie Gesellschaft jedoch nur im Plural. Geschichte und Gesellschaft werden als offener, dynamischer Entwicklungs- und Veränderungsprozess interpretiert. Fortschritt in diesem Sinne ist möglich, aber nicht sicher.

Zum anderen: Fortschritt selbst ist neu zu definieren – nicht primär als quantitatives Wachstum des BIP, sondern vor allem als nachhaltige Entwicklung, als Gestaltung einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, als Zugewinn individueller Freiheit und Selbstbestimmung, als neue soziale und humane Lebensqualität. Eine Entwicklung, die sich nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen vollzieht und globale Dimensionen erfordert. Was traditionell oft als Fortschritt (Schneller, Höher, Weiter) verstanden wurde, kann sich heute als Bremsklotz, ja als Gefährdung der Zivilisation erweisen. Gelingen oder Misslingen von Transformation ist deshalb vor allem an menschlicher Entwicklung zu messen, also an Indikatoren wie nachhaltiger, solidarischer, libertärer Entwicklung mit offener Perspektive und fern vom Bild einer konfliktfreien und harmonischen (Zukunfts-)Gesellschaft, die es so nie geben kann.

## 5. Scheidewegsituation und verschiedene Entwicklungsszenarien

Ob sich solche theoretisch als überlegen konzipierten Gesellschaften im gesellschaftlichen Evolutions- und Transformationsprozess praktisch auch durchsetzen, ist keineswegs sicher. Wie sich in der Vergangenheit offenbarte und auch heute sich immer wieder zeigt, stoßen gestalterischer Wandel, gesellschaftliche Transformation auf enorme objektive und subjektive Blockaden und Hürden. Konservativ-restaurative Kräfte organisieren den Widerstand schon gegen die ersten Ansätze und Schritte progressiver gesellschaftlicher Veränderungen. Das Beispiel der USA nach dem Wahlsieg Obamas hat das erneut deutlich gezeigt. Und die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat abermals die große Resistenz moderner bürgerlicher Gesellschaften gegenüber gestalterisch intendierten Veränderungen deutlich gemacht. Die ökonomischen Machtstrukturen und insbesondere die des Finanzkapitals blieben trotz der Krisensymptome intakt, das Integrationspotenzial enorm. Nicht zuletzt vollziehen sich immer wieder neue Lern- und Anpassungsprozesse bei verschiedenen Kapital- und politisch-administrativen Elitenfraktionen. Und nicht zu vergessen – die gesellschaftliche Linke befindet sich nach wie vor in der historischen Defensive. Die Hürden und Blockaden für gesellschaftliche Transformation sind nach wie vor so groß, dass aufkommende Hoffnungen auf gesellschaftlichen Wandel bei Vielen immer wieder schnell schwinden.

Doch die neuen Risse, Brüche im System des Finanzmarktkapitalismus

und die drängenden ökologischen, sozialen, sicherheitspolitischen Problemlagen haben doch vieles in Bewegung gebracht. Der Neoliberalismus hat zwar seine ökonomische Macht erhalten bzw. reorganisiert, aber sein bisheriges hegemoniales Gesellschaftsprojekt verloren. Auseinandersetzungen und Suchprozesse zur weiteren Gestaltung der Gesellschaft und um die kulturelle Hegemonie sind deshalb in vollem Gange. Das ist zweifellos auch eine neue Chance für die „Soziale Demokratie“. Kurzum: verschiedene Interessen, Machtgruppen, soziale Bewegungen, politische Koalitionen stoßen aufeinander. Die weitere Entwicklung ist wieder offener, aber nicht genau prognostizierbar.

In dieser neuen Scheidewegsituation sind m. E. drei Szenarien denkbar:

Zum einen die Versuche, das marktliberale/-radikale Modell grundlegend zu erhalten und es auch ökologisch durch staatsinterventionistische Reformen zu modifizieren und der neuen Situation anzupassen. Dies ist gegenwärtig noch immer die bestimmende Tendenz und kann auch in verschiedene autoritär-konservative Entwicklungen münden.

Zum anderen ist mittelfristig auch eine post-neoliberale Entwicklung möglich. So könnte im Prozess der Evolution und Anpassung des Kapitalismus und des Drängens vielfältiger sozialer Kräfte und Bewegungen sich mit einer Energiewende ein „Green New Deal“, ein Öko-Kapitalismus herausbilden und zum neuen hegemonialen Projekt werden. Dies könnte neue Anknüpfungspunkte auch für die demokratische Linke im Ringen um eine ökosoziale Reformalternative bieten.

Schließlich ist langfristig jedoch auch eine Entwicklung in Richtung einer sozialökologischen und solidarischen Transformation (Zweite Große Transformation) möglich.

## **6. Möglichkeiten und Perspektiven einer neuen Gesellschafts-Transformation**

Wie Geschichte und Gegenwart zeigen, enthält die Moderne gestaltbare, auch alternative Entwicklungspfade (z.B. New Deal, Deutsches Modell, Skandinavisches Modell, aktuelle Entwicklungsmodelle u.a. in Lateinamerika, Asien).

D.h. wir gehen davon aus, dass Kapitalismus, dass moderne bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften wandlungs-, reform- und transformationsfähig sind. Dies ergibt sich prinzipiell aus der inneren Beschaffenheit dieses Gesellschaftstyps, besonders aber aus den Handlungen, Aktionen, Kämpfen sozialer und politischer Akteure.

Denn „Moderne bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften“ sind durch eine innere institutionelle Differenz und einen Zusammenhang charakterisiert: zwischen dem Formationsaspekt (kapitalistischer Akkumulationsprozess, Macht- und Herrschaftsstrukturen) und dem Vergesellschaftungs- sowie Zivilisationsaspekt (moderne Evolutionspotenziale, Demokratie, Arbeit, Märkte, Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft, individuelle Sinnggebung), die jeweils eine spezifische Produktions- und Lebensweise hervorbringen. Deshalb sind moderne Gesellschaft und Entwicklung nicht eindimensional (wie in der klassischen Modernisierungs- und der orthodox marxistischen Formationstheorie) und nicht allein unter Aspekten

von systemimmanenten Imperativen, von Diffusion, Adaption, Innovation, Kapazitätssteigerung, sondern zugleich von sozialen Lagen, Milieus, Konflikten, neuen Herausforderungen, sozialen Bewegungen als ein kollektiver Akteur, Kräfteverhältnissen, Trendbrüchen, mithin von sozialen Evolutionen und sozialen sowie politischen Handlungskonstellationen und Auseinandersetzungen zu betrachten. Im historischen Vergleich von Transformationsprozessen zeigt sich, dass neue Transformationsperioden durch neue Technologien und Leitsektoren der Wirtschaft geprägt waren, vielmehr aber durch aufstrebende soziale Klassen, Schichten, die den Wandel von Institutionen und Mentalitäten vorantrieben (vgl. auch Leggewie/Welzer 2009: 148).

Transformation ist vor allem an soziale, geistig-kulturelle Wandlungen in der Gesellschaft und an das Handeln und die Strategiefähigkeit von Akteuren gebunden. Anders wäre es nie zur Durchsetzung neuer Entwicklungspfade gekommen, wie z. B. die Geschichte des „New Deal“ (Krugman 2008: 22-66), aber auch die neuer Politikentwürfe (z. B. Neue Ostpolitik) zeigen.

Die theoretisch gerechtfertigte Behauptung einer allgemeinen Transformationsfähigkeit moderner bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften bedeutet auf der praktisch-politischen Ebene die Notwendigkeit einer spezifischen Transformationspolitik, die diese Transformationsfähigkeit konkret herzustellen bzw. zu erweitern vermag. Es geht hierbei nicht so sehr um eine Politik großer Transformationsprojekte, sondern um konkrete Schritte, um kon-

krete Alternativen und Einstiegsprojekte zur Erweiterung der Demokratie, der Freiheitsrechte, zur Stärkung von Gleichheit und Solidarität in der Gesellschaft. Ziel und Mittel fallen dann nicht mehr länger auseinander, sondern bedingen sich wechselseitig (vgl. auch Brie 2011: 75/76). Das Neue entsteht dann zunächst in oder neben dem Alten, oder gar nicht. Letztlich geht es in diesem gesellschaftlichen Ringen um praktische Transformationsschritte jedoch um einen Richtungs- und Pfadwechsel der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Entwicklung. Eine solche Transformation als tiefgreifender Pfadwechsel lässt sich nicht von oben verschreiben, sondern nur aus den Tiefen der Gesellschaft heraus schrittweise entfalten.

Bei allen, auch kulturellen Nachwirkungen des sich seit Ende der 70er Jahre vollziehenden „Siegeszuges“ des Neoliberalismus – Tendenzen solchen transformatorischen Wandels zeigen sich gerade in den Milieu-, Werte- und Akteurs-Segmenten der Gegenwartsgesellschaft (vgl. Vester 2010, auch Reißig 2009a: 144–154).

In den repräsentativen Bevölkerungsumfragen (u.a. Emnid, Forsa) sprechen sich inzwischen Mehrheiten für eine stärkere öko-soziale und solidarische Entwicklung in der Gesellschaft aus und lehnen die radikale, neoliberale Privatisierungswelle der letzten 30 Jahre ab. Besonders jedoch belegen die Forschungen zum Wandel der Milieu- und Wertestrukturen, dass es in den Tiefen der Gesellschaft sehr wohl wachsende Potenziale und Präferenzen für einen neuen, einen sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad gibt

(vgl. auch Vester 2010). Es stellt sich deshalb die Frage, ob und wie diese Potenziale gesellschaftlich mobilisiert und umgesetzt werden können und ob und wie ein neuer gesellschaftlicher Diskurs als Voraussetzung für die Herausbildung einer neuen kulturellen Hegemonie entsteht.

Es ist deshalb bemerkenswert, dass sich in jüngster Zeit gesellschaftliche Bewegungskräfte, aber auch kritische Eliten, Intellektuelle und selbst Kreise im politisch-administrativen System stärker gesellschaftspolitisch engagieren. Bei verschiedenen Akteursgruppen und -koalitionen zeichnen sich Korridore und Suchstrategien für transformatorische Projekte gesellschaftlichen Wandels ab. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang z. B. auf Konzepte wie „Der gute Kapitalismus“, „Kapitalismus 3.0“, auf die Studie der FES „Deutschland 2020“, auf den Aktionsplan „Aktiv aus der Krise“ der IG Metall, den „Grünen neuen Gesellschaftsvertrag“ von Bündnis 90/Grüne, das Konzept „Wir zahlen nicht für eure Krise“ eines breiten Bewegungsbündnisses, das Projekt „Linksreformismus“ oder die Alternativen des Instituts für Solidarische Moderne. Bei allen Unterschieden, Differenzen und Unfertigkeiten gibt es hier Ansätze für transformatorische Alternativen und Einstiegsprojekte:

Forderungen nach sozialökologischem Umbau und Erschließung neuer Ressourcen, neuer Investitionen als Grundlage für die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft, im Dienstleistungssektor, in Bildung, Gesundheit und Pflege.

Neue Wege nachhaltiger Entwicklung (z.B. ökologische Netzwerke, Regionalisierung, Solidarische Ökonomie), nicht zuletzt als Kombination und Rekombination vorhandener Potenziale zu Neuem und damit in Abkehr vom bislang dominierenden, regressiven Wachstumsmodell.

Überlegungen und Alternativen hin zu neuen Formen sozialer Sicherheit und gleichberechtigter Teilhabe an Arbeit, Bildung, Öffentlichen Gütern, Daseinsvorsorge, Kultur (u. a. Grundeinkommen, Mindestlohn, Bürgerversicherung, Rekommunalisierung und öffentliche Kontrolle über die Öffentlichen Güter wie Energie, Wasser, Verkehr) und zu selbstbestimmten individuellen Entwicklungs- und Aufstiegschancen.

Forderungen nach und Wege zur Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, Erweiterung der liberalen Demokratie durch Stärkung der Parlamente (von Transparenz über Entscheidungsbefugnisse bis Zurückdrängung des Einflusses der wirtschaftlichen Lobbygruppen) und durch partizipative Demokratieformen sowie neue Formen der Bürgerbeteiligung.

Vorstellungen und Alternativen für ein friedliches und kooperatives Zusammenleben der Menschen in einer sich formierenden Weltgesellschaft.

Hierbei gehen alternative Forderungen und Praxen an verschiedenen Orten und Bereichen ineinander über. In aller Regel sind es Alternativen, Bausteine, Projekte, Netzwerke, die heute schon zu bestimmten Wandlungen auf kommunaler wie auf regionaler Ebene führen. Gerade hier entsteht ein bestimmtes Wir-Gefühl, ein Wandel von

Einstellungen („Ja, Veränderungen sind möglich“), Lebensstilen, kulturellen Identitäten. „Insellösungen“, jedoch mit einer spezifischen Eigendynamik. Gesellschafts-Transformation verlangt eben nicht schlechthin die einmaligen, großen Lösungen, sondern eine Vielzahl kleiner Schritte, Wege, Projekte in einem großen Zusammenhang.

Dabei entstehen zugleich neue, oft noch partielle gesellschaftliche Koalitionen, aber auch neue partei-politische Mitte-Links-Koalitionen auf den verschiedenen Ebenen, die sich wechselseitig bedingen und beeinflussen. Bei aller öffentlichen Kritik an Parteien sind partei-politische Mitte-Links-Koalitionen ein unverzichtbarer politisch-institutioneller „Hebel“ der Transformation der Gesellschaft hin zu einer sozialökologischen und solidarischen Entwicklung. Transformation ist letztlich nur als ein Wandel von Unten und Oben denkbar.

Trotz aller schier unüberwindbaren Blockaden und Hindernisse gilt daher: Transformation als progressive und schrittweise Veränderung und Umwandlung der modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften ist möglich, aber ihre Ergebnisse im Einzelnen nicht vorhersehbar. Diese Möglichkeit der Transformation der Moderne, der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft eher zu verneinen und damit die postsozialistische Transformation als einzig erfolgreiche Transformation unserer Zeit anzusehen, scheint mir deshalb theoretisch nicht gerechtfertigt und praktisch die Veränderungskräfte zu lähmen.

Gerade für die demokratische Linke ist es notwendig, ein gesellschaftliches Narrativ, ein alternatives Zukunftskon-

zept zu entwickeln und dieses positiv zu kommunizieren, d. h. Wandel und Transformation nicht als Zumutung sondern als berechtigte Hoffnung für die Menschen. Hoffnung ist, wie Sartre es nannte, eine Triebkraft gesellschaftlicher Veränderungen. Ein Narrativ, ein Projekt, ein Zukunftskonzept (kein Endziel!), mit dem die progressiven Wandlungskräfte gesellschaftliche Relevanz erlangen, ihre Defensive verlassen und vielleicht auch wieder kulturelle Hegemonie gewinnen können. Wandel und Transformation beginnen hier und heute. Aber dazu bedarf es auch eines „Kompasses“, einer überzeugenden Idee, eines Bildes von einer besseren, gerechteren, freieren Gesellschaft. Das erfordert u.a., dass gerade die demokratische Linke den neoliberalen ideologischen Schlüsselbegriffen von Marktliberalem Wettbewerb und Konkurrenz, von Ungleichheit und Individualismus ihre Begriffe und Werte für den progressiven Wandel – Kooperation und Kreativität, Gleichheit und Solidarität – offensiv gegenüberstellt. Transformation setzt immer geistig-moralische, politisch-kulturelle Veränderungen in der Gesellschaft voraus. Hierbei kann selbst bei der Frage nach einer zukunftsfähigen Gesellschaft der Bogen zur Gegenwart gezogen werden. Die renommierten Sozialforscher Richard Wilkinson und Kate Pickett haben in einer aktuellen und repräsentativen Vergleichsstudie von 23 entwickelten Industrieländern und den 50 amerikanischen Bundesstaaten nachgewiesen, dass massive soziale Ungleichheit die entscheidende Ursache fast aller sozialen und gesundheitlichen Probleme in diesen

Ländern ist (u. a. Soziale Beziehungen, Gesellschaftliche Teilnahme, Gesundheit, Bildung, Lebenserwartung, Gewalt, Kriminalität, Drogenkonsum, psychologisches Wohlbefinden wie Vertrauen, Ängste, Depressionen) und eher egalitärer und gerechter strukturierte Gesellschaften sowohl besser funktionieren als auch die Menschen zufriedener machen (Wilkinson/Pickett 2010). So stehen die USA mit dem höchsten Brutto-Inlandsprodukt und dem höchsten Durchschnittseinkommen der Bevölkerung, aber der größten Ungleichheit (Ungleichverteilung) wie auch Großbritannien bei fast allen untersuchten sozialen und gesundheitlichen Problemen auf der einen (negativen) Seite der Skala; Länder wie Norwegen, Finnland, Schweden, Dänemark mit einem höheren Niveau sozialer Gleichheit dagegen auf der anderen (positiven) Seite der Skala. Ein Ergebnis, das auf der Grundlage hunderter empirischer Studien mit eindeutigen, messbaren Indikatoren basiert. Die Schlussfolgerung von Wilkinson und Pickett lautet deshalb: „Die Transformation unserer Gesellschaften ist also ein Projekt, das im Interesse aller Bürger liegt. Mehr Gleichheit ist der Königsweg in eine zukunftsfähige Gesellschaft, in der sich die Lebensqualität aller Mitglieder verbessern lässt, und es ist der Weg zu einem Wirtschaftssystem, das Nachhaltigkeitsprinzipien genügt“ (ebd.: 265). Das Normative – Soziale Demokratie, Solidargesellschaft, Demokratischer Sozialismus – hat also schon im Gegenwärtigen eine empirische, eine historisch konkrete Grundierung.

Abschließend sei angemerkt, dass auch die Sozialwissenschaft aufgefor-

dert bleibt, diese neuen Herausforderungen des „Historischen Übergangs“, einer „Gesellschaft im Umbruch“ und der damit einhergehenden Gesellschafts-Transformation anzunehmen und Kritik wieder stärker mit Alternativen zu verbinden. Sie sollte dabei auch ihr Modell sozialen Wandels und das Konzept der Gesellschafts-Transformation auf den Prüfstand stellen, kritisch testen und weiterentwickeln, damit die künftige Transformationsforschung frühere Verengungen überwindet und sich auf der Höhe der Zeit bewegt.

Im Buch „Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels“ (Reißig 2009a) wird in diesem Sinne der Versuch unternommen, sowohl praktische Fragen der Gesellschafts-Transformation und ihrer Perspektiven als auch die Fragen nach dem entsprechenden theoretischen Erklärungspotenzial der modernen Sozialwissenschaften und nach neuen Ansätzen und Konzepten zu beschreiben und zu diskutieren. Verstanden als Beitrag zum heute möglichen, besonders aber notwendigen Wandlungs- und Transformations-Diskurs in der Gesellschaft.

#### Literatur

- Baethge, Martin/Bartelheimer, Peter (2005): Deutschland im Umbruch, in: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Wiesbaden, S. 11–37.
- Bahr, Egon ([Hrsg.] 2008): Weltgesellschaft. Ein Projekt von links! Berlin.
- Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (1994): Reflexive Modernization. Politics, Tradition and Aesthetics in the Modern Social Order. Cambridge: Polity.
- Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt/Main.
- Bell, Daniel (1989): Beitrag, in: Die Zeit, 19. Dezember.
- Bertelsmann Stiftung ([Hrsg.] 2005): Bertelsmann Transformation Index 2006. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie. Gütersloh.
- Brie, Michael (2011): Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften, in: Thomas, Michael (Hrsg.): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Berlin.
- Dahrendorf, Ralph (1989): Beitrag, in: Die Zeit, 19. Dezember.
- Dörre, Klaus (2010): Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Replik zur Kritik, in: Sozialismus 5, S. 55–59.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1982): Revolution und die Transformation von Gesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung verschiedener Kulturen. Opladen.
- Elias, Norbert (1989): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zwei Bände. Frankfurt/Main.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge.
- Fukuyama, Francis (1993): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München.
- Habermas, Jürgen (1988): Diskurs der Moderne. Frankfurt/Main.
- Hall, Stuart/Held, David/Hubert, Don/Thompson, Kenneth (1996): Moderni-



- ty Introduction to Modern Societies. Cambridge.
- Heimann, Horst (2010): Wo bleibt der demokratische Sozialismus? – Bei den Jusos!?, in: Perspektiven ds 1, S. 111–125.
- Hobsbawm, Eric (1998): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München.
- Jarusch, Konrad H. (2006): Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History. Online-Ausgabe 3, S 4–10.
- Krugman, Paul (2008): Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten. Frankfurt/Main, New York.
- Land, Rainer (2009): Transformation des Kapitalismus. Roosevelt und Obama, in: Theater der Zeit. Arbeitsbuch 7/8, S. 74–79.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt/Main.
- Lutz, Burkart (1994): Das „Projekt Moderne“ liegt noch vor uns! Zur Notwendigkeit einer neuen Makrotheorie moderner Gesellschaften, in: Hans-Ulrich Derlien et. al. (Hrsg.): Systemrationalität und Partialinteresse: Festschrift für Renate Mayntz. Baden-Baden, S. 513–526.
- Marx, Karl: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. MEW Bd. 42. Berlin.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main.
- Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/Main.
- Reißig, Rolf (1998): Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven, in: Politische Vierteljahresschrift 2, S. 301-328.
- Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung. Berlin.
- Reißig, Rolf (2008): Weltgesellschaft – Dialog- und Transformationsprojekt des 21. Jahrhunderts, in: Bahr, Egon (Hrsg.): Weltgesellschaft. Berlin, S. 21–40.
- Reißig, Rolf (2009a): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden.
- Reißig, Rolf (2009b): Wie aktuell ist Polanyis Transformationsansatz?, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4, S. 33–36.
- Reißig, Rolf (2010): Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30/31, S. 20–25.
- Schelkshorn, Hans (2011): Wir haben den Glauben an unsere eigenen Ideale verloren, in: Berliner Zeitung, 9. März, S. 28.
- Schulze, Gerhard (2004): Die beste aller Welten. Wohin bewegt sich die Gesellschaft im 21. Jahrhundert? Frankfurt/Main.
- Schumpeter, Joseph A. (1942/1975): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München.
- Sennett, Richard (2005): Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.
- Steiner, André (2006): Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er Jahren, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History. Online-Ausgabe 3, S. 1–3.

- UN: Bericht über menschliche Entwicklung 2010. Washington.
- Vester, Michael (2005): Der Mythos des individualisierten Wählers. Soziale Milieus, gesellschaftspolitische Lager und die Chancen für einen neuen historischen Kompromiss in Deutschland, in: vorgänge 3–4, S. 56–73.
- Vester, Michael (2010): Emanzipatorische Potentiale: Kompetenzen und Partizipation. Handout.
- Wagener, Hans-Jürgen (1996): Transformation als historisches Phänomen. F.I.T. Discussion Papers 7/96. Frankfurt/Oder.
- Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien.
- Weber, Max (1964): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 2 Bde. Köln.
- Wiesenthal, Helmut (2009): Transformation oder Wandel? Impressionen aus (fast) zwei Jahrzehnten Transformationsforschung, in: SFB 580. Mitteilungen 31. Jena, S. 8–20.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Frankfurt/Main, Berlin.
- Zapf, Wolfgang ([Hrsg.] 1991): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main.
- Zapf, Wolfgang (1994): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Berlin.
- Zukunftsfähiges Deutschland – in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie. (2008) Wuppertal.

## Politik als Angstspiel

### Auch in der Integrationsdebatte zeigt sich: Die Spirale der Aufregtheiten ist kein guter Maßstab

Was hat der Erfolgsautor Sarrazin eigentlich bewegt? Die Antwort hängt von den Kriterien ab, mit denen man öffentliche Debatten bewertet. Reiz und Reaktionen haben funktioniert, das ist wohl wahr. Der Adrenalinfaktor war da. Zumal der rechte Rand die Chance hatte, sich das Mäntelchen scheinbürgerlichen Sachverständes umzuhängen. Auch die real existierende Integrationspolitik hat daneben ein wenig mehr Aufmerksamkeit mitbekommen als normalerweise – und viele der dort Engagierten wissen jetzt noch etwas genauer, wie dick das Brett ist, an dem sie bohren. Aber das alles ist, wenn man auf die Substanz neuer Impulse schaut, doch eher peinlich wenig. Jedenfalls im Vergleich zum öffentlichen Getöse. Viel Lärm also, wenig Bewegung.

So ist das immer häufiger. Nur wer kräftig übertreibt, hat die ganz große Aufmerksamkeit, aber dann auch die Gegenreflexe. Und wenn die Debatte erst übersteuert ist, dringen differenzierte, an der Wirklichkeit orientierte Positionen nicht mehr durch. Dann prügeln die Großmatadore aufeinander ein, für eine Weile messen die Demoskopon auch gesteigertes Problembewusstsein allerorten. Bis dann die nächste Krisen-debatte losgetreten wird.

Unter dem Strich sind dann häufig sogar die Handlungsperspektiven, auf die es ankäme, eher verschüttet als gestärkt. Auch deshalb, weil sich tagespolitische Machtfragen drum herum aufgebaut haben. Fragen der Parteien- und Wahlrelevanz.

#### Thema Fremdheit

Nicht alle diese Merkmale hatte die Integrationsdebatte des zurückliegenden Jahres, aber doch viele. Vor allem diese medialen Erfolgsgrundlagen gab es: Es gab eine schillernde Person als *agent provocateur* – und eine stets mit allerlei subjektiven Lebenslagen verknüpfbare Thematik. Mit Zuwanderern haben alle ihre Erfahrungen, genauso wie mit Schule. Nicht nur gute Erfahrungen. Fremdheitserfahrungen nicht zuletzt.

Kürzlich hat in Berlin eine Umfrage ergeben, dass mittlerweile 40 Prozent aller Bürger in ihrem Freundeskreis zugewanderte haben, bei den Jüngeren sind es 60 Prozent. Ob das Zahlen sind, die eher Erfolg oder eher Misserfolg von Integration ausdrücken, kann dahin gestellt bleiben. Sie zeigen jedenfalls eine sehr relevante Größenordnung. Sie belegen, wie millionenfach Integration ganz selbstverständlich stattfindet. Ganz im Unterschied zu einer öffentlichen De-

batte, die so tut, als seien negative Extremerfahrungen und die Ängste vor ihnen der Kern des Problems.

Angst war von jeher eine der zentralen Kategorien von Machtpolitik. Mit Rückgriff auf Bedrohungsangst wurden und werden Kriege legitimiert. Angst vor sozialem Abstieg, Angst vor Atomkatastrophen, Angst vor Jobverlust, Angst vor Gift im Lebensmittel: Mitunter gewinnt wahrlich nicht diejenige Partei Wahlen, der am meisten positiv zugetraut wird, sondern eher diejenige, die den gerade dominanten Ängsten emotional Ausdruck verleiht. Und sie zuvor nicht selten überhaupt erst kräftig geschürt hat. Roland Kochs Amtsantritt Anfang 1999 in Hessen nach einem Angst-vor-Ausländern-Wahlkampf war da nur eine Art dramaturgischer Höhepunkt. Was auch bedeutet: Die politische Mobilisierung von Angst ist immer ein klassischer Ansatzpunkt der jeweiligen Opposition.

In der politischen Analyse der nationalen und internationalen Politik wird rückblickend meist auf Interessen und vielleicht noch Personen rekurriert, weniger auf sich über Jahrzehnte aufbauende psychologische Faktoren. Damit gerät aus dem Blickwinkel, was in Wahrheit konstitutiv ist für politische Legitimationsbeschaffung (denn das sind Wahlen). Es geht in der Politik immer auch darum, Antworten auf gesellschaftliche Unsicherheit zu geben. Selbst dann, wenn es sich „nur“ um gefühlte Unsicherheit handelt. Und davon gibt es reichlich.

Die Mediengesellschaft bringt es mit sich, dass das allgemeine Schwadronieren über Angstthemen zur öffentlichen

Regelbeschäftigung wird. Es gibt dann immer eher angst-konforme Sichtweisen – und eher angst-negierende. Wenn die wöchentliche Katastrophe erst zum Grundbestand öffentlicher Kommunikation geworden ist, bildet sich nach und nach schon durch Gewohnheitseffekt so etwas heraus wie eine wachsende allgemeine Angstbereitschaft. Manchmal ist es geradezu Angstsehnsucht, in der man sich dann emotional zuhause fühlen kann: kümmern wollen, kümmern müssen. Gepaart inzwischen aber auch schnell mit Verachtung für alle, die sich der Mühe kompromisshafter Realpolitik stellen und im medialen Angstspiel dann eher als die Versager vorkommen.

So manch eine ferne Naturkatastrophe muss noch gar nicht voll überschaubar sein, da klingelt es schon in den Kassen der professionellen Hilfsorganisationen – lange bevor die wissen, was konkret an Hilfe nötig wäre. Nicht selten war es so, dass solche Ereignisse nicht zuletzt deshalb medial besonders viel Echo hatten, weil sie in die Vorweihnachtszeit fielen. Nicht selten auch blieb bei medial besonders breit dargestellten Katastrophen am Ende Hilfgeld übrig. Was nie ein Schaden ist, denn die nächste, vielleicht größere, aber im Fernsehen weniger einschneidend erscheinende Katastrophe kommt bestimmt.

In diesem Bereich muss der Effekt der Überdramatisierung nicht unbedingt kritisiert werden, der Zweck bleibt hier ein guter und es finden sich immer auch sinnvolle Hilfsprojekte, und sei es irgendwo anders auf der Welt als ursprünglich gedacht. Zudem ist die Zahl derjenigen Anlässe, zu denen noch sehr viel mehr Spenden gebraucht würden,

als eingehen, immer noch größer als der umgekehrte Fall. Aber: Auch den gibt es inzwischen. Die Emotionalisierung – über Ereignisse und Bilder – funktioniert. Und sie prägt die Wahrnehmung.

### **Ein Stein plumpst ins Wasser**

In diese Kultur der Aufgeregtheiten hinein wurde die neue Integrationsdebatte platziert. Interessanterweise war es das Feuilleton des sonst so wertebasierten „Spiegel“, das Sarrazin mit einem frühen Vorabdruck den Weg zur allgemeinen Aufmerksamkeit ebnete. Die Politikredaktion ergänzte in der Folgewoche mit der gezielt gesetzten These, dass die Realpolitik auch beim Migrationsthema wieder mal weit am Empfinden des Volkes vorbei agiere. Angestachelt war das alles durch fulminante Werte klickgemessener Aufmerksamkeit in den Internetforen. Insofern, wie immer beim Journalismus, publikumsbasiert. Wenn auch zugleich populistisch angelegt, von Beginn an.

Ein Stein plumpst ins Wasser. Egal, ob geworfen, gefallen oder geschubst: Wenn es denn eine Welle gibt, surfen alle gerne darauf. Und je getrennter die unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten zu einem Thema sind, desto einfacher ist es, sich mit Einseitigkeiten moralisch im Recht zu fühlen. Beim Integrations-thema ist das besonders gravierend. Denn die „deutsche“ Öffentlichkeit (Zeitungen, Fernsehsender) ist eben längst noch keine integrierte. Im Gegenteil: Zwischen den Medien, die viele Zugewanderte nutzen, und diejenigen (deutschsprachigen), die in der innenpolitischen Debatte Bedeutung haben, liegen Kulturwelten, Sprachbarrieren

zumal. Da kommt dann leicht dieselbe Debatte völlig unterschiedlich rüber. Unterschiedlichste, geradezu kontroverse Ängste inklusive.

Letztlich ist die Gesellschaft in ihrem Integrationsalltag häufig sehr viel weiter, als es in den deutschen Fernseh-Talkshows scheint. Gleichzeitig blockiert das Nebeneinander-her-Diskutieren aber auch konkrete Schritte. Beim Staatsbürgerschaftsrecht, das der wichtigste Schlüssel zur Bewältigung von Integrationsdefiziten bleibt, weil darüber die Identifikation mit dem Land gestärkt oder geschwächt wird, ist Bewegung im konservativen Spektrum nicht in Sicht. Der neue CSU-Innenminister hat mit seinem anfangs zufällig-tollpatschigen, später aber strategisch genutzten Vorstoß, der Islam gehöre für ihn „zumindest historisch“ nicht zu Deutschland, wieder einmal eine jener Symboldebatten hochgezogen, die ausschließlich der Klientelpflege gelten und fachpolitisch ansonsten nur spalten.

Als wäre in den Monaten quälender Sarrazin-Show wirklich nullkommanichts passiert. Der neue Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich geht das Thema an, wie es in der CSU immer war: als Abgrenzungsthema. Indes: Integration als Abgrenzungsthema, das ist ein Widerspruch in sich. Aber nur, wenn man inhaltlich denkt und nicht parteitaktisch. Und selbst in den Medien gab es dazu dann wieder die entschuldigenden Randkommentare der Macht- und Großjournalisten, die sich in einem rein taktischen Politikverständnis eingerichtet haben. Tenor: Den Mann müsse man doch verstehen. Der habe ein Ablenkungsthema gebraucht angesichts all

der anderen Turbulenzen der schwarz-gelben Koalition.

Der Islam an sich ist als Angstthema immer gut. Man meint ja nicht die konkreten Menschen. Nur die Religion. Eine fremde Religion. Besser noch: Einen Teil von ihr, den radikalen Teil. Radikal und fremd gemeinsam ergibt Bedrohung. Integration, das bleibt nach diesem Verständnis weiterhin Assimilation, Anpassung ans vorhandene Deutsche. Und gerade nicht wechselseitiges voneinander Lernen. Kulturelle Offenheit also. Bei aller nötigen Klarheit, was das Akzeptieren von Rechtsnormen und Wertesystemen anbetrifft.

### **Wer mag sich da trauen, Probleme zu benennen?**

Nun ist genau dies eine Debatte, die immer weiter geführt werden muss, die nie zu Ende sein wird. Weltoffenheit oder Einigeln? Bedrohung oder Bereicherung? Das sind immer nur Pole, die reale Welt ist vielschichtig. Auch die Bereitschaft, Probleme als Probleme zu benennen, gehört zu einem selbstbewussten, offenen Umgang über Kulturgrenzen hinweg. Aber dann doch bitte immer mit dem Ziel, diese Probleme integrativ zu lösen. Und nicht dabei nur immer neu mit alten Ängsten zu spielen. Wohl wahr: Das kann ungeheuer naiv sein, in Zeiten der Mediengesellschaft. Weil immer sofort die Spirale der Aufgeregtheiten in Gang gebracht wird. Und weil dann nicht selten keine Debatte immer noch besser ist als diese. Weil Menschen, denen Integration am Herzen liegt, unter solchen Bedingungen öffentliche Debatten über Probleme lieber meiden. Aus Angst, letztlich nur

von den Polarisierern missbraucht zu werden.

Es ist ja nicht ganz falsch, dass die vorübergehende große Aufgeregtheit auch den Erwartungsdruck erhöht hat, dass Integration immer neu aktiv angegangen werden muss. Dass im vergangenen Jahr insofern auch Problemverdrängung schwieriger wurde. Aber dass es sich bei den Problemen im Zusammenhang mit Zuwanderungsintegration im Kern immer auch um sehr migrationsunabhängige Unterschichtprobleme handelt, die mit unbearbeiteten Kulturschranken noch zusätzlich aufgeladen werden – das ist viel zu selten klargestellt worden.

Abstiegsangst ist in diesen Zeiten eine der wichtigsten Triebfedern für das aktuelle Wahlverhalten. Gesellschaftliche Schichten, die vor Jahrzehnten noch perspektivisch nach oben schauten, fürchten inzwischen wieder das Abgehängt-Sein. Das sind großteils nicht Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (abgesehen vielleicht von den Familien ehemaliger Nachkriegsflüchtlinge), sondern es sind breite Teile der schon lange im Land lebenden Unter- und Mittelschicht.

Ihre Angstbereitschaft ist besonders groß, und dabei ist die Bereitschaft verbreitet, die gesellschaftlich Nächstunteren – die Zuwanderer der vergangenen Jahrzehnte – als reale Bedrohung zu erleben. Die Aufsteiger von gestern fürchten Aufsteiger von morgen. Und so mancher Aufsteiger von heute tut sich diese Konkurrenz erst gar nicht mehr an. Auch so ist zu erklären, dass ein relevanter Teil gut ausgebildeter türkischstämmiger Menschen mittlerweile im

modernen Teil der Türkei bessere Entwicklungschancen sieht als in Deutschland, dem Land der eigenen Jugend. Seit 2006 ist der Wanderungssaldo zwischen Deutschland und der Türkei aus deutscher Perspektive negativ.

Andererseits: Würde nicht vom MigrantInnenproblem gesprochen, sondern vom Unterschichtproblem, dann ginge das Besondere verloren. Das Aufregende, die Aufmerksamkeit. Gerade in Zeiten, in denen häufig neue postmaterielle Wertefragen weit mehr elektrisieren als alte soziale Spaltungen, wird die Reduktion des Themas Integration auf seinen sozialen Kern aus Sicht der Medienöffentlichkeit schnell langweilig, redundant.

Man kennt diese Debatte. Man weiß auch, warum sie wo steckengeblieben ist. In gewisser Weise werden heute nur noch solche Themen mit Verve in die politische Öffentlichkeit projiziert, die „oberhalb“ kleinschrittiger Realpolitik emotionale Zuspitzungen ermöglichen. Und umgekehrt lässt sich realpolitisch gerade da besonders viel bewegen, wo die öffentliche Aufregungsmaschinerie erst gar nicht anspringt. Wegen Kleinteiligkeit oder Komplexität des Themas.

Für Regierungspraxis und Regierungskommunikation bedeutet das jedenfalls nicht automatisch, dass aufgelegte öffentliche Debatten in der Sache hilfreich sind. Häufig führen sie auch nur zur allgemeinen Vergewisserung, dass die betreffende Fragestellung ein Wiederholungstatbestand und als solcher im tagespolitischen Patt unlösbar ist. Die weit wichtigere integrationspolitische Fragestellung als die aus den Talkshows ist jedenfalls angesichts

der demografischen Entwicklung diese: Wie schnell gelingt es, via Bildung nun auch im Bereich junger MigrantInnen und MigrantInnen möglichst viele der Begabungsreserven zu mobilisieren, die noch ungenutzt sind? Der neue Facharbeitermangel steht unmittelbar bevor. Die Wirtschaft jammert schon, freilich ohne selbst die dringend nötigen zusätzlichen Ausbildungsanstrengungen zu machen.

### **Die realen Schritte**

Die Zahlen am Beispiel der Hauptstadt Berlin zeigen das Problem – und das Potenzial. 6,7 Prozent der deutschen Jugendlichen erreichen trotz aller Zielsetzungen der Bildungspolitik immer noch keinen Schulabschluss. Bei den ausländischen Jugendlichen sind es 15,4% (Zahlen von 2008). Zwischen 2006 und 2010 ist immerhin der Anteil von Auszubildenden aus Familien mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst von 8 auf 19 Prozent angestiegen. In Stadtbezirken mit hohem MigrantInnenanteil sind es immerhin schon an die 40 Prozent. Der Abiturientenanteil von MigrantInnen/MigrantInnen liegt inzwischen bei 20 Prozent. Immer noch sind es aber unterproportional viele – gemessen an ihrem Jahrgangsanteil.

Jedenfalls geht realpolitisch immer nur dann etwas voran, wenn das Thema nicht in Zirkusatmosphäre verhandelt wird. Wenn reale Schritte – mithin: meist kleine Schritte – sich zu einem Weg summieren. Auf diesem Weg ist Deutschland, alles in allem. Auch der Anteil von MigrantInnenkindern, die ein Studium schaffen, ist bundesweit gestiegen. Zu langsam zwar, aber den-

noch: Im nächsten Schritt, der schwieriger sein wird, kommt es darauf an, dass sie noch sehr viel stärker dem Land in Führungsrollen Gesicht geben, insbesondere in öffentlich sichtbaren Rollen. Als Lehrer und Lehrerinnen, Fernsehmoderatoren und -moderatorinnen, in der Politik und in wirtschaftlichen Top-Jobs (wo sie für ein international ausgerichtetes Exportland unverzichtbar sein sollten), im öffentlichen Dienst und bei seinen hoheitlichen Aufgaben zumal.

Das wird wieder eine Generation lang dauern, mindestens. Aber erst damit wird sich das -größtenteils unbewusste - Bild der Einwanderungsgesellschaft von sich selbst ändern. Genauso wie die Geschlechtergleichstellung am Ende erst über das Bild der Gesellschaft von sich selbst verwirklicht ist. Aber all das findet, wenn es denn passiert, weit diesseits der Aufregungsschwelle statt, als neue Normalität. Und die positive Weiterentwicklung von Normalität wird gerade nicht befördert, wenn parallel die schräge These in die öffentliche Arena gestellt wird, dass ein Land sich im Zuge solcher Prozesse letztlich selbst abschaffen könnte.

Damit aber stellt sich eine für die Demokratieentwicklung äußerst knifflige Fragestellung. Es ist die Frage nach dem Stellenwert und der Funktion von Öffentlichkeit unter den Bedingungen des Medienmarktes, in dem ja letzten Endes - zumindest oberflächlich betrachtet - immer die Akzeptanz beim Publikum über Erfolg oder Misserfolg entscheidet. Öffentlichkeit ist für Demokratie konstitutiv, Demokratie ohne Öffentlichkeit nicht denkbar. Wer auf demokratisch zweifelhafte bis offen autoritäre Staa-

ten schaut, kann den herausragenden Wert unzensurten öffentlichen Diskurses gar nicht unterschätzen. Die Kritik an den problematischen Mechanismen innerhalb westlich-demokratischer Öffentlichkeiten darf also nicht in deren Negation münden oder dies auch nur gedanklich einbeziehen.

Es geht hier letztlich eher um die Frage, wie zivilgesellschaftliche Kraft neu gestärkt werden kann. Man muss wahrlich nicht überbewerten, was diesbezüglich an Potenzial in den neuen Internetmedien steckt, die sich ziemlich vorschnell gerne automatisch „sozial“ nennen. Vieles dabei ist einfach nur modisch und oberflächlich zugleich. Aber hier zeigt sich doch immerhin auch ein gesellschaftliches Potenzial an mindestens halböffentlichem Engagement, das prinzipiell eher demokratisch als manipulativ angelegt ist.

Es kommt darauf an, dass diese vielen, hier meist jüngeren Menschen wieder dauerhaft eine aktive öffentliche Rolle wahrnehmen, als ganze Person und über den eigenen Computerarbeitsplatz hinaus. Dass sie zunächst überhaupt erst einmal wieder das Gefühl bekommen, das öffentliche Einmischen lohnt. Einmischung aber eben nicht vorwiegend nur im individualistisch-egoistischen Sinn, wie er sehr häufig bei aktuellen Bürgerprotesten im Zentrum steht. Sondern Einmischung auch wieder sozial verstanden. Nicht für sich selbst alleine, sondern für andere - mindestens: auch für andere, Schwächere.



### Die Versuchung der Manege

Die Versuchung ist groß, sich stattdessen lieber blenden zu lassen von der Chance zu schnellem öffentlichem Ruhm – durch egoistisch angelegten Populismus. Also: mitzuspielen nach den Mechanismen, die nun einmal da sind. Während die parlamentarischen Oppositionsparteien aller Lager ohnehin in diese Richtung tendieren, entwickeln sich im politischen Entscheidungsapparat die beiden Volksparteien – mangels Personalmasse – eher gerne in die Richtung reiner Institutionen- und Staatsparteien. Sie erleben inhaltliche Debatten ganz stark nur aus der Perspektive überanspruchreicher Entscheidungsträger heraus, die in der Zwickmühle zwischen politischen Zielen und Staatsüberschuldung sitzen und sich in ihrer kleinschrittigen, mühsamen Praxis schon lange nicht mehr öffentlich anerkannt fühlen.

Auch dieses Auseinanderfallen der – politischen – Lebenswelten ist ein Teil des Problems im Land der Aufgeregtheiten, Emotionen und Ängste. Die spezifisch deutschen Reflexreaktionen auf die japanische Natur- und Atomkatastrophe haben das wieder eindrücklich bestätigt, und die politische Aufwallung ließ sich in Umfrageergebnissen der Grünen anschließend auch recht exakt taxieren. Eine reale Entwicklung und eine aktuelle Angstwelle haben einander beeinflusst. Selbst und gerade die Kanzlerin hat das umgehend verarbeitet in sachpolitische (Atompolitik) und gleichzeitig parteistrategische Umorientierung in Form einer neuen Öffnung zu Schwarz-Grün.

Wer redet angesichts dessen 2011 noch von der Integrationspolitik? Rich-

tig: Hier zeigt sich etwas. Es ist Misstrauen angebracht gegenüber all diesen Ausschlägen des Pendels. Es ist gleichzeitig Aufmerksamkeit angebracht für die tief reichenden gesellschaftlichen Prozesse, die sich unterhalb der Welt der Aufgeregtheiten vollziehen. 2010 hatte beim Thema Integration letzten Endes doch auch einen Befund geliefert: Trotz großem bürgerschaftlichem Engagement und wahrlich vorzeigbarer Investitionen ins Bildungssystem, trotz jahrelanger Versuche zur Förderung von Sprachkompetenz und vielerlei Stützen im System für Menschen, die abzurutschen drohen, blieb das Gefühl übrig, dass endlich mehr getan werden müsste. Ein Gefühl, das sachpolitisch ja helfen kann, wenn es anhält. Das aber auch umdeutbar ist in Abwendung von realer Politik, immer wieder.

Zu einem Teil hat das mit den vielen kleinen Teilmanegen zu tun, deren Interessenswalter sich – je nach Aktualität – ihre Teilinszenierungen auch immer suchen. Grundmelodie: Es reicht alles nicht, es braucht zusätzliche Programme und Planstellen, erst dann kann alles besser werden. Während es immer noch extrem schwierig ist, die Effektivität der schon jetzt eingesetzten Mittel ernsthaft und vor allem kritisch zu überprüfen. Weil die Beharrungskräfte groß sind, weil noch nie einem einmal begonnenen Modellprojekt hinterher Überflüssigkeit oder auch nur Wirkungsschwäche bescheinigt wurde, auch und gerade nicht von Gutachtern aus der betreffenden Profession. Weil auch dies zur Wahrheit über die Politik im Lande gehört: Fachbruderschaften und Klientel halten zusammen, beson-

ders einschlägig in der Sozial- und Bildungspolitik.

Bildungseffektivität? Integrationseffektivität? Solche Begriffe klingen ungeheuer technokratisch, wirken aus Sicht von Schulen und Sozialinstitutionen bedrohlich, sind auch in der Medienwelt alles andere als themenbestimmend. Der eine Schulleiter, der sagt, ihm fehlen Geld und/oder Lehrer, gilt öffentlich eben immer als vertrauenswürdiger als der eine Technokrat, der nachgerechnet hat, dass die betreffende Schule überdurchschnittlich ausgestattet ist, aber intern ineffektiv arbeitet. Es passt schlicht nicht zur Medienlogik, gemeinsame Sache mit dem Technokraten gegen den Schulleiter zu machen, der doch ausdrückt, was Schüler, Eltern und Lehrer automatisch unterstützen werden. Auch die Erstarrung, die von solchen Mechanismen her kommt, ist ein Teil des Problems.

Selbst soziale Interessenswahrnehmung also funktioniert als Angstspiel.

Warum auch nicht, wenn das die allgemeine, übergreifende Logik geworden ist? Der Preis indes liegt darin, dass sich immer wieder strukturkonservative Interessen durchsetzen. Dass Veränderungen doppelt schwer werden, die tiefer ansetzen müssten. Dass die Grenzen der politischen Macht mitunter schneller erreicht sind, als es auf den ersten, naiven Blick erscheint. Schade, einerseits: Per Dekret demokratischer Institutionenmehrheiten geht – fast – nichts mehr. Was aber auch bedeutet: Auf die Gesellschaft und ihre innere Bereitschaft, aufeinander zuzugehen statt sich voreinander zu ängstigen und die Besitzstände gegeneinander abzusichern, kommt es immer mehr an.

Wir brauchen eine Gesellschaft, die langsam wieder lernt, das öffentliche Spiel mit dem Faktor Angst zu durchschauen und neu zu unterscheiden. Zwischen Fragen, die sich dringend stellen – und anderen, die nur dringend gestellt werden.

# Neue Ungleichheitsdiskurse

## Von der Lebensstil- zur Klassengesellschaft

### 1. Einleitung

Lässt man die letzten Jahre Revue passieren, so sind frappierende Veränderungen in der Selbstbeschreibung der Gesellschaft und ihrem sozialstrukturellen Leitvokabular festzustellen. Im krassen Bruch zu den 1980er Jahren erfahren in der politischen und medialen Semantik Fragen zu Unterschicht und Unterklasse, Reichtum und Armut, Unsicherheit und Abstiegsangst, Ausgrenzung und Spaltung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit eine neue und zugleich ungeahnte Konjunktur. Und erst recht in der Soziologie hat die soziale Frage gegenwärtig eine Dringlichkeit und eine Relevanz, wie sie seit Jahrzehnten nicht zu beobachten war. Der Fokus hat sich, vereinfacht gesagt, von der Lebensstil- zur Klassengesellschaft verschoben. Mein Anliegen ist es, diesem radikalen Perspektivenschwenk in drei Schritten nachzugehen.<sup>1</sup>

Zuerst gilt es in aller Kürze die wesentlichen Spezifika des „lebensstilgesellschaftlichen Paradigmas“ zu rekonstruieren. Vor dessen Hintergrund

sollen im zweiten Schritt kontrastierend wichtige Konzepte und Befunde skizziert werden, die den derzeitigen soziologischen Ungleichheitsszenarien zu Grunde liegen. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, den sozialen Wandel anhand objektiver Indikatoren nachzuzeichnen, sondern die radikalen Verschiebungen in den rezenten soziologischen Ungleichheitssemantiken und -diskursen auszuloten. Im dritten Schritt werde ich schließlich den Richtungswechsel in den hegemonialen Beschreibungsmodellen der Ungleichheitsordnung zum Anfang des 21. Jahrhunderts als Wiederkehr allgemeiner Interpretationsmuster beschreiben, die dem Bedeutungshof des klassengesellschaftlichen Denkens entstammen. Damit ist auch schon eine gleichsam nebenher laufende Zielsetzung zweiter Art des Beitrags angedeutet: Ungleichheit ist kein objektiver Gegenstand, der sich durch empirische Realitätsbezüge unzweifelhaft bestimmen lässt, sondern vor allem auch ein diskursiv geprägtes und kommunikativ von verschiedenen Akteuren hergestelltes Sinn- und Bedeutungskonstrukt, um deren Inhalte in den unterschiedlichen Diskursarenen gerungen wird.

---

1 Der Beitrag stellt die leicht überarbeitete Fassung meines Essays *Die neue Klassengesellschaft*. In: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 49, 2010, Heft 4, S. 113–124 dar.

## 2. Rhetoriken der Lebensstilgesellschaft

In der Fachgeschichtsschreibung ist es mittlerweile üblich geworden, die vorherrschenden Sozialstrukturmodelle und Ungleichheitsanalysen der 1980er und frühen 1990er Jahre als Ära anzusehen, die sich von den Denkfiguren einer Klassengesellschaft, das heißt von einer primär an Berufs- und Einkommenshierarchien ausgerichteten, von oben nach unten verlaufenden Struktur der modernen Gesellschaft verabschiedet. Dieser Bruch kann als so radikal beschrieben werden, dass es angemessen erscheint, hier von einer „Paradigmenrevolution“ (Rainer Geißler) zu sprechen. Vorbereitet durch Schelskys bekanntes Bild einer konfliktenthebenden, nivellierten Mittelstandsgesellschaft und beeindruckt von den Modernisierungsschüben der späten 1960er und 1970er Jahre interpretierten zentrale Vertreter der Disziplin den „Übergang von Knappheits- zu Reichtumsungleichheiten“ als Epochenbruch. Das Mehr an Geld, Bildung, Wohlstand, Mobilität, Freizeit und sozialer Sicherheit, so die bekannte Argumentation, habe nicht nur die Sozialstruktur verändert, sondern mit der „Erlebnis“- „Kultur“- „Multioptions“- oder „Lebensstilgesellschaft“ regelrecht einen neuen Typus von Gesellschaft hervorgebracht. In ihr dominieren nicht die objektiven Zwänge und Restriktionen, sondern, um es mit Gerhard Schulze (1993), einem der Wortführer des Perspektivenschwenks zu sagen, die autonomen Gestaltungs- und Symbolisierungsleistungen moderner „Menue-Kompositeure“, „Möglichkeitsmanager“, und „Katalogblätterer“. Die durch die Lebensstilsoziologie ausgelöste Zäsur

fand aber auch in der Entfernung von dem, was man die normative Kernsubstanz der klassischen, von Karl Marx über Theodor Geiger bis Pierre Bourdieu reichenden Sozialstrukturforschung nennen könnte, ihre Widerspiegelung. Während dort der kritische Blick auf die Gesellschaft, ihre Probleme und Missstände gang und gäbe war, stellten die Paradigmenrevolutionäre, die neu gewonnenen Freiräume des Handelns und der postmodernen Vielfalt der Lebensformen und Lebensstile ins Zentrum ihres Schaffens.

## 3. Diskursive Umbrüche: Neue Beschreibungsmuster sozialer Ungleichheit

Das Paradigma der Lebensstilgesellschaft und der ihr zu Grunde liegende Traum einer harmonisch befriedeten „Gesellschaft des breiten, mittleren Wohlstands ohne allzu große Ausschläge nach oben und unten“ (Lessenich/Nullmeier 2006, 10) gehört einstweilen der Vergangenheit an. Spätesten seit Beginn der 1990er Jahre konstatieren prominente soziologische Gegenwartsdiagnostiker wie Ralf Dahrendorf, Richard Sennett und Pierre Bourdieu, dass sich die Lebenschancen für einen stetig wachsenden Teil der Bevölkerung westlich-moderner Gesellschaften kontinuierlich verschlechtern und die Wohlstandsschere immer weiter auseinanderklafft. Mit besonderer Radikalität unterwirft Bourdieu die Folgeprobleme des von Margaret Thatcher und Ronald Reagan initiierten „neoliberalen“ Produktionsregimes und die angebotsorientierte Wende hin zu einem „ökonomischen Laisser-faire-Modell“ in den 90er Jahren einer kritischen Analyse. In

der Invasion eines hegemonial gewordenen Neoliberalismus erkennt er eine Ideologie, die die Struktur­dynamik der westlichen Gesellschaften zunehmend bestimmt. Drastisch charakterisiert er den globalen, auf kurzfristige Gewinne zentrierten Gegenwartskapitalismus „als fleischgewordene Höllenmaschine“ (1998, 114), die die Ungleichheit wachsen lässt, den Wohlfahrtsstaat zurückfährt, dauerhafte Unsicherheiten hervorbringt und auf kollektiven Mentalitäten der „*précarité*“ gründet.

Diesen Impulsen folgend sind Fragen zur sozialen Ungleichheit seit geraumer Zeit auch hierzulande wieder zu einem erst­rangigen Feld der Forschung geworden. Allerdings fällt es nicht leicht, die nach verschlungenen Wege auszuloten, die nach der erneuten Weichenstellung in Deutschland eingeschlagen wurden, um sich den veränderten Ungleichheitsverhältnissen in der unübersichtlichen Vielgestaltigkeit ihrer Indizien, Szenarien und Bilder anzunähern. Um zu einer vereinfachenden Übersicht zu gelangen, möchte ich nachfolgend vier Debatten unterscheiden: den Unterschichten- und Prekaritätsdiskurs, den Exklusionsdiskurs, den Diskurs über die Mittelschichten und schließlich denjenigen über Gerechtigkeitsfragen.

#### **4. Der Unterschichten- und Prekarisierungsdiskurs**

Der Begriff der Unterschicht gehört zum klassischen Arsenal der Sozialstruktur­forschung. Auch wenn Franz Müntefering, ehemaliger Vorsitzender der SPD, dieses Konzept noch vor wenigen Jahren „lebensfremden Soziologen“ anlastete, ist dessen kategorialer Stellen-

wert unumstritten. Bereits Kinder und Jugendliche lernen im Sozialkundeunterricht etwa anhand des populären „Zwiebel“- (Karl-Martin Bolte) oder „Hausmodells“ (Rainer Geißler), dass die bundesdeutsche Gesellschaft neben einer breiten Mittelschicht nicht nur über eine schmale Ober- und eine nicht ganz so schmale Unterschicht verfügt, sondern in der Regel auch, dass alle uns bekannten neuzeitlichen Gesellschaften über stratifizierte Sozialstrukturen verfügen. Zudem sind gerade in den letzten Jahren die empirischen Befunde immer zahlreicher geworden, die etwa anhand der Einkommensverteilung, des Vermögens, der Bildungschancen, der Gesundheitsrisiken oder der Lebenserwartung den streng geschichteten Charakter der bundesdeutschen Gesellschaft belegen und dabei auch solche Gruppen ausweisen, die durch systematische Benachteiligungen gekennzeichnet sind. Aus älteren aber auch neuen Umfragen ist bekannt, dass die sozialen Akteure ihre soziale Umwelt weiterhin vor allem als stratifizierte Gesellschaft wahrnehmen. In ihrem Alltagsbewusstsein sind Schichten und Klassen zumeist im Sinne einer Oben-Mitte-Unten-Skala präsent. Streiten kann man sich insofern nicht über den Tatbestand, sondern bestenfalls noch darüber, wie groß die Anteile derjenigen Schichten genau sind, die das Ungleichheitsspektrum ausmachen.

#### **Unterschichtenkultur**

Dennoch erscheint es in diesem Zusammenhang überraschend, in welchem Ausmaß Fragen zu den ungeliebten Unterschichten seit einiger Zeit eine Konjunktur erfahren. Einen ersten Anstoß

hierzu gaben die Arbeiten des renommierten Berliner Historikers Paul Nolte, die in ihren zentralen Ergebnissen Eingang in die mediale Berichterstattung von Stern (2004/52) Die Zeit (2005/11), Geo-Wissen (2005, H. 35) und Spiegel (2005/35) fanden und dort regelrecht inszeniert und dramatisiert wurden. Nach Noltes Analysen des „neuen Kapitalismus“ ist die Langzeitutopie eines kollektiven Aufstiegs der Unterschichten und einer daraus resultierenden relativ homogenen Mittelschichtengesellschaft gescheitert. Stattdessen diagnostiziert er eine wachsende „neue Unterschicht“, die in der Krise des Normalarbeitsverhältnisses wurzelt. Das Interesse der kulturalistischen Klassenanalyse Noltes richtet sich jedoch weniger auf die Welt der Arbeit, sondern auf die Welt der (Massen-)Kultur, der Lebensweisen, der Werte und des Konsums. Ungeachtet aller Individualisierungsannahmen registriert er ein kulturelles Auseinanderdriften von Mittelschichten und Unterschichten, denen er eine zunehmende Verwahrlosung und Abschottung, Bildungsarmut, Fehlernährung, Bewegungsdefizite und nicht zuletzt einen fragwürdigen Medienkonsum attestiert (Nolte 2006). Den unterschiedlichen Beschreibungsfiguren – ob sie nun die Entbehrlichen oder die Überflüssigen heißen – ist in diesem Zusammenhang gemein, dass sie eine stigmatisierende Kultur der Randständigkeit beschreiben, die weniger durch ihre materiellen Einschränkungen denn durch ihre Lebensweise, Lebenshaltung und Transferabhängigkeit charakterisiert seien.

Ein zweiter wichtiger Anstoß zur Unterschichtendebatte erfolgte im

Herbst 2006 durch die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte und viel zitierte Untersuchung „Gesellschaft im Reformprozess“. Auf der Basis einer repräsentativen Befragung der Wahlbevölkerung in Deutschland wurden in der Studie neun Sozialmilieus ermittelt, welche sich auf kulturelle Einstellungen, Wertorientierungen und Selbsteinschätzungen stützen. Besondere Aufmerksamkeit fand der Befund, dass laut Selbsteinschätzung 8 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung als Unterschicht bzw. als „sozial abgehängtes Prekariat“ gelten können. Weiterhin sehen sich noch nahezu doppelt so viele der Befragten „gesellschaftlich ins Abseits geschoben“ und in jeder Hinsicht als „Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung“. Kennzeichnend für diese Sozialmilieus sei eine Kumulation von Lebensproblemen, allen voran denjenigen der Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen. Hinzu kommen häufig Verschuldung und Krankheit, schwierige Wohn- und Familienverhältnisse, die sich mental häufig auch in Resignation und einer Distanz zu Demokratie, Politik und Parteien niederschlagen.

Ein mit wachsendem Gewicht versehener Diskurs bildet in diesem Zusammenhang die Frage nach der Integration der Migranten, deren Situation in Deutschland anders als in vergleichbaren Einwanderungsländern insbesondere deshalb als problematisch gilt, weil sie als häufige Inhaber prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Soziallagen die Sozialstruktur sehr stark unterschichten.

### Prekäre Lebenslagen

Die Notlage der Arbeiter, das Elend ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, ihr Herausfallen aus der bürgerlich-modernen Gesellschaft bildete in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Kern der sozialen Frage. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, welcher vergleichsweise peripheren Stellenwert der „Arbeiterfrage“ bei der gegenwärtigen Diskussion der „neuen sozialen Frage“ zukommt. Es sind andere Blickwinkel unter denen die Ungleichheitsordnung ins Rampenlicht gerückt wird; etwa dem des wachsenden Niedriglohnssektors in der Industrie und des Dienstleistungsbereichs, der, angefeuert durch die Diskussion über abnehmende Tarifbindung und Mindestlohn, eine bis heute anhaltende Beachtung erfährt. Diese Erörterung überlappt sich mit den Debatten zur Krise des durch Vollzeit, Entfristung und soziale Sicherheit gekennzeichneten Normalarbeitsverhältnisses und der Zunahme atypischer Beschäftigungsformen (Minijobs, Leiharbeit, befristete Arbeit, Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigung, „Neue Selbstständigkeit“). Eine besondere Aufmerksamkeit gilt der Armut, die – wie nicht zuletzt die seit der Jahrtausendwende publizierten drei Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung zeigen – seit ungefähr einem Jahrzehnt einen drastischen Anstieg erlebt. Mittlerweile muss über die Zeit hinweg von einer Verfestigung und zunehmenden Abkopplung im untersten Bereich des Ungleichheitsspektrums gesprochen werden. Will sagen: Wer einmal in Armut gerät, dem fällt es in der neuen Ungleichheitsgesellschaft Deutschlands immer schwe-

rer wieder aus ihr heraus zu kommen (Groh-Samberg 2010). Bemerkenswert ist, dass die Aufstiegschancen aus der Armut nicht nur gesunken sind, sondern sich auch von der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft entkoppelt zu haben scheinen sowie von einem parallelen Anstieg von Personen im Reichtum begleitet werden. Die Gruppen, die langfristig in der Zone der Armut leben sind vor allen Familien aus der Arbeiterschicht, kinderreiche Familien, Einelternfamilien und Menschen mit Migrationshintergrund. Ein weiteres Phänomen, welches im Kontext der Prekarisierungsdiskurse und der Mindestlohn-debatte in den Blickpunkt gerät, ist die Armut trotz Erwerbstätigkeit (working poor), welche zugenommen hat und sich auch in der sog. „Aufstockerproblematik“ (Arbeitslosengeld II) niederschlägt.

### Bildungsarme Jugendliche

Eine wichtige Facette im Diskurs zur Unterschichten- und Prekarisierungsproblematik bildet die Gruppe der Heranwachsenden ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die sog. Verlierer der globalisierten Wissensökonomie, die sich ganz überwiegend aus männlichen Haupt- und Sonderschülern aus niedrigen sozialen Schichten und bestimmten Migrantenmilieus zusammensetzen. Obwohl die Benachteiligung von bildungs- und qualifikationsarmen Jugendlichen kein neues Phänomen darstellt, kommt ihr unter dem viel zitierten Schlagwort der „Bildungsarmut“ derzeit eine große Aufmerksamkeit zu. Angesichts des erheblichen Lehrstellenmangels der letzten Jahre und des Rückgangs

von Einfacherarbeit und Fertigerberufen in der Industrie hat sich der Übergang zwischen Schule und Ausbildung für viele Jugendliche zu einer eigenständigen prekären Lebensphase verselbständigt. Denn in dem Maße, in dem ein mittlerer Schulabschluss und eine abgeschlossene Ausbildung als Standard für den Zugang zum Arbeitsmarkt fungieren und sich das erwartete Vorbildungs-niveau nach oben verschiebt, setzt ein verstärkter Verdrängungswettbewerb ein und die Nachfrage nach gering Qualifizierten verringert sich. Nach den Prognosen des Nationalen Bildungsberichts 2010 dürfte sich die Lage zukünftig immer mehr zuspitzen, weil das Angebot ausbildungsloser Personen den Bedarf bis 2025 um etwa 1,3 Millionen übersteigen wird. Im Zusammenspiel mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt stellt zudem noch die Verschlechterung der Heiratschancen bzw. der Aufschub von Partnerschaft und Familie ein folgenreiches Problem der Ausbildungslosigkeit dar.

### **Exklusionsdiskurs**

Die Frage nach dem Ausmaß, der Gestalt und der Kultur der Unterschichten fällt nun auch hierzulande mit einer Diskussion des Exklusionsbegriffs, wie sie in anderen Ländern Europas schon seit fast zwei Jahrzehnten zu beobachten ist, zusammen. Ich beschränke mich darauf, nur einige der wichtigsten Gesichtspunkte aufzulisten, durch die sich dieses neue Konzept zur Analyse sozialer Ungleichheit auszeichnet.

Das Exklusionskonzept hebt die zentrale – und durch den säkularen Anstieg der Erwerbsquote von Frauen

– noch forcierte Rolle der Erwerbsarbeit als Motor der Inklusion hervor. Sie gilt als der Ort, der materielle Sicherheit bietet, den Platz im sozialstaatlichen Leistungssystem anweist, Teilhabechancen am Konsum ermöglicht, langfristige biografische Lebensplanungen sichert und soziale Identität stiftet.

Dementsprechend setzt es sich im Gegenzug in besonderer Weise mit dauerhaft prekären Lebenslagen vor allem im Zusammenhang mit der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie räumlichen Segregationen (in Armuts-vierteln oder sozialen Brennpunkten) auseinander. Im Fokus stehen hier nicht zuletzt die gering Qualifizierten, denen immer stärker eine dauerhafte Arbeitsmarktintegration verwehrt bleibt. In der Armutforschung findet das Exklusionskonzept seinen besonderen Niederschlag, in welchem Armut nicht nur als Mangel an Einkommen, sondern als Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen am gesellschaftlichen Leben betrachtet wird. Insofern steht Exklusion für ein mehrdimensionales Verständnis von Armut, bei dem Integrationsdefizite im Blickpunkt stehen.

Das Konzept darf allerdings nicht als reine Randgruppentheorie missverstanden werden. Ausgehend von der Frage nach den Konstitutionsbedingungen sozialer Ungleichheit drängt es vielmehr des Weiteren darauf, vom Rand her ins gesellschaftliche Zentrum vorzudringen. Es fokussiert gerade auch Gruppen, deren Position im „Dritten“ prekär geworden ist.

Das Konzept der Exklusion hebt sich ab von traditionellen Modellen eines Weniger und Mehr im Sinne eines



offenen Ungleichheitskontinuums, wie es die Schichtungssoziologie zugrunde legt. Dagegen wird in mehrdimensionalen Analysen die systematische Ausschließung (vom Arbeitsmarkt, politischer bzw. kultureller Teilhabe) und (räumliche) Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsteile akzentuiert. Es sind folglich die Schwellen und Brüche, weniger aber die graduellen Differenzen, denen das zentrale Erkenntnisinteresse gilt.

Hierzulande haben sich anstelle des Begriffs der „Exkludierten“ die Begriffe der „Entbehrlichen“ und „Überflüssigen“ eingebürgert. Wichtig ist, sie nicht mit den „Verlierern“ zu verwechseln (Offe 1996, 274). Denn während Letztere immerhin noch am Spiel teilnehmen, sind die Überflüssigen von der Teilnahme ganz ausgeschlossen; sie haben nicht einmal mehr die Chance, zu den Verlierern zu gehören.

Die Ausgeschlossenen bleiben ungeachtet der begrifflichen Innen-Außen-Semantik „Teil der Gesellschaft“, allerdings mit stark beschränkten Teilhabechancen. Es geht daher genauer besehen um Ausgrenzung in der Gesellschaft, um die Gleichzeitigkeit von Drinnen und Draußen.

Die Ungleichheitsproblematik wird im Kontext des Exklusionsbegriffs auf Fragen der sozialen Anerkennung und Zugehörigkeit ausgeweitet. Denn jenseits der Gefahren materieller Deprivation droht den Exkludierten vor allem auch der Entzug von sozialer Aufmerksamkeit und Geltung. Sie fühlen sich als „Entbehrliche“ und haben den Eindruck, nicht mehr gebraucht zu werden. Daher werden Probleme mangelnder Einbin-

dung in die Solidaritätsbande sozialer und nicht zuletzt familialer Netzwerke besonders hervorgehoben. Festzuhalten bleibt ungeachtet mancher Einwände, die man gegenüber dem Konzept formulieren könnte: Es zählt zu den Vorteilen des mehrdimensionalen Zugriffs des Modells, Ausgrenzungsprozesse zu erfassen, die quer zur vertikalen Ungleichheitsstruktur liegen.

### **Der Mittelschichtendiskurs – von der Prosperität zur Prekarität**

Die im Frühjahr 2008 vom Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin publizierten Befunde über das Schmelzen der Mittelschicht haben die fachwissenschaftliche Diskussion über die Krise der gesellschaftlichen Mitte in die breitere Öffentlichkeit getragen und bilden gleichsam die Kehrseite des Unterschichtendiskurses. Da das Bild der Mittelschicht als tragende Säule der Gesellschaft das kulturelle Selbstverständnis der Bundesrepublik über Jahrzehnte bestimmte, kann das bis heute anhaltende Echo dieser Krisen-debatte kaum überraschen. Nach den Ergebnissen des DIW sank der Anteil der Durchschnittsverdiener von 2000 bis 2006 von fast zwei Dritteln auf nahezu die Hälfte. Wobei sich der Schrumpfungsprozess nur zum kleineren Teil durch Aufstiegsprozesse erklären lässt. Viel durchschlagender sind den Ergebnissen des Instituts zufolge, die Abstiegsprozesse nach unten, die vor allem klassische Familienhaushalte betreffen. Kurz: Da die Abstiegsmobilität gegenüber der Aufstiegsmobilität überwiegt, schrumpft die Mitte insgesamt. Die Erwartung, den beruflichen Aufstieg als Quasi-Selbst-

verständlichkeit zu betrachten, findet ihr Ende.

Die Diskurse über die gesellschaftliche Mitte und damit auch über das gesellschaftliche Oben und Unten bringen freilich nicht allein das Problem einer quantitativ veränderten Schichtungsordnung mit sich. Stellt man sich außerdem die Frage nach den im Hintergrund stehenden gesellschaftlichen Veränderungen, so gilt es gesondert die Umbrüche in der Erwerbswelt und in der wohlfahrtsstaatlichen Politik herzuheben.

#### **Zum Wandel des wohlfahrtsstaatliche Arrangements**

So unstrittig es inzwischen ist, den Sozialstaat als eine „Errungenschaft der Moderne“ zu begreifen, so verbreitet ist es, seinen Gestaltwandel, der sich seit geraumer Zeit vollzieht, überwiegend kritisch zu kommentieren. Von Bourdieu wird er als „Rückkehr zu einer Art Raubtierkapitalismus“ (1998, 44) ge- geißelt. Mittlerweile herrscht common sense darüber, die Neuausrichtung der Sozialpolitik in den Kontext wirtschaftlicher Globalisierungsprozesse zu rücken. Danach verschärft die durch die Internationalisierung der Märkte ausgelöste Konkurrenz zwischen Ländern mit unterschiedlichen Lohn- und Produktivitätsniveaus den zwischenstaatlichen Standortwettbewerb und lässt die strukturelle und fiskalische Basis des ehemals so interventionsfreudigen Wohlfahrtsstaates schmelzen. Den auf diese Weise eingeleiteten sozialpolitischen Modellwechsel beschreibt die jüngere Sozialpolitikforschung schlagwortartig als eine Umstellung des Sys-

tems der sozialen Sicherung vom Typus des „versorgenden“ zum „aktivierenden“ oder auch „gewährleistenden“ Sozialstaat (Vogel 2007). Während das alte Modell des „sorgenden Staates“ (Abram de Swaan) noch eine weit reichende Dämpfung von Wohlstandsunterschieden, den Ausbau von Arbeitnehmerrechten und die Minimierung sozialer Risiken vorgesehen hatte, sind die Vorzeichen inzwischen radikal verändert. Das bisherige Prinzip des Statuserhalts und der Lebensstandardsicherung wurde durch das Prinzip der Gewährleistung einer Grundversorgung abgelöst. Anders gesagt: Mit dem Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge wird das für den Wohlfahrtsstaat konstitutive und fundamentale Versprechen auf die Herstellung und Gewährleistung sozialer Sicherheit ebenso brüchig wie die Erwartung, dass wirtschaftliche Wertzuwächse selbstverständlich der gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion zuzugute kommen.

#### **Umbrüche in der Erwerbswelt und wachsende Gefühle sozialer Unsicherheit**

Neben den schon angedeuteten Motoren des arbeitgesellschaftlichen Wandels (Rückgang der industriellen und Anstieg der Dienstleistungsbeschäftigung, drastische Entwertung un- und angelernter Industriearbeit) trägt die anhaltende Arbeitsmarktkrise, aber auch der durch die Finanzkrise ausgelöste Verlust des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit des Marktes und in die Glaubwürdigkeit ihrer Akteure zu einem in dieser Form bislang unbekanntem Klima sozialer Verunsicherung bei. Es sind namentlich die Flexibilisierungsstrategien zur vari-

aberen Gestaltung von Arbeitsverträgen, Arbeitszeiten, Arbeitsordnungen und Arbeitseinkommen, die zusammen mit den Schwankungen des Arbeitsmarktes die Arbeitnehmer verstärkt mit Beschäftigungs-, Einkommens- und Gesundheitsrisiken konfrontieren. Bewegliche Arbeitszeiten, projektförmige Strukturen und Leistungsvereinbarungen erhöhen einerseits die Erwartung, sich innerhalb des Unternehmens als eigenverantwortliches und wettbewerbsorientiertes Marktsubjekt zu verstehen und entziehen andererseits der Kalkulierbarkeit und Erwartbarkeit beruflicher Karrieren den Boden.

Aber nicht nur das: Prekarisierungsängste und die Drohung des Arbeitsplatzverlustes lassen die Maxime um sich greifen, dass jede, selbst schlecht bezahlte und sozial ungeschützte Arbeit, die kein individuelles Auskommen ermöglicht, besser ist als überhaupt keine Arbeit. Passend hierzu unternehmen Beschäftigte, die ihre Erwerbsslage als prekär bewerten, oftmals Anstrengungen und vorbehaltlose Anpassungsleistungen, um sich geräuschlos in den Betriebsalltag einzufügen. Hier lässt sich auch von einer Variante „symbolischer Gewalt“ sprechen, die zur Unterwerfung und unmerklichen Akzeptanz der Ausbeutung zwingt, in dem sich die subjektive Angst in die Köpfe und Körper der Betroffenen einschreibt.

Bislang war es unbekannt, dass sich mit der Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis die Unsicherheiten nicht mehr nur auf die unteren Ränge der Statushierarchie konzentrieren. Jetzt nisten sich die prekären Beschäftigungsverhältnisse mit ihren verstärkten Ängsten vor De-

gradierung und Arbeitslosigkeit auch in die höheren Etagen der Berufshierarchien ein. Um es in den viel zitierten Worten Bourdieus zu sagen, „Prekarität ist überall“. Dieser Einschätzung entspricht ein Diskursstrang, der sich seit geraumer Zeit der neuen „Verwundbarkeit“ (Robert Castel) und Wohlstandsgefährdung der Mittelschichten zuwendet. Das verlorene Lebensgefühl der Sorglosigkeit, das sich aus langfristiger Berechenbarkeit speiste, schlägt sich in Forschungsbefunden nieder, nach welchen sich die ökonomischen Probleme und materiellen Sorgen um die Kinder mit verstärkten Ängsten vor Degradierung und Arbeitslosigkeit verbinden (Böhnke 2005).

Hinzu kommt, dass die Zwänge des demonstrativen Konsums (Thorstein Veblen) und der symbolischen Ausgestaltung der Haushaltsführung das Leben für immer größere Teile der Bevölkerung zu einem Balanceakt werden lassen. Die hohe und noch im Steigen begriffene Zahl überschuldeter Haushalte zeigt, wie weit viele gehen, um ihre Rolle als aktive Konsumenten im Waren- und Dienstleistungskreislauf der Gesellschaft aufrecht erhalten zu können. Es gibt Hinweise darauf, dass sich die Unsicherheit zumal in der gesellschaftlichen Mitte ausmachen lassen, wo versperrte Aufstiegschancen, schwindende Arbeitsplatzsicherheit, die Einhaltung von Konsumstandards und unsichere Zukunftschancen der Kinder als in dieser Form und diesem Ausmaß bislang unbekannt Bedrohung wahrgenommen werden. Neben den gewachsenen Unsicherheiten sind ungeachtet der Expansion von Dienstleistungsberufen

seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch zunehmende berufliche Belastungen auf Seiten der Arbeitnehmer zu registrieren. Für qualifizierte und hoch qualifizierte Angestellte waren die immer höheren psychischen Anforderungen etwa mit einer Verdopplung des Zeitdrucks in den 1990er Jahren verbunden (Diewald 2010, 19).

### **Gerechtigkeitsdiskurs**

Nicht erst durch die Wirtschafts- und Finanzkrise im Verbund mit der Diskussion überschießender Managergehälter ist die Gerechtigkeitsfrage zu einem der Leitprobleme der wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Auseinandersetzungen avanciert, die bis heute in aller Munde ist. Bereits im Gefolge der wachsenden Ungleichheiten durch die deutsch-deutsche Vereinigung, der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und der Krise der sozialen Sicherungssysteme wurden die Zweifel am Gesellschaftssystem und seinen wohlfahrtsstaatlichen Versprechen auf Aufstieg, Sicherheit und Fairness lauter. Eine Fülle von Umfragen bestätigen diesen Trend: Die Mehrheit der Bürger nehmen ihre Gesellschaft parallel zur wachsenden sozialen Ungleichheit, sowohl hinsichtlich der Kluft zwischen arm und reich, als auch was die Verteilung von Einkommen, Löhnen, Vermögen und Teilhabechancen angeht seit Jahren und nochmals zugespitzt seit 2008, als immer ungerechter wahr. Entsprechend ist die Wohlstandsentwicklung in Deutschland in den jüngeren Jahren nachweislich durch verstärkte Legitimitätsprobleme gekennzeichnet. Das paradoxe Bild einer reicher und zugleich

ärmer werdenden Gesellschaft spiegelt sich in den Zahlen der Einkommens- und Vermögensstatistik deutlich wider. Danach sind nicht nur die Einkommen an der Spitze der bundesdeutschen Einkommenshierarchie beachtlich gestiegen, sondern zugleich haben sich auch die Armutsquoten erhöht. Und mehr noch als bei den Einkommen haben auf dem Feld des Geld-, Immobilien- und Produktivvermögens die Schieflagen zugenommen. In anderen Worten: Die Reichen sind immer zahlreicher und reicher geworden und setzen sich von der Mehrheit der Gesellschaft ab. Zugleich hat der Anteil der Armen zugenommen, deren Abstand zu den über ihnen rangierenden Schichten zunimmt. Insofern ist es nur folgerichtig, wenn fast 80% der Bevölkerung die Spannung zwischen Armut und Reichtum als starken Konflikt wahrnehmen (Becker/Glatzer 2009, 254). Zum Eindruck einer wachsenden Polarisierung des Wohlstands trägt aber auch die sich nachweislich wieder weiter öffnende Ost-West-Wohlstandslücke bei, die sich in den neuen Ländern mit besonders ausgeprägten Ungerechtigkeitsgefühlen verbindet (Geißler 2010, 29). Überaus abträglich für das kollektive Gerechtigkeitsempfinden dürften nicht zuletzt auch die hohen und in den letzten Jahren noch weiter gestiegenen Armutsrisiken von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien sein, aber etwa auch die vielfach kritisierten mangelnden Bedarfsgerechtigkeiten der Regelsätze von Sozialhilfe und sozialhilfeähnlichen Leistungen.

### **Die meritokratische Illusion**

Die Hinweise auf eine Erosion der middle class society werden aber nicht nur im ökonomischen, sondern fernerhin im normativen Bereich ersichtlich. Sie betreffen insbesondere das zu den Errungenschaften demokratisch-moderner Gesellschaften zählende Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, nach dem nicht die Herkunft, sondern allein individuelle Anstrengungen den sozialen Status zu begründen sollen.

Die Leitidee der Leistungsgerechtigkeit findet in der so genannten meritokratischen Triade, die Bildung, Beruf und Einkommen miteinander verknüpft, ihren Ausdruck. Nach diesem Modell haben ungleiche Einkommens- und Berufschancen allein in bildungs- und berufsbezogenen Leistungen und Anstrengungen ihre legitime Grundlage. Umgekehrt gelten jene Ungleichheiten, die sich nicht auf Leistung zurückführen lassen, als illegitim. Dieser Sichtweise entspricht es, die Verteilung der Bildungschancen immer wieder in den Fokus der Forschung zu rücken, zumal der Bildung als Zuteilungsmechanismus gesellschaftlicher Lebenschancen in der postindustriellen Wissensgesellschaft ein wachsender Stellenwert zugeschrieben wird. Einstweilen ist es allseits bekannt, dass von Leistungsgerechtigkeit im hiesigen Bildungssystem kaum die Rede sein kann, sondern von einer meritokratischen Illusion gesprochen werden muss. Nicht zuletzt die international vergleichende PISA-Studie legte einer breiteren Öffentlichkeit schonungslos offen, dass gerade auch das deutsche Bildungssystem zum Nachteil vor allem der Heranwach-

senden mit niedriger sozialer Herkunft und mit Migrationshintergrund hochgradig sozial selektiv verfährt. So haben sich die Bildungschancen der Kinder aus verschiedenen Schichten, ein Gymnasium oder eine Universität zu besuchen im Zuge der Bildungsexpansion nicht angenähert, sondern sogar weiter voneinander entfernt (Geißler 2010, 39). Diese hinlänglich bekannte Problematik braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Es genügt festzuhalten: Was die Entwicklung der Chancengleichheit angeht, hinken hierzulande die Schulen hinter denen anderer westlicher Demokratien her.

### **Leistungsgerechtigkeit – zur Krise einer fundamentalen Wertidee**

Sozialwissenschaftlich betrachtet gilt Gerechtigkeit als herausragender Integrationsmodus der Gesellschaft, der soziale Ungleichheit legitimiert. Moderne Gesellschaften nehmen – im Unterschied zur Klassengesellschaft traditioneller Provenienz – für sich in Anspruch über gerechte Verteilungsordnungen zu verfügen. Freilich scheint der Zusammenhang von Leistung und sozialer Prämie – getreu dem Motto, wer sein Bestes gibt, findet auch seine Belohnung – bis in die gesellschaftliche Mitte hinein seine Glaubwürdigkeit verloren zu haben. Die These, dass mit der Erosion der Leistungsgerechtigkeit eine für die Ungleichheitsordnung entscheidende Wertidee zur Debatte steht, findet in den jüngeren Arbeiten Sighard Neckels (2008) einen prägnanten Niederschlag. Die Kernbotschaft seiner Diagnose lautet: Im Zeitalter des globalen Marktkapitalismus sind es zunehmend

Erfolgskriterien, die an die Stelle traditioneller Leistungskriterien treten. In der Erfolgsgesellschaft trete nicht mehr der Markt als meritokratische Institution, welche Leistungen honoriert, in Erscheinung. Statt nach den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit verteile er nach den günstigsten Angeboten, der stärksten Nachfrage und den besten Preisen. In anderen Worten: Märkte seien vor allem anderen an den ökonomischen Resultaten orientiert, gegenüber der Art und Weise ihrer Entstehung sind sie dagegen gleichsam „blind“ und „neutral“. Das heißt aber, wenn Leistungen sich hauptsächlich im Markterfolg realisieren, und Markterfolge sich auch leistungsfrei einstellen können, bietet eine Gesellschaft des Marktes keine Gewähr, dass materielle Erfolge den Leistungsnormen entsprechen, die sie doch legitimieren sollen. Soziale Ungleichheit, die sich an den Maßstäben des Markterfolges orientiert, lässt sich nach dieser Argumentation nicht mehr im Deutungshorizont des Leistungsprinzips rechtfertigen. Mit der Hegemonie des Marktmechanismus werde der traditionelle arbeitsgesellschaftliche Grundsatz, der den Status an die Erträge von Beruf und somit Leistung bindet, ausgehöhlt. Der Stellenwert der leistungsbezogenen Wertschöpfung durch Arbeit verliere zudem dadurch an Geltung, dass die Verwertungschancen von Kapitaleinsätzen mittlerweile soweit angestiegen seien, dass Besitz und Vermögen zu eigenständigen Prinzipien der privaten Reproduktion durchaus breiter Bevölkerungsschichten geworden seien. Die neue „Kulturbedeutung des Erfolgs“ manifestiere sich daran, wie es in Anlehnung an die klassischen

Vorarbeiten von Thorsten Veblen heißt, dass Reichtum, der einst nur als Symbol eigener Anstrengung und Tüchtigkeit Anerkennung fand, nunmehr eine vom Leistungsethos unabhängige Geltung erfahre. Sein Wert strahle auch dann auf seine Besitzer aus, wenn er sich dem Zufall günstiger Umstände verdanke. Prägnante Anschauungsfelder der Erfolgsgesellschaft und ihrer „Wirtschaftskultur der Zufälligkeit“ bilden für Neckel zusätzlich noch die „Gelegenheitsmärkte“ des Börsen- und Investmenthandels, da sie historisch unbekannte Chancenstrukturen möglich machen. Die Summen, die hier zumeist im Spiel sind, führen die Norm, Aufwand und Ertrag in ein „gerechtes“ Verhältnis zu setzen, ad absurdum.

Als weitere Indikatoren moderner Marktgesellschaften fungiere ferner die populäre Erfolgswelt der Medien-, Mode- und Popkultur, deren „Laufsteg- und Aufmerksamkeitsökonomie“ eine Vielzahl von Möglichkeiten des Einkommens- und Staturerwerbs jenseits aller Leistungskategorien eröffnet. Als Beispiel „unverdienten“ Erfolgs lässt sich laut Neckel schließlich noch die zu beobachtende Erbschaftswelle anführen, die im Sinne eines ständischen Ungleichheitsprinzips auf der einen Seite die Gruppe der „geborenen Gewinner“ und auf der anderen Seite diejenige der „geborenen Verlierer“ hervorbringt. Es fällt nicht schwer, in dieser Entwicklung ein Verstoß gegen Gerechtigkeitsvorstellungen zu erkennen, dem ein hohes Spannungspotential für das normative Fundament der Gesellschaft innewohnen dürfte.

#### 4. Fazit: Renaissance der Klassengesellschaft?

Wie läßt sich das skizzierte und alles andere als geordnete Bild sozialer Ungleichheit einer übergreifenden Deutung zuführen? Wie können die Diskurse und Befunde zusammenfassend interpretiert werden? Soviel dürfte nach meinem Problemaufriss feststehen: Der mit gefälligen Individualisierungstheorien versehene Entwurf einer wohlstandsgewissen Lebensstilgesellschaft mit einem stetig steigenden Lebensstandard für fast alle Bevölkerungsschichten hat ebenso wie derjenige einer offenen Aufstiegsgesellschaft spätestens in den Jahren des beginnenden 21. Jahrhunderts seine Deutungsplausibilität und -höhe eingebüßt. Der Traum vom Ende einer vertikalen Gesellschaftsschichtung jenseits von Klasse und Schicht ist ausgeträumt. Im Angesicht der Vielzahl an empirischen Indikatoren (Diewald 2010; Geißler 2010), die seit Jahren die Entwicklung hin zu einer stärker gespaltenen Gesellschaft zeigen, verwundert es nicht, dass die soziale Frage wieder als gesellschaftliches Kardinalproblem wahrgenommen wird. Und auch der lange ins Abseits geratene Begriff des Kapitalismus ist dabei, wieder salonfähig zu werden. Allerdings lassen die in den verschiedenen Diskursfeldern zu Tage tretenden Zugriffsweisen eine begrifflich stringente und theoretisch schlüssige Argumentation vermissen. Dennoch läßt sich auf der abstrakten Ebene des „klassengesellschaftlichen Denkens“, wie ich abschließend behaupten möchte, so etwas wie ein gemeinsames Band ausfindig machen.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es wird hier nicht eine Renaissance der aus dem 19. Jahrhundert entstammenden Idee der Klassengesellschaft im alten Gewand mit fest umrissenen Klassen, verstanden als reale Großgruppen mit je eigener Klassenkultur und Klasseninteressen unterstellt. Heute dient die überkommene Rede von der Klassengesellschaft bestenfalls noch als schrille Chiffre, der ein enormes Skandalisierungspotential innewohnt. Ansonsten wurde sie zu Recht schon länger in die Asservatenkammer sozialwissenschaftlichen Denkens befördert. Was ich jedoch sagen möchte ist, dass klassengesellschaftlich eingefärbte Interpretationsmuster gleichsam den kleinsten (abstrakten) Nenner der verschiedenen Ungleichheitsdiskurse bilden. Es sind also nicht die Intentionen einer pompösen Etikettierung, die dem diskursiven Erfolg des klassengesellschaftlichen Denkens zu Grunde liegen. Vielmehr sind es in meinen Augen die folgenden sechs Aspekte, die gleichsam als konzeptionelle und empirische Ankerpunkte für die aktuelle zeitdiagnostische Faszination klassengesellschaftlicher Deutungstheoreme im Dickicht der Interpretationen zur Beurteilung der Ungleichheitsverhältnisse trotz unterschiedlicher Standpunkte und Ansichten im Detail ausgemacht werden können.

*Erstens:* Als gleichsam „natürlicher“ und nicht zu hintergehender Referenzrahmen des klassengesellschaftlichen Diagnosemodells fungiert die Kapitalismustheorie. In ihren aktuellen Varianten legt sie nahe, die Gegenwart etwa als „neuen“, „flexiblen“, „finanzmarktgetriebenen“, „neoliberal-postfordistischen“

oder „globalen“ Kapitalismus zu beschreiben. Zumal in der soziologischen Zeitdiagnostik werden Tendenzen einer „Verwirtschaftlichung der Gesellschaft“ gebrandmarkt. Im Fokus stehen hierbei u.a. die entgrenzten, an kurzzeitiger Profitmaximierung orientierten flexiblen und atypischen Formen des Arbeitens, die das Familienleben immer häufiger unter gehörigen Druck setzten und Stress auslösen.

*Zweitens:* Im Sog des entfesselten Kapitalismus ist die Gesellschaft dann vor allem auch als Markt- und Erwerbsgesellschaft anzusehen. Die Globalisierung, der Arbeitsmarkt, Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit erscheinen als die entscheidenden Drehscheiben der ungleichen Zuteilung von Lebenschancen, wo zentrale Konflikte der Gesellschaft ausgetragen werden. Sie gelten als die Motoren, die die allgemeine Labilisierung von Berufsbiografien und Lebensläufen vorantreiben. Zugleich wird, getreu dem Denkmodell des „sozialstaatlichen Kapitalismus“, die soziale Ungleichheit vom Wandel der Arbeitswelt, aber auch von den Veränderungen des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements her analysiert.

*Drittens:* Das Denkmodell der neuen Klassengesellschaft geht mit dem gegenwärtig wieder stärker favorisierten Bild einer vertikal-hierarchisch gegliederten Sozialstruktur einher, in der sich Bildung, Einkommen, Vermögen und Lebenserwartung systematisch ungleich verteilen. Die wachsenden Diskrepanzen zwischen dem Oben und Unten der Gesellschaft werden die Kluft zwischen den Lebensstilen etwa hinsichtlich des Konsums, der Freizeit und des Wohnens noch weiter auseinander treiben.

*Viertens:* Mit den wiederbelebten klassengesellschaftlichen Deutungsmustern korrespondieren die dichotomen Bilder einer „polarisierten“ und „gespaltenen Gesellschaft“, wie sie in der binären Oben-Unten-, Arm-Reich-, Gewinner-Verlierer- oder (exklusionstheoretischen) Drinnen-Draußen-Schematik, aber auch in der Neubetonung der strukturellen Asymmetrie in den Machtverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit zur Anwendung kommen. Die Perspektive der Spaltung reflektiert sich zusätzlich in dem Begriff der „sozialen Verwundbarkeit“, der auf die Trennung von gesicherten und prekären Wohlstandspositionen als neuer Ausdrucksform der Zweiklassengesellschaft aufmerksam macht. Schon seit längerem spricht schlussendlich die Stadtforschung von einer stärkeren Differenzierung der Sozialräume und Quartiere, die sich in der Tendenz einer zunehmenden Polarisierung zwischen den ärmeren und wohlhabenden Stadtteilen niederschlägt.

*Fünftens:* Es entspricht den Vorgaben der klassischen Schichtungs- und Klassenforschung, wenn Gleichheit und Gerechtigkeit nach den Phasen postmoderner Beliebigkeit in der Ungleichheitsforschung als normative Bezugspunkte wieder stärker in Erscheinung treten. Dieser Ausrichtung folgen die verstärkt auf prekäre Lebenslagen, spezifische Migrantenmilieus, die neuen Unterschichten, die Exkludierten oder das abgehängte Prekariat gerichteten Ungleichheitsanalysen, aber auch die gegenwärtigen sozialtheoretischen Debatten zu Fragen sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe.



*Sechstens:* Kulturellen Klassentheorien folgend sind nicht nur die sich spreizenden „objektiven“ Verteilungsunterschiede, sondern den mit den Soziallagen verbundenen krass unterschiedlichen „subjektiven“ Lebens- und Konsumweisen, Denk- und Werthaltungen am oberen und unteren Ende der Ungleichheitsskala mit einer wachsenden Aufmerksamkeit zu versehen.

*Siebtens:* Im Rückgriff auf Traditionen der Marxschen Ideologiekritik werden in der Sozialstrukturforschung die Widersprüche zwischen Normativität und Realität, gesellschaftlichen Werten und gesellschaftlicher Wirklichkeit wieder vermehrt gebrandmarkt. Im Zusammenspiel mit den Paradoxien des „Markterfolgs“ erhält die Frage nach der bröckelnden Geltung des Leistungsethos als einem für das normative Selbstverständnis der Gesellschaft tragenden Legitimationsprinzip einen besonderen Nachdruck. Neben der materiellen Ungleichheit, den ungleichen Bildungschancen, der neuen Armut und der Verschärfung sozialer Abstiegsrisiken sind es besonders die mit zeitgeistigen Vokabeln wie Flexibilität, Verschlankung, Aktivierung, Eigenverantwortung und Deregulierung verbundenen „neoliberalen“ Legitimationsdiskurse und Machtdispositive, die ins Kreuzfeuer der Kritik geraten.

Ausblick: Ob der Erdrutsch in der Selbstbeschreibung, wie er sich in der klassengesellschaftlichen Radikalisierung der Ungleichheitsdebatte ankündigt, eine Zukunft hat, wird sich erweisen. Deutlich dürfte geworden sein, dass dieser neuerliche Perspektivenschwenk sich keinesfalls nur als Folge rein diskursiver

Sprachspiele begreifen lässt. Vielmehr spiegeln sich hierin auch die faktischen Veränderungen der Lebensverhältnisse, die das Ungleichheitsgefüge nach unten öffnen und Gefühlslagen der Verwundbarkeit hervorbringen. Wie auch immer die zukünftigen theoretischen Zugriffsweisen ausfallen werden, zweierlei lässt sich sagen. Erstens: Angesichts der komplizierten Überlagerung der Ungleichheits-, Spaltungs- und Spannungslinien, die die Dynamik des spätmodernen Kapitalismus kennzeichnet, wird die Herausforderung diese analytisch aufzuschließen und kritisch zu durchdringen, so schnell nichts an ihrer Aktualität einbüßen. Zweitens: Das über Jahrzehnte gewachsene Selbstverständnis der Gesellschaft, das die soziale Ungleichheit geringer wird und die expandierenden Mittelschichten das Oben und Unten zusammen rücken lassen, während der allgemeine Wohlstand wächst, gehört der Vergangenheit an. Im Zuge der Gesellschaft des langen Lebens wird, wie die meisten Experten prognostizieren, die fühlbare Wohlstandsmehrung nicht nur stagnieren, sondern vielleicht sogar sinken. Kurzum: Vieles spricht dafür, dass Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen auch die Zukunft bestimmen.

### Literatur

- Becker, Jens/Glatzer, Wolfgang (2009): Mögen die Deutschen den Krösus. Die subjektive Wahrnehmung von Reichtum und Deutschland. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, H.2., 241–256.
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz.

- Böhnke, Petra (2005): Teilhabechancen und Ausgrenzungsrisiken in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 37, 31–36.
- Diewald, Martin (2010): Ungleiche Verteilung und ungleiche Chancen. Zur Entwicklung sozialer Ungleichheit in der Bundesrepublik. In: Faulbaum, Frank/Wolf, Christoph (Hg.): *Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden, 11–37.
- Geißler, Rainer (2010): Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle. Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Groh-Samberg, Olaf (2010): Armut verfestigt sich – ein missachteter Trend. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51–52, 9–15.
- Lessenich, Stephan/Frank Nullmeier (2006): Einleitung: Deutschland zwischen Einheit und Spaltung. In: Dies (Hg.): *Deutschland. Eine gesplante Gesellschaft*, Frankfurt a. M./New York, 7–27.
- Neckel, Sighard (2008): *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Nolte, Paul (2006): *Risikante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*, Bonn.
- Offe, Claus (1996): *Moderne Barbarei: Der Naturzustand im Kleinformat?* In: Miller, Max/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): *Modernität und Barbarei*, Frankfurt a. M., 258–289.
- Schulze, Gerhard (1993): *Entgrenzung und Innenorientierung. Eine Einführung in die Theorie der Erlebnisgesellschaft*, in: *Gegenwartskunde* 42, H. 4, 405–419.
- Vogel, Berthold (2007): *Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft*, Hamburg.

## Integration von Ausgrenzung bedrohter Menschen – Wie kann das gehen?

An drei Beispielen aus meiner langjährigen Senatsarbeit in Bremen möchte ich den mühseligen aber letztlich erfolgreichen Weg zur Integration beschreiben:

### 1.

Generationenlang galt es als vornehmste Aufgabe der Behindertenpädagogik, geistig und körperlich behinderte Kinder getrennt von den übrigen Kindern in Sondereinrichtungen zu fördern. So entstanden Kindertagesstätten und Sonderschulen, die mit großem persönlichen Einsatz der Verantwortlichen den Kindern eine Förderung anboten und zugleich die oft überforderten Eltern entlasteten. Ich selber habe schon als Schüler diese Arbeit in den Bodelschwignischen Anstalten in Bethel und später immer wieder in Bremen kennengelernt. Die Atmosphäre in diesen Häusern war liebenswert, es gab Sonderausstattungen und speziell ausgebildete Hauptamtliche.

Und dennoch haben in den 1970er Jahren Kritiker diese Sondereinrichtungen als Ausgrenzungsorte identifiziert. Kinder lernen mehr voneinander als von Erwachsenen. Das gilt für die behinderten Kinder genauso wie für die übrigen. Darum haben wir Schritt für Schritt die Behinderteneinrichtungen in die Regelangebote integriert. Das war nur möglich, weil eine neue Generation Behindertenpädagogen dies for-

derte und die Eltern dann überzeugte. So entstanden Integrationsgruppen in unseren Kindergärten. Ich habe immer wieder mittendrin mich mit dem Alltag vertraut gemacht. Nicht vergesse ich, wie ein autistisches Kind, das mit Erwachsenen kein Wort wechselte, mit einem nicht behinderten Kind schaukelte, lachte und redete, wie die beiden dann gemeinsam gegessen und sich dabei gegenseitig geholfen haben.

Einen großen Anlauf mussten alle Beteiligten nehmen, um diese Integrationsgruppen in der Grundschule weiterzuführen. Auch hier waren die neuen Behindertenpädagogen die Vorkämpfer. Mit besserer Ausstattung gelang es dann wieder schrittweise die Schulen zu öffnen. Ich spüre von erstem Augenblick, ob ich in einer Schule bin, die diesen Integrationsanteil leistet. Der Charme der Behindertenpädagogik hat die ganz Schule verändert. Lautstärke, Aggressivität passen nicht in diese Schulen. Rücksichtnahme, Rückzugsangebote, Binnendifferenzierung, nicht mehr alles über „Verschulung“ vermitteln, sondern sensible, motivierende Lernorte zu entwickeln – das springt mir in die Augen. Ich wünsche mir, dass dies Schule macht.

### 2.

Die Psychiatriereform der Willy-Brandt-Regierungszeit hat eine jahrhundertalte Ausgrenzungsszene aufge-

brochen. Er begann mit der Psychiatrie – Enquete unter der Federführung von Kuhlenkampff. Dann bot Käte Strobel als Gesundheitsministerin Projektmittel für Kommunen an, um die vielfältigen Vorschläge zur Auflösung der traditionellen Landeskrankenhäuser und zum Aufbau kommunaler integrierter Alternativen zu finanzieren. Wir in Bremen haben zugegriffen. Herbert Brückner als Gesundheitsminister hatte die Federführung und überzeugte eine bedeutende Zahl von Reform-Psychiatern, nach Bremen zu kommen. Seitdem haben wir über 100 Pflegegemeinschaften in der Stadt, getragen von unterschiedlichen Trägern und Initiativgruppen. Ich lebe in unmittelbarer Nachbarschaft zu zwei dieser integrierten Wohngemeinschaften. Für die bettlägerigen Pflegebedürftigen haben wir dezentrale kleine Pflegeeinrichtungen aufgebaut, in deren Nähe tagesstrukturierende Angebote wie z.B. Bewegungsstätten sich entwickelt haben. Für akut Kranke haben wir die Psychiatrieklinik dezentralisiert. Es gibt einen rund um die Uhr arbeitenden Kriseninterventionsdienst, an den sich alle wenden können. Die Behindertenwerkstatt hat sich geöffnet für Psychiatrieerfahrene. Und für die ganze Stadtgesellschaft als besonders kulturvolles Geschenk hat das Blaumeier-Atelier eine mitreißende Theater-, Film- und Musikproduktion geschafft. Was jahrhundertlang als dramatische Bedrohung der Gesellschaft galt, hat sich mit diesem nun schon 30-jährigen Reformprojekt als eine spannende urbane Gestaltungschance entwickelt. Die Kreise, die von dieser Arbeit begeistert sind und sie mit eigenen Beiträgen för-

dern, werden von Jahr zu Jahr größer und bunter. Sie sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

### 3.

Mein drittes Beispiel ist das Zusammenleben mit den immer älter werdenden Angehörigen, Freunden und Nachbarn. Während der Markt mit auf der grünen Wiese errichteten industriell betriebenen Großpflegestätten boomt, hat sich eine inzwischen nicht mehr zu übersehende Alternative entwickelt. Alte Menschen, insbesondere durch Demenz verwirrte Menschen wollen in bekannter Umgebung bleiben. Sie hängen an jedem Erinnerungsstück. Sie wollen vertraute Menschen um sich haben. Und sie wollen bis ins hohe Alter noch etwas zu tun haben.

Das gelingt nur, wenn wir die Nachbarschaften aufbrechen, wenn wir integriert in diesen Nachbarschaften kleine übersichtliche ambulante und stationäre Angebote entwickeln. Natürlich gehören auch Wohngemeinschaften dazu. Ich lebe seit 1987 in einer solchen Innenstadt-WG. Dass das auch mit Demenz veränderten Menschen gelingen kann, lerne ich z. Zt. bei längeren Aufenthalten in solchen Pflegegemeinschaften. Da leben dann unterschiedlich stark behinderte Menschen (i. d. R. sind es zehn Personen). Jeder hat sein eigenes Rückzugs-Appartement, gekocht und gegessen wird gemeinsam, dabei kann jeder nach seinen Möglichkeiten mithelfen. Musik, gemeinsames Singen ist selbst für diejenigen attraktiv, die nicht mehr sprechen können. Es braucht einen Anstoß. Das gilt auch fürs Spielen, fürs Gartenarbeiten, fürs Spazierengehen.

Besonders schön wird es, wenn mehrere Generationen beteiligt sind. Eine Bremer Pflegegemeinschaft gibt es direkt neben einer ganztägigen Grundschule: die Kinder und die Alten essen täglich zusammen.

In Oberschwaben habe ich mich bei der Stiftung Liebenau mit deren Lebensräume-Projekten vertraut gemacht. Dort ist es gelungen, mit der Wohnungsbaugesellschaft und der jeweiligen Stadt ganze Viertel mit 2 000 bis 3 000 Menschen so nachbarschaftlich zu mobilisieren, dass auch die Pflegebedürftigen nicht in ein entfernt gelegenes großes

Heim abgeschoben, sondern gemeinsam getragen werden.

Wer dieses alles für sozialromantische Träumerei hält, weiß nicht von den brutalen Ausgrenzungspraktiken auch bei uns. Es gibt inzwischen eine kaum mehr zu übersehene Literatur zu diesen Ausgrenzungsskandalen. Sie sind inhuman und teuer. Wer den demografischen Wandel nicht nur skandalisieren will, braucht konkrete Alternativen – hier sind sie.

Ich wünsche mir, dass insbesondere die Kommunalpolitik diese große Gestaltungsaufgabe annimmt.

**Horst Heimann**

## **Deutschland – Insel stabiler Demokratie ohne rechtsextremistische Partei?**

### **Zur Studie der FES „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“**

Viele halten die Demokratie in Deutschland für besonders stabil und nicht bedroht, weil es hier, anders als in vielen Nachbarländern, keine erfolgreiche antidemokratisch-rechtsextreme Partei gibt, nicht einmal eine starke rechtspopulistische Partei. Ausländerfeindlichkeit und Islamophobie sind in jenen Ländern der fruchtbare Nährboden für die zunehmenden Wahlerfolge der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien.

Wenn in Deutschland solche antidemokratischen Parteien keine Wahlerfolge erzielen, abgesehen von einigen regionalen Ausnahmen, folgt dann daraus, dass es hier eben keine politisch relevante Ausländerfeindlichkeit und antidemokratisch-rechtsextreme Einstellungen gibt? Das wäre ein Trugschluss. Denn schon in der alten Bundesrepublik, lange vor dem Anschluss der DDR, war es ein offenes Geheimnis: Antidemokratisch-rechtsextreme Meinungen

sind wesentlich weiter verbreitet als die bescheidenen Wahlergebnisse entsprechender Parteien vermuten lassen.

Über die aktuelle Stärke rechtsextremer Tendenzen gibt ausführliche Auskunft die 2010 veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin: „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“, von Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler

Die Autoren definieren den in der wissenschaftlichen Diskussion umstrittenen Begriff „Rechtsextremismus“ im Sinne der Berichte des Verfassungsschutzes seit 1974 als „nationalistische und rassistische Anschauungen. ... Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen.“ (S. 10) Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung wurde in zahlreichen repräsentativen Befragungen seit 2002 ermittelt, vor allem zu folgenden 6 Themenkomplexen: „Befürwortung Diktatur“, „Chauvinismus“, „Ausländerfeindlichkeit“, „Antisemitismus“, „Sozialdarwinismus“, „Verharmlosung Nationalsozialismus“. Die in der Studie ausführlich und differenziert dokumentierten Befragungsergebnisse informieren nicht nur über die Zustimmungswerte zu rechtsextremen Einstellungen im Jahr 2010, sondern auch über Veränderungen seit Beginn des Jahrhunderts und über wahrscheinliche künftige Trends.

### **Zunehmende Gefährdung der Demokratie durch Rechtsextremismus**

Aus den zahlreichen Befragungsergebnissen leiten die Autoren zusammen-

fassend die gut begründete Schlussfolgerung ab: „Keine Entwarnung: Der Wunsch nach Diktatur und die Zunahme von Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus gefährden die Demokratie. Während wir im Jahr 2006 einen Rückgang der rechtsextremen Einstellungen verzeichnen konnten, müssen wir 2010 feststellen, dass die Zustimmung in den meisten Dimensionen angestiegen ist.“ (S. 140)

Die Studie vermittelt nicht nur umfangreiches statistisches Zahlenmaterial über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen, sondern auch eine Erklärung und Deutung des Problems, die deutlich von der verbreiteten und beschönigenden Auffassung abweicht: Die Bedrohung durch den Rechtsextremismus komme von den „kranken“ und „verdorbenen“ Rändern der Gesellschaft; von diesen Rändern her bedrohe er die „gesunde“ Mitte der Gesellschaft. Dieser Auffassung stellt die Studie die klare Alternative entgegen:

„Die Bedrohung der Demokratie ist nicht von den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu verstehen.“ (S. 28)

Diese Aussage bestätigen die differenzierenden Befragungsergebnisse: Die rechtsextremen Einstellungen wurden differenzierend für die unterschiedlichen Gruppen der Gesamtgesellschaft ermittelt, z.B. Einkommensgruppen: „Prekarierte Unterschicht, Unterschicht, untere Mittelschicht, mittlere Mittelschicht, obere Mittelschicht, Oberschicht“. (S. 112 f.) Rechtsextreme Einstellungen abhängig von Bildung, vom Geschlecht, vom Erwerbsstatus, vom Alter, von Parteipräferenzen, von

Gewerkschaftszugehörigkeit, von Kirchengemeinschaft. (S. 82 – 88) Wenn auch nicht in den unterschiedlichen Gruppen rechtsextreme Einstellungen mit dem völlig gleichen Prozentsatz vorhanden sind, so erlauben die Zahlen doch das eindeutige Fazit: Rechtsextreme Einstellungen sind nicht auf einige dieser Gruppen konzentriert und in anderen Gruppen nicht zu finden. Sie sind in allen diesen Gesellschaftsgruppen vorhanden, also auch in der Mitte, nicht nur an den Rändern. Einige Beispiele für höhere oder niedrigere Zustimmungsraten zu rechtsextremen Einstellungen in unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen zeigen, dass trotz Abweichungen der Rechtsextremismus ein Problem der Gesamtgesellschaft ist:

*Einkommenschichten:* Wenn auch in den unteren Einkommenschichten die Zustimmungswerte meist etwas höher sind als in den mittleren und höheren Schichten, so finden rechtsextreme Einstellungen doch in allen Schichten Resonanz. (S. 112 f.)

*Bildungsstand:* Bei Menschen mit formal niedriger Bildung (ohne Abitur) ist die Zustimmungsraten teilweise signifikant höher als bei Befragten mit höherer Bildung (Abitur). Z. B. „Befürwortung Diktatur“: 5,5% zu 2,4%; „Ausländerfeindlichkeit“: 26,4% zu 13,9%. (S. 82)

*Erwerbsstatus:* Bei Arbeitslosen sind die Zustimmungswerte höher als bei Erwerbstätigen, ebenso bei Älteren höher als bei Jüngeren. (S. 84) Überraschend dürfte es für manche sein, dass sowohl die Gewerkschaftszugehörigkeit als auch die Mitgliedschaft in einer Kirche nicht verhindert, dass bei diesen Gruppen die Zustimmungswerte „normal“ oder sogar leicht überhöht sind. (S. 87 f.)

Für die Einschätzung der aktuellen rechtsextremen Einstellungen ist besonders aufschlussreich, dass die Zustimmungswerte zu den 6 Dimensionen rechtsextremer Ideologien sehr unterschiedlich ausfallen (S.82):

	2010	Gesamt	West	Ost
„Befürwortung Diktatur“		5,1 %	4,6 %	6,8 %
„Chauvinismus“		19,3 %	19,8 %	19,8 %
„Ausländerfeindlichkeit“		24,7 %	21,9 %	35,0 %
„Antisemitismus“		9,7 %	9,0 %	7,7 %
„Sozialdarwinismus“		4,0 %	3,4 %	6,2 %
„Verharmlosung Nationalsozialismus“		3,3 %	3,7 %	1,8 %

Aus diesen Zahlen lassen sich wichtige Schlussfolgerungen für die gegenwärtigen inhaltlichen Schwerpunkte rechtsextremer Ideologien ziehen: Wenn die Dimensionen „Befürwor-

tung Diktatur“, „Antisemitismus“, „Sozialdarwinismus“ relativ niedrige Zustimmungswerte erhalten, so bedeutet das, dass zentrale Schwerpunkte der traditionellen historischen NS-Ideolo-

gie keine große Rolle mehr spielen. Dafür spricht auch, dass eine „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ nur noch bei wenigen eine Rolle spielt. Der entscheidende neue Schwerpunkt rechts-extremer Einstellungen liegt eindeutig bei der „Ausländerfeindlichkeit“. (Diese konnte es in der historischen NS-Ideologie nicht geben, weil es damals diese Ausländer in Deutschland nicht gab.)

Dank ihres gesellschaftskritischen Ansatzes vermittelt die Studie nicht nur reine Tatsachenerkenntnisse, sondern vor allem auch Einsichten in Zusammenhänge, um das Phänomen Rechtsextremismus besser zu erklären und zu verstehen. Er wird nicht in erster Linie als ein rein ideengeschichtliches Phänomen betrachtet, sondern im Zusammenhang mit der sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland analysiert. Die rechtsextremen Einstellungen werden nicht nur normativ kritisiert und verurteilt. Durch kritische Analyse der realen gesellschaftlichen Entwicklung können jene Fakten und Faktoren erkannt werden, die nachweislich rechtsextreme Einstellungen begünstigen und verstärken. Auf diese Weise sind auch praxisrelevante Erkenntnisse für eine bewusste demokratische Politik gegen den Rechtsextremismus zu gewinnen.

### **Soziale Probleme und rechtsextreme Einstellungen**

Die Kritik an der pauschal positiven Bewertung der sogenannten MITTE durch fast alle Parteien – das „Mitte-Mantra“ oder der „deutsche Fetisch die Mitte“ – (S. 41) hat das Ziel, Fehleinschätzungen zu korrigieren, die zu politischen Fehl-

entscheidungen führen können. Der verbreiteten Vorstellung, Mitte und Mittelstand garantierten Maß, Mäßigung, Stabilität und sozialen Ausgleich, halten sie entgegen, auf die krisenhafte Entwicklung verweisend: „Der Mittelstand (ist) nur solange ein Hort der Ruhe und des Ausgleichs, wie der Abstieg Einzel-schicksal bleibt.“ (S. 44) Doch die reale gesellschaftliche Entwicklung zeige, dass „der Mittelstand schrumpft“, auch die Gruppen mit mittleren Einkommen, während die Zahl der Menschen mit untersten und höchsten Einkommen zunehme. (S. 45) Besonders auffällig und besorgniserregend ist in Ost und West das Anwachsen der „prekarierten Unterschicht“. Zwischen 2002 und 2010 wuchs der Anteil „prekariierter Einkommensgruppen (unter 70% des Medians)“ im Westen von 11,3% auf 18,8% und im Osten von 26% auf 30,6%. (S. 108 f.) Sogar schon vor der Krise „hat sich eine stabile antidemokratische, rechtsextreme Einstellung in jenen Bevölkerungsschichten gezeigt, die als Mitte bezeichnet werden kann“. (S. 45)

Die unterschiedlichen Entwicklungen in der Weimarer und in der Bonner Republik haben ja deutlich gezeigt, wie die sozioökonomische Entwicklung das politische Bewusstsein beeinflusst. Die krisenhafte Entwicklung in der Weimarer Republik hat entscheidend zum Scheitern der Demokratie beigetragen, während das Wirtschaftswunder zu einer guten Grundlage für eine stabile demokratische Entwicklung wurde. Wenn trotz der günstigen sozioökonomischen Entwicklung in der Bundesrepublik aber auch immer ein stabiler Sockel antidemokratischer und rechtsextre-



mer Einstellungen konserviert wurde, dann bedeutet das, dass demokratisches Bewusstsein neben wirtschaftlichem Wohlstand noch ein weiteres Fundament braucht, nämlich im Bereich des Bewusstseins selbst, in den subjektiven Wert- und Normvorstellungen der Menschen.

Diese Dimension der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erhält zusätzliche Bedeutung angesichts der Entwicklung, „dass ein prekäres gesamtgesellschaftliches Klima und gesellschaftlich prekäre Lagen bestehen bleiben bzw. sich weiter ausdehnen. Die Stabilität von Demokratien hängt zu einem nicht geringen Teil davon ab, in welchem Umfang sie ihre Legitimität nicht ausschließlich aus dem Wohlstand bzw. der Verfügungsmöglichkeiten über Waren beziehen.“ (S. 67) Mit anderen Worten: Die Ausbreitung antidemokratisch-rechtsextremer Einstellungen müssen Demokraten nicht nur durch eine bessere Wirtschafts- und Sozialpolitik bekämpfen, sondern auch in der direkten intellektuellen und argumentativen Auseinandersetzung für die Beeinflussung des Bewusstseins im Sinne demokratischer Ideen und Werte.

Für diese Dimension der Auseinandersetzung, in der es nicht nur um „Wohlstand für alle geht“, enthält die Studie ebenfalls wertvolle Anregungen, auf die hier nur mit einigen Stichworten verwiesen werden soll: „Mehr Demokratie wagen.“ (S. 152) „...tiefgreifende Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen ...“ (S. 153) Ausbau der „betrieblichen Partizipationsmöglichkeiten“. Und da „Bildung ein relevanter Schutzfaktor gegen antidemokratische

Einstellungen“ ist, „sind die Bemühungen um Erwachsenenbildungsarbeit deutlich zu verstärken“. (S. 154)

### **Abschließende Thesen für eine wirksame Auseinandersetzung mit dem modernen Rechtsextremismus**

Ergänzend zu den oben kurz erwähnten praktischen Schlussfolgerungen der Studie, und u. a. angeregt durch ihr umfangreiches Datenmaterial, seien hier noch einige Thesen formuliert, die als Voraussetzungen für eine erfolgreiche Abwehr und Eindämmung rechtsextremer Tendenzen anzusehen sind.

Eine sachgerechte Analyse und Interpretation, also ein möglichst objektives Bild, des aktuellen und modernen Rechtsextremismus ist die unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Auseinandersetzung:

### **Der moderne Rechtsextremismus ist nicht identisch mit der historischen Nazi-Ideologie**

Die geringen Zustimmungswerte zu Kernelementen der Nazi-Ideologie, „Befürwortung der Diktatur“ (rund 5%), „Sozialdarwinismus“ (4%), „Verharmlosung Nationalsozialismus“ (3,3%, im Osten sogar nur 1,8%), und selbst die noch zu hohe Zustimmung zu „Antisemitismus“ (9%) zeigen deutlich: Der moderne Rechtsextremismus unterscheidet sich gravierend von der historischen Nazi-Ideologie. Er enthält zwar auch noch Restbestände jener Ideologie, die weiterhin bekämpft werden müssen. Die Aktivitäten von „Gegen das Vergessen“ werden also nicht überflüssig. Dennoch kann erfolgreicher Kampf gegen den aktuellen Rechtsextremismus nicht

bedeuten, die 1933 in Deutschland verlorene Schlacht gegen den Nazismus wieder aufzunehmen. Denn die aktuelle rechtsextreme Ideologie hat neue inhaltliche Schwerpunkte, die in der Nazi-Ideologie noch keine Rolle spielten, nämlich: Ausländerfeindlichkeit (2010 = 24,7% insgesamt, im Osten sogar angestiegen von 30,6% im Jahr 2006 auf 35%.) Und zum aggressivsten und expandierenden Kern der rechtsextremen Ideologie wurde die spezifische Ausländerfeindlichkeit Islamphobie, die Ablehnung muslimischer und besonders arabischer Zuwanderer. Von 2003 bis 2010 stieg die Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen von 44,2% auf 55,4%, wobei es, anders als bei Ausländerfeindlichkeit, keine nennenswerten Unterschiede zwischen West (55,4%) und Ost (55,2%) gibt. (S. 134) Nicht mehr die Kernelemente der Nazi-Ideologie, sondern die neuen Elemente Ausländer- und Islamfeindlichkeit sind am bedrohlichsten, weil sie in der ganzen Gesellschaft, auch in der Mitte, eine Massenbasis haben.

### **Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist gegenwärtig keine Auseinandersetzung zwischen politischen Parteien**

In der Weimarer Republik war die Auseinandersetzung zwischen Demokraten und rechtsextremen Antidemokraten zwar auch ein Kampf zwischen den Bürgern mit demokratischen Überzeugungen und den Anhängern antidemokratisch-rechtsextremer Einstellungen. Aber öffentlich deutlich sichtbar war es vor allem auch ein parteipolitischer Wettkampf zwischen demokratischen und antidemokratischen Parteien, die

schon lange vor 1933 eine wachsende Mehrheit der Wähler gewinnen konnten.

In der Bundesrepublik geht es dagegen nicht um einen parteipolitischen Wettkampf zwischen demokratischen und antidemokratischen Parteien um Mehrheiten in den Parlamenten. Nirgendwo besteht hier die Gefahr, dass die demokratischen Parteien die Mehrheit verlieren. (Selbstverständlich ist es weiterhin notwendig, die NPD zu bekämpfen und sich zu bemühen, ihren Einzug in Parlamente zu verhindern.) Aber wer sich damit begnügt, nur die NPD und kleine rechtsextreme Parteien zu bekämpfen, verzichtet sogar auf die Auseinandersetzung mit der tatsächlichen rechtsextremen Gefahr. Denn die wirkliche Gefahr von rechts ist in Deutschland zur Zeit noch keine rechtsextreme, nicht einmal eine rechtspopulistische Partei, wie in vielen Nachbarländern. Die Gefahr liegt vielmehr in einer zunehmenden politischen Irritierung und Desorientierung breiter Bevölkerungsschichten, die zunehmend den neuen Kernelementen rechtsextremer Ideologie zustimmen, nämlich Ausländer- und Islamfeindlichkeit. Wenn es sich dabei nur um ein dumpfes Gefühl in breiten passiven Volksschichten handelte, wenn die aktiven „Eliten“ davon nicht betroffen wären, dann wäre das nicht sehr gefährlich. Doch mächtige Prediger aus medialen und intellektuellen Machteliten predigen aktiv für die Verstärkung und moralische Aufwertung dieser dumpfen Gefühle.

Die Tatsache, dass die neuen rechtsextremen Einstellungen unter den Anhängern aller demokratischen Parteien

## Deutschland – Insel stabiler Demokratie ohne rechtsextremistische Partei?

„normal“ vertreten sind, unterstreicht noch einmal die zentrale These, dass die Auseinandersetzung mit dem modernen Rechtsextremismus nicht in erster Linie ein parteipolitischer Konkurrenzkampf zwischen demokratischen und anti-

demokratischen Parteien ist. Folgende Zustimmungswerte der Anhänger demokratischer Parteien zu rechtsextremen Einstellungen sollten nachdenklich stimmen:

In Westdeutschland:

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke
„Befürwortung Diktatur“	5 %	3,3 %	5,1 %	3,2 %	4,3
„Ausländerfeindlichkeit“	23,5 %	24,2 %	16,2 %	12,7 %	20,0 %
„Antisemitismus“	11,7 %	8,1 %	3,4 %	1,9 %	2,9 % (S. 85)

Noch auffälliger sind die meist höheren Zustimmungswerte in Ostdeutschland:

„Befürwortung Diktatur“	9,5 %	6,9 %	4,6 %	8 %	2,3 %
„Ausländerfeindlichkeit“	37,4 %	33,3 %	36,4	16,0 %	25,6 %
„Antisemitismus“	9,7 %	7,0 %	4,6 %	4,0 %	3,6 % (S. 86)

Manche dürfte es irritieren, dass im Osten die Zustimmungswerte der Anhänger der Linken zur Diktatur mit 2,3% und zum Antisemitismus mit 3,6% signifikant niedriger sind als bei CDU/CDU-Anhängern mit 9,5 und 9,7%.

### **Auch in Deutschland Chancen für rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien!?**

Ob in absehbarer Zeit auch in Deutschland rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien erstarken und zu einem politischen Machtfaktor werden können, wird weitgehend davon abhängen, wie die demokratischen Parteien mit dem Problem umgehen, dass auch unter ihren Wählern und Mitgliedern Ausländer- und Islamfeindlichkeit weit verbreitet sind. Sicher werden die Wahlchancen

für solche Parteien zunehmen, wenn die demokratischen Parteien aus Wahloportunismus den ausländerfeindlichen Vorurteilen nicht argumentativ widersprechen, sondern diese sogar selbst noch demagogisch schüren. Wenn rund zwei Drittel aller Wahlberechtigten der Meinung zustimmen, dass die Ausländer nur zu uns kommen, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (S.73) und dass die Bundesrepublik „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ ist (S. 74), dann auch deshalb, weil sie ständig diese Meinung nicht nur von Nationaldemokraten hören, sondern auch von „lupenreinen Demokraten“. (Um nicht wegen eines unbewussten „Zitierfehlers“ zum Märtyrer zu werden: Gerhard Schröder lobte Putin als „lupenreinen Demokraten“.)

Wenn demokratische Parteien den Rechtsextremisten das „Wasser abgraben“ wollen, indem sie sich den islamfeindlichen Stimmungen anpassen, dann „leiten sie Wasser auf deren Mühlen“, wie Präsident Sarkozy erleben muss: Bei den Umfragen zu den Präsidentschaftskandidaten für 2012 in Frankreich liegt im März 2011 Marine Le Pen vom Front National mit 24% auf dem 1. Platz, vor dem Sozialisten Dominique Strauss-Kahn mit 23% und Sarkozy mit 21%. (FR, 9. 3. 2011)

Statt durch Anpassung an diffuse Stimmungen und Ängste nur um die Stimmen der Wähler zu kämpfen, haben demokratische Parteien auch die „pädagogische“ Aufgabe, die politischen Überzeugungen der Wähler im demokratischen Sinne zu beeinflussen. Denn gegen Antidemokraten helfen nur Demokraten. Daher ist es zu begrüßen, dass die SPD-Führung deutlich gegen die „Gen-Ideologie“ Sarrazins Position bezogen hat, obwohl er auch unter SPD-Politikern, Mitgliedern und Wählern viel Zustimmung findet. (Vergl. dazu: Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber: Ist Thilo Sarrazin ein Sozialdemokrat? In: perspektivens ds, 2/10)

Es gibt zwar noch keine effiziente rechtsextreme Partei. Aber es gibt als Nährboden für eine solche Partei nicht nur die ausländer- und islamfeindliche Stimmung in breiten Wählerkreisen, sondern auch eine intellektuelle und publizistische „Elite“, honorige intellektuelle Wanderprediger und „Panikmacher“ (Vergl. Patrick Bahner, Die Panikmacher – Die deutsche Angst vor dem Islam.), die diese Stimmung anheizen. Und die noch nicht real existieren-

de Partei hat sogar mit der Bildzeitung schon ein erfolgreiches propagandistisches Zentralorgan mit 12 Millionen Lesern, deren Meinung BILD bildet. (Vergl. dazu: Der SPIEGEL, Nr. 9/28.2.11, mit dem Titel: Bild – Die Brandstifter. Im Beitrag heißt es: „... tatsächlich übernimmt sie immer wieder die Rolle einer rechtspopulistischen Partei, die im deutschen Politikbetrieb fehlt.“)

Wenn erst einmal eine solche Partei entstünde und einen Führer mit schöner Frisur und Frau fände, der seinen Kairos nutzte, dann bliebe Deutschland nicht mehr lange die glückliche demokratische Insel ohne starke rechtsextreme Partei.

### **Politikverdrossenheit die größte Gefahr – Kapitalismusverdrossenheit die noch ungenutzte große Chance für die Demokratie**

Abschließend ist nur noch kurz auf Befragungsergebnisse einzugehen, die aufschlussreiche Aussagen zu den Zukunftschancen unserer Demokratie enthalten: Gleichbleibend von 2006 bis 2010 meinten rund 95% der Befragten, dass sie „sowieso keinen Einfluss darauf (haben), was die Regierung tut“. Und rund 90% erklärten: „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“ (S. 98) Das Gefühl des Volkes, trotz „Volksherrschaft“ keinen Einfluss auf die Politik zu haben, ist die Hauptursache für die vorherrschende Politikverdrossenheit, die für unsere Demokratie eine noch größere Gefahr darstellt als der Rechtsextremismus und der Rechtspopulismus. Zahlreiche andere Umfrageergebnisse belegen, dass die Bürger vor allem deshalb keine Einflussmöglichkeiten auf

die Politik sehen, weil sie keine Unterschiede zwischen den Parteien zu erkennen vermögen und daher alles „alternativlos“ ist.

Der vorherrschenden Politikverdrossenheit steht andererseits als ermutigendes Zeichen ein hoher Zustimmungswert „Zur Idee der Demokratie“ gegenüber, und zwar zwischen rund 90% und 95%. (S. 100) Dagegen liegen die Zustimmungswerte „Zur Demokratie in der BRD, wie sie funktioniert“, unter 50%, nämlich 2006 bei 46%, 2010 bei 46,1%. Signifikant sind die Unterschiede zwischen West (2006 = 50,8%, 2010 = 49,8%) und Ost (2006 = 27,3%, 2010 = 32,1%). (S. 100) Diese Zahlen dürften weniger besorgniserregend sein, sondern eher ein Zeichen für ein kritisches demokratisches Bewusstsein: Gerade weil die meisten die Ideen und Werte der Demokratie ernst nehmen, kritisieren sie offensichtliche Mängel unserer real existierenden Demokratie.

Während die starke Politikverdrossenheit als ernsthafte Gefahr für die Demokratie anzusehen ist, könnte dagegen die zunehmende Kapitalismusverdrossenheit zu einer großen Chance für die Stärkung der Demokratie genutzt werden. Zwischen 2003 und 2010 stieg der Anteil der „Kapitalismuskritiker/innen“ von 58% auf 63,2%, der noch radikaleren „Antikapitalist/innen“ von 30% auf 42,6%. (S. 127) Nicht nur im Osten (69%), auch im Westen (57,5%) ist 2010 eine deutliche Mehrheit davon überzeugt: „In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.“ (S. 126)

Die FES-Studie sieht zwar auch in der sozioökonomischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen. Aber andererseits bewertet sie die starke Kapitalismusverdrossenheit nicht ausdrücklich als Chance für die Demokratie, da sie die antikapitalistischen und kapitalismuskritischen Meinungen im Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen analysiert. Natürlich ist es bekannt, dass es auch unter Rechtsextremen zahlreiche Kapitalismuskritiker und Antikapitalisten gibt. Aber es sind nicht die antikapitalistischen und kapitalismuskritischen Meinungen, die rechtsextreme Einstellungen stärken. Es ist vielmehr der real existierende Kapitalismus selbst – seine verheerenden sozialen, ökologischen und auch ökonomischen Folgen – der rechtsextreme Einstellungen begünstigt. Kapitalismuskritik ist daher eine so gut begründete und notwendige Sache, dass sie nicht der antidemokratischen Rechten als Aufstiegshilfe überlassen werden darf.

Ebenso wenig neu, aber von den Machteliten aus verständlichen Gründen ignoriert, ist die Tatsache, dass rund die Hälfte der Deutschen den Sozialismus für eine gute Idee hält. Im Westen sind 43,4%, im Osten 55,6% der Meinung: „Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“ (S. 126) Die hohen Zustimmungswerte zu kapitalismuskritischen Meinungen und zur Idee des Sozialismus kamen nur deshalb zustande, weil es sich um repräsentative Befragungen des gesamten Volkes handelt. Wenn man nur die Volksvertreter und die Machteliten befragt hätte, wären die

se Werte wesentlich niedriger gewesen. (2009 ergab eine Umfrage: Rund 80% des Volkes beurteilten die Verhältnisse in Deutschland als sozial ungerecht, nur 20% als sozial gerecht. Dagegen hielten sie 80% der Volksvertreter für gerecht, nur 20% für ungerecht.)

Die Weimarer Demokratie ist nicht wegen der starken Kapitalismuskritik gescheitert, sondern wegen der Krise des Kapitalismus, auf die die demokratischen Parteien keine überzeugende Antwort gefunden hatten. Auch gegenwärtig verstärkt die begründete Kapitalismus-Verdrossenheit die Politikverdrossenheit, weil die Bürger den begründeten Eindruck haben, dass die Politiker nicht fähig, nicht einmal gewillt sind, den verheerenden Auswüchsen des enthemmten Raubtierkapitalismus gegenzusteuern.

Vor allem in den ökologischen und in den sozialen Folgen des deregulierten Kapitalismus sehen die meisten eine Bedrohung, gegen die die Politik zu wenig oder nichts unternimmt. Durch die atomare Katastrophe in Fukushima wurde die ökologische Gefahr spektakulär zum dominierenden Thema im politischen Bewusstsein der meisten Menschen. Das hat bei den jüngsten Landtags-

wahlen im März 2011 zu einer höheren Wahlbeteiligung und zu den spektakulären Wahlsiegen der Grünen geführt. Denn immer mehr Wähler begannen zu hoffen, dass die Grünen tatsächlich politisch etwas gegen die ökologischen Gefahren tun können und wollen. Spektakulär die Forsa-Umfrage vom 6. April 2011: CDU = 30% (- 3), SPD = 23% (- 2), Grüne = 28% (+ 7), FDP = 3% (- 2), Linke = 9% (+ 1). (F.R. 7. 4. 2011)

Nach einiger Zeit dürften die sozialen Verwüstungen des Kapitalismus und seiner willigen Helfer wieder stärker ins kritische politische Bewusstsein der Menschen rücken. Eine resozialdemokratisierte SPD könnte davon profitieren, wenn sie sich glaubwürdig bemühen würde, ihre traditionelle, aber stark beschädigte Kompetenz auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit (für über 80% der Normalbevölkerung der wichtigste Wert) wieder schrittweise zurückzugewinnen. Durch eine neue Reformpolitik für mehr soziale Gerechtigkeit könnte sie damit gleichzeitig rechtsextremen und rechtspopulistischen Tendenzen das Wasser abgraben, das „Panknacker“ auf deren Mühlen zu leiten versuchen.

## Wahlen, Menschenrechte und Demokratieverteidigung

### Demokratieverständnis in Weimar und nach 1945, die Muslimbruderschaft, das türkische „Modell“ und die Umwälzungen in der islamischen Welt, westlich-europäische Interventionspolitik und Integration in Deutschland

In zunehmendem Umfang gibt es in der neueren Debatte, auch zu den Entwicklungen in Nahost, Fragen zum Umgang mit Nicht-Demokraten oder Nicht-Demokratien und zur Definition und Abgrenzung von „Demokratie“. Ein Blick zurück auf einige Teilaspekte der Demokratiegeschichte kann Anregungen für die Diskussion geben.

#### **Weimar und streitbare Demokratie**

Ein beachtlicher Teil der studentischen Vereinigungen, die an deutschen Hochschulen nach dem 1. Weltkrieg gegründet worden waren, könnte nach heutigem Rechtsverständnis als verfassungswidrig angesehen und verboten werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang z. B. völkische Verbände und der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB), der ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zum bedeutendsten deutschen Studentenverband heranwuchs. 1931 wählte der 14. Deutsche Studententag in Graz ein NSDStB-Mitglied zum Vorsitzenden

der „Deutschen Studentenschaft“. Dieser Deutschen Studentenschaft gehörten die Studentenschaften der Hochschulen in Deutschland und der meisten deutschsprachigen Hochschulen außerhalb Deutschlands, vor allem aller österreichischen Hochschulen, an.

Ähnliche – negative – Beurteilungen sind, was die Verfassungswidrigkeit nach heutigem deutschem Recht anbelangt, auch für einen Teil der Parteien der Weimarer Republik möglich. Die nach dem Münchener Putschversuch von 1923 zunächst verbotene, dann neugegründete und wieder zugelassene NSDAP hatte durch ihren Führer öffentlich erklärt, künftig auf den gewaltsamen Umsturz verzichten zu wollen; die „neue“ NSDAP wollte aber weiterhin durch die Beteiligung an Wahlen die nach damaligem Verständnis legale Zielsetzung verfolgen, den Parlamentarismus, das Mehrparteiensystem und auch andere Basiselemente der Demokratie z.B. auf dem Gebiet der Menschenrechte abzuschaffen.

Es gab in der Weimarer Republik auch nach dem gescheiterten Putsch der NSDAP von 1923 und der NSDAP-Neugründung durchaus Ansätze für Parteienverbote und für Verbote verfassungswidriger Organisationen. In Preußen wurde der NSDAP zeitweise ein Verbot auferlegt, Uniformen zu tragen. Die paramilitärische NSDAP-Formation SA war auf der Reichsebene eine Zeitlang verboten. Zu weitergehenden Maßnahmen kam es allerdings nicht; sie wären (entsprechende parlamentarische Mehrheiten vorausgesetzt) nach dem Weimarer Rechtssystem durchaus möglich gewesen.

Der preußische (parteilose) Kultusminister Carl Heinrich Becker stellte 1927 die Studentenschaften an den preußischen Hochschulen vor die Wahl zwischen der Bildung einer rechtsfähigen Körperschaft des öffentlichen Rechts und dem in Studentenorganisationen damals weit verbreiteten „Arier“-Paragraphen. Danach durften Juden nicht Mitglieder der Studentenschaft sein, weil sie nach Auffassung der Erfinder dieses Paragraphens nicht „deutschen Bluts“ waren. Minister Becker war ein maßgeblicher Reformier der preußischen Hochschullandschaft, der auch die rechtliche Stellung der Studentenschaften umfassend neu regeln wollte.

Die Studentenschaften fast aller preußischen Hochschulen – die einzige Ausnahme bildete die Technische Hochschule in Clausthal-Zellerfeld – stimmten für die Beibehaltung des Arier-Paragraphens. Sie nahmen dafür die damit verbundenen Nachteile beim Rechtsstatus der Studentenschaft in Kauf. Ein Verbot der studentischen Vereinigun-

gen mit einer antisemitischen Organisationsvorschrift stand nicht auf der politischen Tagesordnung.

In das Bild passt, dass in der Weimarer Republik „Demokratie“ und mit vergleichbarem Inhalt gefüllte Begriffe wie „Republik“ häufig nicht nur von erklärten Demokratie- und Republikfeinden abgewertet und relativiert wurden. „Republik“, die in diesem Zusammenhang auch für Demokratie stand, „Republik, das heißt nicht viel – Sozialismus ist unser Ziel“, so lautete ein Slogan, den damals, auf der Grundlage eines merkwürdigen Demokratieverständnisses, der Studentenverband der SPD (SDS) in grotesker Verkennung der Bedrohungs- und machtpolitischen Lage sowie der sich daraus ergebenden politischen Prioritätensetzung verbreitete.

Erst nach dem 2. Weltkrieg setzte sich in verschiedenen westlichen Ländern und ebenso in Westdeutschland das Konzept der wehrhaften oder streitbaren Demokratie durch. Ein durch keine Rechtsänderung aufgebbares Basiselement bildet nach diesem Demokratiekonzept, wie das u. a. Karl Popper in seinen Überlegungen zu den Grundanforderungen für eine „offene Gesellschaft“ gesehen hat, der regelmäßige Regierungswechsel, der im Wettbewerb zwischen verschiedenen Parteien durch ergebnisoffene Wahlen vollzogen wird. Dazu kommen eine unabhängige Justiz und eine freie Presse. Wie alle anderen Vorkehrungen der Gewaltenteilung und -hemmung sind beide auf die Dauer nur durch den kontinuierlichen, unter Verzicht auf Aufstand und Bürgerkrieg erfolgenden Regierungswechsel zu sichern. Das gilt ebenso für die um-



gekehrte Wechselbeziehung zwischen Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und freien Wahlen; ohne Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit sind auf die Dauer freie Wahlen kaum denkbar. Die damit geschilderten Bedingungskonstellationen weisen auf Dispositionen und Traditionen der politischen Mentalität hin, die historisch nicht von Anfang an in allen Gesellschaften, z. B. in der deutschen Gesellschaft von Weimar und in der ersten Zeit nach 1945, umfassend ausgebildet waren. Sie sind auch heute keinesfalls global gesichert.

Spätestens nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts setzt Demokratie im westlichen, vor allem in den beiden angelsächsischen Demokratien der USA und Großbritanniens entwickelten Verständnis zudem die Geltung eines Minimums von Menschenrechten voraus. Von Anfang an spielte dabei die Religionsfreiheit, der historische Kern der anderen Menschenrechte, eine zentrale Rolle, aber ebenso, trotz aller Unzulänglichkeiten in den ersten Entwicklungsstufen, die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz (als innerstaatliches Ausgangelement des allgemeineren Gleichheitssatzes) sowie die Meinungs- und Pressefreiheit. Die historisch im „Westen“ – zuerst in Frankreich und in den USA – formulierten Menschenrechte haben von Anfang an einen universalistischen Geltungsanspruch, was für die Zeit nach 1945 auch Art. 1 der UN-Charta zum Ausdruck bringt. Sie dulden deshalb keinen „kulturellen“ Vorbehalt, wie ihn etwa eine Konferenz der islamischen Staaten 1990 in Kairo zugunsten des islamischen Scharia-Rechts formuliert hat (Kairoer Erklärung der

Menschenrechte im Islam). Das schließt andererseits nicht aus, dass Menschenrechtskonzepte im Einzelnen eine unterschiedliche Ausrichtung und Interpretation finden und in diesem Sinne auch weiterentwickelt werden können.

Als Lehre aus dem Kampf gegen Hitlerdeutschland haben, wie geschildert, westliche Staaten nach dem 2. Weltkrieg in zunehmendem Umfang den Schluss gezogen, dass Demokratien demokratiefeindliche Strömungen im eigenen Land bekämpfen und bei einer bestimmten Intensität der Demokratiegegnerschaft aus der politischen Willensbildung ausschließen sollten. Selbst in der EU-Verfassung hat dieser Grundsatz mittlerweile in einem gewissen Umfang Ausdruck gefunden<sup>1</sup>. Der deutsche Verfassungstypus, der explizit ein Parteienverbot erlaubt, wird häufig als ein Modell für eine derartige, streitbare Demokratie bezeichnet. Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit – dieser Satz fasst eine derartige Verfassungsposition plakativ (deshalb aber auch etwas missverständlich<sup>2</sup>) zusammen.

Wahlen allein, das konnte spätestens nach 1990 in weitem Umfang als

---

1 Art. 7 des EU-Vertrags sieht eine Aussetzung der Stimmrechte eines Mitgliedstaats vor, wenn dieser gegen die EU-Grundprinzipien nach Art. 2 EUV auf dem Gebiet der Demokratie und der Menschenrechte verstößt und dies mit qualifizierten Mehrheiten von den EU-Organen festgestellt wurde.

2 Es geht ja nicht darum, den Demokratiefeinden alle Freiheitsrechte zu entziehen; ihnen werden nur einige Positionen entzogen, z. B. auf dem Gebiet der Parteienbildung, die sie als Mittel zur Freiheitsbeseitigung verwenden können.

westlicher politischer Mehrheitskonsens formuliert werden, geben keine demokratische Legitimation, wenn sie von erklärten Demokratiefeinden gewonnen werden. Die streitbare Demokratie ist danach – im Gegensatz etwa zur Weimarer Republik – keine Einrichtung mehr, die von innen heraus auf legalem und legitimen Wege abgeschafft werden kann. Stimmt man dieser Konsensbasis nicht zu, müsste Hitlers 1933 erworbener Kanzlerschaft vor dem Hintergrund der NSDAP-Wahlerfolge, des NSDAP-geführten Regierungsbündnisses und des damaligen Verfassungssystems im Rückblick übrigens auch heute noch eine gewisse demokratische Legitimation zugesprochen werden.

### **Transformationsprozesse und Demokratieabgrenzung**

Dass der dargestellte Konsens im Demokratieverständnis neuerdings – ausdrücklich oder verdeckt – häufiger in Frage gestellt wird, deutet auf eine der zurzeit bestehenden Problemkonstellationen und Unsicherheiten bei der Bewertung der Demokratieentwicklung zum Beispiel in mehrheitlich muslimischen Gesellschaften hin. Irritationen haben sich insoweit etwa bei der Einschätzung einer Wahlbeteiligung von Hamas an palästinensischen Wahlen ergeben. Die Außenministerin Condoleezza Rice der US-Bush-Administration hatte eine derartige Wahlbeteiligung begrüßt, obwohl von Anfang an Zweifel an der Demokratieorientierung von Hamas – in der Programmatik und im realen Verhalten – bestehen mussten; Hamas ist von der EU zu Recht auf die Terrorliste gesetzt worden.

Der Hamas-Fall macht eine allgemeinere Fragestellung deutlich. Wie ist die Entwicklungsfähigkeit politischer Einheiten – von gesellschaftlichen Gruppen, von Parteien und von Staaten – hin zu demokratischen Positionen zu beurteilen? Dass Demokratien nicht als makellose, vollkommene politische Erscheinungen aus dem Nichts entstehen, ist keine neue Erkenntnis. In der politischen Realität gab und gibt es Übergänge und Grauzonen.

In ihren Anfängen wiesen demokratische Systeme aus heutiger Sicht häufig beträchtliche Defizite auf. Manche haben sich erst über größere Zeiträume, Schritt für Schritt, zu etwas entwickelt, was nach unseren heutigen Kriterien den Namen „Demokratie“ verdient, wie z. B. das britische Beispiel zeigt. Die USA hatten zunächst nicht die Sklaverei abgeschafft, die Französische Republik und Großbritannien verfügten lange Zeit über ausgedehnte Kolonialreiche. Dennoch wird man weder den USA bis zum Sezessionskrieg, noch etwa der dritten Französischen Republik bis zu ihrer Umwandlung in einen nicht-demokratischen „État Français“ im Jahre 1940 den Demokratiestatus absprechen können. Ähnliches gilt für das britische Politiksystem mit seinen seit dem 19. Jahrhundert entwickelten Demokratieansätzen.

Auch über lange Zeiten gefestigte Demokratien können Defizite aufweisen und in Krisen geraten. Sie verlieren damit nicht zwangsläufig ihren Demokratiecharakter. Gesellschaften und Staaten können sich auf dem Weg zur Demokratie befinden, ohne bereits von Anfang an alle Demokratiekriterien zu erfüllen. Ob und inwieweit sie al-

lerdings tatsächlich in die Demokratie-richtung gehen, wird vor allem an den beschriebenen Kriterien (Wahlen in einem pluralistischen Parteiensystem, Rechtsstaat, Menschenrechte, eventuell auch allgemeine politische Mentalitätsorientierung) zu messen sein. Auf diesen – zugegebenermaßen komplexen – Maßstab kann also nicht deshalb verzichtet werden, weil es unvollkommene Demokratien und vordemokratische Grenzgänger gegeben hat und gibt. Das Gegenteil ist richtig. Ähnliches gilt für den kulturrelativistischen Einwand, Menschenrechte und Demokratie seien „westliche“ Erfindungen und daher für eine Bewertung außerhalb ihres Entstehungskreises ungeeignet.

Nach dem Tod von Tschiang Kai-Schek (1975), der im chinesischen Bürgerkrieg von Mao Tse-tung geschlagen worden war, wurden die seit dem Bürger- und dem Krieg gegen Japan in China und nach 1945 auch auf Taiwan geltenden Ausnahme Gesetze auf Taiwan aufgehoben. Ein relativ schnell ablaufender Umwandlungsprozess hat ein Mehrparteiensystem entstehen lassen, zu dem auch Nachfolgeparteien der früher allein herrschenden Kuomintang gehören.

Pressevielfalt und Rechtsstaatlichkeit, die sich zum Beispiel in der Aufdeckung und Verfolgung von Korruptionsfällen bewährt hat, Religionsfreiheit und viele in der Öffentlichkeit sichtbare Religionsgemeinschaften gehören zur neuen Demokratie auf Taiwan, die im Innern, soweit sich das zurzeit beurteilen lässt, gesichert erscheint. In Wahlen auf allen Ebenen haben inzwischen mehrfach Mehrheits-, Regierungs- und Exekutiv-

wechsel stattgefunden. An Streitthemen hat es dabei nicht gefehlt, die sich auch auf grundsätzliche Probleme der politischen Identität beziehen, auf die Frage nämlich, ob sich Taiwan als eigenständige Nation definiert oder weiterhin als Teil Chinas, wenn auch nicht als Teil der Volksrepublik, versteht. Der zuletzt gewählte Präsident vertritt die gesamtchinesische, sein Vorgänger vertrat die taiwanesischen Identitätsthese. Taiwan kann bei allen Unsicherheiten in den äußeren Zukunftsperspektiven als Beispiel für einen gelungenen Transformationsprozess auf dem Weg zu mehr Freiheit und Demokratie angesehen werden.

Ähnliches gilt – in unterschiedlichem Umfang – für einige postsowjetische Systemwechselfälle. Nicht überall entstanden dort allerdings stabile Demokratien oder überhaupt Demokratien. Zu den Zweifelsfällen gehören in diesem Zusammenhang u. a. Weißrussland (das heute keine Demokratie mehr ist), Russland und ein größerer Teil der exsowjetischen zentralasiatischen Republiken.

Bei allen Unterschieden in den jeweiligen nationalen Konstellationen gibt es in den postsowjetischen Transformationsfällen, wenn man einmal von Zentralasien absieht, meist einen gemeinsamen Veränderungsansatz: die mehr oder weniger deutliche Ausrichtung an einem westlichen Demokratietyp. Hier besteht auch im Verhältnis zu Taiwan eine gewisse Ähnlichkeit.

Fraglich ist, ob und gegebenenfalls inwieweit sich eine derartige Typologisierung auf die Vorgänge im islamischen Raum (in diesem Fall einschließlich der früher sowjetischen Republiken

mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit) übertragen lässt.

Für eine differenzierende Bewertung spricht eine ganze Reihe von Argumenten. Für die Lageeinschätzung können zum Beispiel die unterschiedlichen Auffassungen des Islamwissenschaftlers Bernard Lewis und des israelischen Politikers (und früheren sowjetischen Bürgerrechtlers) Natan Sharansky Bedeutung haben<sup>3</sup>. Lewis geht davon aus, dass die Regierungskritik in der islamischen Tradition eher darauf ausgerichtet ist, gute und gerechte Herrschaft zu verlangen, und weniger darauf, individuelle Freiheiten zu sichern; Sharansky betont den Freiheitswillen aller Menschen, dessen Wirkungen er auch in Nordafrika sieht. Beide beurteilen die Vorgänge in Nordafrika nach unterschiedlichen Maßstäben, Lewis im Ergebnis eher zurückhaltend und skeptisch, Sharansky optimistischer. In einem Punkt stimmen sie aber überein: Die Bedeutung von Wahlen darf bei der Demokratieentwicklung nicht als der allein entscheidende Faktor angesehen und insoweit überschätzt werden; ebenso wichtig, vielleicht wichtiger, sind politische Einstellungen gegenüber einer pluralistischen Ordnung, gegenüber Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit oder nach individueller Freiheit.

Umfragen in Ägypten ergeben dazu ein gemischtes Bild. Kein rundweg posi-

tives Zeichen folgt aus der ägyptischen Volksabstimmung, die sich vor grundlegenden Verfassungsänderungen, die z.B. bessere Voraussetzungen für Säkularität und Pluralität des politischen Lebens hätten schaffen können, für schnelle Wahlen zu einem neuen Parlament entschieden hat. Damit werden, wie die meisten Kommentatoren meinen, diejenigen begünstigt, die über die besten Organisationsvoraussetzungen verfügen, also die frühere ägyptische Regierungspartei und die Muslimbrüder. Inzwischen hat die vom ägyptischen Militär eingesetzte Regierung die Bedingungen geändert. Die Frist bis zu den Parlamentswahlen wurde etwas hinausgeschoben, die alte Regierungspartei aufgelöst. Welche Folgen dieser Schritt hat, bleibt abzuwarten.

### **Streitfragen: Muslimbruderschaft, Hamas und das „Modell“ der AKP-Türkei**

Die Bewertung des Faktors Muslimbruderschaft spielt bei der Einordnung der Umwälzungen in der islamischen Welt, soweit sie sunnitisch ausgerichtet ist, oft eine wichtige Rolle. Die Meinungen gehen auf diesem Gebiet weit auseinander. Eine begrenzte Übereinstimmung besteht vielleicht insoweit, als die meisten annehmen, dass sich unter dem Oberbegriff der Muslimbrüder unterschiedliche Strömungen verbergen, die auch in ihrem Demokratieverständnis verschiedene Positionen vertreten. Die Muslimbrüder haben in den einzelnen islamischen Ländern im sunnitischen Sektor nach dem Organisationsniveau, dem politischem Einfluss und der politischen Ausrichtung eine unterschiedliche Bedeutung.

---

3 Vgl. dazu den gegenüberstellenden Bericht von Jonathan Rosenblum, *Democracy in the Arab World*, Natan Sharansky, Bernard Lewis and their differing views on the chances for democracy in the Middle East, *Aish.com*, 29. 3. 2011.

Andererseits ist wohl ebenso unbestritten, dass es innerhalb der Muslimbruderschaft auch problematische Positionen gibt, die sich zum Beispiel auf dem Gebiet des Menschenrechts der Glaubensfreiheit nur schwer mit demokratischen Auffassungen vereinbaren lassen – und ebenso wenig mit Forderungen nach einer Säkularisierung.

Auch Prognosen zur künftigen Entwicklung lassen auf diesem Gebiet häufig eine eher negativ zu bewertende Perspektive erkennen. Ein besonders drastisches Beispiel gibt in diesem Zusammenhang der Ableger der Muslimbruderschaft im Gazastreifen und im Westjordanland Hamas. Die Hamascharta von 1988<sup>4</sup>, die nach wie vor in Kraft ist, liest sich wie ein antidemokratisches und antisemitisches Pamphlet. Dem Inhalt nach nimmt es an vielen Stellen auf im islamischen Bereich weit verbreitete Verschwörungstheorien Bezug, zu denen etwa das auch von Adolf Hitler geschätzte Machwerk der „Protokolle der Weisen von Zion“ gehört. Dass Hamas auch die eigene Bevölkerung unterdrückt und schikaniert, zeigen übrigens die jüngsten Anti-Hamas-Demonstrationen im Gazastreifen. Hamas hat auch sonst immer wieder bewiesen, dass auf sie gerichtete Hoffnungen auf einen Wechsel hin zur Demokratie und zum Frieden nicht mit der Realität zu

belegen sind; zu dieser Realität gehören gezielte Hamas-Terrorangriffe auf die israelische Zivilbevölkerung ebenso wie offen antisemitische Hetzkampagnen über die Hamas-Medien.

Hamas ist eine Organisation, deren Beteiligung an Wahlen alles Mögliche belegen mag, bestimmt aber nicht einen Fortschritt in Richtung Demokratie und Menschenrechte. Im Rahmen der allgemeinen Bewegung der Muslimbrüder stellt Hamas nicht unbedingt eine extreme Sonderformation dar. Auch in der Zeit, in der der Gründer der Muslimbrüder, Hassan al-Banna, die ägyptische Muslimbruderschaft führte, hat sich diese zum Beispiel häufiger einer antisemitischen Argumentation bedient<sup>5</sup>. Eine gewisse Distanz und Vorsicht erscheint im Umgang mit den verschiedenen Strömungen der Muslimbruderschaft nach alledem angemessen – was ebenso für die entsprechenden in Deutschland tätigen Organisationen gilt.

Auch zur Einordnung der türkischen Regierungspartei AKP gibt es in Deutschland bislang kein einheitliches

---

4 Vgl. dazu die Hamascharta in englischer Fassung in Faber, Klaus/Schoeps, Julius H./ Stawski, Sacha (Hg.), Neu-alter Judenhass – Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik (Berlin: Verlag Berlin-Brandenburg, 2006, 2. Aufl. 2007), S. 399–424.

5 Vgl. dazu Krämer, Gudrun, Hasan al-Banna (Oxford, New York: Oneworld Publications 2010), S. 49, 76, 80. Krämer verwendet zur Kennzeichnung der Handlungen zwar nicht die Qualifikation „antisemitisch“; Boykottaufrufe und Demonstrationen gegen die jüdische Bevölkerung in Ägypten, die verdächtigt wird, als „fünfte Kolonne“ für die Zionisten in Palästina tätig zu sein, oder politische Erklärungen, die das „Weltjudentum“ für ungünstige Entwicklungen verantwortlich machen, erfüllen aber diese Qualifikation; zum deutschen Anteil an der Antisemitismusverbreitung in der islamischen Welt vgl. Herf, Jeffrey, Nazi Propaganda for the Arab World (New Haven & London : Yale University Press, , 2009).

Meinungsbild. Einige Kommentatoren haben die AKP-Türkei als ein „Modell“ für eine gelungene Verbindung von „islamistischen“ und demokratischen Positionen und damit auch als Vorbild für die Entwicklung in arabischen Staaten, etwa in Ägypten, dargestellt. Auch Condoleezza Rice hatte sich früher mit vergleichbarer Tendenz positiv über die nach ihrer Auffassung zugleich „islamistische“ und demokratische AKP geäußert – offenbar in der Erwartung, dort Bündnispartner für einen Öffnungskurs gegenüber der islamischen Welt zu finden, wie er – mit anderen Mitteln – auch von der Obama-Administration verfolgt wird. Gegenüber derartigen Bewertungen ist ebenso Zurückhaltung geboten.

Der heutige türkische AKP-Ministerpräsident Erdogan<sup>6</sup> war ursprünglich der politische Ziehsohn des 2011 gestorbenen Politikers Erbakan. Erbakan war in den 1990er Jahren selbst türkischer Ministerpräsident und Vorsitzender einer Partei gewesen, die vom obersten türkischen Gericht wegen islamistischer Zielsetzungen verboten wurde. Diese Partei und andere Nachfolgeparteien stehen in einem Zusammenhang mit der islamischen Vereinigung Milli Görüs, die programmatisch von Erbakan geprägt ist und sowohl zur Muslimbruderschaft als auch zu Hamas eine gewisse Nähe aufweist. Der deutsche Zweig von Milli Görüs wird vom

Verfassungsschutz beobachtet und in den entsprechenden Berichten regelmäßig erwähnt. Erbakan, der auch für offen antisemitische Äußerungen bekannt war, wurde 1997 von einer heute, nach mehreren AKP-Wahlsiegen seit 2002, nicht mehr vorstellbaren Machtkonstellation, an der auch die kemalistisch geprägte Militärführung beteiligt war, aus dem Amt gedrängt. Erdogan erhielt wegen einer religiösen Agitationsrede eine Gefängnisstrafe.

Nach dem Gefängnisaufenthalt beteiligte sich Erdogan an der Gründung der AKP-Partei, die sich – in Abgrenzung zu Erbakans Positionen – bislang erfolgreich bemüht, in der Satzung und im Verhalten nach türkischem Recht keinen Anlass für ein Parteiverbot zu geben. Ein derartiges Verbot ist inzwischen auch unwahrscheinlich geworden. Die AKP bezeichnet sich selbst als konservativ und demokratisch. Die AKP hat ihre Machtbasis in ihrer langen Regierungszeit konsequent vor allem zu Lasten der kemalistischen Hochburgen im Militär, in der Justiz, in der Administration und an den Hochschulen ausgebaut. Dieser Machtausbau wird auch durch eine Verfassungsänderung von 2010 erleichtert.

Der AKP werfen ihre Gegner eine islamistische Unterwanderung von Gesellschaft und Staat vor. Die EU-Kommission begleitet im Rahmen der Beitrittsgespräche den Machtumbau in der Türkei mit Zurückhaltung und zum Teil, was u. a. die Reduzierung der Militäreinflusspositionen und der Möglichkeiten, Parteien zu verbieten, anbelangt, sogar mit Wohlwollen. Sie kritisiert aber seit einiger Zeit die mangelnde

---

6 Vgl. zur AKP- und zur Türkei-Entwicklung Faber, Klaus, „Türkische Optionen: Zwischen Laizismus und Islamismus – Fest zu glauben, es gebe keine Gefahren, hat diese noch nie beseitigt“, in: *perspektiven ds*, Marburg, Heft 2/07, S. 184 bis 193.

Umsetzung von seit langem geforderten Veränderungsschritten, die zu einer Gleichberechtigung nicht-muslimischer Glaubensgemeinschaften und auch der großen religiösen Minderheit der Aleviten führen sollen. Die Aleviten wehren sich ihrerseits, auch mit ihren Organisationen in Deutschland (vor allem durch die Alevitische Gemeinde Deutschlands<sup>7</sup>), insbesondere dagegen, dass ihre Kinder vom türkischen Staat zu einem sunnitisch-islamischen Religionsschulunterricht zwangsweise herangezogen werden. Diese Regelung und Praxis ist vom Europäischen Menschenrechtsgesichtshof überprüft worden. Der Gerichtshof hat sie als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention bewertet, der auch die Türkei beigetreten ist; eine entsprechende Änderung hat der türkische Staat bislang noch nicht umgesetzt.

Emine Ülker Tarhan, bis Mitte März dieses Jahres Oberste Richterin in Ankara, hat vor kurzem ihr Amt niedergelegt. In einer Rede in Frankfurt/Main hat sie die türkische Justiz kritisiert, die immer mehr als „Handlanger“ der AKP-Regierung fungiere; das türkische System werde zunehmend „radikal-islamisch“<sup>8</sup>. Sie schildert den Weg der AKP-Türkei in einen Polizeistaat, der sich immer deutlicher gegen die Pressefreiheit wendet.

Wie der kurze Überblick zeigt, eignet sich die von der AKP regierte Türkei jedenfalls zurzeit noch nicht uneingeschränkt dazu, als Modell für eine gelungene Symbiose von, wie das formuliert wurde, „islamistischen und demokratischen“ Positionen dargestellt zu werden. Der Fall Türkei weist vielmehr auf etwas anderes hin: Auch große Abstimmungserfolge in Wahlen und Referenden belegen nicht immer zuverlässig die demokratische Qualität eines Regierungssystems; als Prüfkriterien müssen auch und gerade für Staaten und Gesellschaften in einem Übergangsprozess ebenso die Menschenrechte, etwa die Rechte auf Religions- und Meinungsfreiheit, herangezogen werden. Nicht jeder Regimewechsel verbessert am Ende die Demokratie- und Menschenrechtsbilanz, wie leider allzu viele „Revolution“- und Umwälzungsfälle zeigen.

### **Westlich-europäische Interventionspolitik und Integration in Deutschland**

Abgrenzungsklarheit ist ebenso in anderen Bereichen zu wünschen. Das Instrument der humanitären Intervention ist seit einiger Zeit in der Staatenpraxis immer weiter entwickelt und ausgebaut worden. Das ist im Kern ein positives Zeichen, das mit globalen Trends zusammenhängt, die die Demokratisierung und die Verwirklichung der Menschenrechte gegen die Staatensouveränität zunehmend zu einem internationalen Thema machen. Wie jede gute Absicht kann aber auch die Anwendung eines neuen, grundsätzlich geeigneten Instruments unter bestimmten Bedingungen zu nicht erwünschten Wirkungen führen.

---

7 Vgl. dazu den Bericht zum Erdogan-Besuch in Deutschland und über die entsprechende Erklärung der Alevitischen Gemeinde Deutschlands vom 26. 2. 2011 in <http://www.domradio.de/aktuell/71688/nicht-sinnvoll.html>.

8 Vgl. den Bericht in *Die Welt*, 9. 4. 2011, S. 3, und in *FAZ.NET* vom 11. 4. 2011.

In vielen Fällen sind humanitäre, auf die Menschenrechte ausgerichtete internationale Interventionsziele mit anderen Interessen verbunden worden. Die Interventionsaktionen beruhen nicht immer auf einem Beschluss des UN-Sicherheitsrats. In einem Teil der damit angesprochenen Fälle ist das auf die besonderen Interessen von Mitgliedern des Sicherheitsrats zurückzuführen, die über eine Veto-Position verfügen. Russland hätte z.B. wegen seiner historischen Beziehungen zu Serbien eine gegen Serbien gerichtete UN-Resolution für eine Kosovo-Intervention mit einem Veto belegt. Die entsprechende Intervention ist daher außerhalb der Vereinten Nationen durchgeführt worden. Eine Intervention gegen eine der Veto-Mächte, z. B. gegen China oder Russland, ist in einem derartigen System praktisch ausgeschlossen. Zur Konsistenz und Glaubwürdigkeit der westlichen und speziell der europäischen Interventionspolitik stellen sich in diesem Zusammenhang Fragen.

Ein Schwerpunkt der westlichen Interventionen betrifft die islamische Welt. Bosnien, Kosovo, Libyen, Libanon, Irak, Somalia, Afghanistan sowie die Meeresgebiete vor Somalia und dem Jemen sind dafür Beispiele. Von der amerikanischen Führungsmacht des Westens ist bei verschiedenen Gelegenheiten versucht worden, Maximen für die Politik gegenüber der islamischen Welt zu formulieren. Obamas Rede in Kairo (2009)<sup>9</sup> sollte in-

soweit einen Neuanfang signalisieren. Im Rückblick bemerken einige Kommentatoren kritisch, dass diese Rede keine der Themen angesprochen habe, denen bei den jüngsten Umwälzungen in der arabischen Welt eine entscheidende Bedeutung zukam. Nach wie vor sind im Gesamterscheinungsbild des Westens – der USA und insbesondere der Europäer – einige strategisch wichtige Fragen ungeklärt. Soll die Forderung nach Demokratie und Menschenrechten, unter Einschluss des Rechts auf Religionsfreiheit, künftig eine einigermaßen verbindliche Orientierung für die westliche Politik gegenüber der Islamwelt geben? Wie wird in diesem Rahmen Differenzierung gestaltet und gerechtfertigt, z. B. einerseits im Falle der humanitären bewaffneten Intervention in Libyen und andererseits gegenüber der zurzeit explizit nicht-militärischen Sanktionspolitik gegen die Islamische Republik Iran? Dieser Republik können, um ein Vergleichselement anzuführen, bestimmt nicht weniger Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden als dem libyschen (oder dem früheren irakischen und dem aktuellen sudanesischen) Regime.

Es geht hier nicht, wie viele meinen, um den klassischen Gegensatz zwischen „Idealisten“ und „Realisten“. Idealistische Positionen, die ernst genommen werden wollen, müssen zumindest die Machtmittel, die für die Umsetzung von Zielen zur Verfügung stehen, realistisch

---

9 Vgl. dazu Obama, Barack, Rede an die Muslime, 4. 6. 2009, in: Handelsblatt, 4. 6. 2009, Dokumentation (siehe [http://www.handelsblatt.com/politik/\\_b=2326294\\_p=6\\_t=ftprint,doc\\_page=0;printpage](http://www.handelsblatt.com/politik/_b=2326294_p=6_t=ftprint,doc_page=0;printpage)). Zur Kritik

---

an Teilaspekten der Rede vgl. Kramer, Stephan J., „Obamas emotionale Schiefelage – Von der Nahostpolitik des US-Präsidenten fühlt sich Israel brüskiert“, in: Der Tagesspiegel, 16. 6. 2009, S. 10.



einschätzen. Realpolitik ist in unserer Zeit andererseits nur glaubwürdig und möglich, wenn sie wenigstens versucht, ihre Entscheidungen auf Wertepositionen und auf nachvollziehbare Prioritätensetzungen zu stützen. Berechenbarkeit ist ein wesentliches Element erfolgreicher Realpolitik; es ist ohne diese Grundlagen schwer zu vermitteln.

Es sei jetzt vor allem die Aufgabe der Europäer, Verantwortung für die Entwicklung der südlich des Mittelmeers gelegenen islamischen Welt zu übernehmen, so einige Debattenteilnehmer in der Reaktion auf die neuen Umwälzungen. Zu den betroffenen Verantwortungsbereichen gehöre unter Einbeziehung Israels die Wirtschaftsentwicklung, aber auch die Hilfe beim Aufbau einer demokratischen Staatstruktur oder zumindest bei einer in Schritten zu vollziehenden Demokratisierung. Anreize dazu könnten mit der Wirtschaftshilfe verbunden werden. Voraussetzung dafür ist auf der europäischen Seite die Einigung über die anzustrebenden Ziele; zu dieser Einigung gehört auch eine im Groben übereinstimmende Gefahreinschätzung, z. B. in der Bewertung der Vorgänge in der Türkei, der Rolle der Muslimbruderschaft oder von Hamas, und ebenso die gemeinsame Festlegung einiger Schritte auf dem Demokratisierungsweg. Man wird nicht behaupten können, auf diesem Gebiet sei auf der europäischen Seite bereits alles geklärt.

Wichtig wäre es auch, militärische Interventionen in der Zielsetzung, in der Ausführung und in ihrer Verbindung mit nicht-militärischen Maßnahmen mehr als bisher abzustimmen und diese

Abstimmung rechtzeitig zu kommunizieren. Gegen eine derartige Forderung kann nicht die manchmal zu hörende Erwägung angeführt werden, Kriege seien nun einmal in Verlauf und Folgen nur in begrenztem Umfang zuverlässig zu planen. Auch wenn und soweit das so ist, spricht dieser Umstand nicht gegen Planungs- und Abstimmungsanstrengungen, sondern nur dafür, ihren Wert für die Prognose und die Steuerung der Abläufe realistisch einzuschätzen.

Zu einer erfolgreichen politischen Kommunikation gehört es ebenso, die Grenzen der eigenen Interventionsmacht, zum Beispiel gegenüber China und Russland, anzuerkennen. Die Kommunikation muss aber zugleich den Sinn einer Handlungsmaxime erklären, die diese Grenzen zwar anerkennt, aber an der Orientierung an Menschenrechten und Demokratisierungszielen festhält und deshalb, im Rahmen dieser Zielsetzung und bei einer geeigneten Durchsetzungskonstellation, auch zu Interventionen bereit ist. Man kann wohl nicht zu dem Schluss kommen, dass eine derartige politische Kommunikation zur westlichen oder europäischen Interventionspolitik und ihrer Prioritätensetzung bereits mit Erfolg stattgefunden hat. In der öffentlichen deutschen Debatte ist jedenfalls, um ein Beispiel zu nennen, bislang noch nicht zu erkennen, dass die unterschiedlichen Verhaltensweisen westlicher und europäischer Politik gegenüber den jeweiligen oppositionellen Kräften im Iran, in Ägypten, in Syrien und in Libyen allgemein verstanden und, auf der Grundlage überzeugender Erklärungen für die festzustellende Differenzierung, akzeptiert worden sind.

Die Vorgänge in der islamischen Welt haben auch Auswirkungen auf die Integrationspolitik in Europa. Die nach Europa kommenden Migranten bringen eigene Vorstellungen zum Politikverständnis und zur Politikgestaltung mit. Sie bleiben, auch dank des Fernsehsatellitenempfangs, im Kontakt mit ihren Herkunftsländern. Im Austausch mit den Erfahrungen in Deutschland werden neue Positionen gebildet und in der Generationenfolge weitergegeben und verändert. Die neuen Einwanderer kommen nicht immer aus Ländern mit einer stabilen und bewährten Demokratie. Zur Türkei bestehen, was Deutschland anbelangt, besonders enge Beziehungen. Die staatliche türkische Religionsbehörde ist auch in Deutschland präsent und betreut eine ganze Reihe von Moscheegemeinden.

Die eingangs, bei der Schilderung der Verhältnisse in Weimar, erwähnten allgemeinen Dispositionen und Traditionen der politischen Mentalität, die für das Funktionieren von Demokratien wichtig sind, haben auch beim Integrationsprozess in Deutschland Bedeutung. Dass aus den Herkunftsländern der Einwanderer insoweit auch problematische Einstellungen mitgebracht wurden und werden, kann nicht überraschen. Zu ihnen gehört z. B. der in islamischen Gesellschaften weit verbreitete Antisemitismus, der nicht auf antizionistische Positionen reduziert werden kann und für dessen Herausbildung übrigens die hitlerdeutsche Propaganda historisch einen entscheidenden Beitrag geleistet hat<sup>10</sup>. Radikal-

islamische oder islamistische Bewegungen und Organisationen verbreiten auch in Deutschland sehr häufig antisemitische Auffassungen. Es stellt sich also auch in diesem Punkt die Frage, wie mit derartigen Organisationen umgegangen werden soll, die nicht nur wegen ihrer antisemitischen Agitation in der Nähe verfassungsfeindlicher Positionen operieren.

Im Verhältnis zur NPD gibt es in Deutschland unterschiedliche Grundsatzauffassungen. Einige vertreten den Standpunkt, die NPD sollte nur im politischen Meinungsstreit und nicht durch ein Verbot bekämpft werden. Ein Teil dieser Positionen hat dabei offenbar grundsätzliche Bedenken gegen die Möglichkeit eines Parteienverbots und stellt damit ein wesentliches Element der streitbaren Demokratie in Frage. Andere sehen in dieser Frage eher ein taktisches, auf den Einzelfall bezogenes Problem, das mit der Beurteilung der Erfolgchancen in einem Verbotsverfahren zusammenhängt.

---

lerdeutschlands historischem Beitrag – Faber, Klaus, „Der edle Wilde‘ und der neue Antisemitismus. Zum Israelbild der ‚postkolonialen‘ Ideologie“, in: Sonnenschmidt, Reinhard/Kotowski, Elke-Vera (Hg.), *Grenzgänge zwischen Politik und Religion*, Festschrift zum 70. Geburtstag von Claus-Ekkehard Bärsch, S. 193–220 (München: Wilhelm Fink Verlag, 2009), S. 207–215. Zu Hitlerdeutschlands Rolle siehe auch Herf, Anm. 5, sowie die Besprechung des Herf-Buchs von Faber, Klaus, *Nazi-Propaganda in der arabischen Welt*. Jeffrey Herf zur deutschen Mitverantwortung für die Antisemitismusverbreitung in der Islamwelt, in: *perspektivends*, Nr. 1/10, S. 145–148 (Marburg: Schüren Verlag, 2010).

10 Vgl. zu beiden Aspekten – der Abgrenzung gegenüber dem Antizionismus und zu Hit-

Gegenüber in ihrer Haltung zur Demokratie problematischen islamischen Organisationen (etwa gegenüber Milli Görüs), die nicht den Charakter einer Partei aufweisen, wird die entsprechende Debatte meist weniger grundsätzlich geführt. Es gibt aber auch in diesem Zusammenhang Positionen, die für eine werbende Haltung des deutschen Staates und der deutschen Gesellschaft eintreten, bei der Demokratie-Zweifel zunächst zurücktreten sollen. Verbotentscheidungen etwa gegen den deutsch-türkischen Hamas-Unterstützer-Verein IHH, dem Antisemitismus und Terrorförderung vorgeworfen wurden, finden andererseits breite Zustimmung. Anlass für alarmistische Einschätzungen der Integrationslage besteht nicht, schon gar nicht für einen biologistisch argumentierenden Alarmismus („Deutschland schafft sich ab“<sup>11</sup>), der ganze Ein-

wanderergruppen (im Sarrazin-Fall auch Gruppen ohne „Migrationshintergrund“) abwertet.

Umgekehrt gilt aber auch, dass es möglich sein muss, über tatsächlich vorhandene Gefahren und Probleme, z. B. über die Einstellungen zur Demokratie, zu den Grund- und Menschenrechten, zur Gewalt und zum Antisemitismus, offen und öffentlich zu diskutieren – in angemessenen Formen (z. B. in der Islamkonferenz). Der Vorwurf der „Islamophobie“ – eine problematische Wortschöpfung<sup>12</sup> – ist dabei in der Debatte häufiger ein illegitimes Mittel zur Abwehr legitimer (wenn auch im Ergebnis nicht immer zutreffender) Kritik. Wir haben auch hier keinen Anlass, die notwendige Abgrenzungsdiskussion mit ideologischen Scheuklappen und Pauschalverdächtigungen zu führen.

---

11 Vgl. zur Kritik an Sarrazins Thesen Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber, Ist Thilo Sarrazin ein Sozialdemokrat? in: *perspektivends*, Nr. 2/10, S. 7–9 (Marburg: Schüren Verlag, 2010).

---

12 Vgl. dazu Faber (2009), Anm. 10, S. 216–218.

# Beiträge und Diskussionen

---

Helwig Schmidt-Glintzer

## Arbeits- und Lebensbedingungen chinesischer Arbeiter und die Legitimität des kommunistischen Kapitalismus

Als es im August 2010 zu Protesten von Arbeitern und zu spontanen Streiks vor allem in Südostchina kam, stellte der Südkurier einen Beitrag von Jutta Lietsch aus Shenzhen unter die Überschrift „In China erwacht die Arbeiterschaft“.<sup>1</sup> In der Provinz Guangdong hatte die Provinzregierung sogar den Entwurf einer neuen Verordnung vorgelegt, wonach die Arbeiter selbst Repräsentanten wählen können, um in geordneter Weise mit den Unternehmen in Verhandlungen zu treten. Entsprechend titelte das Handelsblatt „China will Gewerkschaften in die Freiheit entlassen“.<sup>2</sup> Tatsächlich aber war in der von Anita Chan untersuchten Region im Yangzi-Delta, nachdem in 73 Fabriken gestreikt worden war, lediglich eine Lohnerhöhung in Höhe von 300 Yuan und damit um 34,5 % gegen-

über der bisherigen Entlohnung auszuhandeln.<sup>3</sup>

Schon seit längerem hatte es immer wieder Arbeitsniederlegungen in exportorientierten Betrieben in China gegeben, die oft von den lokalen Sicherheitskräften mit Gewalt niedergeschlagen worden waren. Dabei waren, im Gegensatz zu Vietnam, Streiks nicht vorgesehen, sie waren weder erlaubt noch verboten.<sup>4</sup> Auch aus diesem Grunde wurde in den 90er Jahren darüber nicht berichtet, obwohl sich bereits in jener Zeit die Zahl der Proteste von Arbeitern und von Streiks häufte.<sup>5</sup>

In den letzten zehn Jahren aber wurden solche Fälle zunehmend im Internet publik gemacht. In den offiziellen Statistiken war dabei nur von „Arbeitskonflikten“ (*laodong zhengyi*) oder von

---

1 Jutta Lietsch, In China erwacht die Arbeiterschaft, in: Südkurier Nr. 187 (16. August 2010), S. 3.

2 Finn Mayer-Kuckuk, China will Gewerkschaften in die Freiheit entlassen, in: *Handelsblatt* vom 23.08.2010.

3 Anita Chan, Strikes in China's Export Industries in Comparative Perspective, in: *The China Journal*, No. 65 (January 2011), S. 27–51, hier S. 39.

4 Siehe Anita Chan, *op.cit.*

5 Anita Chan, *China Workers Under Assault: Exploitation and Abuse in a Globalizing Economy*. – New York: M.E.Sharpe 2001.

„Massenaufmärschen“ (*qunzhong shijian*) die Rede. Der Grund waren in der Regel niedrige Löhne oder auch Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz. In den Fabriken in Dongguan (Provinz Guangdong) wurde beispielsweise im Jahre 2004 für 40 Stunden pro Woche ein monatliches Gehalt von 450 Yuan (etwa US \$ 54.50) gezahlt. Nach Abzug für Miete und Verpflegung blieben 200 Yuan pro Monat. Um einigermaßen überleben und noch kleine Beträge für Notfälle oder zur Unterstützung der heimischen Familien zurück legen zu können, mussten die Arbeiter zusätzliche Stunden arbeiten. Wenn dann aber die Möglichkeit zu Überstunden eingeschränkt, aber weiterhin die gleiche Stückzahl wie bisher gefordert wurde, kam es oft zu Protesten.<sup>6</sup> Dabei bildete sich so etwas wie eine Protestkultur und eine Proletarisierung insbesondere unter den Wanderarbeitern heraus.<sup>7</sup> Um dem entgegen zu wirken, wurde ein Rechtsverfahren zur Lösung von Arbeitsstreitigkeiten institutionalisiert, welches auch dazu diente, bestimmte Arbeitsstandards durchzusetzen. Dieses „System zur Lösung von Arbeitskonflikten“ (*laodong zhengyi chuyi zhidu*), so Anne J. Braun, ermöglicht es Beschäftigten, „Arbeitsrechtsverletzungen anzuzeigen und über einen vierstufigen juristischen Prozess ihre Rechte

einzufordern.“<sup>8</sup> Das am 1. Mai 2008 in Kraft getretene „Arbeitskonfliktgesetz“, das Vorschriften aus den Jahren 1987 bzw. 1993/1994 ersetzte,<sup>9</sup> regelt erstmals umfassend Schlichtungs- und Schiedsverfahren bei Arbeitskonflikten. Allerdings zielt dies Verfahren, zugleich an alte Traditionen Chinas anknüpfend, eher auf eine außergerichtliche Streitbeilegung oder doch auf eine Schlichtung als auf einen Schiedsspruch. Immerhin hatte das Inkrafttreten des Arbeitskonfliktgesetzes eine Klagewelle ausgelöst. Während sich zwischen 1997 und 2007 die Anzahl der von Schiedskommissionen verhandelten Arbeitskonflikte von 48.000 auf 350.000 versiebenfacht hatte, verdoppelten sich allein 2008 die zur Verhandlung akzeptierten Schiedsfälle im Vergleich zum Vorjahr. So gab es 2008 693.000 Schiedsfälle und 295.000 Arbeitsrechtsfälle vor Volksgerichten. Allerdings hat das Konfliktlösungssystem erhebliche Defizite, „die dem größten Teil der Beschäftigten das Einklagen ihrer Rechte weiterhin unmöglich machen.“<sup>10</sup>

### Wanderarbeiter

Die Arbeitskonfliktregelungsbestimmungen sollten Spannungen abbauen bzw. gar nicht erst entstehen lassen.

6 Anita Chan, *op.cit.*, S. 31.

7 Siehe Chris King-Chi Chan and Pun Ngai, *The Making of a New Working Class? A Study of Collective Actions of Migrant Workers in South China*, in: *The China Quarterly* 198, 2009, S. 287–303.

8 Anne J. Braun, *Das Ende der billigen Arbeit in China. Arbeitsrechte, Sozialschutz und Unternehmensförderung für informell Beschäftigte*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011, S. 67.

9 Günter Schucher, *Harmonisierung per Gesetz – Arbeitskonflikte in China und das neue Arbeitskonfliktgesetz*, in: *China aktuell* (4) 2008, S. 63–109.

10 Anne J. Braun, *op.cit.*, S. 71.

Doch werden diese Regelungen in vielen Fällen dadurch unterlaufen, dass informell Beschäftigte – und dazu zählen weitgehend die sog. „Wanderarbeiter“ – als „Auftragsarbeiter“ (*baogongtou*) keinen Arbeitnehmerstatus haben. Neben solchen unklaren Arbeitsbeziehungen, bei denen Regeln nicht greifen, gibt es vielfältige weitere Barrieren. Diese werden trotz zahlreicher Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zum Streitschlichtungssystem kaum gemindert.<sup>11</sup> Einer der wesentlichen Gründe ist das chinesische Gewerkschaftssystem, das trotz des novellierten Gewerkschaftsgesetzes von 2001 immer noch vor allem dem Prinzip der Loyalität gegenüber der KPCh und der Förderung der Wirtschaftsentwicklung verpflichtet ist.<sup>12</sup> Zwar gibt es Ansätze, diesen „Staatskorporatismus“<sup>13</sup> abzubauen oder zu mildern, doch mit bisher wenig Erfolg. Auch ist das Interesse an einer Durchsetzung eines Abbaus der Verquickung mit Unternehmensinteressen zugunsten der Rolle als Arbeitnehmervertretung zwar in der Programmatik der Zentralregierung und im nationalen Dachverband erkennbar, doch auf regionaler und lokaler Ebene bisher kaum spürbar. Insbesondere deswegen ist das Protestpotential auf unterer Ebene so massiv, und dies gilt in besonderem Maße für die besonders unzureichend vertretenen informell Beschäftigten.<sup>14</sup>

---

11 Anne J. Braun, *op. cit.*, S. 71–78.

12 *Op. cit.*, S. 79.

13 Zum Terminus und weiterer Literatur siehe Anne J. Braun, *op. cit.*, S.79.

14 *Op. cit.*, S. 82 ff.

Um diese Einzelmaßnahmen und die prekäre Stabilität des chinesischen Arbeitsmarktes besser zu verstehen, ist ein erweiterter Blick auf die historischen Erfahrungen und die längerfristigen Entwicklungsperspektiven sinnvoll, wobei Modernisierungsziele einerseits und die Legitimität des Staates und die Tradition von Protestbewegungen andererseits im Vordergrund stehen.

### **Der weitere Blick und eine langfristige Perspektive**

Die Rede von China als der „Werkbank der Welt“ hatte bei vielen Beobachtern lange Zeit den Blick getrübt für die innerchinesischen Transformationsprozesse selbst. Ebenso haben die im Westen mit gleichbleibender Bedeutsamkeitsgeste erhobenen Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte den Blick auf die in China selbst geltenden Wertorientierungen und Wertehierarchien und deren Veränderungen und insbesondere die realen Bedürfnisse der Menschen verstellt. Mit den tiefgreifenden Reformen auf den Gebieten des Arbeitsrechts und bei den Sozialstandards, welche in den letzten Jahren eingeleitet wurden, werden erstmals auch Millionen von Billigarbeitern – den so genannten informell Beschäftigten – einklagbare Rechte und soziale Absicherung zugestanden, auch wenn deren Durchsetzung noch in hohem Maße defizitär ist. Daraus dürften sich neue Spannungen ergeben. Die Frage, welche Folgen diese Reformen für die Arbeitsbedingungen in China haben und ob sich das Reich der Mitte damit mittelfristig vom Niedriglohnmodell verabschiedet, ist nämlich noch nicht beantwortet. Bei

Fortsetzung des Wirtschaftswachstums von jährlich 9,9 Prozent zwischen 1980 und 2009 und der Verzwölfachung des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens im selben Zeitraum scheint dies möglich, doch bildet die inzwischen immer stärker gewordene Weltmarktabhängigkeit der chinesischen Binnenkonjunktur ein erhebliches Risiko. Denn bei der Verhandlung von Fragen des Arbeitsrechts, der Sozialversicherungspolitik und der Arbeitsmarktpolitik schwingt stets die Frage mit: „Bleibt China als Produktionsstandort für ausländische Investoren attraktiv?“<sup>15</sup>

Mit dem schrittweisen Abbau von Staatsunternehmen, besonders forciert seit Mitte der 1990er Jahre, war es zu einer Informalisierung von Beschäftigung gekommen, die sich inzwischen als eine der größten Herausforderungen für den sozialen Frieden und die politische Stabilität in China erweist. So verfügte im Jahr 2006 nur noch knapp die Hälfte der städtischen Arbeitskräfte über eine Rentenversicherung. Bei den anderen Versicherungen (Unfall, Krankheit) war die Quote noch erheblich geringer. Als Reaktion auf diese Entwicklung war es zu jenen Forderungen nach Arbeitsstandards für informell Beschäftigte gekommen, von denen bereits die Rede war. Insbesondere Unglücke und spektakuläre Ereignisse – etwa Grubenunglücke im Bergbau – forcierten diesen Trend. Die Forderung nach Regelungen für informelle Arbeit wurde daher seit der Machtübernahme durch Hu Jintao und Wen Jiabao im November 2002 im Hin-

blick auf mehr Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Ausgleich erhoben.

Nun ist die Informalisierung von Arbeit zugleich einerseits ein weltweites Phänomen<sup>16</sup> und andererseits ein nicht unwesentlicher Faktor bei Aufstandsbe-  
 wegungen und Volksaufständen in vielen Ländern, wie etwa im Januar und Februar 2011 in einigen arabischen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens. Daher ist es nicht überraschend, dass die Lage in China im Lichte dieses globalen Trends und der Bemühung um eine Bewältigung seiner Folgen gesehen wird – und zwar nicht nur von den westlichen Beobachtern, sondern auch von der chinesischen Staatsführung selbst. Denn gerade in China stand lange Zeit der „rasanten Ausbreitung informeller Arbeitsverhältnisse“ eine „zögerliche Anpassung der Arbeitsgesetzgebung“ gegenüber.<sup>17</sup> Dabei darf man jedoch die Entwicklungen in China nicht nur in den internationalen Kontext einbinden, wozu die vielfältigen Erhebungen der ILO (International Labour Organisation) nützlich sind, sondern man muss sie zugleich vor dem Hintergrund traditioneller ebenso wie sich neu formierender Legitimationsstrukturen staatlicher Herrschaft und Fürsorgeerwartungen sehen. Dabei stellt sich die Frage, ob es im Hinblick auf die schrittweise Veränderung des Rechtsrahmens noch genügt, Wirksamkeit und Durch-

16 Siehe Eva Senghaas-Knobloch, Internationale Arbeitsregulierung für ein menschenwürdiges Leben weltweit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34-35/2010 (23. August 2010), S. 27–33, hier S. 30.

17 Anne J. Braun, *op. cit.*, S. 37.

15 Anne J. Braun, *op. cit.*, S. 14.

setzung der neuen Arbeitsgesetzgebung zu thematisieren, oder ob sich nicht angesichts einer mangelhaften Durchsetzbarkeit rechtlicher Regelungen die gesellschaftlichen Dynamiken und Perspektiven in anderen Sphären ihr Ventil suchen. Denn für die Einzelnen sind die bestehenden „Absicherungslücken trotz innovativer Konzepte“<sup>18</sup> so gravierend, dass neben staatlich-administrativen und sicher auch gewerkschaftlich einzufordernden Rahmenbedingungen wohl erst die Ausbildung unternehmerischer Freiräume im Sinne der Herausbildung einer von Verlässlichkeit und Verantwortlichkeit geprägten und an der Entwicklung des eigenen Personals orientierten Unternehmenskultur eine Stabilitätsperspektive eröffnet. So wird auch die Förderung von Mikrounternehmen bzw. die Verringerung des staatlich-administrativen Drucks auf dieselben als „neue Chance“ begriffen.<sup>19</sup> Anne J. Braun kommt zu dem Schluss, das sich „mit der Förderung von Mikrounternehmen [...] die rechtliche und finanzielle Situation sowie die unternehmerischen Fähigkeiten vieler Selbständiger verbessert“ habe.<sup>20</sup> Trotz mannigfacher staatlicher Regulierungsmaßnahmen muss jedoch einstweilen unbeantwortet bleiben, wie sich bei Fortdauer der staatlich-korporativen Einbindung der Gewerkschaften der soziale Friede und die staatlich-administrative Stabilität wird sicher stellen lassen. Es geht also um die Neuformu-

lierung eines Konzeptes des Verhältnisses von Kapital, Markt und Arbeit sowie um eine Neubewertung der Gegenüberstellung von informeller und regulärer Arbeit, eine Aufgabe, die sich inzwischen in vielen Ländern in verschärfter Form stellt. Dabei geht es immer auch um die Konzepte von Staatlichkeit und um die Zurechnung von Verantwortlichkeiten.

### **Ungezügelter Modernisierung – Einige Vorfälle<sup>21</sup>**

Während Staatspräsident Hu Jintao eine harmonische Gesellschaft proklamiert, erschlagen aufgebrauchte Stahlarbeiter den Geschäftsführer ihrer Fabrik. Die Regierung vertagt daraufhin die geplante Restrukturierung im Stahlwerk Tonghua in der Provinz Jilin.<sup>22</sup> – Obwohl ein hochrangiges Parteimitglied die von ihr organisierten Bibelstunden mit großem Zulauf als Beitrag zum Aufbau der harmonischen Gesellschaft verstanden wissen will, werden ihr diese Aktivitäten von der Partei untersagt. Solche Fälle zeigen, dass China seit längerem innenpolitisch von einer großen Dynamik gekennzeichnet ist. Die Regierung fürchtet Unruhen, daher ist sie an sozialem Ausgleich interessiert. Um Protestbewegungen nicht größere Ausmaße annehmen zu lassen, wird zugleich ein *fragmentierter Autoritarismus*

---

18 *Op. cit.*, S. 133.

19 *Op. cit.*, S. 143.

20 *Op. cit.*, S. 177.

---

21 Den folgenden Ausführungen liegt eine längere, noch nicht erschienene Abhandlung unter dem Titel „Europa, Du hast es besser. Die Tradition der unvollständigen Legitimität“ zugrunde.

22 Henrik Bork, „Stahlharte Methoden“, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 171 (28. Juli 2009), S. 8.



praktiziert. Dabei werden Protestbewegungen ernst genommen, zumal sich inzwischen ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung, in besonderem Maß in Form von NGOs etabliert hat. Dies führt etwa dazu, dass zahlreiche Wasserkraftprojekte mit Rücksicht auf die Proteste nicht durchgeführt werden.<sup>23</sup> Protestbewegungen finden sich aus vielerlei Anlässen. Das staatliche Sicherheitsbüro beziffert die Zahl von Unruhen in China wie folgt:

2003 58.000  
 2004 74.000  
 2005 87.000.

Gegenüber 1993, als noch 8.700 Fälle verzeichnet wurden, bedeutet dies eine Verzehnfachung in 15 Jahren. Nun handelt es sich hierbei nur zum Teil um Massenproteste. Die Lage aber ist eindeutig<sup>24</sup> – und die Zahlen haben sich inzwischen noch einmal verdreifacht und nähern sich der Größenordnung von 100 Fällen von Unruhen pro Kalendertag.

China ist ganz offensichtlich im Aufbruch – und keiner weiß, wie lang der innere Frieden hält. Selbstjustiz ist nicht nur an der Tagesordnung, sondern wird beklatscht, und unter den etwa 340 Millionen Online-Nutzern hat sich inzwischen der „größte Lynchmob der Welt“ organisiert, der zu einem Kesseltreiben bis hin zu Morddrohungen gegen ent-

tarnte Mitbürger führt.<sup>25</sup> So wird eine Modernisierung verwirklicht, die seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts China erneuern und wie ein leeres weißes Blatt neu beschreiben wollte. Es werden seither Handlungsspielräume eröffnet, die zunächst für den Staat, inzwischen nun auch für andere Akteure ein großes Maß an Freiheit eröffnen, eine Freiheit, vor der man berechtigterweise Angst haben muss,<sup>26</sup> weil sie noch nichts von der Warnung Immanuel Kants weiß, der im Jahre 1796 formulierte: „Die Gesetzmäßigkeit der Freiheit aber ist die höchste Bedingung des Guten und die Gesetzlosigkeit das wahre und absolute Böse, die Schöpfung des Übels.“

### Historische Reminiszenz und Europas mögliche Rolle in einer zukünftigen Weltordnung

Jedoch ist aus europäischer Warte Selbstgerechtigkeit fehl am Platze. Wenn Gottfried Wilhelm Leibniz von China als dem Europa des Ostens sprach, so hatte er eine Transformation Europas im Auge, die dann allerdings anders erfolgte als er sie sich wohl vorgestellt hatte. Nicht die Harmonie der europäischen Völker wurde erreicht, sondern in wechselseitiger Konkurrenz entfalten sie ihre Kräfte und prägten dadurch nicht nur Europa, sondern nahezu die ganze Welt. Russland dehnte sich über

---

23 Siehe auch Andrew C. Mertha, *China's Water Warriors. Citizen Action and Policy Change.* – Ithaca & London: Cornell U.P., 2008, bes. S. 152 ff.

24 Siehe Ching Kwan Lee, *Against the Law: Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt.* – Berkeley: Univ. of California Press, 2007, bes. S. 3 ff.

---

25 Johnny Erling, „Pressefreiheit oder Lynchjustiz? Chinesen nutzen das Internet als Pranger, Gerichte verteidigen die Privatsphäre“, in: *Die Welt* vom 30. Juli 2009, S. 23.

26 Siehe hierzu auch Helwig Schmidt-Glintzer, *Chinas Angst vor der Freiheit. Der lange Weg in die Moderne.* – München: C.H.Beck, 2009.

den Fernen Osten hinaus bis an die Ufer des Japanischen Meeres aus.<sup>27</sup> China wurde zu einem glanzvollen Großreich, und die Kolonien der Europäer in Nordamerika wurden nach einigem Geschachere und internen Konflikten als Vereinigte Staaten von Amerika zur stärksten Macht der Welt. Die Entwicklung im Nahen Osten ist bekannt.

Heute schickt sich Europa an, zu einem „Neuen Europa“ zu mutieren und die Titulierung als „Alteuropa“ als Schmähung zu empfinden. Amerika und China begegnen sich mit Respekt, bilden ein bilaterales System wechselseitiger Abhängigkeit, und manche Europäer befürchten, das System der G-8 bzw. G-20 werde durch G-2 abgelöst – da gelte es, sich zu beilegen und ein neues Europa als „Vereinigte Staaten von Europa“ zu bilden. Man wendet sich gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und appelliert an eine „Vision von Europa“<sup>28</sup>. Dabei wird dreierlei übersehen: Erstens sind auch noch die gegenwärtigen globalen Entwicklungen und Normierungen eine Folge europäischer Impulse. Eine europäische Sprache ist dabei, zur Weltsprache zu werden. Der Kalender Europas hat die Welt ebenso erobert wie die Ökonomie mit den Verbrennungsmotoren des Autos. Bei der Faszination durch die Erfolgsgeschichte Europas droht Europa aber seine wichtigste Ressource, nämlich sei-

ne Vielfalt, über Bord werfen zu wollen, um Amerika und China nachzueifern. Dabei könnte es sich lohnen, die Werte und die Ressourcen des alten Europa nicht zu vernachlässigen. John C. Kornblum versuchte wortreich,<sup>29</sup> den Europäern die Augen dafür zu öffnen, dass es nicht angemessen sei, Amerikas Realität und Amerikas Handeln in der Welt an seinen Idealen zu messen, wie es die Europäer gern täten. Im Sinne einer Realitätstüchtigkeit muss solchem Pragmatismus Recht gegeben werden. Doch der Widerspruch in den USA einerseits und die Bemühungen um ein neues China andererseits verdeutlichen die Bedeutung, die dem alten Europa auch in Zukunft zukommen könnte, denn sie liefern wichtige Argumente dafür, diesem „Alten Europa“ jede Wertschätzung entgegenzubringen. So wie die Zivilgesellschaft Nordamerikas an ihren inneren Widersprüchen leidet, so quält sich China mit den Folgen der Abkehr von der Vergangenheit. Dabei gäbe ein Blick auf das alte China vielleicht nützliche Hinweise zur Erhaltung jener Strukturen, die China erst zu dem gemacht haben, das es wurde und das es zu bleiben trachtet: ein Vielvölkerstaat.

### **Allgemeinwohl und Privatinteresse**

Der Diskurs darüber, wo das Allgemeinwohl zu beachten und das Privatinteresse zu berücksichtigen sei, beschäftigt China seit Jahrtausenden. Parallel dazu gibt es eine Tradition der

---

27 Siehe Dittmar Dahlmann, *Sibirien. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. – Paderborn: Ferdinand Schöningh 2009.

28 Wolfgang Clement, „Eine Vision von Europa bewahren“, in: *Welt am Sonntag* Nr. 30 (26. Juli 2009), S. 5.

---

29 John C. Kornblum/Dieter Kronzucker, *Mission Amerika: Weltmacht am Wendepunkt*. – München: Redline, 2009.

unvollständigen Legitimität. Diese für die Dauer des traditionellen China konstitutiven Zusammenhänge sind nach wie vor aktuell, auch wenn das moderne China zumeist unter anderen Fragestellungen betrachtet wird. Dazu haben die Bannerträger der Modernisierung Chinas in nicht unerheblichem Maße selbst beigetragen. Denn sie wollten China, wie gesagt, als „leeres Blatt“ neu beschreiben, wie dies Li Dazhao (1889-1927) proklamierte, vor allem aber litten sie unter dem, was Lu Xun (1881-1936) als AQ-ismus bezeichnet hatte, nämlich unter der Vorstellung von sich selbst, noch in der Niederlage sich als Sieger vorzustellen. So lächerlich diese Figur jedem erscheinen musste, so sehr wurde verkannt, dass gerade in dieser Figur auch ein hohes Maß an Stärke lag. Denn es war der Literatenbeamte, der *vita activa* und *vita contemplativa* auf eine besondere Weise verschränkte. Dem entsprach die Verehrung auch der Gescheiterten, die bis zur Heiligung reichende Respektierung gerade jener Figuren, die unterlegen waren, erfolglose Attentäter und geschlagene Generäle. Daraus bezog ein ambivalentes Denken, eine Reserviertheit gegenüber jedem Absolutheitsanspruch ihre Kraft. Damit hatten sich Legitimierungsbemühungen auseinanderzusetzen, und in diesem Bereich von Legitimierung oder Delegitimierung von Staatsgewalt blieben Ereignisse um Herausforderungen von Mächtigen wirksam. Ein Beispiel ist die Erinnerung an einen Rivalen des Reichsgründers Zhu Yuanzhang (1328-1398), Zhang Shicheng (1321-1367), an dem sich das komplexe Verhältnis von Zentralstaat und lokalen Gesellschaften

verdeutlichen lässt.<sup>30</sup> Bis in literarische Werke der Gegenwart hinein wird diese Gestalt als Held, ja als Gottheit verehrt.<sup>31</sup> Es gibt also lebendige Erinnerung als Potential und damit das Wissen um Alternativen. Zu diesen Potentialen gehört natürlich auch die Revolution selbst. Aus dieser Gefühlslage resultiert eine gesteigerte Sensibilität für wirtschaftliche Verwerfungen, insbesondere zu große Armuts-Reichtums-Unterschiede

Dieser Tiefenstruktur einer ambivalenten Wertorientierung hatten sich die Modernisierer zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwar zu entledigen versucht, wie Zhou Zuoren (1885-1967), Lu Xuns Bruder, der im Jahre 1918 programmatisch eine „Literatur für Menschen“, so das Manifest, forderte, wobei er einen aus der Evolutionslehre abgeleiteten Menschheitsbegriff anwandte. Demnach wurde alle Literatur der Vergangenheit verworfen, weil sie nicht realistisch sei, sondern von Göttern, Göttinnen, Unsterblichen, übernatürlichen Wesen, Fuchsgeistern und Dämonen handle. Es ging ihm um ein neues Menschentum und ein Verlassen des alten konfuzianischen Menschheits- und Humanitätsbegriffs.<sup>32</sup> So verständlich und womöglich unumgänglich dieser Aufbruch war, so hat er China doch

30 Seunghyun Han, „Bandit or Hero? Memories of Zhang Shicheng in Late Imperial and Republican Suzhou“, in: *Harvard Journal of Asiatic Studies* 68.2 (December 2008), S.115–162.

31 *Op. cit.*, S. 160.

32 Siehe Lydia H. Liu, „Life as Form: How Biomechanism Encountered Buddhism in Lu Xun“, in: *The Journal of Asian Studies* vol. 68:1 (2009), S. 21–54, hier S. 26.

nicht nur gestärkt, sondern innerlich auch geschwächt. Und wie eine „verlorene Seele“ geistern der Konfuzianismus und die alte Tradition der Menschlichkeit „unbehaust“ in den akademischen Diskursen, und doch kreist bis heute in den nachtraditionalen Debatten das Denken um die seit der Song-Zeit (960–1279) etablierte und sich immer wieder wandelnde konfuzianische Lehre.<sup>33</sup>

So wie in Europa nur eine vage Vorstellung vom Ursprung der Kultur existiert und es neben nationalen Ursprungsmythen eine ganze Reihe anderer Zuschreibungen von Herkunft gibt, die durch Renaissance und viele sonstige Formen des Altertumsbezugs bis hin zur besonderen Rolle der Archäologie reichen, gibt es auch in China diese Vielfalt von Herkunftszuschreibungen. Doch die Vorstellung von einem China, das innerhalb seiner Grenzen nur „nicht-antagonistische“ Widersprüche kenne in Verbindung mit dem vor allem seit der Mongolenherrschaft und sicher auch aus den Erfahrungen des Selbstschutzes erwachsenen expansiven Drang hat dazu geführt, dass China trotz aller Ansätze einschließlich eines Museumswesens und ausgeprägter urbaner Strukturen seit der Song-Zeit statt Eindeutigkeit und Orthodoxie immer wieder die Ambivalenz suchte und diese Strukturen erst im antiimperialistischen Kampf des 20. Jahrhunderts auf-

geben musste. Dass es dabei seine Seele verlor, die es nun wieder einzufangen sucht, bedeutet Trauma und eine große Chance zugleich. Es ist dieses Projekt der Wiedergewinnung einer Seele, das China weiter im Aufbruch bleiben lässt. Zugleich bietet dieses Projekt die beste Voraussetzung für den geistigen Austausch und die intellektuelle Partnerschaft zwischen China und Europa – nur dass hierzu Europa auch einen Beitrag leisten muss, der zunächst in einer höheren Wertschätzung der eigenen Kulturwissenschaften und deren besserer finanzieller Ausstattung bestehen müsste. Es wird dabei deutlich, dass die Beschäftigung mit China nicht nur zur Bestätigung europäischen Selbstbewusstseins dient, wie bei François Jullien, sondern dass auch die geistige Bewegung in China ein Eigenrecht beanspruchen kann, deren Ergebnisse unvorgreiflich sind und deren Alterität als Bereicherung und zugleich als Herausforderung verstanden werden könnte. Dazu steht nicht im Gegensatz der Umstand, dass immer wieder insbesondere von solchen, die aus monotheistischen christlichen Frömmigkeitstraditionen kommen, eine gewisse Unüberbrückbarkeit zwischen China und Europa konstatiert wurde.

### **Der weite Weg zu einer Zivilgesellschaft**

Gerade vor diesem Hintergrund ist die Beschäftigung mit einer Form der Ambivalenz eine bleibende Herausforderung, die sich insbesondere auf Strukturen des Handelns in der Welt unter Befolgung spezifischer Überzeugungen bezieht und die in den auf Eindeutigkeit und Widerspruchsfreiheit gerichtete-

---

33 Siehe John Makeham, *Lost Soul: "Confucianism" in Contemporary Chinese Academic Discourse* (Cambridge: Harvard University Asia Center, 2008). Vgl. auch die Besprechung von Stephen C. Angle in: *Harvard Journal of Asiatic Studies* 69.1 (2009), S. 173–182.

ten Mentalitätsstrukturen des christlich geprägten und nationalstaatlich organisierten Europa daher nur als Asymmetrie erlebt wird, die aber in den sozialrevolutionären und theologischen Debatten des 15. und 16. Jahrhunderts insbesondere in Bezug auf das Widerstandsrecht eine Rolle gespielt hatte.<sup>34</sup> Ein besonders herausragendes Beispiel in China ist die Figur des Jing Ke (?-227 v.Chr.). Immer wieder hat diese Figur Aufmerksamkeit auf sich gezogen, wenn auch die Sinologie mehr mit der literarischen Überlieferung befasst war wie im Falle Herbert Frankes, welcher dem Yan taizi Dan (Geschichte des Prinzen Tan von Yen [?-226 v. Chr.]), mehrfach Aufmerksamkeit schenkte. Dabei ging es um Überlieferung und Authentizität und Datierungsfragen.<sup>35</sup> Doch dort wird auch der Todesmut Jing Kes angesprochen, den selbstmörderischen Attentatsplan durchzuführen. Und in der Überlieferung finden sich Argumentationen gegen die Legitimität wie jene in dem Brief des Prinzen Dan an seinen Lehrer.<sup>36</sup> Dort wird der Kern des *plots* berichtet; es geht um die Konzipierung eines Attentats, an dem später manche

nur kritisierten, dass es „dem maßlosen Streben nach rächender Vergeltung für die Verletzung seiner Ritterehre“<sup>37</sup> entsprang.

Dem Aspekt des mit dem Attentat verknüpften Terrorismus hat sich neuerdings in intensiverer Form Yuri Pines zugewandt,<sup>38</sup> der nach der Schilderung der frühen Verehrung für den Attentäter Jing Ke die oben angesprochene Wendung als „Verflachung“ apostrophiert und feststellt: „It seems that after a century of the repeated employment of the ‚good-bad‘ dichotomy, many Chinese intellectuals are no longer able to accept the moral ambiguity of the past.“<sup>39</sup> Doch gerade an einem solchen vertieften Verständnis Chinas und seiner Geschichte sind wir interessiert, und es ist diese Bemühung um die „Tiefenstrukturen“ Chinas, um die es der Sinologie zu tun ist.<sup>40</sup> Und da Geschichte Teil der Allgemeinheit ist, ist sie nicht nur Last, sondern zugleich Teil der Vergesellschaftung. An diesem Punkt ist Geschichte auch Verpflichtung. So gilt auch für China der allgemeine Satz: „Wenn Erinnerung nicht verloren gehen soll, dann muss sie aus der individuell-biographischen in kulturelle Erinnerung transfor-

34 Luise Schorn-Schütte, *Eigenlogik oder Verzahnung? Religion und Politik im lutherischen Protestantismus des Alten Reiches* (16. Jahrhundert), in: Robert von Friedeburg, Luise Schorn-Schütte, Hrsg., *Politik und Religion: Eigenlogik oder Verzahnung?* [= *Historische Zeitschrift, Beihefte* (Neue Folge) Band 45] – München: Oldenbourg 2007.

35 Herbert Franke, „Die Geschichte des Prinzen Tan von Yen“, in: *Zeitschrift der deutschen morgenländischen Gesellschaft* Band 107:2, Neue Folge Band 32 (August 1957), S. 412–458.

36 Herbert Franke, *op.cit.*, S. 428–429.

37 Herbert Franke, *op.cit.*, S. 423.

38 Yuri Pines, „A Hero Terrorist: Adoration of Jing Ke Revisited“, in: *Asia Major* 3rd series, Bd. 21:2 (2008), S.1–34.

39 Yuri Pines, *op.cit.*, S. 33.

40 Siehe Helwig Schmidt-Glintzer, *Sinologie und das Interesse an China* (Akademie der Wissenschaften und der Literatur. Abhandlungen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Jahrgang 2007. Nr. 4). Stuttgart: Steiner, 2007.

miert werden.<sup>41</sup> Solches Nachdenken über Vergesellschaftung wird aus vielerlei Quellen gespeist und beflügelt. Daran haben sich denkende Menschen zu allen Zeiten abgearbeitet. Von Europa aus sind hierzu zahlreiche Beiträge geleistet worden. Insbesondere hat Thomas Hobbes die Einsicht propagiert, dass die einzige Garantie für den Frieden in der Allmacht des Staates liege. Und so wie diesem Suprematsanspruch des Staates alle Werte unterzuordnen, gleichwohl auch im Blick darauf zu relativieren sind, so ist die Gewinnung des inneren Friedens einer solchen Wertehierarchie einzufügen.<sup>42</sup> Darin aber hat dann weder ein Attentäter noch ein Widerstandsrecht Platz. Wünschenswert ist eine solche Integration gleichwohl, weil sie einen geregelten Konfliktaustrag und den Rechtsfrieden erst ermöglicht. Der Fall eines gegen rote Ampeln missachtende Autofahrer mit Backsteinwürfen vorgehenden Rentners, dem die Menschen zujubeln und der im Internetblog tausendfachen Zuspruch erhält, hat sich in China zugetragen<sup>43</sup> und zeigt, wie weit dort der Weg zu einer Zivilgesellschaft mit verlässlichen, rechtlich abge-

sicherten Konfliktregelungsverabredungen noch ist.

Offenbar ist es das Fehlen einer festen Instanz, die solche Selbstjustiz ermöglicht. Der damit verknüpften Ambiguität entspricht die Freiheit in der Wahl der Götter und die frühe Distanziertheit gegenüber allem Göttlichen in der Figur des „Als-ob“<sup>44</sup>. Der europäische Ausweg hingegen findet sich nur im Märchen oder in solchen Geschichten wie jener von den durch Otfried Preußlers Buch wieder ins Bewusstsein gebrachten „Abenteuern des starken Wanja“<sup>45</sup>, der am Ende seiner Aventüren nicht nur seine charakterliche Untadeligkeit bewiesen hat, sondern auch die Zustimmung nicht nur der Menschen und der fast mit dem falschen Freier, einem illoyalen Usurpator, verehelichten Prinzessin, sondern auch des alten Königs sowie der Palastwachen erfährt. Damit ist wieder eine Harmonie ohne Ambivalenz erreicht, von der zu träumen verständlich, aber einer modernen Gesellschaft nicht zuträglich ist.

### Der schwankende Riese?

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ist der durch die Instanz des Kaisers konstituierte und über lange Zeit erfolgreiche Zusammenhalt des chinesischen

---

41 Sibylle Cramer, *Lebensanzeige Wolfgang Heidenreich*. – Berlin: Verlag Ulrich Keicher, 2009, S. 10.

42 Zu dem Zusammenhang siehe Michael Theunissen, *Selbstverwirklichung und Allgemeinheit: Zur Kritik des gegenwärtigen Bewußtseins*. – Berlin: de Gruyter, 1982.

43 Siehe Henrik Bork, „Applaus für Opa Yan. Die Attacken eines Pensionärs auf Rotlichtsünder sind nur ein Beispiel für die in China immer mehr um sich greifende Selbstjustiz“, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 160 (15. Juli 2009), S. 8.

---

44 Hermann-Josef Röllicke, „Die ‚Als-ob‘-Struktur der Riten. Ein Beitrag zur Ritualhermeneutik der Zhanguo- und Han-Zeit“, in: Michael Friedrich (Hrsg.), *Han-Zeit: Festschrift für Hans Stumpfeldt*. – Wiesbaden: Harrassowitz, 2006, S. 517–533.

45 Otfried Preußler, *Die Abenteuer des starken Wanja*. – Würzburg: Arena, 1968.

Imperiums nicht mehr gesichert.<sup>46</sup> Versuche, eine neue Staatsideologie zu etablieren, sind bisher regelmäßig gescheitert. So sucht die seit 1949 von der KP Chinas gestellte Regierung das Gleichgewicht zwischen zentrifugaler Tendenz und Machtanspruch der Zentrale zu stabilisieren. Trotz im Vergleich zur Kaiserzeit erheblich vermehrter Staatsbediensteter ist die Zentralregierung nicht zu einer effektiven Machtausübung und einer geordneten unbestechlichen Verwaltung bis auf die untere Ebene in der Lage<sup>47</sup> und überlässt so die Verwaltung den unteren Gebietskörperschaften und Kommunen. Da es im Gegensatz zu den westlichen Demokratien keine etablierten Verfahren der Partizipation bzw. der Kritik bzw. Korrektur staatlichen Handelns gibt und solche auch nicht in Sicht sind, artikulieren sich Unmut und Kritik – an eine lange Tradition der Kaiserzeit anknüpfend – in öffentlichen Protesten.

Wenn wir die letzten 200 Jahre betrachten, seit denen, wie dies Jürgen Osterhammel formulierte, China ein Teil der Weltgesellschaft werden will, muss von den Beziehungen zu den europäischen Mächten, allen voran England, von den Gebietsverlusten im Rahmen der „Ungleichen Verträge“, von den „Visionen“, Revolten und Ideologien, insbesondere von Hong Xiuquan und dem Taiping-Aufstand und den Muslim-Aufständen am Ende des 19. Jahrhunderts die Rede

sein. Auch die ersten Wirtschaftserfolge und die Kooperation mit ausländischen Investoren, die Gründung der Republik (1912) und deren frühes Scheitern, die Bildungs- und Kulturrevolution im zweiten und dritten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sind nicht vergessen. Ferner muss von der Invasion Japans und dem folgenden Bürgerkrieg die Rede sein, von den Reformanstrengungen und den Konsolidierungsversuchen der KP Chinas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von der relativen Armut großer Teile der Bevölkerung und einer auf lokaler und regionaler Ebene wenig präsenten Zentralregierung, von den Versuchen zur Aufrechterhaltung des politischen Zusammenhalts unter Bezug auf das gemeinsame Chinesentum und der damit trotz der Siedlung von Minderheiten in der Peripherie verknüpften Bekräftigung der Außengrenzen Chinas.

Doch der Friede auf lokaler Ebene ebenso wie die Stabilität der Zentralregierung scheinen ständig durch Proteste gefährdet. Eine Frage bleibt dabei offen, ob nämlich China nicht tatsächlich die meiste Zeit seiner Geschichte eher instabil als stabil war und daher die Rede von einer festen Achse auch in früheren Zeiten stets nur einem Wunschdenken entsprang. Wir haben uns daher auch der Frage zu stellen, welche Funktion den neuen Informationstechniken bei der Bildung einer erweiterten Öffentlichkeit zukommen könnte und wie unter den Bedingungen der Gegenwart vielleicht doch eine Staatlichkeit und damit ein schützender Rahmen für Arbeitnehmerrechte entstehen und gesichert werden kann.

46 Pamela Kyle Crossley, *The Wobbling Pivot. China since 1800. An Interpretive History.* – Malden/Oxford/Chichester, Wiley-Blackwell 2010.

47 *Op. cit.*, S. 18.

### **60 Jahre Diktatur? – Der Gründungsmythos und die Gegenwart**

Der Sieg der KPCh im Jahre 1949 wird als Befreiung bezeichnet, als „Befreiung“ von Imperialismus, Feudalismus und bürokratischem Kapitalismus und seinem Repräsentanten, der Guomindang. China war, wie Mao Zedong es in seiner Rede vom 21. September 1949 formulierte, „aufgestanden“.<sup>48</sup> Doch was 1949 passierte, das war keine Revolution, sondern der Sieg in einem Bürgerkrieg. Die Revolution musste dann nachgeholt werden – und das ist einer der Gründe, warum dieser Charakter der revolutionären Umgestaltung so sehr missverstanden wurde. Die KPCh hatte nach einem Jahrhundert von Fremdherrschaft, Aufständen, dem Regiment von Kriegsherren erstmals wieder Friede und Einheit geschaffen. Erstmals seit dem Opiumkrieg gab es eine starke Zentralregierung. – Doch wie sehr noch der Ausgleich zwischen Zentrale und Region bis heute eine Rolle spielt und wie wenig sich ganz China unter eine Regel stellen lässt, liegt auf der Hand.

Im Jahr 1940 gab es die Option einer „Neuen Demokratie“. Nach ihrem Selbstverständnis befand sich die KPCh damals in der ersten Phase eines langwierigen Umgestaltungsprozesses. Zunächst war man sich einig gewesen, dass sich die Verhältnisse nur langsam ändern würden. Noch im Oktober 1952 erklärte Liu Shaoqi (Jahrgang 1888) Stalin gegenüber, in zehn bis 15 Jahren erst werde man mit der Kollektivierung der

Landwirtschaft beginnen, und mit ihm hatten sich alle gegen „linkes Abenteuerium“ und „linke Experimente“ ausgesprochen.<sup>49</sup>

Doch noch bevor dies ausgesprochen war, hatte sich im Herbst 1952 eine neue Linie durchgesetzt. Mao Zedong wollte keinen neuen nationalen Kapitalismus, und so hatte er bereits im Juni 1952 gegen Liu Shaoqi und gegen Zhou Enlais Parolen von der Etablierung einer Neuen Demokratischen Gesellschaft polemisiert – und beide folgten ihm zunächst darin, wohl auch weil sie seinem Instinkt vertrauten. Im Herbst 1955 hatte er sich innerparteilich durchgesetzt, und nach der Kollektivierung im Agrarbereich wurden bis 1956 auch in den Städten Wirtschaft, Handel und Handwerk verstaatlicht oder kollektiviert. Beim Achten Parteitag im September 1956 war der Übergang zum Sozialismus weitgehend abgeschlossen – in nur sechs Jahren also und ohne die verheerenden Verluste, wie sie bei der Kollektivierung in Russland zu beklagen gewesen waren.

Im Jahre 2009, 60 Jahre nach dem Sieg im Bürgerkrieg, nach den Irrungen des Großen Sprungs und der Kulturrevolution und 30 Jahre nach der Revision der Wirtschaftspolitik Maos 1979, hatte China in wesentlichen Teilen jene „Befreiung“ erreicht, die 60 Jahre zuvor die Politik der Neuen Demokratie in Aussicht gestellt hatte, so Roderick MacFarquhar im *China Quarterly*,<sup>50</sup> und immer noch ist der Satz Maos gültig, der

---

48 Siehe Roderick MacFarquhar, On „Liberation“, in: *The China Quarterly* 200 (Dezember 2009), S. 887-894.

49 *Op. cit.*, S. 893.

50 *Op. cit.*, S. 894.



da lautet „Die Fortschritte sind groß, die Probleme sind zahlreich, doch die Zukunft leuchtet.“ (*Chengji wei da, wenti bu shao, qiantu guangming*)

### **Chinas Stärke und die Wohlfahrt des Volkes als Kriterium guter Herrschaft**

Doch auch unter diesen neuen Bedingungen ging es um die Gewinnung einer Harmonie, die auch heute wieder mit der „Harmonischen Gesellschaft“ beschworen wird und die zu erreichen so schwierig ist. Auch wenn es nicht im Bewusstsein aller heutigen Chinesen präsent sein mag, im Hintergrund dieses Zieles steht ein Harmoniebegriff eigener Art: „Harmonie“ (*he*) meint in seiner Grundbedeutung letztlich das Gegenteil von „Gleichheit, Gleich-Sein“ (*tong*). In den „Staatsgesprächen“ (Guo Yu) heißt es:

„Harmonie nämlich ist es, welche Dinge ins Leben ruft; Gleichheit, die führt nicht weiter. Bringt man Anderes mit Anderem ins Gleichgewicht - das nennt man Harmonie. So kann es gedeihen und wachsen, und die Dinge (oder: Wesen) wenden sich zu. Wenn man aber Gleiches mit Gleichem vermehrt, dann erschöpft es sich und wird sodann verworfen.“<sup>51</sup>

Darin wird deutlich, welche politische Brisanz der Harmonie-Begriff in China hat = die Absage an „das Gleiche“, die Gleichmacherei. In der breiten Masse kennt man die Tragweite dieses Begriffs nicht mehr, zudem will ja noch der Gleichheitsgedanke des Kommunis-

mus irgendwie gewahrt werden, aber die Harmonie-Parole der Regierung – und die Rückbesinnung auf Konfuzius – kündigt einen Umbruch an, der allerdings sehr vorsichtig umgesetzt werden soll. Dabei war Vorsicht immer geboten, weil Herrschaft immer gefährdet war. Denn es gibt *keinen Souverän* in China und auch *keine dauerhafte Herrschaft*. Jede Herrschaft muss sich täglich neu legitimieren, und die Wohlfahrt des Volkes ist das Kriterium guter Herrschaft.

Ordnung trotz Veränderung zu erreichen, das musste dabei das Ziel bleiben. Kein Land hat sich in den letzten Jahrzehnten in solch einem Tempo verändert wie China. Die modernen Technologien, die Finanzmärkte, die Exportabhängigkeit und der Klimawandel stellen dieses Land ebenso vor neue Herausforderungen wie die mehr als 1.3 Milliarden Einwohner, die Wachstum und Wohlstand und eine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung erwarten. Kann die Politik diesen Herausforderungen gerecht werden und sind die richtigen Akteure an der Macht? – Vorstellungen einer politischen Modernisierung kursieren in Zirkeln und werden offen erörtert. Welches aber sind die Grenzen der Veränderbarkeit, und wie weit wird ein interner Machtwechsel durch die Anforderungen der internationalen Politik eher behindert als befördert? Wird sich China weiter stabilisieren oder an der Fülle seiner Probleme scheitern, oder wird ein Machtwechsel neue Zuversicht bringen? Und was bedeutet dies für den Westen und was für die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten?

51 Zitiert nach Ulrich Unger, *Grundbegriffe der altchinesischen Philosophie*. – Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2000.

Dabei übersehen wir leicht, dass das Bedauern über den Untergang von Kulturen, das wir im Westen so gerne unter der Überschrift „Kulturverlust“ oder „Bedrohte Völker“ erörtern, auch die traditionelle chinesische Kultur betrifft – und es ist schon bemerkenswert, wie selten *davon* die Rede ist. Ein Aspekt der Europäisierung spiegelt sich in der Sphäre der Wirtschaft Chinas, aber auch in der Übernahme westlicher Wertvorstellungen. Deren Implementierung jedoch: Demokratie, gute Regierung, Sicherung der Grundversorgung für Jedermann, Aufrechterhaltung der Ordnung ist anders getaktet und erfolgt weiterhin unter den Augen der leninistisch organisierten Kaderpartei, die sich als Garantin eines geordneten friedlichen Sozialwesens versteht – und dies im internationalen Vergleich auch ist, wie Weltbankuntersuchungen, aber auch kenntnisreiche Neuzeithistoriker wie Jürgen Osterhammel und andere bestätigen.<sup>52</sup> Das ist das Eine, aber das Andere ist die Tradition politischen Denkens, die in China doch anders ist als in Europa, aber auch anders als in Indien stets von der Neigung zu Unruhe und Protest geprägt war.

### **Europäisierung als Problem und als Chance**

Seit mehr als einem Jahrhundert wird in China der Machtwechsel diskutiert. Während sich die europäischen Eliten dieses Geschehens lange Zeit als eines

---

52 Siehe auch Heike Holbig/Bruce Gilley, In Search of Legitimacy in Post-revolutionary China: Bringing Ideology and Governance Back In. *GIGA Working Papers* 127 (März 2010).

Problems unterentwickelter Völker widmeten, haben es doch sehr bald schon einige als Problem Europas gesehen oder als ein Problem der Europäisierung, wie etwa Bertrand Russell.<sup>53</sup> Der Historiker Joachim Ritter hat vor einem halben Jahrhundert die Frage auf den Punkt gebracht:

„Die Erhebung gegen die europäische Vorherrschaft ist überall das Erste [...]. Aber das Geschichtliche und Beispielhafte dieser Erhebung liegt nicht in der Abwehr der Fremdherrschaft als solcher, sondern darin, dass die befreite Nation ihre alten Geschichtlichen Ordnungen hinter sich lässt und diejenigen geistigen und gesellschaftlichen Mächte zur Grundlage ihrer Zukunft macht, die den Europäern die Überlegenheit gaben, auf der ihre Vorherrschaft beruhte.“<sup>54</sup>

Vor diesem Hintergrund ist der offen vorgetragene Wunsch der westlichen Welt nach einem anderen politischen System in China schwer verständlich. Welches China soll es sein? Darüber denken in China gerade auch jene nach, die unzufrieden sind mit den Verhältnissen in ihrem Land. Das ist keineswegs ungewöhnlich in China, das doch immer von Machtwechseln lebte und sie sogar gezählt hat wie in der Sammlung

---

53 Siehe Bertrand Russell, *China und das Problem des Fernen Ostens*. – München: Drei Masken 1925.

54 Joachim Ritter, *Europäisierung als europäisches Problem*, in: *Europäisch-Asiatischer Dialog. Vorträge der Tagung in Bottrop vom 25. bis 28. Oktober 1955*. Hrsg. vom Vorstand des Landesverbandes nordrhein-westfälischer Geschichtslehrer. – Düsseldorf: Schwann 1956, S. 9–31, hier S. 11.

der 25 Dynastiegeschichten im frühen 20. Jahrhundert. Chinas *Gründungsmythos* nämlich ist der *Machtwechsel* – von Xia zu Shang, von Shang zu Zhou. Die Rede von schlechten Herrschern ist ein Topos. Und doch hat sich niemals eine *Herrscherwechselregel* etabliert, auch wenn es gewisse Handlungsmaximen gab. Zwar gab es wohl eine Generationswechselregel in der Zeit, die wir Shang nennen, die dann später in dem Prinzip der agnatischen Herrscherfolge ihren Niederschlag fand, doch eine *Ordnung* für einen Machtwechsel hat es nie gegeben. Eine weitere Konstante chinesischer Politik war die *Konkurrenz*, über lange Zeit die Konkurrenz einzelner Staaten wie in der Zhanguo-Epoche, in der das politische Denken sich entfaltete und der Typus des Ratgebers, auch des Kritikers sich herausbildete. Und bis in die Gegenwart ist die Rede von den Kämpfen zwischen Generälen der Drei Reiche, die heute jeder Jugendliche auf seinem Laptop oder seiner Spielekonsole nachspielt. Die frühen historischen Erzählungen von diesen Zeiten stehen unter der Feststellung: auf Einheit folgt Trennung. – China lebt unter dieser Ansage! Deswegen die fast kultische Beschwörung der territorialen Integrität Chinas in seinen heutigen Grenzen. China ist nicht expansionistisch, sondern will für sein Territorium Verantwortung tragen, will es unangefochten sehen. Innerhalb dieses Rahmens versteht sich China als Projekt der Verwirklichung einer Menschheitskultur auf dieser Erde. Dies ist auch der Grund dafür, dass in China Staatlichkeit im wesentlichen durch Kultur und erst in zweiter Linie durch Verwaltung und

Organisation bestimmt wird. So lassen sich auch manche Schwächen erklären.

### **Volksaufstände: Machtwechsel oder Systemwechsel**

Nun hat es durch Jahrhunderte viel Nachdenken darüber gegeben, wie man Machtwechsel vermeidet bzw. warum es zu Machtwechseln kommt. Und im 20. Jahrhundert dann glaubten die Modernisierer, ein neues Blatt in der Geschichte aufschlagen zu können, weil China nun ein neuer ebenbürtiger Staat in der Weltpolitik würde. Mit den Augen westlicher Theorien suchte man auch die Dynamik der Dynastiewechsel der Vergangenheit zu interpretieren, nämlich als Folge von Volksaufständen. Doch bezeichnenderweise setzte sich am Ende der Kulturrevolution in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die Einsicht durch, dass alle diese Volksaufstände eher rückwärtsgewandt gewesen waren und dass die Dynamik von einer als fortschrittlich zu bezeichnenden Veränderung anders verstanden werden müsse. An diesem Punkt stehen wir bis heute, in einer Zeit, in der sich China verändert wie seit Menschengedenken nicht mehr und in der sogar die Befürchtung aufkommen konnte, China könne seine Identität verlieren. Das für Außenstehende faszinierende ist nun, dass China sich im Sinne der in den westlichen und vor allem durch christliche Traditionen und Weltbildentwürfe geprägten Industriestaaten entwickelten Moderne verändert und für seine Zukunft ebenso wie für seine Vergangenheit nach einem Selbstbild sucht, das China unverwechselbar bleiben lässt.

Indem es sich einem Entwicklungsangebot des Westens verschrieb, nämlich dem des Marxismus-Leninismus – wie dies für zahlreiche Eliten auch in anderen nichtwestlichen Ländern der Fall war –, schien es zunächst einen westlichen Weg gehen zu wollen. Doch wurde früh schon deutlich, dass China seinen eigenen Weg würde gehen müssen und dass auch das Vorbild der Sowjetunion keine Option sein würde.<sup>55</sup> Dies bedeutete nun aber keineswegs, dass damit ein eigener Weg für China gefunden wäre. Vielmehr hat die Debatte über den richtigen Weg bis heute kein Ende gefunden.

Warum sollten gerade in China die Menschen nach einer neuen Regierung rufen, wo doch andernorts auch Missstände herrschen wie etwa in den USA, wo jedem sechsten Einwohner das Geld fehlt, um sich genügend zum Essen zu kaufen? Die Antwort ist, dass viele nicht nur nach einem Wechsel der Akteure fragen, den es spätestens mit jedem Generationswechsel gibt, sondern danach, ob es nicht einen Systemwechsel geben könnte, bei dem nur noch offen ist, wie er vonstatten gehen wird. Nicht zuletzt wird auch in China gesehen, dass bei der Diagnose der globalen Risikoverteilung die wachsende soziale Kluft für die USA und Europa ein viel größeres Problem darstellt als für China, was jedoch wegen der unterschiedlichen Legitimationsstrukturen unterschiedliche Auswegsoptionen nahelegt. Dabei stelle sich, so Moritz Koch, „die neue soziale Frage“ nirgendwo dringlicher als in der

EU und in den USA. „In den Schwellenländern dürften die Unterschiede zwischen Arm und reich in den kommenden Jahrzehnten eher abnehmen. Hier entsteht eine Mittelschicht. Selbst in China neigt sich das Reservoir an Billigarbeitern aus dem Hinterland allmählich dem Ende entgegen. Die Löhne stiegen. In Europa hingegen, vor allem aber in den USA, erodiert die Mittelschicht. Die Löhne stagnieren.“<sup>56</sup>

### Die Menschenrechtsfrage

Im Vordergrund der Kritiken an dem „Regime“ in Peking steht im Westen die Nichteinhaltung der Menschenrechte. Dabei werden einzelne Fälle staatlicher Verurteilung, werden der Vollzug der Todesstrafe in einer erschreckend hohen Zahl oder auch Fälle von Internetzensur angeführt. Doch die Grundlage der Kritik wird fast nie erörtert, ob man sich auf die Universale Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 bezieht oder auf die Europäische Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950. Bei näherem Hinsehen nämlich stellt man fest, dass gegenüber den 25 in der Erklärung von 1948 genannten Menschenrechten von Vertretern Europas nur wenige zum „Kern“ der Menschenrechte erklärt werden.<sup>57</sup> Solche Selektivität widerspricht aber

55 Conrad Brandt, *Stalin's failure in China: 1924-1927*. – Cambridge, Mass.: Harvard U. P. 1958.

56 Moritz Koch, Gefährliche Kluft. Die wachsende soziale Ungleichheit legt die Saat für neue Krisen, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 58, S. 17.

57 Harro von Senger, Der Menschenrechtsgedanke im Lichte chinesischer Werte, in: Walter Schweidler, Hrsg., *Menschenrechte und Gemeinsinn, westlicher und östlicher Weg?* – St. Augustin: Akademie Verlag 1998, S. 267-293.

der Konzeption der UNO-Menschenrechtscharta. Es wird rasch deutlich, dass diese Menschenrechtsdebatte am wenigsten dazu dient, den vernachlässigten Interessen der Menschen zu dienen, sondern innenpolitisch-propagandistischen Zielen oder außenpolitischer Polemik. Angesichts der Selektivität in der Bezugnahme auf Menschenrechte in Europa einerseits und der Berufung Chinas und selbst der Bürgerrechtler in China auf die UNO-Menschenrechtscharta andererseits stellt sich die Frage, warum die Industrienationen nicht die Selektivität hinter sich lassen und bei internationalen Verhandlungen sich auf den ganzen Menschenrechtskatalog beziehen. Stattdessen werden sie durch Selektivität ungläubwürdig. So führt die polemische Berufung des Westens auf einige Menschenrechte zur Entwertung des Menschenrechtsdiskurses insgesamt. Darunter droht die internationale Wertediskussion zu leiden, wenn nicht zu scheitern. Jedenfalls führt die daraus resultierende Konfrontation eher zur Verhinderung als zur Ermöglichung eines Machtwechsels im Sinne der Gewinnung größerer Freiheiten für den Einzelnen und zugleich der Sicherung seiner Grundrechte.

China lebte von der Rivalität der Regionen. Auch darin gründet der häufige Hauptstadtwechsel. Erst seit im 15. Jahrhundert, dem Beginn des Höhepunktes der Frühen Neuzeit in China – als deren Anfang man wie in Europa das 12. Jahrhundert annehmen kann – sich unter der Ming-Dynastie die Herrschaftsstrukturen verfestigten und zugleich den Regionen eine weitgehende Selbstregulierung eingeräumt wurde, gibt es

eine feste Hauptstadt, nämlich Peking, ein Umstand, der dann im 20. Jahrhundert wieder in Frage gestellt wurde. Vor diesem Hintergrund sind auch Erb- und Thronfolge-Prozeduren zu sehen.

Heute gibt es nur wenige, die ein Mehrparteiensystem wünschen, zumal China seit der Gründung der Volksrepublik praktisch von einer Großen Koalition geführt wird, und nur in kürzeren Phasen war dies anders, etwa während der Kulturrevolution. Soll nun Parteilichkeit einziehen mit möglicherweise katastrophalen Folgen? Diese Frage allein wäre leicht zu beantworten, wenn nicht das sich modernisierende China um einer gedeihlichen Entwicklung willen mehr Rechtssicherheit und mehr Engagement seiner Einwohner anstreben müsste.

### **Freiheit und Staat**

Ordnungspolitisch weisen viele auf die Nachteile des Staatsinterventionismus in China hin: auf fehlenden politischen Wettbewerb und fehlende parteiunabhängige Justiz, und doch konstatieren Beobachter im Vorfeld der im Jahr 2012 erfolgenden Ernennung neuer Akteure an der Staats- und Parteispitze eine Art amerikanischen Wahlkampfes – denn wie sich einzelne Politiker promoten und in Szene setzen, davon könnte ihr Erfolg abhängen. Andererseits scheint sich gegen manche Risiken und Unruhepotentiale der Staat wieder in Stellung bringen zu wollen. Zugleich konstatieren alle Beobachter eine Freiheit des Einzelnen; er habe neue Möglichkeiten – und in den Provinzen sei zudem die politische Kultur durchaus unterschiedlich in ihrem Liberalisierungsgrad.

Angesichts des großen Bedürfnisses nach Sinn aber wird die Berufung auf sinnstiftende Traditionen wichtig bleiben. Dies wird mit dazu beitragen, bei der Vielfalt der Anforderungen an Regulationen eine regionale Differenzierung des Landes bei gleichzeitiger Verklammerung organisieren zu können. Regionale und lokale Traditionen werden wieder aufleben. Doch international wird China sich aus den arbeitsteiligen Kooperationsbeziehungen nicht mehr zurückziehen und daher auch in internationalen Gremien ein zunehmendes Gewicht beanspruchen und zugestanden bekommen. Damit wird China neben den USA zum wichtigsten Garanten von Stabilität werden. Die größte Herausforderung wird die politische Selbstorganisation und die allgemeine Ermöglichung von Partizipation sein. Ohne Veränderungsschübe und die Beteiligung großer Teile der Öffentlichkeit wird der Veränderungsprozess nicht gelingen. In der Ungewissheit der Massenaune aber liegt weiterhin der größte Unsicherheitsfaktor. Das wissen die KPCh und die Pekinger Regierung. Dabei sollte der Weltgemeinschaft klar sein, dass die Partizipation auch das Erreichen mancher wünschenswerter Ziele erschweren könnte, etwa die Abschaffung der Todesstrafe, weil die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung deren Beibehaltung wünscht.<sup>58</sup> Die gegenwärtige exzessive Anwendung der Todesstrafe jedoch stößt auch bei den nach mehr Partizipation strebenden Teilen der Bevölkerung auf Abscheu. Dass aber

58 Birte Detjen, Todesstrafe im Kreuzverhör, in: *MaxPlanckForschung* 3/2008, S. 38–42.

die Herstellung und Verteidigung einer Ordnung immer wieder die Gefahr heraufbeschwört, dass Freiheitsrechte eingeschränkt werden und die Verteidigung selbst das zu schützende Gut zu zerstören droht, ist eine Erfahrung, welche die Menschheit anscheinend immer wieder von Neuem sucht und die auch in China nicht auszuschließen ist.

Seit im Mai 1989 Deng Xiaoping noch vor der Abreise des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow sich gegen den Generalsekretär der KPCh Zhao Ziyang und für die Verhängung des Kriegsrechts entschied, geht China den Weg einer wirtschaftlichen Liberalisierung bei gleichzeitigem Verzicht auf politische Freiheiten und Reformen. Auch hier wollte man nicht dem Weg Moskaus folgen. Und dennoch bleibt das Bild des faktisch entmachteten Zhao Ziyang in Erinnerung, der noch am Morgen des 19. Mai 1989 die im Hungerstreik befindlichen Studenten aufsucht und ihnen weinend gesteht, er sei zu spät gekommen.<sup>59</sup>

Im Sommer 2008 begann man sich der Rolle des Politikers Zhao Ziyang wieder zu erinnern, dem wohl das eigentliche Verdienst an der Liberalisierung des Wirtschaftssystems zukommt, das man lange auf Deng Xiaoping projiziert hatte. Doch die Publikation seiner Memoiren im Mai 2009 haben das Reden über ihn nicht erleichtert.<sup>60</sup> Hier

59 Siehe Johnny Erling, Gorbatschow weckte in China den Freiheitsdrang, in: *Die Welt*, 15. Mai 2009, S. 6.

60 Bao Pu, Renee Chiang, Adi Ignatius, Hrsg., *Prisoner of the State. The Secret Journal of*

geht es wie 1989 um den Grundkonflikt zwischen Menschenrecht und individueller Freiheit einerseits und Staatsraison andererseits. So wie der US-Präsident Barack Obama im Mai 2009 trotz vorheriger Ankündigungen die Militärtribunale in Guantanamo aus Staatsraison nicht abschaffen will, so fühlte sich seinerzeit wohl auch Deng Xiaoping zum Vorgehen gegen die demonstrierenden Studenten genötigt, weil er den schützenden staatlichen Rahmen für die Wirtschaftsliberalisierung nicht aufs Spiel setzen wollte.

Die fortdauernde Notwendigkeit echter politischer Reformen aber bleibt unbestritten. Die im Frühjahr 1989 und seither bestehende berechtigte Angst der Parteiführung vor Machtverlust hat die Umsetzung von politischen Reformen bisher stark behindert. Die durch das Schreckbild von Anarchie und Chaos geschürte Angst vor der Freiheit wird eine kluge Politik nicht davon abhalten, den Prozess der Demokratisierung voranzutreiben. Wie schwierig es ist, eine freie Presse und eine unabhängige Justiz zu haben, ist den Bürgern der westlichen Welt wohl bewusst, und die daran geknüpfte Angst vor der Unfreiheit, die auch in Europa und den USA nicht unbegründet ist, könnten wir mit unseren chinesischen Gesprächspartnern teilen. Denn die Vision einer freiheitlichen und zugleich warmherzigen Gesellschaft könnte die westlichen Demokratien und China verbinden.

---

*Zhao Ziyang.* – New York: Simon & Schuster 2009.

### **Offene Zukunft, oder: Wird die Vergangenheit gut?**

Machtkämpfe in China waren immer auch Kämpfe um den angemessenen Platz in der Geschichte, in der kollektiven Erinnerung. Mit der Bewertung von Vorgängen, Programmen und Personen war zugleich stets die gegenwärtige Politik verknüpft. Angesichts dieser bis in die Gegenwart reichenden Obsession wirkt der seit Jahren erzwungene Verzicht auf einen öffentlichen Diskurs als Belastung. Der Ruf nach Aufklärung und nach der Wahrheit ist gegenwärtig leicht überhörbar, und zugleich haben sich unter den Eliten Resignation und Lethargie ausgedehnt, eine Haltung, durch welche die Innovationskraft des Landes gelähmt wird und die deswegen auch von der Partei nicht begrüßt werden kann.

Es ist nicht ausgeschlossen, ja sogar eher wahrscheinlich, dass eine neue Generation sich lange vergessener Akteure erinnert, dass die Verfeimten von einst zu neuen Göttern oder Helden avancieren. Auch Zhao Ziyang, der 2005 nach 16 Jahren Hausarrest starb, könnte zu diesen neuen Helden gehören. Chinas Angst vor der Freiheit ist also zugleich die Angst vor einer neuen Utopie und vor einer erwachenden Erinnerung, vor einer Alternative zum gegenwärtig eingeschlagenen Entwicklungspfad. Es ist die Angst der KPCh und ihrer gegenwärtigen Vertreter vor dem Scheitern, die Angst vor dem Verlust der Glaubwürdigkeit. Solche Angst gibt es nicht nur in China. Doch neben dieser Angst besteht eine weit verbreitete andere Angst, dass nämlich eine Veränderung zunächst mehr Chaos entstehen lässt als dass sie neue Perspektiven eröffnet. Dabei steht

vielen auch der Weg Europas vor Augen, den dieses in den letzten fünfhundert Jahren gegangen ist und das insbesondere mit den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts einen sehr verlustreichen Weg bis zum Beginn einer europäischen Reintegration hat durchlaufen müssen. Diese europäischen Entwicklungen vor Augen, hatte man in den 70er Jahren die Parole „das machen wir anders als Moskau!“ bekräftigt.<sup>61</sup> Die Überzeugung von der Notwendigkeit eines eigenen Weges bedeutet, dass es eine mit den europäischen Vorstellungen unvereinbare Vision von einem „erfüllten Leben“ gibt. Das Dilemma Chinas besteht nun darin, dass es möglicherweise zu Recht mit der Wertbezogenheit der eigenen Visionen einen vom Westen verschiedenen eigenen Weg sucht, innerhalb seiner Grenzen aber die Berufung auf solche Wertbezogenheit für unzulässig erklärt. Gerade die Forderung nach „vollkommener gesellschaftlicher Harmonie“, nach einem „unschuldigen Idyll“ (Isaiah Berlin),<sup>62</sup> widerspricht der Einsicht, dass bei mangelnder Einigkeit über Zwecke und Ziele die Möglichkeit von Konflikten nicht auszuschließen ist.<sup>63</sup>

Eingangs war davon die Rede, dass die Angst wohl nur überwunden werden könne, wenn Alternativen wachsen – und dazu ist ein geregelter Wettstreit

der beste Weg. Daher muss die KPCh ihren Monopolanspruch aufgeben und zugleich den Rahmen festlegen – etwa in Form einer Verfassung –, innerhalb dessen verschiedene Kräfte um Zustimmung des Volkes miteinander rivalisieren können. Solange aber ein Konsens über die Grundlinien der Politik selbst noch nicht erreicht ist, wird die Partei diese Öffnung scheuen und nicht zulassen wollen. Die Forderung nach Einführung einer parlamentarischen Demokratie und nach Zulassung mehrerer Parteien könnte angesichts der schwachen Bindung des Einzelnen an den Staat zur Ersetzung des bestehenden autoritären Kommunitarismus durch eine intensiviertere Staatlichkeit führen, in deren Folge unbeabsichtigt die Rede von einer „orientalischen Despotie“ vielleicht gerechtfertigt würde. Eine klügere und souveräne Politik im Umgang mit den Minderheiten, bei aller Deutlichkeit in der Frage der territorialen Integrität, könnte auf Dauer die Angst vor Freiheit und Selbstbestimmung mindern und zugleich den westlichen Mächten deutlich werden lassen, dass sie selbst am meisten Angst haben müssten vor einem zerbrechenden und von jeglicher Beschränkung freien China. Vor allem aber werden die Zukunftschancen Chinas nur wirksam werden, wenn die eigene Vergangenheit nicht geleugnet, sondern in ihrer wahren Vielfältigkeit thematisiert wird. Der informierte Dialog über die Vergangenheit ist die beste Grundlage für Verständigung – und auch für gute Geschäfte. Die verfügbare Zeit aber ist knapp, vielleicht sehr knapp, wenn die im Jahre 2009 formulierte Prognose des Erfolgsschriftstel-

---

61 Helmut Martin, Hrsg., *Mao Tse-tung. Das machen wir anders als Moskau: Kritik der sowjetischen Politökonomie*. – Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1975.

62 Isaiah Berlin, Zwei Freiheitsbegriffe, in: Ders., *Freiheit. Vier Versuche*. – Frankfurt/Main: S. Fischer 1995, S. 198.

63 *Op.cit.*, S. 252.



lers Yu Hua (Jahrgang 1960; Autor von „Brüder“, „Der Mann, der sein Blut verkaufte“, „Leben“) zutrifft: „Die Zukunft Chinas entscheidet sich in den nächsten zwei, drei Jahren.“<sup>64</sup>

Vor solchen Prognosen allerdings ist ebenso zu warnen wie überhaupt vor der Erwartung einer endgültigen Lösung. Denn derartige Versprechen oder Überzeugungen waren bisher in der Regel „mehr als alle anderen verantwortlich für das Abschichten von Individuen auf den Altären großer historischer Ideale“, darunter auch dem Ideal der Freiheit.<sup>65</sup> Auch ist China nicht, wie manche glauben, politisch bei der Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989 am Tian’anmen stehen geblieben. Die Mehrheit der akademischen Jugend ist heute für Liberalismus (*ziyou zhuyi*), doch für das Prinzip der Gewaltenteilung (*sanquan fenli*) würde nur ein gutes Drittel stimmen, fast die Hälfte ist dagegen.<sup>66</sup>

Hinter den Internetverabredungen und der neuen Unruhe insbesondere bei der akademisch gebildeten Jugend, aber auch bei einer zunehmenden Zahl von Beschäftigten entstehen neue Zwänge der Subsistenzsicherung, denen ohne geordnete Versorgungsstrukturen nicht entsprochen werden kann. Doch

nicht nur dazu ist staatliches Handeln gefordert, sondern auch für die Sicherheit chinesischer Staatsbürger in allen Teilen der Welt. Der Staat kann sich dabei immer weniger auf seinen Standpunkt der Nichtintervention in innere Angelegenheiten anderer Staaten zurückziehen. Denn die eigene Bevölkerung erwartet den Schutz chinesischer Staatsbürger durch Chinas Regierung in allen Teilen der Welt. Aus dieser neuen Erwartung an den Staat werden in Verbindung mit der Wohlfahrtserwartung China und insbesondere seine Eliten weiterhin auf der Suche nach Gestaltungskonzepten bleiben. Am Gespräch über diese Suche sollten wir uns beteiligen. Denn eine zunehmende Zahl junger Chinesen betrachtet ihr Land im Horizont westlicher Lebensstandards und Politikkonzepte. In Verbindung mit dem traditionellen Affekt gegen eine allzu ungerechte Reichumsverteilung wird sich bei Fortdauer der unstrukturierten Muster der Zurechnung von Verantwortlichkeit ein Protestpotential aufstauen, bei dessen Ausbruch auch die relativ geordneten Verhältnisse in China zusammenbrechen könnten, ein Szenario, welches heutzutage – im Gegensatz zu früher – als eine Menschheitskatastrophe bezeichnet werden müsste. Ohne die Zulassung freier Gewerkschaften und unabhängiger Rechtsinstitutionen und damit ermöglichten Konfliktaustrag wird eine soziale Stabilität in China nicht zu erreichen sein.

64 Yu Hua im Interview mit Wieland Freund, aus dem Chinesischen von Ulrich Kautz, in: *Die Welt*, 4. Juni 2009, S. 25.

65 Siehe Isaiah Berlin, Zwei Freiheitsbegriffe, in: Ders., *Freiheit. Vier Versuche*. – Frankfurt/Main: S. Fischer 1995, S. 250.

66 Stanley Rosen, Contemporary Chinese Youth and the State, in: *The Journal of Asian Studies* 68: 2 (May 2009), S. 359-369, hier S. 366.

## Studiengebühren – Ein Nachruf!?

Studiengebühren sind nach wie vor ein zentraler Streitpunkt in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung. Die Diskussion begann in den späten 1990er Jahren und nahm vor allem nach der Tagung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Bielefeld 1996 Fahrt auf. Bereits seit der Gründung ist das CHE für allgemeine Beiträge der Studierenden eingetreten und es erreichte in den folgenden Jahren immer stärker die Politik. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung bezahlten im Wintersemester 2007/08 in 7 von 16 Bundesländern mehr als 2/3 der Studierenden die Beiträge. Nach der Vielzahl von Wahlniederlagen der CDU seit 2008 sind die Studiengebühren wieder auf dem Rückzug. Nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg könnte nun die Zahl der Gebührenländer auf nur noch zwei sinken – Bayern und Niedersachsen. Ist der Kampf gegen die Studiengebühren damit zu Ende? Keineswegs! Die Gebührenfrage stellt sich immer noch und die Befürworterinnen und Befürworter werden versuchen, mit nachgelagerten Studiengebühren die künftige Diskussion um ein gebührenfreies Studium zu bestimmen.

### Studiengebühren – eine Chronik

Trotz der Studiengebührentagung des CHE sah es erstmal nicht so aus, als ob allgemeine Studiengebühren eingeführt würden. Auf Bundesebene regierte ab 1998 Rot-Grün mit Edelgard Bulmahn

als Bundesbildungsministerin. Die SPD war mit der Forderung nach einem Studiengebührenverbot in den Wahlkampf gegangen, was anschließend auch im Koalitionsvertrag mit den Grünen festgeschrieben worden war.<sup>1</sup> Vor einem Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz (HRG) schreckte die Bundesregierung allerdings zurück und brachte stattdessen einen Staatsvertrag in die Diskussion.<sup>2</sup> Dieses Vorhaben scheiterte jedoch durch kritische Stimmen in den eigenen Reihen<sup>3</sup> und letztlich an den Ministerpräsidenten der Länder.<sup>4</sup>

Fast gleichzeitig zum Rot-Grünen Wahlerfolg führte Baden-Württemberg als erstes Bundesland Langzeitstudiengebühren ab dem Wintersemester 1998/99 ein. Studierende, die die Regelstudienzeit mehr als 4 Semester überschritten hatten, mussten 500€ pro Semester zahlen. Weitere Länder folgten dem Beispiel und führten in den folgenden Jahren ähnliche Regelungen ein:

- 
- 1 Im Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass eine Novelle des Hochschulrahmengesetzes „die Erhebung von Studiengebühren ausschließen“ soll. Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen: „Aufbruch und Erneuerung“, 20.10.1998, S. 25.
  - 2 „Studiengebührenverbot über Staatsvertrag“, Tagesspiegel vom 09.01.1999
  - 3 „Roter Rebell greift an“, Focus, 41/1999
  - 4 „Ein kurzer Traum“, Frankfurter Rundschau vom 16.06.2000

2001 Niedersachsen, 2002 Saarland und Nordrhein-Westfalen, 2003 Hamburg, Hessen und Thüringen, 2004 Sachsen-Anhalt und 2005 Bremen.

Nachdem die Klagen gegen die Rechtmäßigkeit der Langzeitstudiengebühren in Baden-Württemberg vom Verwaltungsgerichtshof abgewiesen wurden<sup>5</sup>, nahm die Bundesregierung das Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz wieder in Angriff. Im April 2002 beschloss der Bundestag mit den Stimmen der Koalition die 6. Novelle des HRG, indem die Studiengebührenfreiheit für ein erstes berufsqualifizierendes Studium festgeschrieben werden sollte. Durch die Nichtbeteiligung des Bundesrates brachten einige Bundesländer das Gesetz jedoch vor das Bundesverfassungsgericht, das 2005 erklärte, der Bund habe mit dem Verbot von Studiengebühren *formal* die Kompetenz seiner Rahmengesetzgebung überschritten.

Nach dem Scheitern des Studiengebührenverbotes im Hochschulrahmengesetz 2005 war der Weg für die allgemeinen Studiengebühren – zumeist 500€ pro Semester – frei und die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen nutzen dies, um bereits ab dem Wintersemester 2006/07 die Gebühren zu verlangen. Bis zum Wendepunkt 2008 folgten Hessen, Saarland, Hamburg und Nordrhein-Westfalen ebenfalls mit allgemeinen Studiengebühren.

Keinesfalls waren die Studiengebühren eine klare Auseinandersetzung zwi-

schen den beiden politischen Lagern – SPD/Grüne auf der einen Seite und Union/FDP auf der anderen Seite. Die Studiengebührenfrage war auch in der SPD lange umstritten. Peter Glotz forderte Mitte der 1990er Jahren allgemeine Studiengebühren, Thomas Oppermann (damals Wissenschaftsminister in Niedersachsen) stellte sich den Plänen für einen Staatsvertrag entgegen und Klaus Wowereit sprach sich noch 2003 für bundesweite, allgemeine Studiengebühren aus. Nicht zu vergessen bleibt außerdem, dass die Langzeitgebühren in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen unter SPD-Beteiligung beschlossen wurden. Auch das von Jürgen Zöllner in Rheinland-Pfalz entwickelte und eingeführte Studienkontenmodell stellt in seiner Konsequenz nichts anderes als Langzeitgebühren dar.<sup>6</sup>

Auf der anderen Seite waren die Gebühren auch in der CDU umstritten. Ablehnung kam vor allem vom damaligen Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers, dem Wissenschaftsminister Bayerns und dem Ring Christlicher Demokratischer Studenten (RCDS). Auf dem Bundesparteitag 2000 wurde auf Betreiben der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan ein bildungspolitisches Grundsatzpapier beschlossen, das den Weg hin zu Studiengebühren einschlug, ihn aber an

5 VGH Baden Württemberg, Urteil vom 06.04.2000, 2 S 1860/99

6 Zur Debatte in der SPD siehe: Knauf, Anne (2009): „Soll ich lieber machen oder lass ich's lieber sein? – Jein...“ Die Debatte um Studiengebühren in der SPD“ in: Himpele, Bultmann [Hrsg.]: „Studiengebühren in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung“, BdWi-Verlag, Marburg, S. 175-184

die Bedingungen eines Stipendien- und Darlehenssystems koppelte. Dennoch lehnte der Kanzlerkandidat der Unionsparteien, Edmund Stoiber, 2002 die Studiengebühren ab. Erst 2003 wurde die Befürwortung von Studiengebühren durch die CDU im Bund offensiv thematisiert.<sup>7</sup>

Gleichzeitig organisierten sich Studierende mit Unterstützung der Gewerkschaften, um für die Studiengebührenfreiheit zu kämpfen. Als Reaktion auf die Diskussion um einen Staatsvertrag und das Abrücken von einer Novelle des Hochschulrahmengesetzes gründete sich 1999 das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), das sich mit seinem Gründungsaufruf (Krefelder Aufruf<sup>8</sup>) gegen alle Formen von Studiengebühren inklusive Bildungsgutscheinen oder privatem Bildungssparen wandte. Bis heute sind dem Bündnis über 300 Organisationen und Gliederungen beigetreten sowie zahlreiche Einzelpersonen. Das Spektrum reicht von politischen Studierendengruppen, Studierendenvertretungen, Gewerkschaften bis zu einzelnen Hochschuldozierenden.

Wenn man heute Parallelen zwischen dem Bildungsstreik der letzten Jahre und den anderen großen studentischen Streikbewegungen 1997/98 und

1988/89 zieht, dann wird leicht aus dem Blick verloren, wie heftig die verschiedenen Proteste gegen Studiengebühren von 2002 bis 2008 waren.<sup>9</sup> Außer den „Spar-Wars“ 2003 fanden sie zwar nicht unter einem einheitlichen Logo oder Motto statt, aber überall dort, wo Studiengebühren eingeführt werden sollten, waren sie von einer Vielzahl von Demonstrationen begleitet. Zusätzlich wurde mit allerlei anderen Aktionsformen gekämpft wie Boykotten, Klagen, Petitionen, Besetzungen u.ä.<sup>10</sup> Auch wenn mit diesen Protestaktionen die Einführung nicht verhindert werden konnte, so machten sie doch deutlich, dass es ein breites Bündnis von Studierenden, Schülerinnen und Schülern, Gewerkschaften und anderen gibt, die Studiengebühren ablehnen.

Den Wendepunkt erhielt die Studiengebühreneinführung mit den Protesten in Hessen. Dort beschloss die CDU-Landesregierung unter Roland Koch ein Gesetz, das über die bestehenden Regelungen in anderen Ländern hinausging. Es sah für Master- und Promotionsstudiengänge bis zu 1500€ pro Semester vor und schuf ein wesentlich größeres Bedrohungspotenzial als die 500€ pro

---

7 Zur Debatte in der CDU siehe: Krause, Norbert (2008): „Die Debatte um Studiengebühren. Systematische Rekonstruktion eines rapiden Meinungswandels“, VS-Verlag, Wiesbaden, S. 173 ff

8 Online verfügbar unter: <http://www.abs-bund.de/aktionsbuenndnis/krefelder-aufruf/> (letzter Zugriff 10.04.2011)

9 Zu Unterschieden und Parallelen der Bildungsproteste von 2009, 2003, 1997 und 1989 siehe: Himpele, Klemens (2009): „Vom Bildungsstreik zur Bewegung?“ in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 54, H. 8, S. 11–15

10 Einen Überblick über die verschiedenen Proteste bietet das Archiv von Studis-Online unter <http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/archiv.php> (letzter Zugriff: 09.04.2011)

Semester, die bereits einem gewissen Gewöhnungsprozess ausgesetzt waren. Gleichzeitig wurde die Befürchtung vieler Studierender wahr, dass die 500€ nur eine „Einstiegsdroge“ für weit höhere Beiträge in Zukunft seien. Zudem stand den Studiengebühren in Hessen ein Passus der Landesverfassung entgegen, der den Unterricht auch an den Hochschulen als unentgeltlich festlegt (vgl. Art. 59, Landesverfassung Hessen). Vor dem Landesverfassungsgericht wurden Studiengebühren dennoch für konform erklärt – die jedoch vor dem Landesverfassungsgericht mit der denkbar knappsten Mehrheit von 6:5 Stimmen dennoch für vereinbar erklärt wurden.<sup>11</sup> Diese Umstände sorgten für eine beispiellose Politisierung und Mobilisierung unter den Studierenden, wie nicht zuletzt die Blockade von Autobahnen zeigte.<sup>12</sup> Auf diesen Protest reagierte die SPD in Hessen, indem sie im Wahlprogramm für die Landtagswahl 2008 eine Abschaffung der Gebühren innerhalb von 15 Monaten versprach und auch einhielt. Mit Beschluss des Landtags vom 17.06.2008 wurden die Studiengebühren zum Wintersemester 2008/09 abgeschafft. Obwohl Roland Koch ein Jahr später wieder über eine parlamentarische Mehrheit verfügte, führte er die Studiengebühren nicht wieder ein.

---

11 VGH Hessen, Urteil vom 11.06.2008, P.St. 2158

12 Zur Abschaffung der Studiengebühren in Hessen siehe: Hartmann, Michael (2009): „Der erfolgreiche Widerstand gegen Studiengebühren in Hessen“ in: Himpele, Bultmann, a.a.O., S. 245–250

Die Abschaffung in Hessen führte in den Jahren danach zu einem ähnlichen Dominoeffekt wie in den Jahren zuvor – nur das diesmal Studiengebühren abgeschafft, statt eingeführt wurden. Kein Landtagswahlprogramm der SPD kam in der Folgezeit um das Bekenntnis zum gebührenfreien Erststudium herum und – dort, wo nötig – erweitert um das Versprechen, im Falle eines Wahlsieges diese auch wieder abzuschaffen. Beachtet man die Diskussionen in der SPD zu diesem Thema bis 2005, kann man von einer bemerkenswerten Entwicklung sprechen, die keineswegs so vorgezeichnet war. Insbesondere die Juso-Hochschulgruppen haben als sozialdemokratischer Studierendenverband immer wieder auf die Abschaffung von Studiengebühren gedrungen – sowohl innerhalb der Partei als auch in studentischen Zusammenhängen.

Ein Übriges haben die vermehrten Berichte über die Fehlverwendung von Studiengebühren getan, die sich 2009 häuften. Immer stärker wurde das Dilemma deutlich, dass Studiengebühren zwar zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden sollten, aber sich bei vielen Investitionen der Hochschulen die Frage stellte, ob sie entweder wirklich der Verbesserung der Lehre dienten oder ob sie nicht zunehmend die Grundfinanzierung der Hochschulen substituierten. Diverse Bauvorhaben bis hin zu Parkplätzen wurden aus Studiengebühren finanziert genauso wie Renovierungsarbeiten an bestehenden Gebäuden. In vielen Hochschulen stauten sich die Studiengebühren auch auf Konten, da eine ordnungsgemäße Verwendung schlicht nicht mehr möglich war. Ausschnitthaft

sei hier auf die Artikel aus der ZEIT verwiesen, die einige Beispiele für die Fehlverwendung öffentlich machten.<sup>13</sup> Darüber hinaus kam das Handelsblatt im Mai 2009 zu dem Schluss: „Die Hochschulen der Gebührenländer haben ihre Ausgaben 2007 nahezu in exakt gleichem Maß gesteigert wie die Unis ohne Gebühren. Anders formuliert: Die Länder haben unterm Strich gespart.“<sup>14</sup> Die befürchtete Substituierung der Grundfinanzierung durch Studiengebühren war damit Wirklichkeit geworden.

Nach Hessen wurden zum Wintersemester 2008/09 die Studiengebühren in Hamburg unter einer CDU/GAL-Regierung nachgelagert, im Saarland unter einer CDU/FDP/Grüne-Regierung zum Sommersemester 2010 und in Nordrhein-Westfalen unter der Rot-Grünen Minderheitsregierung zum Wintersemester 2011/12 ganz abgeschafft. Nach dem Wahlsieg der SPD in Hamburg im Februar 2011 und dem Regierungswechsel zu Grün-Rot in Baden-Württemberg ist die Abschaffung der nachgelagerten Studiengebühren (Hamburg) und der allgemeinen Studiengebühren (Baden-Württemberg) für die jeweilige Legislaturperiode geplant. Langfristig würden damit nur noch Niedersachsen und Bayern übrig bleiben, die von ihren Studierenden semesterweise die Gebühr verlangen. Nicht einmal 5 Jahre nach den ersten Studiengebühren wäre dies großer Erfolg für die Gebührengegner

und ein Ausweis für die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Bildungspolitik. Allgemeine Studiengebühren sind gesellschaftlich nicht mehr mehrheitsfähig.

### **Studiengebühren – das Ende der Geschichte?**

Die aktuelle Situation darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es in vielen Bundesländern Studiengebühren in anderer Form gibt. Langzeitstudiengebühren bestehen nach wie vor in den Bundesländern Bremen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen und in Form von Studienkonten in Rheinland-Pfalz.<sup>15</sup> In Thüringen werden die Gebühren auf Betreiben der SPD wohl demnächst auslaufen, aber in Sachsen-Anhalt und Bremen bestehen sie trotz SPD-Beteiligung an der Landesregierung fort. Das Studienkontenmodell in Rheinland-Pfalz wird auf Druck der Grünen in dieser Legislaturperiode abgeschafft. Langzeitstudien-

---

13 „Geld ins Klo“, Zeit Campus vom 18.02.2009 und „Der Tabubruch“, Die ZEIT vom 05.03.2009

14 „Studenten zahlen eine Milliarde Euro Gebühren“, Handelsblatt vom 27.05.2009

---

15 Die einzelne Ausgestaltung ist jedoch sehr unterschiedlich. Im Saarland dürfen die Hochschulen selbst entscheiden, ob sie Gebühren i.H.v. bis zu 400€ pro Semester erheben, in Niedersachsen betragen die Langzeitgebühren 600–800€ ab dem 5. Semester über der Regelstudienzeit, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen sind 500€ ab dem 5. Semester über der Regelstudienzeit zu zahlen, in Bremen werden 500€ ab dem 15. Hochschulsemester fällig. Das Studienkontenmodell in Rheinland-Pfalz lässt Studierende i.d.R. ab der 1,75fachen Regelstudienzeit 650€ pro Semester zahlen. Darüber hinaus unterscheiden sich die Modelle hinsichtlich der Befreiungs- und Darlehensbestimmungen. Einen aktuellen Überblick bietet die Homepage von Studis-Online unter <http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/> (Stand 02.03.2011)

engebühren wirken dabei prinzipiell genauso wie allgemeine Studiengebühren, da sie all die bestrafen, die aus irgendwelchen Gründen ihre Regelstudienzeit überschreiten. Größtenteils sind es aber nicht die „Bummelstudierenden“, die sich der politische Stammtisch vorstellt, sondern Menschen, die auf Grund fehlenden BAföGs neben dem Studium arbeiten, Kinder erziehen oder in ihrem Lebensentwurf anderweitig nicht dem Vollzeitstudierenden entsprechen. Die „Zielgenauigkeit“ der sozialen Selektion steigt also mit Langzeitgebühren sogar noch.<sup>16</sup>

Vergessen werden häufig auch die so genannten Verwaltungsgebühren, die noch in vielen Bundesländern bestehen. Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen erheben bis zu 75€ Rückmeldegebühren, die für eine obligatorische (!) Verwaltungsleistung der Hochschule fällig werden. Zuletzt führte Mecklenburg-Vorpommern die Gebühr ab dem Wintersemester 2009/10 ein. Auch wenn der Beitrag bescheiden anmutet, gegenüber den 500€ in anderen Bundesländern, so ist doch nicht zu rechtfertigen, warum diese Verwaltungsleistung der Hochschule (nämlich die Rückmeldung), ohne die das Fortsetzen des Studiums nicht möglich ist,

---

16 Einen umfassenden Überblick über die Argumente gegen Langzeitstudiengebühren bietet die Broschüre des ABS „Gebühren für ‚Langzeit‘-StudentInnen?“ aus der ABS-Schriftenreihe, H. 3, 4. Auflage Mai 2006, online verfügbar unter: [http://www.abs-bund.de/uploads/media/Broschuere\\_3\\_-\\_Gebuehren\\_fuer\\_Langzeitstudierende.pdf](http://www.abs-bund.de/uploads/media/Broschuere_3_-_Gebuehren_fuer_Langzeitstudierende.pdf)

von den Studierenden bezahlt werden muss. Die Tatsache, dass Verwaltungsgebühren in den 90er Jahren die Debatte um Studiengebühren begleiteten lässt sie zudem in einem weit gefährlicherem Licht erscheinen.<sup>17</sup> Lediglich Thüringen hat unter SPD-Beteiligung die Verwaltungsgebühren zum Sommersemester 2010 wieder abgeschafft. In Sachsen und Sachsen-Anhalt werden zudem Gebühren für die Benutzung von Hochschulinrichtungen und Prüfungen verlangt.

Zweitstudiengebühren bestehen in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen. In der SPD ist diese Frage bei weitem nicht entschieden. Die gängige Formulierung in den Wahlprogrammen nachdem das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Studienabschluss (mit Masterabschluss) gebührenfrei sein muss, lässt diese Frage explizit offen. Während in Hessen die SPD sie mit der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren gleich mit zu Fall brachte, wurden sie in Rheinland-Pfalz und Sachsen mit SPD-Beteiligung eingeführt. Die Begründung der Zweitstudiumsgebühren kreist dabei immer um die Frage, warum Menschen mit einem Hochschulabschluss noch eine weitere Ausbildung auf Kosten des Staates erhalten sollten. Die Einsicht, dass Lebensbegleitendes Lernen und die Notwendigkeit einer Weiterqualifizierung in einer späteren Lebensphase in Zukunft zunehmen wird, legt jedoch nahe, dass diese Position überdacht werden muss. Die SPD hat in dieser Frage also noch Diskussionsbedarf.

---

17 Krause, Norbert a.a.O., S. 28f

### **Studiengebühren – nachgelagert nur noch halb so schlimm?**

Die Studiengebührendiskussion der nächsten Jahre wird sich vor allem rund um die nachgelagerten Studiengebühren drehen. Auch wenn sie in Hamburg durch die SPD wieder abgeschafft werden sollten und damit der erste Anlauf nur eine erstaunlich kurze Halbwertszeit besaß, werden sie doch von den Befürwortenden der Studiengebühren als möglicher Kompromiss protegiert. Das Konzept ist nicht grundsätzlich neu, sondern war bereits im Vorfeld der Einführung allgemeiner Studiengebühren im Gespräch.<sup>18</sup> Vorbild dieses Modells ist Australien, wo jede/r Studierende mit jedem Semester sein/ihr „Verschuldungskonto“ erhöht. Ab einem bestimmten Jahreseinkommen muss dieses Geld nach dem Studienabschluss zurückgezahlt werden – mit Zinsen. Eine Rückzahlung auf einen Schlag ist natürlich auch möglich. Dieses Prinzip wurde in Hamburg ebenso angewandt, indem die 375€ pro Semester nicht sofort gezahlt werden mussten, sondern nach dem Studium ab einer gewissen Einkommensgrenze. Dieses Modell wird nun als die Form der Eigenbeteiligung von Studierenden an den Kosten des Studiums in die Debatte gebracht, die am sozialverträglichsten sei und auf Grund des Widerstandes gegen die allgemeinen Studiengebühren auch durchsetzbar sei. Auch innerhalb der SPD fand dieses Konzept Anhänger, wie das Papier der Bundestagsabgeordneten

---

18 Ifo-Schnelldienst 2/2005, S. 1, online verfügbar unter: [www.ifo.de/link/ifosd\\_2005\\_2\\_2.pdf](http://www.ifo.de/link/ifosd_2005_2_2.pdf)

des Netzwerks von 2003 zeigt.<sup>19</sup> Trotz der Abschaffung in Hamburg dürfte die Diskussion der nächsten Jahre sich um dieses Modell drehen.

Die augenscheinlichen Vorteile des Modells, die von den Befürwortern vorgebracht werden, richten sich auf die finanzielle Entlastung der Studierenden durch den Wegfall der semesterweisen Zahlung und der Sozialverträglichkeit, die durch die Rückzahlungsmodalitäten in Höhe des tatsächlichen Einkommens nach dem Studium gegeben sei. Übersehen wird dabei, dass auch ein Modell nachgelagerter Studiengebühren das Grundproblem unterschiedlicher finanzieller Hintergründe von Studierenden nicht beheben kann. Ein/e Studierende/r aus finanziell besser gestellter Familie kann die Studiengebühren auf einen Schlag nach dem Studium begleichen. Für alle anderen fallen Zinsen an, die die Gesamtsumme erhöhen. „Arme“ Studierende zahlen also mehr als „reiche“ Studierende. Auch die Abschreckungswirkung der Verschuldung, die sich durch die BAföG-Schulden möglicherweise noch erhöht, bleibt bestehen. Die Stromlinienförmigkeit des Studiums, das so schnell wie möglich absolviert werden muss, um die Verschuldung gering zu halten (kann ich mir Kurse, die nicht zu meinem Studienplan gehören, „leisten“?), wird weiter verstärkt.<sup>20</sup>

---

19 SPD-„Netzwerk‘ bleibt bei Gebührenforderung“, Frankfurter Rundschau vom 05.11.2003

20 Zur Diskussion siehe auch die ABS-Broschüre „Argumente gegen nachgelagerte Studiengebühren“, online verfügbar unter: <http://www.ifo.de>



Das Hamburger Modell bot darüber hinaus weitere Absurditäten, die Till Petersen ausführte.<sup>21</sup> Die Rückzahlung der Gebühren wurde sofort und in voller Höhe fällig, wenn das Jahreseinkommen 30.000€ überstieg. Konnten die Betroffenen nicht den gesamten Betrag sofort bezahlen, musste sie einen Rückzahlungskredit aufnehmen – mit 5% Zinsen. Zusätzlich wurden Befreiungsgründe abgeschafft. Die nachgelagerten Studiengebühren sollten so den Hamburger Hochschulen 37 Mio. € einbringen. Da diese Summe der Logik zu Folge erst nach und nach zur Verfügung steht, sprang der Hamburger Senat ein. Die Hochschulen traten die Stundung und Eintreibung der Gebühren an die Wohnungsbaukreditanstalt ab, was Kosten i.H.v. ca. 24 Mio. € verursachte. Effektiv wurde durch diese Konstruktion ca. 13 Mio. € für die Hochschulen mobilisiert – ganze 1,4% des Jahresetats. Gewinner dieser Geldverschiebung sind Banken, die an den Studiendarlehen verdienen.

### Studiengebühren – oder doch lieber eine „Akademikersteuer“?

Eine pointiertere Variante der nachgelagerten Studiengebühren vertritt das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS): die „Akademikersteuer“.<sup>22</sup> In Großbritanni-

en wird diese Idee ebenfalls diskutiert, um die Explosion der dortigen Studiengebühren aufzuhalten.<sup>23</sup> Grundidee dieses Konzeptes ist ein Aufschlag auf die Einkommenssteuer für alle Hochschulabsolventinnen und -absolventen, sobald sie nach dem Studium Geld verdienen. Gegenüber den nachgelagerten Studiengebühren hätte dies den Vorteil, dass keine Verschuldung entsteht, die junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums abhalten könnte. Dass diese Idee Anklang in linken Kreisen findet, zeigt der Beitrag von Stefan Welzk in den – eigentlich unverdächtigen – Blättern für deutsche und internationale Politik.<sup>24</sup> Welzk beschreibt die Vorteile einer solchen Regelung vor allem mit der einfachen Durchführung („völlig Bürokratiefrei“), der hohen Sozialverträglichkeit („träfe es nur die Erfolgreichen“) und der nicht nachteilhaften Wirkung auf das Studium („nicht, wie im Falle von Studiengebühren, bereits während ihres Studiums“).

Grundsätzlich ist gegen die Erhöhung von Steuern zur Finanzierung von Bildungsausgaben nichts zu sagen. Doch für eine Sozialdemokratie muss die Leitlinie der Steuerpolitik nach wie vor lauten: Starke Schultern tragen mehr. Wie

---

abs-bund.de/uploads/media/Broschuere\_5\_-\_Argumente\_gegen\_nachgelagerte\_Studiengeb.pdf (letzter Zugriff: 10.04.2011)

21 Petersen, Till (2009): „Vorbild Hamburg?“ in: Himpele, Bultmann a.a.O., S. 89–96

22 Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Pressemitteilung vom 02.09.2010, online verfügbar unter: <http://www.fibs.eu/>

---

de/sites/jumpton.php?in\_adr=presse/\_wgHtm/press\_100902.htm (letzter Zugriff: 10.04.2011)

23 „Abkassieren bei den Eliten“, Spiegel-Online vom 12.08.2010, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,711255,00.html> (letzter Zugriff: 10.04.2011)

24 Welzk, Stefan (2008): „Akademikersteuer statt Studiengebühren“ in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53, H.2, S. 13–15

bemisst sich nun diese Stärke? Durch Bildungsabschlüsse oder durch reales Einkommen? Mit Sicherheit haben empirische Untersuchungen einen Zusammenhang zwischen beidem gezeigt, doch heißt dies auch, dass Steuerschuld abhängig sein muss vom Bildungstitel den man erworben hat? Grundsätzlich muss ein Steuersystem der Umverteilung von Vermögen und Einkommen dienen und dies auch an realen Einkommens- und Vermögensverhältnissen festmachen, ganz gleich auf welcher Grundlage sie zu Stande gekommen sind. Gerade in Zeiten von prekären Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft und der vielbeschworenen „Generation Praktikum“ würde sich die Ungerechtigkeit nur verschieben. Betrachtet man die Karrierewege und Netzwerke von Menschen in Spitzenpositionen stellt sich die Frage, ob alle Absolventinnen und Absolventen die gleichen Chancen auf ein ähnlich hohes Gehalt haben. Wenn persönliche Kontakte, exklusive Praktika (die in den meisten Fällen nur bestimmte Studierende bekommen) über den weiteren Berufsweg entscheiden, warum sollten dann alle denselben Aufschlag bezahlen? Wenn Studierende aus Interesse sogenannte „Orchideenfächer“ studieren und ein geringeres Gehalt in Kauf nehmen, andere aber ihre Studienwahl nach dem zu erwartenden Einkommen ausrichten, was bedeutet dann ein gleicher Steueraufschlag auf das Einkommen für die Studienwahl? Die Einrechnung des Bildungstitels für die Steuerschuld wird das Problem der Unterfinanzierung der Hochschulen nicht lösen und ist nur eine Nebendebatte, um sich um die Frage der grund-

sätzlichen Verteilung von Vermögen in einer Gesellschaft herum zu drücken.

### **Studiengebühren – was bleibt?**

Nach den vielen Kämpfen gegen Studiengebühren und für offenere Hochschulen und ein gerechteres Bildungssystem muss man der Sozialdemokratie ein erstes Lob aussprechen. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Studiengebühren dort, wo sie eingeführt waren, abgeschafft wurden. Trotz der Diskussionen um die Jahrtausendwende ist das gebührenfreie Erststudium „common sense“ innerhalb der Partei. Die Sozialdemokratie muss sich aber hüten vor der Einschätzung, dass der Kampf gegen Studiengebühren mit einer Abschaffung in Baden-Württemberg und Hamburg gewonnen und die Abschaffung in den restlichen beiden Bundesländern nur eine Frage der Zeit sei. Zum einen stehen Gebühren in anderer als ihrer allgemeinen Form nach wie vor in vielen Bundesländern auf der Tagesordnung und zum anderen werden die Diskurse mit anderen politischen Mehrheiten, unter anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen und mit anderen Instrumenten in den kommenden Jahren weitergeführt. Nachgelagerte Studiengebühren und eine „Akademikersteuer“ sind nur zwei Beispiele dafür.

Wenn es für die Sozialdemokratie eine Konsequenz aus den Diskussionen der vergangenen 15 Jahre gibt, dann muss diese lauten, dass die Kosten für Bildungsinstitutionen nicht privatisiert werden dürfen – ganz gleich mit welchem Instrument. Die Unterschiedlichkeit der persönlichen Hintergründe der Bildungsteilnehmerinnen und -Teilneh-

mer und ihr ökonomisches und kulturelles Kapital werden diese Unterschiede in einem privatisierten Bildungswesen immer weiter fortschreiben. Ihnen zu begegnen, kann nur in einem öffentlich finanzierten Bildungssystem gelingen. Einen Ausweg aus der Unterfinanzierung findet man nicht, indem man die Bildungsteilnehmerinnen und

-Teilnehmer an den Kosten ihrer Ausbildung beteiligt. Sozialdemokratie sollte stattdessen die Rolle der Gesellschaft betonen, die sich beständig fragen lassen muss: Wie viel Geld ist uns gute Bildung wert? Dieses Geld zu akquirieren ist dann Aufgabe eines starken Staates, der für eine Umverteilung von Vermögen, Einkommen und Kapital sorgt.

**Denis Newiak**

## **Für soziale demokratische Hochschulen**

### **Positionen, Agitationsfelder und Perspektiven der Hochschul-Jusos am Beispiel der Juso-Hochschulgruppe Potsdam**

Dass das 21. Jahrhundert eine neue Ära unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens einläutet, ist schon lange unübersehbar. Nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt sehen sich die Menschen neuen großen Herausforderungen gegenüber stehen, die Hoffnungen mit sich bringen, aber auch Angst machen können: Neue moderne Kommunikationstechnologien ermöglichen einen sich ständig dynamisierenden und verflechtenden Informations- und Nachrichtenaustausch; der medizinische Fortschritt erhöht die Lebensdauer und bringt einen demografischen Wandel mit sich; die hohe Arbeitsproduktivität verdrängt die ersten beiden Wirtschaftssektoren und reduziert sie auf ihr nötigstes Minimum, während

sich der Dienstleistungssektor aufbläht. Gleichzeitig sehen wir uns konfrontiert mit einem überhitzten Geldtauschsystem, in welchem die Erzielung von Profiten und Wachstumsraten im Mittelpunkt steht statt der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und in dem alle Dinge und Werte – selbst Gesundheit, Bildungschancen und Zuneigung – zunehmend zur marktwirtschaftlichen Ware werden; der hohe Dienstleistungsanteil und die Informationsvernetzung machen es erforderlich, ständig dem neuesten Stand der Technik und des Wissens nachzujagen, also sich ein Leben lang fortzubilden, dazuzulernen und vermeintliche Wahrheiten durch eigene Denkleistung zu hinterfragen und gegebenenfalls zu überwinden.

Dieser Trend zum allseits beschwörten „Lebenslangen Lernen“ wird verstärkt durch eine Veralterung der Gesellschaft, in welcher der sogenannte „Lebensabend“ einen immer größeren Anteil an der Biografie einnimmt.

Diese willkürlich aufgezählten Faktoren sind Zeichen eines Wandels, welcher alle Lebensbereiche erfasst. Wie bereits erwähnt, muss sich vor allem der Bildungsbereich (mit seinem System aus vorschulischer, schulischer und hochschulischer Bildung, Ausbildungen, Fortbildungen usw.) auf gravierende Veränderungen einstellen, möchte er unter diesen neuen Bedingungen bestehen und leistungsfähig bleiben. Eigentlich müsste das Bildungswesen für eine eigene Dynamik und für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, statt dessen leidet es unter den Widrigkeiten der durchkapitalisierten Weltordnung.

Die Chancen und enormen Schwierigkeiten dieser Trends bekommen vor allem die jungen Menschen an den Bildungsinstitutionen zu spüren – in den Kindertagesstätten, allgemeinbildenden Schulen, Hochschulen und Universitäten sowie in der betrieblichen Ausbildung und bei Praktika in Unternehmen – und erleben am eigenen Beispiel die Fähigkeiten und Leistungsgrenzen dieser zum Teil Jahrhunderte lang gewachsenen Einrichtungen. Kinder und Jugendliche spüren, dass sich ihre Situation im Vergleich zu früheren Generationen verändert hat und dass sie selbst Hand anlegen müssen, um Veränderungen herbeizuführen. Offensichtlichstes Beispiel dafür sind die weltweiten Bildungsproteste in den ver-

gangenen Jahren und ihre Äußerungsformen.

Für mich als Mitglied der ersten „Bologna“-Generation steht fest: Unser Bildungswesen steht vor einem dramatischen Wandel. Wenn Bildung zunehmend zur handelbaren Ware statt zum Menschenrecht wird, ist die soziale Demokratie gefährdet. Diese Not drückt sich am schärfsten in den enormen Kürzungen im Bildungswesen aus. Daher setze ich mich als Juso und SPD-Mitglied zusammen mit meinen Mitstreiter\_innen – vor allem in der Juso-Hochschulgruppe Potsdam – für ein soziales und demokratisches Bildungssystem ein.

In diesem Artikel möchte ich schlaglichtartig die Organisationsstruktur der Jusos und der Juso-Hochschulgruppen („Juso-HSGn“) vorstellen, die wesentlichsten aktuellen Probleme an den Hochschulen und Universitäten benennen, die politischen Rahmenbedingungen erläutern sowie Agitationsmöglichkeiten und Beispiele aus der Juso-Hochschulgruppe Potsdam für konkretes politisches und soziales Handeln im Alltag darstellen. Am Ende des Artikels werde ich auch das allgemeinpolitische Engagement der Juso-HSGn herausstellen und den derzeitigen Diskussionsprozess zur eigenen Positionierung bezüglich der Vision des Demokratischen Sozialismus reflektieren.

Vorne weg will ich darauf hinweisen, dass es sich bei Meinungen in diesem Artikel nicht zwingend um Positionen der Juso-HSG Potsdam, sondern in erster Linie um eine Schilderung der Situation aus meinem persönlichen Blickwinkel handelt.

### **SPD, Jusos, Juso-Hochschulgruppen – was uns eint, worin wir uns unterscheiden**

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (kurz „Jusos“) ist die Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und teilt sich mit ihrer „Mutterpartei“ die Grundwerte der sozialen Demokratie. Sie gliedert sich ähnlich wie die Partei in Unterbezirke, Landesverbände und den Bundesverband mit dem Bundeskongress als höchstes Beschluss fassendes Organ. Die Jusos finanzieren sich aus eigenen Mitgliedsbeiträgen sowie aus Mitteln der Partei. Gegründet 1904 – zu einer Zeit, als Sozialdemokratie und Sozialismus teilweise als Synonyme verwendet wurden –, stehen auch die Jusos für eine soziale und demokratische Politik ein. Seit sich der Großteil der Partei – frühestens seit dem Ende der Ära Brandt, spätestens mit der Großen Koalition im Bund 2005 – in seinem täglichen Agieren zunehmend vom langfristigen Ziel des Demokratischen Sozialismus distanziert hat (obwohl er im Hamburger Programm weiterhin als „Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft“ aufgefasst wird), die Jusos sich aber erst im Jahr 2008 auf ihrem Bundeskongress mit ihren 63 Thesen erneut zu einer linken sozialistischen Politik bekannt haben<sup>1</sup>, gibt es ein leichtes Spannungsverhältnis zwischen Jusos und SPD. Vor

allem der Juso-Bundesvorstand unter Leitung von Franziska Drohsel hat zu einer Schärfung des linken Profils beigetragen, während der SPD – vor allem nach der Verabschiedung der Hartz-Reformen – immer wieder ein Verlust ihrer Kernkompetenz vorgeworfen wird. Aus diesen unterschiedlichen Vorstellungen wird die tägliche Zusammenarbeit zwischen Jusos und SPD allerdings nicht behindert, sondern kann sie sogar oft beflügeln. Aus internen Streitgesprächen ergibt sich immer wieder eine wichtige Dynamik, die sich in innovativen Ideen für das politische Handeln im Alltag äußert. Mit einem kritischen Bewusstsein können die Jusos dazu beitragen, dass die SPD ihre anhaltende Beliebtheitsflaute für einen Selbstfindungsprozess nutzt, indem sie ihre historischen Kernkonzepte – Solidarität, Fortschritt, Demokratischer Sozialismus – wieder schärfer fokussiert.

In den Juso-Hochschulgruppen organisieren sich Studierende, um für ein Bildungssystem in der Tradition der sozialen Demokratie zu kämpfen. Sie verfolgen Ziele wie z.B. eine solidarische Studienfinanzierung, eine gute finanzielle Ausstattung der Hochschulen und ihrer Mitarbeiter\_innen, die stärkere Beteiligung der Studierenden an Entscheidungsprozessen und eine Entschleunigung der unausgewogenen Bachelor- und Masterstudiengänge. Mitglieder der Juso-Hochschulgruppen sind nicht zwingend Mitglieder der Jusos oder gar der SPD, studierende Jusos sind aber automatisch Mitglieder der HSG an ihrer Hochschule. Die HSGn, derzeit an über 40 Hochschulstandorten in ganz Deutschland vertreten, or-

1 Die 63 Thesen sind unter dem Titel „Für eine Linke der Zukunft. Thesen zu jungsozialistischer Politik“ erschienen in: Drohsel, Franziska: Was ist heute links? Campus: Frankfurt am Main 2009

ganisieren sich durch Landesvernetzungsbeauftragte in den Bundesländern sowie beim Bundeskoordinierungstreffen, dem höchsten Beschluss fassenden Organ. Die lokalen HSGn finanzieren sich meist durch Zuschüsse von den SPD-Unterbezirken sowie durch Mittel der Jusos. Vor Hochschulgremienwahlen erhalten die Juso-HSGn häufig kleinere bis mittelgroße Spenden von lokalen SPD-Politiker\_innen. Juso-HSGn können in vielen Fällen die Infrastruktur der SPD mitnutzen (Büro-Anschrift, Drucker, Räumlichkeiten) und können sich auf diese Weise finanziell entlasten.

SPD, Jusos und Juso-Hochschulgruppen stehen sich nah, gehen aber nicht ineinander auf. So können sie ihre Kräfte bündeln, ohne ihre Eigenständigkeit zu verlieren. In einem gemeinsamen kritischen Diskurs können sie moderne Konzepte für politisches Handeln entwickeln, ohne sich ständig nur „auf die Schulter zu klopfen“.<sup>2</sup>

### **Denk-Räume statt Bologna-Wahnsinn**

Was bedeutet Bildung in der menschlichen Kultur und der heutigen Gesellschaft? Welche Rolle spielt Bildung in der Dienstleistungswirtschaft? Und mit welchen bildungspolitischen Konzepten können wir unser Ideal einer „Hochschule für alle“, frei von finanziellen Hürden oder ideologischen Einschränkungen, verwirklichen? Um die heutigen Hürden der deutschen Bildungs-

landschaft zu überwinden, müssen sich die Juso-HSGn mit solchen Fragen befassen.

Für die Jusos und die Juso-Hochschulgruppen ist Bildung kein abschließbarer Prozess. Sein Wert bemisst sich nicht an seiner marktwirtschaftlichen Verwertbarkeit, sondern an seinem persönlichen und gesamtgesellschaftlichen Nutzen. Bildung bedeutet nicht nur, Allgemeinwissen zu speichern, sondern auch, Kompetenzen zu entwickeln, die einem bei der Bewältigung der Anforderungen unserer modernen komplexen Gegenwart behilflich sein können. Für Jusos und Juso-Hochschulgruppen heißt Bildung ein längeres gemeinsames Lernen in der Schule, wo voneinander und miteinander gelernt wird. Bildung muss frei zugänglich sein, ihre Qualität darf sich nicht am finanziellen Status bemessen. Die Bildungsinstitutionen müssen auf allen Ebenen sozial und demokratisch organisiert sein.

Für die Juso-Hochschulgruppen stehen die Universitäten und Hochschulen im Mittelpunkt ihrer Bemühungen. Statt einer „Maschine“, die möglichst viele Absolvent\_innen in möglichst kurzer Zeit „auswirft“, um den Bedarf der Wirtschaft an praxisorientierten Fachkräften zu decken, schwebt den Juso-Hochschulgruppen eine Hochschule vor, in der „Nach-Denken“ und „Vor-Denken“ befördert statt behindert werden, in der junge Menschen Ideen entwickeln, ausprobieren, wieder verworfen oder weiterentwickeln, Althergebrachtes prüfen und Neues entstehen lassen können. Statt sich nur für einen Beruf zu qualifizieren, ermöglicht ein solches Studium, das Leben mit seinen

---

2 Das Verhältnis zwischen der SPD und den Jusos wurde auch auf der Jahrestagung der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus am 23. Oktober 2010 in Birkenwerder diskutiert.

vielschichtigen Verflechtungen besser zu verstehen. Dazu gehört, selbst über sein Studium entscheiden zu können. Doch an der Hörsaaltür endet das Studieren nicht, sondern dort beginnt es erst wirklich: ein gesundes und reichhaltiges Speisenangebot, preiswerte Wohnungen, ein gutes Nahverkehrssystem und vor allem Zeit und Freiräume zum Verinnerlichen und Weiterdenken gehören zum Studium genauso wie eine zur Unabhängigkeit befähigende Ausfinanzierung.

Die Hochschule als Ort des Lernens, Forschens und Lebens, wie es den Juso-HSGn vorschwebt, würde nicht nur die Wirtschaft befördern, indem diese dann über produktive und vernetzt denkende Arbeitskräfte verfügt, sondern könnte damit auch einen gesamtgesellschaftlichen Fortschritt bewirken, indem sich die für vernünftig und zukunftsweisend befundenen Ideen als Alternative zu überholten Vorstellungen, Mustern und Stereotypen entwickeln können. Doch von einem solchen Bildungsideal sind die deutschen Hochschulen weit entfernt.

Die deutsche Hochschullandschaft steht mit dem europaweiten Bologna-Prozess zur Schaffung eines „einheitlichen europäischen Hochschulraumes“ noch am Anfang eines dramatischen Umwandlungsprozesses – leider meist eher hin zum Negativen als zum Positiven. Probleme bei der Durchsetzung der Beschlüsse von Bologna gingen in der jüngsten Vergangenheit regelmäßig durch die Medien, über Politikerschreibische und Diskussionsveranstaltungen, ohne dass sich bisher signifikante gute Veränderungen für die Situation an

den Hochschulen ergeben haben. Im Folgenden sollen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben – einige zentrale Problemfelder beleuchtet werden.

### **Aktuelle hochschulpolitische Problemfelder**

Die Probleme und Widersprüche an deutschen Hochschulen sind vielfältig und haben unterschiedliche Ursachen. Zentraler Konflikttherd nicht nur in Deutschland sondern auch in vielen anderen europäischen Ländern ist vor allem die schlechte Umsetzung des Bologna-Prozesses. Statt sich auf das Kernziel, nämlich die Förderung der Mobilität von Studierenden und ihren Studienleistungen in Europa, zu konzentrieren, wurde die EU-Reform ausgenutzt, um das bisherige Studium, wie es noch Diplom- und Magisterstudierende kennengelernt haben, fast bis zur Unkenntlichkeit zu entstellen und kaputt zu sparen. Vielen Hochschulen fehlen zunehmend die Mittel, um genügend Dozierende und Professoren einzustellen, in neue Gebäude oder Technik zu investieren oder studentische Initiativen zu fördern. Selbst die rot-rote Landesregierung in Brandenburg beispielsweise hat ihre Hochschulen, insbesondere die Universität Potsdam, zur Auflösung ihrer Rücklagen aufgefordert und damit ihrer Handlungsfähigkeit beraubt und, obwohl im Koalitionsvertrag die Bildung vor Sparmaßnahmen geschützt wird, drastische Kürzungen angekündigt. Angesichts der Unterbezahlung vieler Dozierender, den materiellen Mängeln und der Platznot sind solche Entscheidungen eine Kampfansage an das gesamte Hochschulwesen.

Die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge hat nicht zu einer Verbesserung der Qualität der Studiengänge beigetragen, im Gegenteil. Anstatt die Studiengänge an die neue Struktur von BA und MA anzupassen, wurden in vielen Fällen einfach die alten Diplom- und Magisterstudiengänge „umetikettiert“. In den wenigsten Fällen wurde darauf Rücksicht genommen, dass Bachelor-Studierende mit ihren meist sechssemestrigen Studiengängen nur zwei Drittel der Studienzeit von Diplom- oder Magisterstudierenden eingeräumt bekommen. Ein Überziehen der knappen Regelstudienzeit wird oft mit Kürzung oder Streichung des BAföG bzw. des Stipendiums geahndet; mit dem gleichen Problem haben auch die Master-Studierenden zu kämpfen. Die Folge war eine dramatische Verdichtung der Seminar- und Prüfungsfülle und eine hoffnungslose Überforderung der heutigen Generation von Studierenden: sie rennen nur noch von einer Lehrveranstaltung zur nächsten und schaffen es häufig nur noch, sich den Merkstoff unreflektiert einzuhämmern – zum selbstständigen Nachdenken über das Erlernte bleibt meist zu wenig Zeit und Kraft. Selbst für eine einstündige Mittagspause bleibt durch die enge zweistündige Taktung der Lehrveranstaltungen an vielen Hochschulen oft nicht genügend Zeit: statt eine warme Mahlzeit zu sich zu nehmen, müssen sich viele Lehrende und Lernende auf dem Weg zwischen den Vorlesungs- und Seminarsälen mit Schokoriegeln und einem Kaffee aus dem Pappbecher begnügen. Erholungsphasen werden auf Kosten von Schlaf und Gesundheit eingestampft, um das

Pensum bewältigen zu können. Doch die Verdichtung der Aufgabenfülle hat noch weitere Folgen: So bleibt neben dem Studium so gut wie keine Zeit mehr, sich ehrenamtlich in einem Verein, einer Partei oder sonstigen Organisation zu engagieren. Auch viele Juso-Hochschulgruppen spüren den verstärkten Leistungsdruck durch schwindende Mitgliederzahlen und somit durch stärkere Belastung der immer weniger werdenden verbliebenen Aktiven.

Verantwortlich für diese Schieflage ist vor allem das sogenannte „European Credit Transfer System (ECTS)“, welches allen erbrachten Leistungen „Credit Points“ (Leistungspunkte) gegenüberstellt. So erhalten Studierende für die Teilnahme an Vorlesungen, Seminaren, Projekten und Prüfungen eine bestimmte Anzahl an Leistungspunkten. Für einen Bachelor-Studiengang müssen in der Regel 180 Leistungspunkte erbracht werden. Da ein Leistungspunkt einem Zeitaufwand von 30 Stunden entsprechen soll, ergibt sich in Summe etwa eine 40-Stunden-Woche – zumindest rechnerisch. In der Realität sieht die Sache völlig anders aus: Der starre 30-Stunden-Schlüssel ist nicht in der Lage, den tatsächlichen Zeitaufwand zu repräsentieren. Warum sollten zum Beispiel alle Studierenden genau gleich viel Zeit benötigen, um sich auf eine Klausur vorzubereiten? Oder wie kann ein Studierender bei einem aufwändigen Projekt sagen: „Meine 120 Arbeitsstunden sind vorbei – hiermit ist das Projekt für mich beendet“? Eine Sache der Unmöglichkeit. Doch die Arbeitszeit, die bei der „Überschreitung“ der vorgesehenen Kontingente genutzt wird,



muss an anderer Stelle abgezogen werden, meist beim ehrenamtlichen Engagement, bei Freizeit, Erholung und Privatsphäre. Als völlig absurd entlarvt sich das Credit-Point-System, wenn manche Hochschulen inzwischen überlegen, sogar die Arbeit in studentischen Gremien zu „bepunkten“. Letztlich zeigt sich diese Punkteregelung lediglich als Versuch, das Studium minutiös durchzukalkulieren, wie einen Supermarkteinkauf berechenbar zu machen und den Studierenden davon abzuhalten, sich neben dem streng reglementierten Studium mit wirklich freiem Denken und kritischen politischen Konzepten zu beschäftigen.

Als besonders erschwerender Faktor kommt hinzu, dass durch die Undurchlässigkeit des BAföG, welches die Bildungschancen vom Stand der Eltern abhängig macht und selbst bei voller Bezugshöhe nur ein „Hartz IV“ auf Kredit ist, viele Studierende neben dem Studium arbeiten müssen, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das kann Vorteile haben, da es den Studierenden die Möglichkeit geben könnte, in angestrebte Berufsfelder einen Einblick zu erhalten. Tatsächlich aber erhalten viele Studierende nur gering bezahlte Arbeit, z.B. als Aushilfen auf 400-Euro-Basis; Pflichtpraktika sind oft sogar unbezahlt. Für diese Nebenjobs geht viel Zeit verloren, welche besser in einem intensiveren Studium angelegt wäre. Doch nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die Pflege von Familienangehörigen oder die Erziehung von Kindern kostet Zeit, für die es im Vollzeitstudium der „Generation Bologna“ keinen Platz gibt. Daher setzen sich die Juso-Hochschulgruppen für die flächendeckende Einführung

flexibler Teilzeitstudiengänge ein, von denen bisher nur wenige Studierende profitieren können, und fordern die Einführung eines „Elternunabhängigen Bildungsgeldes“, welches an alle Studierenden ausbezahlt wird. Einen weiteren Ausbau des Stipendienwesens zu Lasten der Breitenförderung lehnen wir ab. In diesem Zusammenhang ist auch das Engagement für einen einheitlichen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte an den Hochschulen wichtig, wobei die Juso-HSGn gemeinsam mit der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)“ agieren.

Ein weiterer Konfliktherd ist der schwere Masterzugang. Da viele Bachelorstudiengänge nicht für einen Beruf qualifizieren und einen nicht mit dem Gefühl zurücklassen, ein komplexes Themenfeld verinnerlicht zu haben, haben die meisten Bachelor-Absolvent\_innen den Wunsch, ein Masterstudium anzuschließen. Der Vorschlag vieler Jusos und anderer linker Organisationen, die BA-Regelstudienzeit von in der Regel sechs auf acht Semester zu verlängern, wurde von der Politik abgelehnt. Da Masterstudienplätze nicht im genügenden Ausmaß angeboten werden, ergeben sich harte Zugangsbeschränkungen und Wartezeiten, die nicht nur den Konkurrenzdruck zwischen den Bachelorabsolvent\_innen verstärken, sondern auch die eigene Lebensplanung erschweren.

Die Liste der Probleme ließe sich mit der Zwangsexmatrikulation (z.B. von derzeitigen Diplom- und Magisterstudierenden), einer mangelnden Repräsentation der Studierenden in akademischen Räten sowie vielen lokalen Fragen verlängern.

### **Politische Rahmenbedingungen und Agitationsmöglichkeiten**

Der umstrittene Bologna-Prozess hat gezeigt, dass Bildung keine Landessache ist, obwohl das unsere Verfassung vorsieht. Die Bundesländer wurden gezwungen, die einheitlichen europäischen Regelungen zur Umgestaltung des Hochschulwesens umzusetzen. Während für den Betrieb der Hochschulen die Länder verantwortlich sind, werden wiederum andere studientechnisch relevante Gesetze wie das BAföG oder das kritikwürdige „Deutschlandstipendium“ auf Bundesebene gemacht. Der Bund wiederum setzt die EU-Beschlüsse weitestgehend unangepasst um. Einen guten öffentlichen Personennahverkehr, preiswerte Wohnungen, nahe Einkaufsmöglichkeiten oder sonstige für Studierende wichtige Infrastruktur zu schaffen, ist Sache der Kommunen. Studien- und Prüfungsordnungen, Projektförderungen und Ressourceneinsatz werden durch die Hochschulen beschlossen. Da die Entscheidungen auf allen Ebenen stattfinden, ist es wichtig, dass sich die Juso-Hochschulgruppen auf all diesen Stufen der politischen Hierarchie engagieren.

Das kostet Zeit und Energie, doch es ist wichtig. Mitglieder der Hochschulgruppen nutzen ihre Kontakte zu lokalen Entscheidungsträgern, z.B. über die SPD, in den Parlamenten und Kreistagen, um an Informationen zu gelangen und gemeinsam Strategien zu entwickeln. Im Gespräch mit Minister\_innen werden gemeinsam die Belange der Studierendenschaft vertreten und mit Nachdruck deren Berücksichtigung gefordert. Öffentliche Diskussionsrunden

mit Regierungsmitgliedern können den Druck zur Umsetzung verstärken.

Die Verfassten Studierendenschaften, die durch die Landeshochschulgesetze geschützt sind, haben die Chance, sich an den Hochschulen durch die Form der Studentischen Selbstverwaltung zu organisieren und Gehör zu verschaffen. Leider wird dieses zentrale Element der studentischen Interessenvertretung nicht in allen Bundesländern ernst genommen.<sup>3</sup> Umso wichtiger ist es, dass die Studierendenschaften ihre ihnen rechtlich eingeräumten Handlungsspielräume so gut wie möglich nutzen. Dabei wählen die Studierenden der Hochschulen meist jährlich eine Vertretung (Studierendenparlament oder -rat), welche im Namen der Studierendenschaft grundlegende Positionierungen zu aktuellen hochschulpolitischen Themen verabschiedet, die Satzung der Studierendenschaft ändert und über Höhe und Verwendung der von den Studierenden eingezahlten Beiträge<sup>4</sup> entscheidet. Dazu wird ein Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) eingesetzt, welcher die Entscheidungen der Vertretung umsetzt. Diese Studierendenschafts-„Regierungen“ organisieren wichtige Beratungs- und Informationsangebote (z.B. zum Arbeitsrecht oder BAföG), Veranstaltungen (beispielsweise Hochschulfeste oder Diskussionsrunden) und Projekte (so konnte in Potsdam mit Unterstützung des AStAs eine

3 So können beispielsweise in Sachsen-Anhalt nach dem dortigen Hochschulgesetz Einzelne aus der Studierendenschaft austreten.

4 An der Universität Potsdam beträgt der Beitrag 10 Euro im Semester.

Solaranlage in Betrieb genommen und ein Pauschalvertrag mit einem Fahrradverleiher ausgehandelt werden), stellen Studierenden eine Rechtsvertretung zur Verfügung und betreiben Kultureinrichtungen (wie in Potsdam das „Studentische Kulturzentrum KuZe“). Welche konkreten Aufgaben die „Asten“ an den einzelnen Hochschulen wahrnehmen, hängt von den lokalen Bedürfnissen und politischen Rahmenbedingungen ab und unterscheidet sich von Ort zu Ort. In Fachschafts- und Fakultätsräten können Studierende fachbezogene Hilfe erhalten. Studentische Vertreter\_innen im Senat, dem höchsten Beschluss fassenden Organ der akademischen Hochschulverwaltung, treten gegenüber Professor\_innen und Hochschulleitung für Belange der Studierenden ein.

Doch die Möglichkeiten dieser Einrichtungen sind begrenzt. Zwar haben die Studierendenschaften durch die Beiträge einen nicht unerheblichen Spielraum, sie können aber nur mit Schwierigkeiten relevante Investitionen vorantreiben oder gar selbst auslösen. Sie leiden aber auch unter einer schwachen Wahlbeteiligung<sup>5</sup>. Natürlich haben die Hochschulleitungen nur ein bedingtes Interesse daran, die Studierenden über die Wichtigkeit und die Einfluss-sphäre der Studentischen Selbstverwaltung aufzuklären – ein starke studentische Vertretung hätte nämlich mehr Möglichkeiten, Entscheidungen von Regierung und Hochschulleitungen zu kritisieren oder gar durch politischen Druck zu kippen.

5 In Potsdam beteiligten sich letztes Jahr 11 Prozent an den Studierendenparlamentswahlen.

### **Handlungsfelder der Juso-Hochschulgruppe Potsdam**

Um die beschriebenen Handlungsfelder zu „bestellen“, braucht es ein engagiertes überzeugtes Team, welches arbeitsteilend Gespräche führt, Texte verfasst und Aktionen plant. Um unsere Vorhaben vorzubereiten, treffen wir uns montags zweiwöchentlich, bei besonders planungsintensiven Vorhaben und in Wahlkampfphasen wöchentlich sowie unregelmäßig in Arbeitsgruppen. Während dieser Mitgliederversammlungen besprechen wir die aktuelle hochschulpolitische Lage, überlegen Vorgehensweisen und holen Informationen von kompetenten Gästen ein (so z.B. erst kürzlich zum Jugendkulturprojekt „freiland“). Bei großen Vorhaben konsultieren wir uns mit den anderen politischen Hochschulgruppen oder ehemaligen Verantwortungsträgern aus Studierendenparlament, ASTA oder Senat. Die Redelisten bei den Sitzungen werden doppeltquotiert (nach Geschlecht und Erstredner\_innen). Der jährliche gewählte Sprecher\_innen-Rat nimmt exekutive Aufgaben wahr, verfasst Pressemitteilung und Einladungen und ist für die Organisation der Mitgliederversammlungen und die Außendarstellung zuständig. Hauptkommunikationsinstrument sind Emails, dringende Informationen werden über einen internen SMS-Verteiler weitergereicht. Die Vorbereitung auf Sitzungen des Studierendenparlaments und des ASTAs erfolgt auf Sondersitzungen der im Parlament vertretenen Jusos und weiterer interessierter HSG-Mitglieder.

Mindestens einmal im Monat publizieren wir bei einer Auflage von zuletzt

1.000 Exemplaren unser achtseitiges Informationsheft „Juso-HSG aktuell“ mit Positionierungen und Kommentaren zu aktuellen (auch allgemeinpolitischen) Problemen und Themen, Interviews mit im AStA oder Studierendenparlament vertretenen Jusos und Einladungen zu Sitzungen und Veranstaltungen. Zu Beginn des Wintersemesters informieren wir die Studierenden mit unserem „Ersti-Heft“ über das Leben an der Universität Potsdam, versorgen sie mit Informationen zu Studienfinanzierung, Wohnungssuche und Nahverkehr und stellen ihnen Struktur und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Studentischen Selbstverwaltung vor. Bei Informationsständen zu Beginn und Ende des Semesters stehen wir als Ansprechpartner\_innen für Fragen rund ums Studiums und zu hochschulpolitischen Fragen zur Verfügung. Bei der lockeren „Kneipentour“ stellen wir den neuen Studierenden studentische Lokalitäten und Bars in Potsdam vor und werben bei Ihnen für ein sozialdemokratisches Engagement in der HSG. Auf diesem Wege konnten wir bereits mehrere Neumitglieder gewinnen.

Unsere bisherige Website unter [www.jusos-uni-potsdam.de](http://www.jusos-uni-potsdam.de) wurde zuletzt völlig überarbeitet und erscheint seit Ende April im neuen Layout und mit neuer Navigationsstruktur. Auf den Internetseiten stellen wir uns als politische Hochschulgruppe mit unseren Grundpositionen vor, veröffentlichen unsere Pressemitteilungen und Texte und präsentieren die konkrete Arbeit der HSG sowie der in AStA und Studierendenparlament vertretenen Mitglieder. Unter einer gesonderten Domain

[www.sozial-fuer-dich.de](http://www.sozial-fuer-dich.de) stellen wir uns im Wahlkampf mit einer aufwändigen Flash-Animation unter dem Titel „Juso-HSG Potsdam – in drei Minuten“ interaktiv und in Kurzform vor. Auf diese Weise möchten wir denjenigen, die vor mit Texten überfüllten Websites zurückschrecken, ein dynamisches Alternativangebot zur Informationsbeschaffung unterbreiten. Ein Springen zu unserer Hauptwebsite ist zu jedem Zeitpunkt möglich.

Formen wie Sitzungen, Hefte und Websites wollen mit Inhalten gefüllt werden. Bei unserem Engagement für ein Bildungssystem im Sinne der sozialen Demokratie führen wir daher immer wieder Gespräche mit Politiker\_innen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Oft dauert es Monate oder sogar Jahre, bis sich Veränderungen zeigen, daher ist es hier wichtig, immer wieder mit gleich bleibendem Nachdruck für Inhalte und Konzepte im Gespräch einzustehen. Termine mit Regierungs- oder Parlamentsmitgliedern werden langfristig in der Gruppe vorbereitet, häufig werden die Gespräche dann gemeinsam von allen Brandenburgischen Juso-HSGn durchgeführt. Bei diesen Treffen können wir die Politik-Vertreter\_innen nicht nur über den derzeitigen Sachstand informieren und ihre Fragen beantworten, sondern treten immer wieder für die Lösung der oben beschriebenen zentralen Themen ein.

Neben dem persönlichen Gespräch mit Vertreter\_innen der Bildungspolitik suchen wir auch die Öffentlichkeit, um über das Hochschulwesen zu diskutieren. Besondere Höhepunkte unserer Arbeit sind thematische Diskussions-

veranstaltungen, auf welchen wir unsere eigenen Positionen vertreten, prüfen und ggf. nachbessern können. So stritten wir beispielsweise am 21. März zusammen mit Bundestagsmitglied Andrea Wicklein und dem stellvertretenden SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Axel Schäfer unter dem Titel „Nach der Krise ist vor der Krise – Europa am Scheideweg?“ über die Zeit nach dem Finanzcrash. Martin Seiffert, erst kürzlich zum Geschäftsführer der Jusos Brandenburg gewählt, organisierte eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik“: An drei Terminen in Mai und Juni berichten sechs Referent\_innen aus Wissenschaft und Wirtschaft an der Universität Potsdam und bieten die Möglichkeit der öffentlichen Debatte. Juliane Meyer führte Ende Juni eine größere Diskussionsveranstaltung „Zukunft der deutschen Bildungspolitik“ zusammen mit hochrangigen Politiker\_innen durch.

Hochschulpolitik ist wichtig, kann aber eine trockene schwer kommunizierbare Materie sein. Daher ist es für uns zentral, solche Themen auch über den Weg von sportlichen und feierlichen Veranstaltungen zu kommunizieren. Eine langjährige Tradition ist das Sommerfest, zu welchem wir die gesamte Universität einladen. Bei Getränken, vegetarischem und fleischhaltigem Grillgut und Tanzmusik kommt am Mikadoplatz am Campus „Griebnitzsee“ immer gute Laune auf. Durch einen kleinen Überschuss aus dem gastronomischen Verkauf kann ein Teil der Wahlkampfausgaben beglichen werden. Maja Wallstein hat durch mehrere „Für-Frieden-Fußball-Turniere“ die

Studierenden zum freundschaftlichen Spiel am Campus „Neues Palais“ aufgerufen. Außerdem beteiligt sich die Juso-HSG mit Mannschaften bei lokalen Festen wie dem Potsdamer Toleranzfest. Auch die jährliche Weihnachtsfeier stärkt den internen Zusammenhalt der Mitglieder und bietet die Freiheit, Themen ansprechen zu können, für die sonst keine Zeit bleibt.

Besonders viele Ressourcen bindet der jährliche Wahlkampf zum Studierendenparlament, welcher Ende April mit der Suche nach Kandidat\_innen für die Wahlliste beginnt. Dabei sprechen wir insbesondere auch Nicht-Mitglieder an, um ihnen und ihren Bekannten das Gefühl zu vermitteln, dass hochschulpolitische Partizipation niedrigschwelliger ist, als oft angenommen. Mit der Überarbeitung und Ergänzung unseres zwanzigseitigen Wahlprogramms kontrollieren wir, welche Erfolge erzielt werden konnten und welche Probleme noch ungelöst sind. Zentrale Wahlkampfthemen kommunizieren wir durch unsere ständige Öffentlichkeitsarbeit sowie über thematische Flyer und Broschüren, welche wir in Mensen, Bibliotheken und Hörsälen verteilen. Plakate dienen nicht nur der Kommunikation der Themen, sondern auch der allgemeinen Wahrnehmbarkeit der bevorstehenden Wahlen. Die HSG-Mitglieder entwerfen darüber hinaus eigene Materialien nach ihren individuellen Interessen und nach den besonderen Bedürfnissen ihrer Studiefächer.

Im Studierendenparlament (in welchem wir mit fünf von 27 Sitzen die zweitgrößte Gruppe bilden) müssen dann die Vorschläge aus dem Wahl-

kampf in die Tat umgesetzt werden. Statt auf „Koalitionspartner\_innen“ wie in den vergangenen Jahren zu setzen, haben wir uns im letzten Jahr entschieden, alle Listen, die mit unseren Grundwerten vereinbar sind (insbesondere auch die besonders stark vertretenen Grün-Alternativen), zum gemeinsamen Handeln einzuladen; auch der AStA sollte möglichst von vielen hochschulpolitischen Listen sowie von listenlosen Referent\_innen gestellt werden. Leider konnten wir die anderen kleineren linken Gruppen an unserer Uni nicht von der Zweckmäßigkeit eines solchen breiten Bündnisses überzeugen. Trotz aller Schwierigkeiten, die der Prozess der „Regierungsbildung“ mit sich brachte, können wir mit unseren AStA-Referent\_innen gute Projekte umsetzen: Christian Gammelin hat zusammen mit der „Arbeitsgemeinschaft Mensa“ eine „Vegetarische Woche“ auf die Beine gestellt, um die Studierenden über die Auswirkungen unserer Ernährung auf die Umwelt aufzuklären; Malte Jacobs und Enrico Schicketanz – die auch bei der GEW organisiert sind – möchten für Studentische Beschäftigte einen eigenen Tarifvertrag und einen eigenen Personalrat durchsetzen, damit diese ihre arbeitsrechtlichen Interessen gegenüber Hochschulen und Land durchsetzen können; unsere Referent\_innen für „Ausländische Studierende und Antirassismus“, Zozan Bilir und Pierre Vicky Sonkeng Tegouffo, organisierten derzeit die „Festival contre le Racisme“-Woche an der Universität und beraten Studierende aus anderen Ländern bei ihren individuellen Fragen. Die Liste der Juso-Projekte im AStA ließe sich natürlich

noch lange fortsetzen. Im Studierendenparlament haben wir außerdem eine personelle Stärkung unseres Kulturzentrums, einen soliden zukunftsfähigen Haushalt sowie eine Grundsatzpositionierung gegen die sächsische „Extremismusklausel“, die nichts anderes als eine Zensur ist, durchgesetzt.

### **Was es heute heißt, Jungsozialist\_in zu sein**

Bei den zahlreichen, oft überfordernden und komplizierten Problemen der Alltagspolitik besteht die Gefahr, dass wir den Blick für die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge verlieren. Während wir an kleinen Stellschraubchen drehen, um das Zusammenleben innerhalb der Gegenwartsverhältnisse zu erleichtern und erträglicher zu machen, sehen wir uns immer wieder mit einer riesigen Maschinerie von mächtigen Konzernen und Staaten konfrontiert, die alle Bemühungen wegschlucken könnten. Für solche Betrachtungen fehlt aber im Alltag häufig die Zeit. Daher hatte die Juso-HSG Potsdam am 15. April die anderen brandenburgischen HSGn zur Diskussion gebeten: „Was heißt es heute, Jungsozialist\_in zu sein?“ Vorgeschlagene Antworten waren: „10 Jahre Gemeinschaftschule!“, „Artenschutz für Langzeitstudierende!“ und: „Soziale Marktwirtschaft statt Sozialismus!“ – ein Raunen geht durch den Otto-Wels-Saal im Potsdamer Regine-Hildebrandt-Haus. Es folgte eine ungewohnt energiereiche und kontroverse Diskussion darüber, was sich hinter diesen beiden Begriffen verbirgt. Lassen sich die überholten Lebensmodelle in DDR und Sowjetunion überhaupt als

Sozialismus bezeichnen oder waren sie nicht vielmehr staatskapitalistische Regime, in denen die Produktionsmittel dem Staat und nicht dem Volk gehörten? Wird eine offene wissenschaftliche Diskussion über das Wirtschaftssystem der DDR im Vergleich zur Definition des Sozialismus als Wirtschaftsordnung ohne Großprivateigentum im täglichen Diskurs befürwortet oder eher doch ideologisch verhindert? Und kann es überhaupt eine „soziale Marktwirtschaft“ geben, wenn in ihr erfahrungsgemäß stets nicht tilgbare Arbeitslosigkeit und Armut herrschen?

Es war überraschend, wie kontrovers diese Frage diskutiert wurde. Es zeigt, dass auch die Jusos keine homogene Masse sind, sondern bei ihnen offen über den geschichtlich belasteten Begriff Sozialismus diskutiert wird, auch wenn es dann heiß zur Sache gehen kann. Die verkrusteten Diktaturen von einst wünscht sich niemand zurück, wie aber eine gesamtgesellschaftliche Alternative zur derzeitigen kapitalistischen Weltwirtschaft genau aussehen könnte bzw. ob eine solche Alternative überhaupt denkbar oder erstrebenswert ist, ist eine strittige Angelegenheit. Sozialismus zeigt sich dabei als Sammelbegriff für eine Fülle von Lebensweltvorstellungen, von der verklärten DDR-Nostalgie über

reine Wirtschaftssysteme der vollendeten sozialen Gerechtigkeit bis hin zu einer erweiterten Auffassung des solidarischen Zusammenlebens, welches nicht nur vom Wirtschaftlichen, sondern auch vom Ideellen geleitet wird. Nicht wenige vertreten die Auffassung, dass sich selbst im Sozialismus nicht die zentralen Konflikte, mit denen es die Menschen heute zu tun haben, auflösen werden, sondern dass es nur eine Übergangsphase sein kann, bevor sich in einer Phase extrem hoher Arbeitsproduktivität die Klassenwidersprüche restlos auflösen.

Doch egal, was die Jusos heute unter dem Begriff verstehen, für sie alle zählt eines: Das Handeln im Sinne der sozialen Demokratie – hier und jetzt. Ohne zu vergessen, in welchem großen Widerspruchssystem wir heute leben, dürfen wir nicht den Mut verlieren, für Veränderungen im Rahmen unserer oft bescheidenen Möglichkeiten einzustehen. Vielleicht wird es nämlich eben doch nicht die „Weltrevolution“ sein, die uns vom „Elend erlöst“, sondern unsere eigene Kraft der Veränderung, die uns Stück für Stück hin zu einer völlig gerechten, menschenwürdigen und solidarischen Welt führt. Wenn wir diesen Zustand erreicht haben, wird es uns auch egal sein, wie wir ihn nennen müssen.

# Berichte und Rezensionen

---

Klaus-Jürgen Scherer

## **Oskar Negt: Demokratie als Lebensform**

So – ganz im Sinne der „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ des Godesberger SPD-Grundsatzprogramms – lautet der Untertitel des umfangreichen wie gehaltvollen Werkes „Der politische Mensch“ (Steidl Verlag, Göttingen 2010) des 1934 geborenen, bedeutenden Denkers der Kritischen Theorie, in dem ausführlich die großen Probleme der Zeit diskutiert werden und das man auch als Zusammenfassung eines großen Teils seiner bisherigen wissenschaftlichen Arbeit lesen kann.

Der Philosoph und Soziologe Oskar Negt hält fest am *Homo Politicus* als Voraussetzung für eine humane Gesellschaft und am Politischen als dem eigentlichen Produktionsprozess des Menschen. Seine Argumentation steht in der Tradition von der Antike über Rousseau, Kant und Schiller bis hin zur Arbeiterbewegung, in Bildung den Schlüssel zur besseren Gesellschaft zu sehen. Klar, dass sich zahlreiche Bezüge zu Marx, Adorno, Marcuse und Habermas finden. Nicht nur theoretisch, auch in seiner reformpolitischen Praxis von der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit bis zur Glocksee-Schule widmete sich Negt der Didaktik politischer Bildung. „Demokratie ist also jene gesellschaftliche Lebensform, die sich nicht von selbst herstellt, sondern gelernt werden

muss. Deshalb ist die Frage nach lebenslangem Lernen, nach Erwachsenenbildung, die über die enge berufliche Qualifikation hinaus geht, Existenzbedingung einer demokratischen Gesellschaftsordnung.“ (174)

Entscheidend für die Substanz einer humanen Gesellschaft sind, wie Negt in Anknüpfung an Hannah Arendt hervorhebt, zwei Haltungen, die heute mehr denn je gefährdet sind: „Es ist zum einen der ununterbrochene Kampf gegen das Vergessen, der nun zum Grundzug menschlicher und politischer Existenz gehört, und es ist zum anderen der offene Blick auf das gesellschaftliche Ganze, in das wir eingebunden sind und das uns in unseren Handlungen verpflichtet.“ (16)

Unter der von Negt beklagten mangelnden politischen Urteilskraft leidet auch die derzeitige SPD, deren anhaltend mäßige Wahlergebnisse wohl auch mit diesem Niedergang weltanschaulicher Grundwerte, historischen Wissens und gesamtgesellschaftlicher Orientierung zusammenhängen dürften. Daran ist die Vernachlässigung der Gerechtigkeitstradition und Emanzipationsideale, der Abbau von Gemeinschaftsstrukturen, Vorfeldorganisationen und historisch-politischer Bildungsarbeit nicht unschuldig. Wichtiger aber dürften die auch von Negt analysierten grundlegenden Gesellschaftsprozesse der Individualisierung und Globalisierung, des Zerfalls ethischer Werte, der geisti-



gen Verengung auf betriebswirtschaftliche Rationalisierung sein. Gerade diese epochale Frage, wie das Ruinieren des Gemeinwesens und die Selbstzerstörung des schließlich desorientierten Einzelnen zusammenhängen, beschäftigt Negt. Umgekehrt ist für ihn Demokratie im Sinne einer funktionierenden Zivilgesellschaft eben mehr als bloße Machttechnik. Sie beruht auf der Selbstbestimmung autonomiefähiger Bürger.

Für manchen Jüngeren dürfte dies nach vergangenem Jahrhundert klingen. Und in der Welt der Kommunikationsbeliebigkeit des Internets und in postmodernen Zeiten bunter Erlebniswelten, von Infotainment und zynischer *Coolness* mag dies unzeitgemäß wirken. Selbst politische Bewegung kommt mittlerweile ohne strömungspolitische Einbettung vor allem als postdemokratische One-Issue-Aufgeregtheit daher und fördert unabhängig von der Bedeutung und demokratischen Berechtigung des Themas den Trend zur situativen Stimmungsdemokratie. Medial *gehyppte* Debatten wie um Sarrazin, den Stuttgarter Bahnstabsneubau, um das Doktorarbeits-Plagiat von zu Guttenberg oder die plötzliche Wende hin zum Atomausstieg durch die japanische Reaktorkatastrophe reihen sich mehr oder weniger unverbunden aneinander. Das einzelne Thema strahlt, weil der innere Kompass fehlt, eine gehörige Portion Beliebigkeit aus. Und bald wird die nächste Sau durchs Dorf getrieben. Heute bläht es die Grünen auf, morgen können dies auch Rechtspopulisten sein. Berechenbar ist nur noch wenig.

Wertorientierte Demokratie, begründete Gemeinwohlfalternative sieht

anders aus. Negt fragt treffend: „Breitet sich unterhalb der Institutionen etwas aus, Gefühle der Mutlosigkeit, Fluchtbedürfnisse, Frustrationen, Lebensangst, die gar nicht mehr nach Ausdruck in diesen Einrichtungen suchen, sondern ganz andere Wege gehen? Ich nenne das politische Schwarzmarktphantasien“. (172)

Schon um die Identität der demokratischen Linken und das gesellschaftskritische Wissen aus einer anderen Zeit in eine Welt hinüberzuretten, die sich selbst immer weniger versteht, war Oskar Negt wirklich die erste Wahl als Preisträger des von Günter Grass neu gestifteten August-Bebel-Preises. Negt geht es darum, kritische und (demokratisch-)sozialistische Grundlinien der Orientierung zu ziehen in einer „Phase des Umbruchs und vor allen Dingen auch in einer Zwischenzeit der Ratlosigkeit“. Denn „in dieser brisanten Lage zwischen einem Nicht-Mehr und einem Noch-Nicht müsste die gesellschaftliche Phantasie eigentlich alle Kräfte darauf konzentrieren, Auswege zu suchen und zu finden. Stattdessen bildet sich eine zwiespältige Wirklichkeit, eine Aufteilung von Wirklichkeitsschichten.“ (so Negt im Gespräch, *Der Spiegel* 32/2010, S. 98).

Der Preis wird von jetzt an alle zwei Jahre durch den Vorstand der August-Bebel-Stiftung, bestehend aus Günter Grass, Jörg-Philipp Thomsa, Sten Nadolny, Peter Brandt, Wolfgang Thierse und Manfred Bissinger, verliehen. „Durch die Stiftung sollen Menschen, die sich ähnlich August Bebel um die deutsche soziale Bewegung verdient gemacht haben, ins allgemeine nationale Gedächtnis zurückgerufen werden“, so

der Satzungszweck. Dies trifft nun für das „sozial verpflichtete Lebenswerk“ (Grass) von Negt wahrlich zu: „Das Leben wird weiterhin ungerecht beginnen und es wird weiterhin ungerecht enden. Dafür, dass es dazwischen einigermaßen gerecht zugeht – dafür stritten Leute wie August Bebel; und dafür streiten Leute wie Oskar Negt“, so endete die furiose Laudatio von Heribert Prantl bei der Preisverleihung im Willy-Brandt-Haus.

Nicht zuletzt finden sich bei Negt eine Fülle von Argumente für die Aktualität und bleibende Notwendigkeit demokratisch-sozialistischer Utopie als notwendige Antwort auf die weitreichende Gesellschaftskrise der Gegenwart, in der soziale und kulturelle Strukturen zunehmend erodieren. Hierbei erneuerte er zentrale Denkfiguren, denen sich linkes Denken, das von den Emanzipationsidealen: Aufklärung, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit ausgeht, heute stellen muss. Vier seien herausgegriffen:

Erstens das *aufgeklärte Menschenbild*, das festhält an der Idee der sozialen Verantwortung des innengeleiteten, kritikfähigen und politischen Menschen, der in der Lage ist, gesellschaftliche Krisen zu antizipieren und zu bewältigen. Denn auf lange Sicht sei ein System nur stabil und friedensfähig, in dem die Menschen bei allem, was sie tun oder unterlassen, immer im Auge behalten, wie es das Gemeinwesen berührt. Dem steht gegenüber das falsche Bewusstsein des „flexiblen, allseitig verfügbaren Menschen, anpassungsfähig, als Trabant um die Sonne des Kapitals kreisend“. (239) Der Erziehungsauftrag der Aufklärung, die kritische Gesellschafts-

theorie und das exemplarische Lernen bleiben. Auch in der sogenannten Wissensgesellschaft, in der das gewaltige Gefälle von Wissen und Unwissen, der kulturellen Spaltung zwischen Kritikfähigkeit und boulevardisiertem Informationsschrott noch zugenommen hat.

Zweitens die *Verteidigung der Utopie*, die der Rede von der Alternativlosigkeit des Handelns und der bloßen Fortschreibung des technisch-wissenschaftlich-ökonomischen *mainstreams* entgegensteht. Gegen die Verkürzung des Denkens auf die Ideologie betriebswirtschaftlicher Rationalisierung mit ihrer Umverteilung nach oben und dem Sparzwang nach unten seien geradezu umgekehrt visionäre Zukunftsentwürfe – mit Blick auf das zivilisatorische Überleben der Menschheit – realistische Politik. „Im Begriff des Realismus hat sich Entscheidendes geändert; realistisch scheinen nur noch die Utopien zu sein, die negativen ebenso wie die positiven, in denen sich die wissende Hoffnung autonom vergesellschafteter Menschen Gehör verschafft und Licht auf die praktischen Schritte wirft, die zur Überwindung des Gespensterdaseins der Tatsachenwelt unternommen werden“. (297)

Drittens den *Begriff des Sozialismus* nicht nur in die historische Rumpelkammer zu verbannen, sondern sich gerade angesichts der „Zentralprobleme“ der Arbeitsgesellschaft, die einer grundlegenden Neubestimmung des Verhältnisses von traditioneller Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeitsformen bedürfe und auch Fragen der Wirtschaftsdemokratie neu auf die Tagesordnung setze, der Tradition des demokratischen Sozialismus zu vergewissern. Vorsich-

tig formuliert Negt: „Die Verbesserung der Bedingungen für solidarisches Verhalten, die wachsende Beteiligung der Menschen an ihren eigenen Angelegenheiten, ohne von irgendwelchen technologischen oder ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die unverbrüchlich erscheinen, gesteuert zu werden, – das könnte man durchaus als ein Moment sozialistischer Politik betrachten.“ (537)

Viertens eine differenzierte und vorsichtige Haltung, zu dem was heute als *Fortschritt* daherkommt. „Bei diesem beschleunigten Fortschreiten des auf Naturbeherrschung gerichteten Wissens ist offenbar vieles auf der Strecke geblieben, was an menschlichen Fähigkeiten gleichzeitig hätte entwickelt werden müssen.“ (201). In seiner Dankesrede nach Verleihung des Bebel-Preises brachte Negt dies auf den Punkt: „Und Bebel ... gehörte zu denjenigen, die dann doch so etwas wie einen Fortschrittsbegriff formuliert haben, der nicht nur an der Entwicklung der Technik, der Produktivkräfte orientiert gewesen ist, sondern an der Entwicklung der menschlichen Gesellschaftsform, der demokratischen sozialen Befreiung. Für mich besteht Fortschritt heute nicht mehr darin, dass es nach vorne weitergeht, sondern Fortschritt ist für mich das Eingedenken und das Aufsammeln der liegen gebliebenen Probleme, das heißt Aufarbeiten dessen, was vergessen ist, was verloren gegangen ist, was ausgegrenzt ist.“ 25 Jahre nach Tschernobyl und noch unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Fukushima ist in diesem Sinne, sieht man in der Revolution eine Metapher für den Fortschrittsbegriff, Walter Benjamin zuzustimmen:

„Marx sagt, dass Revolutionen die Lokomotiven der Geschichte seien. Vielleicht sei dem ganz anders. Vielleicht sind Revolutionen die Notbremse, die die Menschheit in einem dahinrasenden Zug zieht, so nicht weiterzugehen“, so Negt in der Dankesrede. Es wäre nicht mehr zeitgemäß, käme die Debatte um den neuen Fortschritt pausbäckig und selbstgewiss daher. Fortschritt ohne Selbstzweifel, Kulturkritik, Technikgestaltung und Kurskorrekturen hin zur reflexiven Moderne (etwas völlig anderes als Technikfeindlichkeit und apokalyptischer Kulturpessimismus) wird nicht mehr gehen.

Bei der Preisverleihung im vollen Atrium des Willy-Brandt-Hauses am 21. März 2011 war neben sozialdemokratischem Kulturumfeld, vielen Alt-68ern, sozial- und geisteswissenschaftlichen Intellektuellen auch der einstige Ehrenvorsitzende der PDS, Hans Modrow, anwesend. Die SPD sollte Günter Grass höchst dankbar sein für sein Stiftungs-Engagement, nicht auch noch das Erbe August Bebels kampfflos der Linkspartei zu überlassen.

Helga Grebing

**Rezension zu:**

**Thomas Etzemüller: *Die Romantik der Rationalität. Alva und Gunnar Myrdal. Social Engineering in Schweden.* Bielefeld (transcript) 2010. 499 Seiten.**

Um es gleich vorweg zu sagen: Für mich und viele Frauen meiner Generation war das Buch von *Alva Myrdal*, das sie mit Viola Klein geschrieben hat über „Die Doppelrolle der Frau in Familie und Be-

ruf“, erschienen 1956, ein Kultbuch, befreite es uns doch von dem lähmenden Vorurteil, dass es nur das Eine oder das Andere geben könne. Das Eine, die Familienarbeit der Frau, erschien uns damals grenzenlos, und das Andere, der Beruf, nur möglich, wenn die Männer übertroffen werden konnten. – *Gunnar Myrdal* galt für demokratische Sozialisten, zu denen ich gehöre, nach 1945 als einer der Hoffnungsträger für eine freiheitlich gestaltbare Planwirtschaft und öffnete uns den Blick für einen neuen, dem Fortschritt zugewandten Internationalismus. – Das schwedische *Volksheim* erschien uns als das Land, das uns Vorbild sein konnte für unsere Welt von morgen. – Später war ich mit *Myrdals' jüngerster Tochter Kaj Fölster* befreundet und begegnete auch ihrer Schwester *Sisela Bok*. *Jan Myrdals* Buch über seine Jugend betrachtete ich als missratenen Enthüllungsjournalismus; Kajs Buch (Sprich, die du noch Lippen hast. Das Schweigen der Frauen und die Macht der Männer – Annäherung an Alva Myrdal, Marburg 1993) beruhigte mich wieder. Die emotional schrecklich aufgeladene Diskussion über Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ brachte mich dann wieder auf Touren, insbesondere als Thomas Steinfeld in der Süddeutschen Zeitung vom 1. September 2010 die Myrdals unter Bezugnahme auf ihr Buch aus dem Jahr 1934 über die „Krise in der Bevölkerungsfrage“ als Vorläufer von Sarrazin kennzeichnete und vom Erbe der Sozialdemokratie redete, das dieser nun aktualisiert habe.

Und nun dieses Buch von Thomas Etzemüller über die Romantik der Rationalität am Beispiel der Myrdals. Das

Buch zwingt erst einmal sich auf neue Ansichten über das Beziehungsfeld von romantisch besetzter Rationalität einzulassen, vor allem auf die Machbarkeit einer ‚guten Gesellschaft‘, in der Menschen gut sein oder werden können durch rationale Planung, durch social engineering eben. Man erfährt, dass das weltweit erste Institut für Rassenbiologie 1921 in Uppsala gegründet wurde, dass noch 1946 Sterilisierung als wichtigstes Instrument im Kampf gegen Geisteschwäche galt und die Empfehlung lautete, vernünftige Ehen zu schließen. In Schweden wurden zwischen 1935 und 1975 60.000 Personen sterilisiert, davon 20.000 gegen ihren Willen. Erst 1975 wurde diese Praxis „stillschweigend“ als überholt kassiert.

Die Myrdals waren in Schweden, vielleicht sogar weltweit, wie Etzemüller meint, die Protagonisten des social engineering, dessen Ziel es war, komplett ‚neue Menschen‘ hervorzubringen, nicht nur durch biologische Eingriffe, sondern auch durch die Umorganisation der Gesellschaft. Es ging gewissermaßen um die ‚Sauberekeit‘ im Volksheim Schweden. Erschrocken fragt man sich, ob Schweden mit und durch die Myrdals eine Affinität zum Nationalsozialismus hatte. Soweit mag der Autor nicht gehen, aber es bleibt eine Unsicherheit, dass Alva M. zwar jede Form von Antisemitismus verwarf und die Mitverantwortung der Schweden an der Judenvernichtung betonte, aber die Lösung der Judenfrage in der strikten Assimilation suchte. Beide Myrdals haben die NS-Verbrechen zwar kritisiert, aber eben u.a. mit dem Argument, dass die Nationalsozialisten die eigentlich sinnvolle Eugenik

„missbraucht“ hätten. In diesem Zusammenhang fielen dann auch schon einmal Kennzeichnungen wie „rassenhygienisch“ und „radikal aussortiert“.

Aber die Gleichsetzung von Begriffen und Bezeichnungen – hier die Myrdals und dort die Nazis – führt in die Irre. Man enthistorisiert damit die jeweiligen zeitkontextualen Inhalte, was Etzemüller leider mehr als einmal tut. Denn: Nach dem Holocaust ist alles anders als vor ihm. Nach dem Holocaust war Abschied zu nehmen von dem durch die europäische Aufklärung geprägten Glauben an die humane Vernunft. Es stimmt eben nicht, dass die Menschen im Grunde rational und gut sein wollen und man ihnen helfen kann, es auch zu können. Damit hat der Autor Recht. Aber das verbietet dann auch interpretatorische Hilfskonstruktionen, die von einem sozialdemokratischen Erbe sprechen lassen (was Etzemüller selbst nicht tut).

Ein anderes Beispiel für die Enthistorisierung von klassisch bedeutsamen emanzipatorischen Konflikten passiert ihm dann doch: die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Es stimmt ja, wenn er aus heutiger Sicht das (Alva) Myrdalsche Projekt als revolutionär und konservativ zugleich deutet. Revolutionär ist, dass der Frau das Recht auf Erwerbstätigkeit und Selbstverwirklichung zugestanden wird; konservativ ist jedoch, dass dabei die überkommenen gesellschaftlichen Strukturen konserviert werden, nur so weit verändert werden, dass für die Frau ein Freiraum für die Berufstätigkeit entstehen kann (durch Entlastung von der Hausarbeit und die der Kindererziehung), ohne dass die männlichen Le-

bensmuster neu definiert werden. Von den stolzen Zinnen der Genderkultur des beginnenden 21. Jahrhunderts betrachtet, ist das natürlich erbärmlich, aber seinerzeit in der Mitte des 20. Jahrhunderts war es ein beflügelnder Anfang für die Frauen, mochten die Männer auch noch lange in ihrer überkommenen Leitkultur stecken bleiben.

Die Untersuchung von Thomas Etzemüller nimmt noch weitere Themen in den analytischen Blick – Kindererziehung (d.h. das Kind als Projekt und Medium zum Umbau der Gesellschaft), „Kollektivhausbau“, die Überwindung der rassistisch geprägten Gesellschaft in den USA (durch Einpassung der Schwarzen in die weiße Gesellschaft mittels Arbeit und Bildung), ihren schwedischen Chauvinismus (den anderen Ländern zu schwedischen Verhaltensmustern zu verhelfen) – sind noch nicht alle, über die zu berichten wäre. Dringender stellt sich die Frage, warum Etzemüller so penetrant Alva und Gunnar Myrdal als „Exempla“ benutzt. Eine Biografie soll und kann es nicht sein. Mit „Exempla“ ist auch zu wenig gesagt: sie sind Projektionsflächen, die einmal mehr beweisen sollen, dass der Durchbruch nicht, eben auch ihnen persönlich nicht gelungen ist. Traditionell geprägt und an den alten Geschlechterrollenbildern festhaltend, kämpfen sie, denkt man, für die Emanzipation der Frauen. Wer kämpft ist sie, sie bricht, schon 47 Jahre alt, aus; sie will nicht mehr Begleiterin der Karriere ihres Mannes sein; wenn auch durchaus öffentlich beachtet und geschätzt, blieb sie für viele die geschwätzigste Frau eines berühmten Mannes. 1949 begann dann ihre Karriere:

Leiterin der Abteilung für soziale Fragen bei der UNO in New York, Leiterin der sozialwissenschaftlichen Abteilung der UNESCO in Paris, schwedische Botschafterin in Indien und gleichzeitig weiteren asiatischen Ländern, Mitglied des schwedischen Reichstags, Leiterin der schwedischen Abrüstungsdelegation in Genf, Ministerin für Abrüstung, Ministerin für Kirchenfragen. 1973, 71 Jahre alt, hört sie auf. Gunnar ist bereits seit 1957 mit 61 Jahren ein schreibender, wenn auch hoch anerkannter Gelehrter. Erst seit 1963 leben sie wieder in Stockholm zusammen; er bereitet das Frühstück, sie kocht das Abendessen. Sie stirbt 1986, er 1987.

Was soll das bedeuten? Wir wissen es aus vieler Menschen Leben: der Fortschritt ist eine Schnecke, die manchmal auch die Echternachter Springprozession beherrscht. Nur wenig von dem zu verwirklichen, was man gewollt hat, ist bereits viel. Den Briefwechsel zwischen Alva und Gunnar Myrdal, der von Zuneigung, aber auch Entfremdung gefüllt ist, zu lesen, aber auch ihre gemeinsam geschriebenen Bücher und dazu die Rückblicke ihrer Kinder, kann erschütternd; und es drängt sich die Frage auf: Warum müssen Historiker nicht nur Detektive, sondern auch noch Voyageure sein?

## Autorinnen und Autoren

**Christian Demuth**, Dr., geb. 1971, Lehrbeauftragter an der TU Dresden und Referent Grundsatzfragen und Forschung im SPD-Parteivorstand; Veröffentlichungen u.a. Der Bundestag als Lernende Institution, Nomos: Baden-Baden 2009; Parlamentarische Reformen als evolutionärer Prozess, in: Julia von Blumenthal/Stephan Bröchler (Hrsg.), Müssen Parlamentsreformen scheitern?, Baden-Baden 2009; Die sozial-demokratische Republik, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 6/2008; Die Linkspartei – eine populistische Partei (?), in: perspektivends 2/2007: 131–150.

**Klaus Faber**, Staatssekretär a. D., 1994 bis 1999 Staatssekretär des Kultusministeriums in Sachsen-Anhalt, Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam, Kuratoriumsmitglied des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam, Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e. V., Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus; Veröffentlichung u.a.: „Neu-alter Judenhass – Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik“ (Berlin: Verlag Berlin-Brandenburg, 2006, 2. Aufl. 2007, hg. mit Julius H. Schoeps und Sacha Stawski).

**Helwig Schmidt-Glintzer**, Prof. Dr., geb. 1948. 1973 Promotion, 1979 Ha-

bilitation für das Fach Sinologie an der Universität Bonn. 1981–1993 Lehrstuhl für Ostasiatische Kultur- und Sprachwissenschaft an der Universität München. Seit 1993 Professor an der Universität Göttingen und Direktor der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel. Lehrte an den Universitäten Bonn, Hamburg, München, Göttingen und Hannover. Veröffentlichungen u.a.: Chinas Angst vor der Freiheit. Der lange Weg in die Moderne. München 2009. Wohlstand, Glück und langes Leben. Chinas Götter und die Ordnung im Reich der Mitte. Frankfurt/Main 2009.

**Helga Grebing**, Prof. em. Dr., geb. 1930, Professorin für Geschichte an den Universitäten Göttingen und Bochum, leitete bis 1995 das Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD. Mitherausgeberin der Berliner Ausgabe von Willy Brandt. Veröffentlichungen u. a.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007; Willy Brandt. Der andere Deutsche, München 2008; Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2008.

**Horst Heimann**, Dr., geb. 1933, bis 1998 stellvertr. Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg, zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Sozialdemokratie und zur Theorie des Demokratischen Sozial-

## Autorinnen und Autoren

lismus. Veröffentlichung u.a.: Die Voraussetzungen des Demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Bonn 1991.

**Jan Krüger**, geb. 1987. Student der Politikwissenschaft and der FU Berlin. Seit 2008 im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.

**Ralf Ludwig**, Prof. Dr., geb. 1961, lehrt Physikalische und Theoretische Chemie an der Universität Rostock. Assoziierter Professor und Forschungsbereichsleiter am Leibniz-Institut für Katalyse (LIKAT), etwa 130 Veröffentlichungen zu Arbeiten über Cluster, Flüssigkeiten und Grenzflächen, zahlreiche DFG- und BMBF-Projekte; Bundesvorsitzender der Jusos 1991–93 mit dem Arbeitsschwerpunkt Umwelt- und Energiepolitik.

**Richard Meng**, Dr., geb. 1954, Staatssekretär und Sprecher des Senats von Berlin, 1984 bis 2007 Redakteur der Frankfurter Rundschau, zuletzt als stellvertretender Chefredakteur.

**Thomas Meyer** (Siegen), PD Dr., Privatdozent und Akademischer Rat an der Universität Siegen. Arbeitsschwerpunkte: Sozialstruktur- und Familienforschung. Die Wiedergeburt der „Klassengesellschaft“. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 9, 2009; Publikationen (Auswahl): Theodor Geiger. In: Dirk Käsler (Hrsg.): Klassiker der Soziologie. Band 1. 5. überarbeitete und aktualisierte Auflage. München: Beck 2006, S. 280–298 (zus. mit Rainer Geißler).

**Denis Newiak**, geb. 1988, studiert an der Universität Potsdam „Europäische Medienwissenschaft (BA)“. Seit 2007 SPD- und Juso-Mitglied, seit 2010 Sprecher der Juso-Hochschulgruppe Potsdam und Mitglied des Studierendenparlaments. Siehe auch [www.denis-newiak.de](http://www.denis-newiak.de).

**Rolf Reißig**, Prof. Dr. habil., Sozial- und Politikwissenschaftler am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.), Gastvorlesungen an der FU Berlin, Mitglied im Willy-Brandt-Kreis, Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftsanalyse, Sozialer und politischer Wandel, Gesellschafts-Transformation, Akteurskonstellationen und Gestaltungskonzepte. Jüngste Veröffentlichungen u.a.: Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009; Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation, in: APuZ, Themenheft „Deutsche Einheit 30–31/2010“, Bonn.

**Klaus-Jürgen Scherer**, Dr. phil., geb. 1956, Politikwissenschaftler, Geschäftsführer des „Kulturforums der Sozialdemokratie“ sowie Geschäftsführer der HDS.

**Henning Scherf**, Dr., geb. 1938. Bürgermeister a.D., Rechtsanwalt und Staatsanwalt (1967–1971). Von 1971 bis 1978 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (Landtag). Von 1978 bis 2005 Mitglied des Senats der Freien Hansestadt Bremen und als Senator in den verschiedensten



Ressortbereichen verantwortlich. Von 1995 bis 2005 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen (Ministerpräsident). Veröffent-

lichungen u.a: Grau ist bunt. Was im Alter möglich ist, Freiburg 2008; Gemeinsam statt einsam. Meine Erfahrung für die Zukunft, Freiburg 2009.